

**89/KOMM XXIII. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 35. Sitzung, 20. u. 21.06.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

#### PROTOKOLL

#### Untersuchungsausschuss betreffend

#### Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

#### 35. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch 20. Juni und Donnerstag, 21. Juni 2007

Gesamtdauer der 35. Sitzung:

08:13 Uhr – 00:21 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 20

**Mag. Melitta Trunk**

Schriftführerin

**Mag. Dr. Martin Graf**

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria  
und weitere Finanzdienstleister**



## **PROTOKOLL**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

### **35. Sitzung – Tag 1/ öffentlicher Teil**

**Mittwoch, 20., und Donnerstag, 21. Juni 2007**

Gesamtdauer der 35. Sitzung:  
8.13 Uhr – 0.21 Uhr

**Lokal VI**

## Beginn der Sitzung: 8.13 Uhr

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf eröffnet** die Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Helmut Elsner** sowie dessen Vertrauensperson in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Helmut Elsner** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Elsner, wir befinden uns in der Fortsetzung der Befragung. Ich verweise daher lediglich der Ordnung halber auf die erfolgte Belehrung, das auch im Beisein Ihres Vertrauensanwaltes, und wir gehen direkt in die Befragung ein.

Ich darf die Kollegen daran erinnern, dass wir vereinbart haben, die Befragung heute in maximal einer Stunde umzusetzen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Um das abschließen zu können, auch die Befragung, haben wir im Wesentlichen einen offenen Punkt: Klarheit zur Vermögensverwertung von Herrn Flöttl.

Ihr Vorstandskollege Zwettler hat hier letzten Freitag angegeben, dass Sie den anderen vier Vorstandsmitgliedern mitgeteilt hätten, dass Flöttl auf Grund dieser Verluste verzweifelt wäre – zwischen Anführungszeichen: „Der hätte sich bald erschossen!“, jetzt nicht als Originalzitat, aber als Sinnbild – und dass er sein Vermögen quasi zur Verfügung stellen würde. Und Flöttl sagt hingegen quasi, Sie hätten ihn unter Druck gesetzt. *(Elsner: Bitte?)* Flöttl meint, Sie hätten ihn unter Druck gesetzt und nur deswegen hat er sein Vermögen zur Verfügung gestellt. Die anderen Vorstandskollegen von Ihnen, zum Beispiel Ihr ehemaliger Vorstandskollege Zwettler hat das hier gemeint, dass Sie ihnen zumindest berichtet hätten, dass Flöttl **von sich aus** quasi als Kompensation zumindest Teile seines Vermögens oder einen Großteil seines Vermögens zur Verfügung gestellt hätte.

Können Sie uns ein bisschen über dieses Gespräch mit Flöttl, wie das abgelaufen ist, wie er Sie über die Karibik-Verluste informiert hat und wie es dann zu diesem Angebot kam oder zu diesem Unter-Druck-Setzen in Bezug auf sein Vermögen, Restvermögen, Großteil seines Vermögens?

**Auskunftsperson Helmut Elsner:** Einen Moment, bitte.

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

Mit Rücksicht auf das Strafverfahren sage ich nur Folgendes – und natürlich wahrheitsgemäß –: Im Jahr 1998, als dieser erste Schaden passiert ist, hat es eine Besprechung mit allen damaligen Vorstandsmitgliedern und Dr. Flöttl in meinem Büro in der Bank gegeben. Wir haben ihm natürlich Vorhaltungen gemacht, warum und wieso das passieren konnte, und er hat gesagt, er hat einen Großteil seines Vermögens – zunächst einmal sein Barvermögen sowieso – eingeschossen und er bietet sein weiteres Vermögen an. Und er hat uns dort vorgelegt, was er da anbietet. – Von einem Druck war keine Rede!

Von einem Druck meinerseits oder seitens des Vorstandes war keine Rede, und das wissen ja alle anderen fünf auch, dass das so war – also, Moment, alle anderen vier: wir waren ja fünf. Meine anderen vier Vorstandskollegen wissen das auch – also alle, nicht nur Herr Zwettler! So war es, so ist diese Besprechung gelaufen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War das das Gespräch, wo auch der Aufsichtsratsvorsitzende Weninger dabei war – oder war das ein anderes?

**Helmut Elsner:** Der Aufsichtsratsvorsitzende Weninger war zu diesem Zeitpunkt nicht dabei. Den habe ich sofort telefonisch über Lautsprecher – mit allen anderen Vorstandskollegen, die mithören konnten – verständigt, und das Gespräch mit Weninger hat es dann in der Bank – ich weiß nicht mehr, einige Tage später: zwei, vielleicht am nächsten Tag schon – gegeben, das kann ich nicht so genau sagen.

Bei dieser Gelegenheit hat mir der Aufsichtsratsvorsitzende Weninger dann gesagt, er möchte haben, dass ich mit Flöttl zu ihm komme. Ich habe gesagt, ich werde dafür Sorge tragen, dass Flöttl allein zu ihm kommt; ich will ausdrücklich nicht dabei sein, damit er nicht sagt, ich ..., damit da nicht irgendwie ..., er soll ihn frei befragen. – Das hat Weninger auch gemacht. Was den Vorstand anlangt, war ich nicht dabei und keiner von meinen Vorstandskollegen. Ob er Verzetnitsch beigezogen hat, weiß ich nicht.

Auf jeden Fall: Er hat mit ihm gesprochen, und Flöttl hat ihm, so wie Weninger das ja auch ausgesagt hat, das Gleiche bestätigt, was er uns schriftlich gegeben hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben jetzt gesagt, er hat mit ihm gesprochen. – Meinen Sie damit, Weninger hat mit Flöttl gesprochen oder mit Verzetnitsch gesprochen? (**Elsner: Bitte?**) – Sie haben jetzt gesagt, er hat mit ihm gesprochen, und für mich war der Zusammenhang nicht klar. Meinten Sie, Weninger mit Flöttl, Weninger mit Verzetnitsch?

**Helmut Elsner:** Nein, Weninger hat mit Flöttl gesprochen. – Ich habe gesagt, ich weiß nicht, ob Weninger noch Verzetnitsch beigezogen hat oder nicht; das weiß ich nicht.

Ich weiß nur, dass Weninger mit Flöttl gesprochen hat, und Weninger hat mich dann informiert: Flöttl bestätigt das, was er uns schriftlich gegeben hat – aber das war, glaube ich, erst 2000, oder? – Ich weiß es nicht mehr genau. Aber es ja alles schriftlich festgehalten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wissen Sie oder haben Sie eine Wahrnehmung darüber, seit wann Herr Verzetnitsch über diese Verluste informiert war?

**Helmut Elsner:** Moment!

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

Ich selbst habe – sogar ich im Beisein, glaube ich, der anderen Vorstandskollegen; da bin ich mir aber nicht sicher, aber jedenfalls im Beisein von Weninger – Präsident Verzetnitsch bereits 1998 vom ersten Fall informiert. (**Abg. Krainer: Haben Sie was?**) – Bereits 1998 habe ich Herrn Präsident Verzetnitsch im Beisein von Präsident Weninger von den Vorfällen informiert – also 1998, und dann 2000 natürlich noch einmal.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und wie: telefonisch? persönlich?

**Helmut Elsner:** Persönlich, bei mir im Büro.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Können Sie uns ein bisschen etwas über dieses Gespräch erzählen, über seine Reaktion? – Verzetnitsch wird Ihnen ja nicht gleich einen Blumenstrauß oder so geschenkt haben.

*(Die Auskunftsperson spricht sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Helmut Elsner:** Ich konnte ihm erklären, dass wir auf Grund der Gewinnsituation, die die Bank hat – sie hat ja laufende Gewinne gehabt –, imstande sein werden – 1998 war überhaupt noch, bevor der zweite größere Verlust eingetreten ist –, dass die Bank auf Grund der Werte, die wir von Flöttl übernommen haben und die wir verwerten können, den Verlust aus eigener Kraft wird realisieren können, ohne dass der Aktionär zu Schaden kommt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und da haben Sie ihm quasi gesagt: Es traten Verluste ein. – Haben Sie ihm die Höhe mitgeteilt?

**Helmut Elsner:** Ja, natürlich!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und welche Höhe haben Sie ihm mitgeteilt?

**Helmut Elsner:** Na ja die, die damals bestanden hat! Ich weiß nicht mehr auswendig, wie viel das war, aber das ist alles aktenkundig und das gibt es alles in den Unterlagen. (*Abg. Krainer: Als Größenordnung!?*) – Bitte? (*Abg. Krainer: Als Größenordnung!?*) – Ja, das sage ich Ihnen: Ich will keine Hausnummern nennen. (*Abg. Krainer: Nicht Hausnummern, Größenordnung!?*) – Ich weiß es nicht mehr auswendig, aber wenn Sie sich die Unterlagen aus der Bank beschaffen, steht es genau drinnen.

Das, was an Schaden vorgefallen ist, habe ich ihm berichtet, ganz genau.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und was haben Sie ihm gesagt, welche Vermögenswerte Sie von Flöttl ...? Haben Sie ihn da über einen Betrag informiert, den Sie da verwerten aus seinem Vermögen?

**Helmut Elsner:** Das ist Gegenstand des Strafverfahrens; dazu möchte ich nicht weiter Stellung nehmen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe noch ein paar Fragen. – Das mit der Information haben Sie ja jetzt bereits gesagt; die Frage ist: Hat es darüber hinaus eine Verabredung mit Präsident Verzetnitsch zum Thema gegeben, wie innerhalb der Eigentümerseite die Information weitergegeben werden soll?

**Helmut Elsner:** Als wir das im Vorstand diskutiert haben, habe ich meinen Vorstandskollegen zunächst gesagt – das ist auch aktenkundig festgeschrieben –, dass sie zunächst Stillschweigen bewahren sollen, und ich habe gesagt, ich behielte mir vor, Präsident Weninger, den Aufsichtsratspräsidenten, sofort zu informieren, und ich würde ihn fragen, was er meint, wie wir weiter verfahren sollen – das ist ja auch alles schriftlich so notiert.

Weninger hat sich uns gegenüber auch schriftlich vorbehalten, ob, wann und zu welchem Zeitpunkt er wen informiert, und hat uns aufgetragen, wir sollen Stillschweigen nach allen Seiten bewahren.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist richtig, das ist aktenkundig. – Jetzt geht es um das Gespräch, das Sie mit Verzetnitsch im Beisein von Weninger geführt haben. Haben Sie über die Informationspolitik, die innerhalb der Eigentümerseite zum Tragen kommen sollte, Gespräche geführt?

**Helmut Elsner:** Nein, habe ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sind Sie davon ausgegangen, dass Verzetnitsch die notwendige Verbreitung der Informationen auf der Eigentümerseite, sprich: ÖGB, vornehmen wird?

**Helmut Elsner:** Nein, das war nicht meine Angelegenheit. Das ist nicht Sache des Vorstandes. (*Obmann Dr. Graf: Hat irgendjemand anderer ...?*) – Das ist Sache des Aufsichtsrates – und nicht des Vorstandes.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie Kenntnis davon, ob irgendjemand anderer im Gewerkschaftsbund – mit Ausnahme von Weninger und Verzetnitsch, von denen wir das ja jetzt wissen – zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen 1998 und 2002 Kenntnis von den eingetretenen Verlusten erlangt hat?

**Helmut Elsner:** Nein, davon weiß ich nichts.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Als dann klar wurde, dass eine Garantie notwendig ist, um bilanzieren zu können, hat es ebenfalls Gespräche mit Präsident Verzetnitsch gegeben. – Ist das richtig?

**Helmut Elsner:** Soweit ich mich erinnere, jedenfalls einmal mit Aufsichtsratspräsident Weninger, und ich nehme an – das wird wohl so sein, nachdem es ja auch zu unterfertigen war –, dass Weninger dann mit Verzetnitsch gesprochen hat. Ich glaube, dass ich darüber ... – Ich weiß nicht, da kann ich nichts sagen.

Der Vorstand hat mit Weninger gesprochen; der Vorschlag kam auch von Weninger.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Verzetnitsch hat auch hier im Ausschuss gesagt, er wurde von Ihnen und Weninger informiert – und es war, wenn ich mich jetzt recht erinnere, glaube ich, auch der Wirtschaftsprüfer dabei –, und da wurde ihm der Vorschlag hinsichtlich dieser Garantieerklärung des ÖGB unterbreitet, und gesagt, dass das notwendig ist.

**Helmut Elsner:** Wenn Präsident Verzetnitsch das so sagt, dann wird es wohl so gewesen sein.

Ich weiß definitiv, dass in einer Diskussion mit dem Wirtschaftsprüfer, mit dem Vorstand und mit Präsident Weninger diese Idee sozusagen geboren wurde, also Weninger gemeint hat, dass er das anbietet; aber nicht – damit wir präziser formulieren –, damit wir bilanzieren können, sondern damit wir den Betrag nicht in einem abschreiben müssen, was wir damals gekonnt hätten.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Verzetnitsch hat nämlich uns im Ausschuss gesagt – und das wollte ich hinterfragen; aber wenn Sie sich an das Gespräch nicht mehr erinnern können –, dass er ohne Unterlagen in einem Gespräch informiert wurde und er keine weiteren Fragen gestellt hat.

**Helmut Elsner:** Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das weiß ich nicht mehr. Ich weiß definitiv von einer Sitzung mit den Vorstandsmitgliedern, Dr. Reiter – KPMG/Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – und Weninger; das war es. Und dann muss Präsident Verzetnitsch informiert worden sein, weil ja die Garantie zu unterfertigen war.

Aber noch einmal – und das will ich ausdrücklich festhalten –: Es ist nicht so, wie das in der Öffentlichkeit dargestellt wurde: Die Bank war damals fast am Ende. – Wir hätten das ohne weiteres in **einer Bilanz** berichtigen können. Aber wir haben andere strategische Überlegungen gehabt, und daher hat der ÖGB mitgewirkt, dass es die Möglichkeit der Abschreibung über ein paar Jahre verteilt gab. Das war der Grund der Garantie, die im Übrigen nie schlagend wurde.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Nakowitz sagt in seiner Einvernahme vor der Staatsanwaltschaft, und zwar findet sich das in der 4. Niederschrift auf Seite 9 – er wurde betreffend eine Reise nach Israel Ende 2000 befragt, und er sagt dann darauf –:

Ich bleibe dabei, dass diese Reise im Dezember und nicht im November, und zwar nach der Reise Elsners nach London stattfand.

Welchen Zweck hat diese Reise von Nakowitz gehabt?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Helmut Elsner:** Das ist Gegenstand des Strafverfahrens; dazu nehme ich nicht weiter Stellung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Nakowitz hat in einer weiteren Niederschrift auch gesagt, dass es im Jahr 1999 Gespräche zwischen Ihnen, Herrn Hackl und der SPÖ gegeben hat (**Elsner: Wem?**) – der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der SPÖ –, er kann sich aber nicht mehr erinnern, wer operativ für die SPÖ gesprochen hat. Herr Nakowitz sagt – ich zitiere –:

Nach der Wahl 1999 war die SPÖ ziemlich verschuldet, wie ich das aus dem Generalsekretariat mitbekommen habe. Ich glaube, Herr Elsner hat es mir erzählt. Es gab Gespräche auf höchster Ebene. – Zitatende.

Dann wurde er gefragt: Wer war die höchste Ebene?

Antwort Nakowitz: Es war Herr Elsner, Herr Hackl von der BAWAG, und wer operativ von der SPÖ dabei war, kann ich momentan nicht sagen. – Zitatende.

Wissen Sie, wer operativ für die SPÖ bei diesen Gesprächen dabei war?

**Helmut Elsner:** Da die Sozialdemokratische Partei ja auch Kunde der BAWAG war, fällt das unter das Bankgeheimnis – dazu kann ich nicht weiter Stellung nehmen.

Das hat aber mit dem ganzen Komplex, den Sie hier sonst erörtern, überhaupt nichts zu tun.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Na ja, deswegen fragen wir ja.

**Helmut Elsner:** Das kann ich Ihnen bestätigen: Das hat damit nichts zu tun; das ist ein gesonderter Geschäftsfall.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Elsner! Sie haben das letzte Mal glaubwürdig Auskunft darüber gegeben, dass in der Sache Erwerb MobilTel und Beteiligung/Kreditgebung BAWAG in dem ganzen Prozess mittlerweile seitens der Staatsanwaltschaft umfassende Erhebungen in mehrere Richtungen getätigt werden.

Ich möchte Sie fragen: Sind Sie explizit zu diesen Vorhalten von der Staatsanwaltschaft oder von der Wirtschaftspolizei befragt worden? – Nur, ob Sie befragt worden sind!

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Helmut Elsner:** Ich müsste nachschauen. Ich weiß jetzt nicht dezidiert, ob ich befragt worden bin oder nicht – aber ich glaube, ein Mal schon.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Woher haben Sie dann die Gewissheit, mit der Sie das das letzte Mal hier zu Protokoll gegeben haben, dass es da umfassende Ermittlungen gibt?

**Helmut Elsner:** Dass es Ermittlungen gibt, nehme ich deshalb an, weil er natürlich im Zusammenhang mit dem gesamten Komplex – weil ja im FMA-Bericht, glaube ich, etwas vorkommt; ich habe keine Unterlagen, aber ich es nehme an – eine Frage gestellt hat. Aber ob er da Erhebungen ... – Es sind sicher Fragen gestellt worden.

Entschuldigen Sie einen Moment!

*(Die Vertrauensperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)*

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Ich leite einfach weiter: Die Antwort auf die Frage ergibt sich aus dem nichtöffentlichen Teil (**Abg. Krainer: Von Krakow?**) – aus dem nichtöffentlichen Teil! – der Befragung durch Krakow.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Danke. – Für alle, die es vielleicht akustisch nicht so verstanden haben: Staatsanwalt Krakow hat hier ja schon zweimal in nichtöffentlicher Sitzung Auskunft gegeben, da haben wir tatsächlich Hinweise in diese Richtung gehabt.

Meine Frage hat natürlich auch darauf abgezielt, etwas über den Erhebungsstand, die Bemühungen und die Intensität dieser Erhebungen zu hören. Das haben wir auch im Eurofighter-Ausschuss des Öfteren gemacht, um uns überhaupt ein Bild zu machen – auch über die Auskunftspersonen –, wie sich denn die Ermittlungen entwickeln. Aber Sie haben natürlich Recht, Herr Dr. Brustbauer: Für eine weitere Glaubhaftmachung brauchen wir hier nicht in ein Verfahren einzutreten; ich würde mich dem anschließen, wenn das gemeint ist.

Ich habe noch eine andere Frage: Herr Elsner, Sie haben bei Ihrer ersten Anhörung hier auf meine Frage hin – nämlich zu meiner Überraschung – geantwortet, Sie würden Mag. Schlaff schon seit 1978 kennen, beziehungsweise hätten Sie ihn in diesem Jahr kennengelernt.

Können Sie dem Ausschuss beschreiben, wie dieses Kennenlernen stattgefunden und wie sich dann Ihr Verhältnis zu Herrn Mag. Schlaff weiterentwickelt hat?

**Helmut Elsner:** Einen Moment, bitte!

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

1978 bin ich nach Wien in den Vorstand gekommen. Ich war für das Großkunden-Geschäft zuständig, da habe ich ihn bei einer Geschäftsanbahnung, die dann auch stattgefunden hat, getroffen. – Mehr kann ich dazu nicht sagen; das unterliegt dem Bankgeheimnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das war jetzt das erste Zusammentreffen, aber wie hat sich dieses Verhältnis weiterentwickelt? – Das war ja auch ein Teil der Frage.

**Helmut Elsner:** Wir sind in eine intensive Geschäftsverbindung getreten: die Bank mit Mag. Schlaff.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie werden sich aber nicht wundern, dass diese Frage im Raum steht – die konkrete Frage ist Ihnen ja schon gestellt worden –, zumal Mag. Schlaff das mit der Kautionsübernahme über 1 Million ja auch relativ effizient organisiert hat. Dazu frage ich jetzt gar nichts, aber dass der Ausschuss vor dem Hintergrund der Aufhellung bestimmter wirtschaftspolitischer oder auch politischer Verbindungen und Beziehungen diese Frage stellt, wird hier herinnen niemanden wundern.

Offen gestanden wundert mich ja viel eher, warum andere sie **nicht** stellen, aber offensichtlich sind manche Fraktionen gar nicht mehr so sehr an der Aufklärung interessiert – aber das wird uns ja gleich anschließend interessieren –, und ich glaube schon, dass die Verfahrensordnung genügend Spielraum lässt, Sie, Herr Elsner, hier zu fragen, wie sich generell Ihr Verhältnis zu Herrn Schlaff entwickelt hat, nämlich genau vor dem Hintergrund, dass das offensichtlich auch eine persönlich relevante Beziehung geworden ist.

**Helmut Elsner:** Wir haben uns angefreundet, wir sind gute Freunde geworden. Und noch einmal: Über die Geschäftsbeziehung gebe ich weiter keine Auskunft. *(Abg. Mag. Kogler: Das habe ich schon ...!)*

Dass wir befreundet sind, ist wohl klar, weil sonst hätte er kaum 1 Million € Kautions für mich erlegt – die er auch ohne weiteres erlegen konnte, weil er weiß, dass ich nicht flüchte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn Sie vielleicht noch kurz beschreiben könnten, wie sich dieses freundschaftliche Verhältnis – jetzt unbeschadet dieser Kautionshinterlegung – abgespielt hat!?

**Helmut Elsner:** Es gibt nicht mehr dazu zu sagen: Wir haben uns angefreundet, und das ist es.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Im Jahr 2002 sind zwei Ihrer damaligen Vorstandskollegen Aufsichtsräte geworden – oder dazu bestellt worden, muss man korrekterweise sagen –, in der Management Trust Holding. – Ist Ihnen dieser Umstand bekannt?

**Helmut Elsner:** Das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Das weiß ich nicht, aber ich werde es schon gewusst haben, wenn es damals der Fall war. Ich erinnere mich an die Sache nicht mehr. (*Abg. Mag. Kogler: Es geht zum Beispiel ganz konkret um Herrn Schwarzecker!*) – Bitte?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es geht etwa konkret um Herrn Dr. Schwarzecker. War Ihnen das bekannt? Oder ist Ihnen das dann bekannt geworden? (*Helmut Elsner: Das weiß ich nicht!*) – Das wissen Sie nicht.

**Helmut Elsner:** Es kann schon sein, möglich. Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Möglich, dass Sie es wissen? – Wissen müssen Sie schon, ob Sie es wissen.

**Helmut Elsner:** Entschuldigen Sie, es ist möglich, dass ich es damals gewusst habe. Heute weiß ich nicht mehr, ob ich es gewusst habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das haben Sie schon erwähnt, dass man manchmal etwas vergisst.

Ich würde im Zuge der Verfahrenseffizienz auch meinen, die Befragung Herrn Elsners, der sich ja dann doch bereit erklärt hat, da oder dort zu antworten – ich will das mit einem gewissen Respekt zum Ausdruck bringen –, hat sich aus meiner Sicht erschöpft. Ich würde dem Ausschuss empfehlen, weitere Ladungen oder Unterbrechungen der Befragung nicht anzustreben. Ich nehme an, der Vorsitzende denkt auch in die Richtung, sodass wir davon ausgehen, dass Sie, Herr Elsner, jetzt das letzte Mal hier befragt werden. – Ich habe keine Fragen mehr.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Damit es wirklich das letzte Mal ist, möchte ich noch zwei abschließende Vorhalte machen. Und zwar hat Herr Nakowitz in seiner 8. Niederschrift vor der Staatsanwaltschaft Auskunft darüber gegeben, dass Mag. Viktor Klima mit Herrn Mag. Schlaff einen Beratervertrag hatte. – Ich möchte jetzt Sie fragen, ob Sie das bestätigen können.

**Helmut Elsner:** Das weiß ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie wissen darüber gar nichts?

**Helmut Elsner:** Nein, ich erinnere mich da an nichts. Das weiß ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann gibt es noch eine Aussage vom Herrn Flöttl, die ich Ihnen vorhalten wollte. In der 8. Niederschrift, am 20. September, sagt er, er fragte Nakowitz nach dem Grund der Überweisung eines Betrages an die Firma Lettson Limited.

Konkret sagt Dr. Flöttl auf Seite 2: Ich fragte nach dem Grund der Überweisung und Mag. Nakowitz sagte zu mir, dass es eine Vereinbarung zwischen BAWAG, SPÖ und ÖGB gäbe – und dies müsste ich von meinem Vater wissen –, die SPÖ finanziell zu unterstützen. – Zitatende.

Können Sie das, was Herr Flöttl hier zu Protokoll gegeben hat, bestätigen?

**Helmut Elsner:** Es hat mit Sicherheit keine Unterstützung der BAWAG an die SPÖ gegeben. Diese Aussage ist auf jeden Fall falsch.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Eine Vereinbarung zwischen BAWAG, SPÖ und ÖGB, sei sie auch nur mündlich (*Helmut Elsner: Hat es nicht gegeben!*), hat es Ihrer Aussage nach nicht gegeben.

**Helmut Elsner:** Weder mündlich noch schriftlich; das ist nicht einmal angedacht gewesen. Das ist absolut falsch.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut, dann habe ich jetzt auch keine Fragen mehr. Dann haben wir das auch vorgehalten und abgefragt. Damit beende ich die Befragung. Sie sind unsererseits aus dem Ausschuss entlassen.

*(Die **Auskunftsperson Helmut Elsner** verlässt – in Begleitung ihrer Vertrauensperson Dr. Wolfgang Schubert – den Sitzungssaal.)*

8.44

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 8.44 Uhr **unterbrochen** und um 9.44 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit **wieder aufgenommen**; Fortsetzung: 9.44 Uhr bis 9.46 Uhr nichtöffentlich; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)*

\*\*\*\*\*

9.47

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** **nimmt** – um 9.47 Uhr – die unterbrochene Sitzung medienöffentlich **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Christian Rauscher** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Christian Rauscher** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Bernhard Hundegger** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** begrüßt Herrn **Christian Rauscher** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Christian Rauscher:** Mein Name: Christian Rauscher; geboren am 19.2.1966; wohnhaft in Klagenfurt; derzeit arbeitslos.

Die Frage von **Obmann Mag. Dr. Martin Graf** an Herrn Rauscher, ob dieser im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, wird von diesem verneint.

Der Obmann weist darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben. Dies gelte auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Schließlich ersucht der Obmann auch die Vertrauensperson um deren Personaldaten.

**Vertrauensperson Dr. Bernhard Hundegger:** Meine Name: Dr. Bernhard Hundegger; Kanzleisitz: 9500 Villach; geboren am 26.5.1970; Beruf: Rechtsanwalt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Hundegger als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.– Das ist nicht der Fall.

Der Obmann setzt mit der Belehrung der Vertrauensperson fort, die er ebenfalls an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern hat. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage habe diese bereits bei der Auskunftsperson mitgehört.

Die Aufgabe der Vertrauensperson sei die **Beratung** der Auskunftsperson, sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, widrigenfalls sie ausgeschlossen werden könne. Hingegen könne sie auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei.

Sollten die Vertrauensperson der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde dann, wenn er es für erforderlich hält, den Vorsitzenden informieren.

Der Obmann wendet sich nun wieder der Auskunftsperson zu und fragt diese, ob einer der Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung, auf die bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde, vorliege.

**Christian Rauscher:** Ja, es liegen Gründe aus meiner Sicht vor.

Das ist einerseits der Fall, weil mein früherer Arbeitgeber, die Hypo Alpe-Adria Bank, mich nicht von der Verschwiegenheitspflicht entbunden hat. Es gibt eine schriftliche Erklärung dazu.

Zweitens ist es so zu sehen, dass gegen mich gerichtliche Voruntersuchungen geführt werden.

Und der dritte Fall ist für mich, dass das BWG es nicht vorsieht, dass ich entbunden werden kann.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Es hat sich Herr Kollege Kogler zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich will keine großartige Geschäftsordnungsdebatte anzetteln, sonst haben wir wieder das Raus- und Reingehspiel, aber nur so viel: Es wird sich der Ausschuss mit heutigem Tag, und zwar spätestens mit heutigem Tag, einen eindeutigen Umgang mit dieser Verhaltensweise der Hypo Alpe-Adria zurechtlegen müssen.

Sie werden sich nicht wundern, wenn ich eine Offensive vorschlage, denn eines kann – jetzt auch politische Lage – nicht sein: dass die BAWAG seit eineinhalb Jahren die Hosen unten hat in Knöchelhöhe, sich aber im Fall Hypo, die den Eigentümer noch nicht gewechselt hat, wie wir wissen, alle aufmunitionieren mit „Astronautenanzügen“, damit ja keiner in dieses dubiose Universum reinkommt. Das geht nicht!

Wir haben heute die Auskunftspersonen aus dem Aufsichtsrat, und wir werden am Freitag auch Verantwortliche hier hören. Meines Erachtens ist es auch ein Politikum, denn momentan wäre es noch möglich, dem Ausschuss die Zugänge zu Informationen derart zu verschaffen, dass die betreffenden Auskunftspersonen entbunden werden. Wir haben ja gesehen, wie das geht.

Wenn das der Umgang mit dem Ausschuss ist, ist es ein weiterer Grund, ihn vorläufig nicht abzuschließen, sondern da einmal einen entsprechenden Druck aufzubauen, denn das Parlament muss sich selber ernst nehmen, und es kann auch nicht diese Ungleichbehandlung geben. Das ist für mich undenkbar!

Ich füge noch eine Information hinzu, und es ist mir recht, wenn die Medienvertreter das hören. Ich habe gestern einen Hinweis bekommen, dass die für Freitag geladene Auskunftsperson Pfeiffenberger, also eine aus dem politischen Umfeld, nicht kommen wird oder will – dies vor dem Hintergrund, dass die „kollektive Blödheit“ dieses Ausschusses so weit geht, dass man sagt, es ist am 2. Juli aus, und jede Auskunftsperson, die sich in der letzten Woche überlegt, nicht zu kommen, weil schnell

einmal kein Aspirin daheim ist, wenn man Kopfweh hat, kommt halt nicht mehr. Und dieser Ausschuss hat nichts Besseres zu tun, als diesen Leuten sozusagen einen Weg zu weisen, wie sie das zu organisieren haben!

Wenn das der Zustand des österreichischen Parlaments ist, dann brauchen wir einen Untersuchungsausschuss über die Fraktionen, die hier agieren! – Meine zähle ich noch nicht dazu.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir werden uns da sicherlich noch den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie wir da weitermachen.

Hinsichtlich der nunmehr aufgezählten geltend gemachten Aussageverweigerungsgründe verweise ich auf die bislang auch ständige Übung in diesem Ausschuss. Es gibt kein generelles Aussageverweigerungs- oder Entschlagungsrecht, sondern es richtet sich immer auf die entsprechenden Fragen, und wir werden das dann im **Einzelfall** zu entscheiden haben, ob die Gründe, die Sie geltend machen, für uns glaubhaft genug sind oder nicht.

Trotz alledem: Sie haben vor Eingang in die Befragung die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. – Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt sodann als erster Fragestellerin Abg. Trunk das Wort.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Rauscher, im Zusammenhang mit der Wortmeldung des Kollegen Kogler. Diese Frage – Entbindung, Nichtentbindung und wie der Ausschuss damit umgeht –, Herr Kollege Kogler, haben wir sehr wohl – ich weiß nicht, ob unter Medienanwesenheit oder nicht, was auch völlig Wurscht ist – letzte Woche schon debattiert und diskutiert und auch den Vorsitzenden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen. Wir wissen, dass Maßnahmen gegeben, aber sehr beschränkt sind.

In diesem Zusammenhang, Herr Rauscher, frage ich Sie: Was haben Sie unternommen oder wie war der Weg, um von der Vertraulichkeit entbunden zu werden? Wen haben Sie ersucht, und was war Ihnen gegenüber die Begründung?

**Christian Rauscher:** Wir haben den Weg gewählt, gemeinsam mit meinem Anwalt, dass wir direkt auf die Rechtsabteilung der Bank zugegangen sind, und dort ist uns dann auch schriftlich die Auskunft erteilt worden, dass es keine Entbindung gibt. (*Abg. Krainer: Können wir das haben?*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Frage ist, gibt es diesbezüglich ein schriftliches Dokument oder ist das eine mündliche ...? (*Abg. Krainer: Er hat gesagt, es ist schriftlich!*)

**Christian Rauscher:** Es liegt ein schriftliches Dokument vor. (*Abg. Krainer: Das hätten wir gerne!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Würden Sie es dem Ausschuss vorlegen?

**Christian Rauscher:** Ist das ein Bescheinigungsmittel im Sinne der Verfahrensordnung?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Es geht letztlich auch um die Glaubhaftmachung und auch um die Frage, wie es formuliert ist.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ich würde ersuchen, dass der Herr Vorsitzende uns das auch zur Kenntnis bringt, damit wir nicht schweigend mitlesen müssen. (*Abg. Krainer: Eine Kopie für alle Fraktionen wäre schön!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Nur nicht nervös werden. In ständiger Übung werde ich das selbstverständlich kopieren lassen. Ich habe nur geschaut, ob es wirklich das ist.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Rauscher! Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie von der Hypo nicht entbunden wurden. Ich werde mich daher in meiner Fragestellung vor allem auf bestimmte Abläufe konzentrieren, ohne dass Ihnen Gefahr droht, dann Konsequenzen durch Ihren vormaligen Arbeitgeber zu erdulden oder erleiden.

Die erste Frage ist daher: Können Sie uns bitte erläutern, in welchem Zeitraum Sie für welchen Kompetenz- und Aufgabenbereich in der Hypo wo tätig gewesen sind?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich die Vertrauensperson daran erinnern, dass der Zeitraum der Beschäftigung, der Zuständigkeitsbereich und Ähnliches kein Fall des Bankgeheimnisses ist. Ich glaube, dass darüber die Auskunftsperson selbst wesentlich besser Bescheid weiß und diesbezüglich keine Beratung braucht, so wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist.

**Christian Rauscher:** Ich bin 1986 in die Bank eingetreten und habe dann im Jahr 1992 gemeinsam mit mehreren Personen den Bereich Treasury aufgebaut. Ich habe dann im Jahr 1999 die Leitungsfunktion dieses Treasury-Bereiches übernommen, die ich dann bis zum Juni 2005 hatte. Im Juni 2005 habe ich dann einen anderen Bereich im Haus übernommen, der neu geschaffen wurde. Das war eine Abspaltung von diesem Treasury-Bereich, das ist der Bereich Capital Markets. Das war also, um es neudeutsch auszudrücken, das Kapitalmarktgeschäft der Bank, das Emissionsgeschäft der Bank in Verbindung mit Gesprächen mit Rating-Agenturen und dergleichen. Ich habe diese Tätigkeit bis zum 30.4.2006 wahrgenommen, bin dann freigestellt worden von der Bank und habe dann von mir aus gekündigt zum 3.4. Diese Kündigung ist dann per 31.5.2006 wirksam geworden.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Rauscher, haben Sie in diesen beiden ähnlichen Tätigkeiten einen abgesteckten Kompetenz- und Zuständigkeitsbereich gehabt? Ist das in einer Form schriftlich festgehalten worden innerhalb des operativen Bereiches der Hypo?

**Christian Rauscher:** Es gibt interne Richtlinien, und diese internen Richtlinien definieren Aufgabenstellungen. Diese internen Richtlinien waren vorhanden.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Sind diese internen Richtlinien, die wir durch Aussagen und auch durch den OeNB-Bericht erhellend zur Verfügung gestellt bekommen haben, in einer Art, dass Sie da über einen großen Bereich völlig eigenständig, selbständig, selbstverantwortlich handeln, oder wo liegen die Kriterien, wo Sie – egal, wer das ist – den jeweiligen Vorstand über etwas informieren müssen?

**Christian Rauscher:** Da gerade dieser Punkt der zentrale Punkt im Rahmen der Voruntersuchungen gegen mich ist, möchte ich in diesem Fall die Aussage verweigern.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Dann gehen wir von diesem Punkt weg.

Wären Sie so nett, uns zu erläutern, wie die Informationslinien im Bereich Treasury ausschauen. – Also ganz normal: Wer informiert wen? – Das hat ja mit dem Vorfall oder den Ereignissen von 2004 absolut nichts zu tun. Eigentlich ist dies ja auch im Organigramm nachverfolgbar, aber es wäre gut, wenn **Sie** es selbst sagen würden.

**Christian Rauscher:** Ich tue mich auch mit dieser Frage sehr schwer in der Beantwortung, weil sie im Grunde genommen auch auf das abzielen würde, was wiederum in die gesamten gerichtlichen Vorerhebungen hineinfällt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Zu sagen, es fällt Ihnen schwer, ist schön, okay. Dann machen Sie es sich eben schwer, aber beantworten Sie es trotzdem! – Oder Sie entschlagen sich. (*Christian Rauscher: Ich entschlage mich, ja!*) – Dann müssen Sie sagen, Sie entschlagen sich, und nicht „die Antwort fällt mir schwer“, denn es mir egal ist, ob sie Ihnen schwer fällt oder nicht.

**Christian Rauscher:** Wir entschlagen uns der Aussage. (*Abg. Krainer: Wer ist „wir“? Wer ist „uns“?*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich darf bitten, dass wir aus der Semantik jetzt kein Drama machen! Wir wissen, was gemeint ist. Jetzt hat jeder seine Meinung kundgetan, wie er sich erwartet, dass eine Entschlagung erfolgt, und alle werden sich daran halten.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Rauscher, können Sie uns eine Darstellung dessen geben, was so Ihr täglicher Arbeits- und Kompetenzbereich war? Wie ist das abgelaufen – nachdem die Überschrift „Swap-Geschäfte“ unterschiedlich interpretiert werden kann –, also mit welchen Tätigkeiten und Geschäften hatten Sie zu tun?

**Christian Rauscher:** Ich möchte festhalten, dass ich das jetzt sehr allgemein beantworten möchte.

Die Aufgabe eines Treasurers umfasst die Liquiditäts- und Zinsrisikosteuerung einer Bank. Im Rahmen dieser Liquiditäts- und Zinsrisikosteuerung – das ist also das klassische Aktiv-Passiv-Management – werden Zinstauschgeschäfte, Swap-Geschäfte selbstverständlich eingesetzt; das macht jede Bank.

Des Weiteren zählen auch die Gestionierung des Wertpapiereigenbesitzes sowie das Emissionsgeschäft der Bank zu diesem Aufgabenbereich. Es gibt unterschiedlichste Ausformungen in den Treasury-Einheiten in Österreich, je nach Größenordnung wird das ein bisschen anders gehandhabt.

Das Treasury selbst, möchte ich noch hinzufügen, war ein Bereich, der in drei verschiedene Ressorts eingeteilt war. Das heißt, es gab unter dieser Bereichsleiterfunktion Ressortleiterfunktionen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Hat es Ihrer Wahrnehmung nach – das kann nur Ihre Wahrnehmung sein – damals sowie heute, so wie in jeder Bank, für Sie – gehen wir von heute aus – ein funktionierendes Controllingsystem gegeben, ein funktionierendes Risikomanagement? – Ich frage nicht, ob es funktioniert hat, sondern nach Ihrer Wahrnehmung ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Diesbezüglich schlage ich vor, dass Sie sich mit Ihrem Vertrauensanwalt beraten.

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Christian Rauscher:** Ich möchte die Frage so beantworten, dass ich mich der Aussage entschlage, weil gerade dieses Thema auch in den Wirkungsbereich des Herrn Dr. Kulterer hineinfällt und Dr. Kulterer für Treasury- und Controlling-Aufgaben zuständig war.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Zunächst muss ich den Herrn Vorsitzenden ersuchen, dass wir bei der Befragung die jeweiligen Zeugen gleich behandeln, und nicht der Vorsitzende bei dem einen die Beratung moniert und beim anderen aufmerksam macht, wer durch wen beraten sein soll – bei aller Freundlichkeit, Herr Vorsitzender!

Herr Rauscher, uns geht es darum, auch *Ihre* Situation klarzustellen, weil ja alles öffentlich ist. Öffentlich wurde dargestellt, dass Sie in Ihrem Aufgabenbereich

besonders gegen Ende so etwas wie übereifrig agiert hätten, um eine ausgeschriebene Leiter-Position zu erhalten. – Das ist auch kein Geschäftsgeheimnis, weil es öffentlich ist. – Dazu hätte ich gerne Ihre Wahrnehmung. Entspricht dies Ihrer damaligen Situation, oder waren es Geschäfte, die eben mit Verlusten und Gewinnen verbunden sind?

**Christian Rauscher:** Ich kann keine Aussage dazu machen, da die gesamte Geschäftstätigkeit Gegenstand von gerichtlichen Voruntersuchungen ist.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Jetzt komme ich bald in die Situation, in der sich der Vorsitzende befunden hat: Herr Rauscher, ich glaube schon, dass Sie sagen können, dass Sie nicht übereifrig, überengagiert und quasi fahrlässig gehandelt haben. **Ich** würde mich **schon** selbst schützen, indem ich da Stellung beziehen würde, denn das sind ja öffentliche Anwürfe gegen Sie, auch durch einen Vorstand.

**Christian Rauscher:** Um das Ganze abzukürzen: Ich habe **nie** eine Leiter-Position angestrebt.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Hat man Ihnen diese Leiter-Position angeboten? (**Christian Rauscher: Nein!**) – Wie gesagt, es hat unseres Wissens ein Controlling gegeben, dort war Herr Zois zuständig und verantwortlich. Hat es da eine funktionierende Kooperation – ich meine jetzt nicht Absprache, sondern funktionierende Zusammenarbeit – gegeben?

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, die gesamte Tätigkeit, die Sie jetzt ansprechen, ist Gegenstand dieser gerichtlichen Voruntersuchungen; ich kann keine Aussage machen. Das spielt letztendlich alles zusammen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Vielleicht kommen wir ja dort noch hin. – Sie haben gesagt, Sie haben keine Leiter-Position angestrebt. Sie waren aber Leiter des Treasury?

**Christian Rauscher:** Ich **war** Leiter des Treasury, das ist richtig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wissen Sie, was für ein ausgeschriebener Leiter-Posten da gemeint war?

**Christian Rauscher:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War irgendetwas ausgeschrieben zu diesem Zeitpunkt, irgendeine Leitungsfunktion, die in Ihr Profil gepasst hätte?

**Christian Rauscher:** Ich habe keine Kenntnis.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was haben Sie überhaupt für ein Profil? Was haben Sie für eine Ausbildung?

**Christian Rauscher:** Ich bin kein Akademiker. Ich habe die üblichen Fach-Seminare gemacht, ich habe die Börsenhändler-Ausbildung, ich habe Fachseminare bei Enthofer und Haas gemacht, ich war bei Hernstein, ich war bei St. Gallen; also fachspezifische Seminare, wie man sie kennt. Ich habe keine zusätzliche Bankenausbildung, keine zusätzlichen akademischen Qualifikationen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Als Sie 1986 in die Bank gekommen sind, war diese ja vergleichsweise klein und übersichtlich. (**Christian Rauscher: Das ist richtig, ja!**) – Wie sind Sie in diese Bank gekommen?

**Christian Rauscher:** Ich habe in einer Filiale gearbeitet, dann hat in meinem Heimatort die Hypobank eröffnet, und ich bin mit der Filialleiterin der Raiffeisenbank zu dieser Hypobank gewechselt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie waren vorher bei der Raiffeisenbank?

**Christian Rauscher:** Ich war kurzfristig bei Raiffeisen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und die Filialleiterin ist zur Hypo gewechselt – (*Christian Rauscher: Genau! Und hat mich mitgenommen!*) – und hat gesagt, da habe ich einen Mitarbeiter, der engagiert ist, der etwas lernt, den nehme ich gleich mit; und Sie haben gesagt: das passt.

**Christian Rauscher:** Das kann man so sehen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben dann eben als einfacher Mitarbeiter der Bank begonnen und sich innerhalb der Bank weitergebildet, extern. – Hat **die Bank** diese Seminare bezahlt?

**Christian Rauscher:** Selbstverständlich, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie waren dann relativ schnell im Bereich Treasury und haben diesen mit aufgebaut. – Wer vom Vorstand war zuständig für das Treasury?

**Christian Rauscher:** Das waren über die Jahre mehrere Leute.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie können alle nennen oder nur ab 1999.

**Christian Rauscher:** Dr. Jörg Schuster und Dr. Wolfgang Kulterer.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ab wann Herr Dr. Kulterer?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es nicht. Es müsste das Jahr 2003 gewesen sein; das kann man aber nachlesen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Herr Rauscher, wir alle kennen das Phänomen: Wenn in einem Unternehmen etwas passiert, dann gibt es zwar einen Vorstand, einen Aufsichtsrat, aber oft heißt es: Den Letzten beißen die Hunde! – Ich weiß, dass der Leiter des Treasury nicht der Letzte ist, aber nach dem, was wir da so gehört haben, lauten die Vorwürfe gleichsam: Das hat alles Herr Rauscher verbrochen! – Was sagen Sie dazu?

**Christian Rauscher:** Das ist ein ganz zentraler Punkt, und genau diese Frage geht in die Richtung, dass das Gegenstand dieser gerichtlichen Vorerhebungen ist. Ich muss mich der Antwort entschlagen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Aber wir haben hier eine öffentliche Anhörung. Ich meine, das wäre jetzt für Sie eine Chance, zu sagen: Es ist nicht so, dass ich allein schuld oder der große Missetäter bin, wie andere behaupten. – Wollen Sie diese Chance nicht wahrnehmen?

**Christian Rauscher:** In diesem Zusammenhang möchten wir davon Gebrauch machen, dass wir die Vorerhebungen abwarten. Es gibt noch Vorerhebungen, und es wird dann entschieden, ob diese Vorerhebungen in ein Strafverfahren münden.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Können Sie uns sagen: Bis zu welchen Limits konnten Sie eigenverantwortlich solche Transaktionen durchführen?

**Christian Rauscher:** Das fällt für mich ganz klar unter die Kategorie „Geschäfts- und Betriebsgeheimnis“, das kann ich nicht sagen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Können Sie auch nicht sagen, ob es in Ihrem Unternehmen irgendwelche Risikomanagement-Organisationsformen gegeben hat?

**Christian Rauscher:** Das kann man dem Geschäftsbericht entnehmen; nach dem Organigramm waren sie vorhanden.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Sie waren vorhanden, aber offensichtlich nicht effizient genug, um Verluste von 330 Millionen € aus Swap-Geschäften zu verhindern!

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Vorsitzender, es geht nicht, dass die Vertrauensperson der Auskunftsperson das Mikrofon aus- und einschaltet, weil diese gerade etwas sagen will oder nicht! Das geht zu weit.

*(Die Vertrauensperson setzt zu einer Erklärung an.)*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Vertrauensperson **kann** keine Erklärungen gegenüber dem Ausschuss vornehmen!

Es ist richtig, dass ich gesagt habe, dass, wenn man sich berät, das Mikrofon auszuschalten ist. Wir stehen aber unter dem Eindruck, dass diese Beratung nicht von der Auskunftsperson initiiert ist, sondern, noch bevor die Auskunftsperson nachdenken kann, schon die Beratung erfolgt. – Das ist dann schon eher eine **Beeinflussung**. Ich bitte daher, das Procedere einzuhalten!

**Christian Rauscher:** Wir werden uns daran halten.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Sind die hohen Verluste durch reine Swap-Geschäfte entstanden, oder waren da auch andere hochspekulative Sachen dabei?

**Christian Rauscher:** Es waren Swap-Geschäfte.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht **alleinverantwortlich** machen konnten. – Ist das richtig?

**Christian Rauscher:** Das ist grundsätzlich richtig.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP):** Mir ist jetzt klar, dass Sie sich wahrscheinlich bei weiteren Fragen entschlagen werden, und mir genügt vorerst einmal Ihre Aussage, dass Sie solche Transaktionen nicht alleinverantwortlich machen konnten. – Danke.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich halte das auch für eine bemerkenswerte Information und gebe da Herrn Dr. Stummvoll recht. Da jetzt aber droht, dass diese Befragung bezüglich des angerissenen Themenkomplexes etwas langwieriger wird, möchte ich vielleicht einen anderen Sachverhalt mit Ihnen klären und durchgehen. Wir werden auch noch versuchen, bei diesen bankinternen Organisationsabläufen weiterzukommen, ich komme aber zu etwas anderem.

Herr Rauscher, am 17. Jänner 2005 sind Sie nach unseren Informationen und nach Zeitungsinformationen in eine eher seltsame Lage geraten. Sie wissen, wovon ich spreche. Ich darf zitieren aus dem „Standard“ vom 24. Februar 2007:

„Im Jänner war man gerade dabei, die Verluste zu reparieren. Die Sache war unter Verschluss, die entsprechenden Diskussionen wurden nicht in die Vorstandsprotokolle aufgenommen.“

Was laut Polizeiprotokoll ... an diesem Montag geschah: Rauscher kam abends ‚mit blutenden Verletzungen und blutverschmierter Kleidung‘ heim, sprach davon, von Kroaten überfallen worden zu sein, im Akt ist die Rede von ‚widersprüchlichen

Angaben'. Rettung, Notärztin und Polizei kamen – und Letztere rief die Bank, genauer deren Sicherheitsbeauftragten Albert Stangl (ein pensionierter Polizeioberst) an“ –

wurde also telefonisch kontaktiert! –

„sowie Bankchef Wolfgang Kulterer. Der soll, so heißt es, ‚um Vertraulichkeit gebeten haben‘. Sicherheitsbeauftragter und Mitarbeiter Rauschers machten sich dagegen persönlich auf den Weg, und kamen zu Rauschers Wohnung in Klagenfurt, wo die Polizisten inzwischen Ihren Job machten, die Verletzungen Rauschers und sein Dienstauto, einen VW-Passat TDI, fotografierten.“

Bleiben wir hier einmal stehen. Rauscher kam „mit blutenden Verletzungen und blutverschmierter Kleidung heim“.

Herr Rauscher, wollen Sie dem Ausschuss erklären, wie es zu dieser Verletzung gekommen ist?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Christian Rauscher:** Ich möchte mich der Aussage entschlagen. *(Abg. Mag. Kogler: Mit welcher Begründung?)* – Dass das eine rein persönliche Geschichte ist, die nichts mit dem gesamten Vorfall zu tun hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Rauscher, ich glaube, so einfach wird es jetzt nicht sein. Wir haben das im Eurofighter-Ausschuss zigmal durchexerziert, ich kann Sie da völlig beruhigen: Was mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, entscheidet im Zweifel – und unsere Zweifel sind jetzt sicherlich nicht gering – der Ausschuss selber. Sie können da ganz beruhigt sein. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich hier die Frage nach den Zusammenhängen geradezu aufdrängt.

Deshalb noch einmal die Frage: Was ist an diesem 17. Jänner 2005 passiert, dass Sie in diesem Zustand heimgekommen sind? Zunächst die Frage: Ist es richtig, dass Sie mit blutenden Verletzungen und blutverschmierter Kleidung zu Hause angekommen sind? Ist das zutreffend?

**Christian Rauscher:** Ja, ist zutreffend. *(Abg. Mag. Kogler: Wie ist es dazu gekommen?)* – Ich war an diesem 17. Jänner und natürlich auch im Vorfeld des Jänners in einem seelischen Ausnahmezustand. – Mehr möchte ich dazu eigentlich nicht angeben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es ist nur so, dass es zu dieser Sache offensichtlich zwei Versionen gibt.

Richtig ist, dass das im Polizeiprotokoll offensichtlich auch so auftaucht, wie Sie jetzt sagen, aber Sie haben ja angegeben, offensichtlich, von Kroaten überfallen worden zu sein. Ich glaube schon, dass es ein psychischer Ausnahmezustand ist, wenn man überfallen wird. – Wie war dieser Überfall?

**Christian Rauscher:** Wenn man den Zeitungsartikel als Maßstab hernimmt, dann ist das Tage später meinerseits richtig gestellt worden – es hat keinen Überfall von Kroaten gegeben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es hätte keinen Überfall gegeben. – Aber – nur damit die Ausschuss-Mitglieder auch wissen, dass das alles von hoher Relevanz ist – es ging dann in der Folge darum, dass ein schwarzer versperbarer Aktenkoffer von der Polizei fotografiert wurde. Das muss man sich fast auf der Zunge zergehen lassen, ich zitiere weiter in dem Artikel: „Was Rauscher darin aufbewahrte, das sollten die Klagenfurter Polizisten nie erfahren.“

Na gratuliere!

Ich zitiere weiter:

„Den Koffer samt Unterlagen über die Bank, Swaps und andere Papiere, die sich in dieser Form nicht in den offiziellen Unterlagen der Bank finden, nahm der Hypo-Banker gleich noch am Abend des 17. Jänner mit“ –

also offensichtlich ein anderer, der da mitgekommen ist –,

„was der Polizei gegenüber mit einem knappen ‚Bankgeheimnis‘ begründet wurde. – Ein Vorgehen, das Rauscher im Gespräch mit dem ‚Standard‘ bestätigt hat.“ – Zitatende.

Das war jetzt vor allem für die Ausschussmitglieder wichtig, um zu sehen, dass hier ein Zusammenhang zu diesem Vorgang besteht. Darauf wollte ich letztlich hinaus.

Also Sie bleiben jedenfalls bei Ihrer Darstellung: dass Sie zunächst – aus welchen Motiven auch immer – die Angabe gemacht haben, von Kroaten überfallen worden zu sein, später aber die Version zu Protokoll gegeben haben, Sie hätten sich in einer psychischen Ausnahmesituation befunden und selbst verletzt. – Können wir das einmal so festhalten?

**Christian Rauscher:** Das können Sie so festhalten. Das „später“ war auch noch am gleichen Tag. (*Abg. Mag. Kogler: Was war noch am gleichen Tag?*) – Dass meine Erstaussage zurückgezogen wurde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt zu diesem Koffer: Ist es richtig, dass Sie einen schwarzen Aktenkoffer mitgehabt haben?

**Christian Rauscher:** Das ist grundsätzlich richtig. (*Abg. Mag. Kogler: Grundsätzlich?*) – Ja, das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Rekonstruieren wir diesen Vorgang! – Wie ist es gekommen – Ihrer Wahrnehmung nach –, dass die eintreffenden Personen seitens der Hypo diesen Koffer mitgenommen haben? Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

**Christian Rauscher:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung; ich war nicht dabei.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie waren nicht dabei? Wo war denn der Koffer?

**Christian Rauscher:** Der war in meinem Auto.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Der Koffer war im Auto – Sie waren nicht dabei.

Aber Herrn Albert Stangl haben Sie gesehen? Der ist gekommen?

**Christian Rauscher:** Ich war nicht dabei! (*Abg. Mag. Kogler: Er hätte er ja zu Ihnen ins Haus kommen können!*) – Ich war nicht dabei. Mehr kann ich nicht dazu sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also Sie haben Herrn Albert Stangl in jenem Zusammenhang oder an jenem Abend nicht gesehen? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Haben Sie an dem Abend sonst Leute von der Hypo erkannt, angetroffen?

**Christian Rauscher:** Ich war an dem Abend in einem seelischen Ausnahmezustand, ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was war in diesem Koffer?

**Christian Rauscher:** Das war nach einem Wochenende, und es waren ganz normale Unterlagen drin, die am Wochenende ausgearbeitet wurden und die dann am Montag

oder in den folgenden Tagen wieder in den normalen Geschäftsbereich der Bank hätten einfließen sollen. Vorbereitungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie die Unterlagen, die sich im Koffer befanden, wieder retourniert bekommen?

**Christian Rauscher:** Bei meiner Rückkehr in die Bank ist der Koffer unversehrt in meinem Büro gelegen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Unversehrt? – Es war ein versperrbarer Koffer?

**Christian Rauscher:** Der Koffer war versperrt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Er war dann auch wieder versperrt? Sie haben ihn versperrt vorgefunden? (*Christian Rauscher: So ist es!*) – Wenn Sie diese Version weiterverfolgen, dann wird wahrscheinlich die Antwort auf die nächste Frage – ich stelle sie Ihnen aber trotzdem noch – schon prognostizierbar sein: Haben Sie Feststellungen dahin gehend gemacht, dass der Koffer zwischenzeitig geöffnet wurde?

**Christian Rauscher:** Ich habe mich mit diesem Thema nie beschäftigt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie hätten eine Wahrnehmung haben können. Der Koffer ist weg, der Koffer ist wieder da – soweit muss man sich damit beschäftigen, dass er einem wieder einmal ins Auge springt, und vielleicht springt einem auch ins Auge, ob er im gleichen Zustand wie vorher ist oder in einem anderen. – Was können Sie dazu sagen?

**Christian Rauscher:** Der Koffer war unversehrt, und daher gehe ich davon aus: Er war nicht geöffnet.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ich schließe an die Fragen des Kollegen Kogler an. Es ist schon sehr erstaunlich, dass Sie nach diesem Überfall und nach diesen Verletzungen, die Ihnen zugefügt wurden, spontan angeben, es handle sich um einen Überfall der Kroaten, und dann später alles zurückziehen.

Erste Anmerkung dazu: Normalerweise wird in einem seelischen Ausnahmezustand, in einem Schockzustand, keine Erfindung geprägt. Das heißt, der, der überfallen wird, sagt in der ersten Reaktion gegenüber der Polizei oder jenen Leuten, die er dann trifft, die Wahrheit. Das ist bekannt. Also Ihre Ausreden heute sind natürlich als solche leicht erkennbar und nicht glaubhaft. Auch die Zeitungsartikel, die über diese Vorfälle vorliegen, lassen klar und deutlich erkennen, dass Sie im Nachhinein instruiert wurden, um Selbstverletzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass es nicht sehr glaubhaft ist, was Sie hier sagen, und meine Frage – weil mir bekannt ist, dass, wenn sich jemand selbst verletzt, im Krankenhaus nicht nur eine Verarztung der Wunden stattfindet, sondern auch sofort psychologische Betreuung oder psychiatrische Behandlung durch Ärzte –: Gab es solche Behandlungen?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich darf die Vertrauensperson ersuchen und ausdrücklich darauf hinweisen, dass eine Beeinflussung bei solchen Fragen leicht als Anstiftung oder Beihilfe zu einer falschen Aussage ausgelegt werden könnte. Ich glaube, dass wir da wirklich korrekt miteinander umgehen sollten.

Weil solche persönlichen Dinge gefragt werden, möchte ich festhalten: Wir haben alle den Eindruck, dass sich Herr Rauscher heute in keinem Ausnahmezustand befindet und daher selbst auch einige Dinge beantworten kann oder will oder auch nicht. Ich bitte ausdrücklich darum, die Regeln einzuhalten.

**Christian Rauscher:** Ich möchte auf diese Frage keine Antwort geben. Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das heißt, Sie teilen dem Untersuchungsausschuss nicht mit, ob Sie nach diesem Überfall eine psychologische Behandlung bekommen haben.

**Christian Rauscher:** Ja, ich habe eine bekommen. (*Abg. Krainer: Das geht uns eigentlich nichts an! – Vertrauensperson Dr. Hundegger: Das ist genau das, was ich gesagt habe!*)

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das ist wichtig, denn das hängt damit zusammen, ob das eine Ausrede war oder nicht. Wenn das festzustellen ist, dann ist das eine Feststellung – und ist auch gut so.

Zur Brisanz des Kofferinhalts: Es ist so gewesen, dass Sie nach Ihrer Verletzung sofort Besuch von Kulterer und Stangl bekamen – so ist es den Berichten zu entnehmen – und dass auch aufgrund der offensichtlichen Brisanz des Koffers erstens die Polizei gebeten wurde, Stillschweigen zu bewahren, und zweitens der Koffer mitgenommen wurde.

Ich möchte Ihnen zu diesem Koffer eine Mitteilung machen, die auch öffentlich bekannt wurde:

Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht auch der Inhalt von Rauschers Aktenkoffer. – Als die Polizei an jenem Tag in die Wohnung des Hypo-Mitarbeiters kam, stand dort ein Aktenkoffer, von dem die Beamten zunächst keine Notiz nahmen. – Es gab auch Fotos darüber. Interessant auch, dass Kulterer dann später jegliche Erinnerung an einen Koffer von sich weist. – Währenddessen transportierten alarmierte Mitarbeiter aus Rauschers Abteilung den Koffer aus der Wohnung ab. – Da wurde jemand alarmiert; damit dürfte doch die Brisanz zu unterlegen sein. – Über den Inhalt wird heftig spekuliert, vermutet werden für die Hypo belastende Unterlagen über die Swap-Geschäfte. Auch sind Gerüchte aufgetaucht, wonach im Koffer jener Schmuck gewesen sein könnte, der in Kroatien beim in Wien inhaftierten kroatischen Ex-General Vladimir Zagorec vermutet ... Zagorec wird Veruntreuung von kroatischen Staatsgeldern in Höhe von Dutzenden Millionen Euro zur Last gelegt. – Zitatende.

Was sagen Sie zu diesen öffentlich gemachten Behauptungen?

**Christian Rauscher:** Das sind für mich Zeitungsartikel, die ich nicht weiter kommentieren möchte.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich darf wieder eingreifen: Sie können das nicht so beantworten, indem Sie sagen, Sie möchten Zeitungsartikel nicht kommentieren. Sie können sagen: Der Sachverhalt ist richtig, der Sachverhalt ist falsch!, Dieser ist richtig, der andere ist falsch!, oder Sie können sich entschlagen. Aber dass Sie einen Vorhalt „nicht kommentieren“, das geht so nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Man muss, glaube ich, Aussage für Aussage und Absatz für Absatz getrennt vorhalten, ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** So ist es. Daher darf ich, damit wir uns da leichter tun, Kollegen Klement ersuchen, dass er jeden einzelnen Vorhalt vorliest und dann die Frage stellt, ob das stimmt oder nicht.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Schauen Sie, ich gehe gerne auf diese einzelnen Vorhaltungen ein, aber Sie werden schon erkennen, wohin meine Stoßrichtung geht: Erstens war die Frage, ob Sie nicht in der ersten Reaktion auf diesen Überfall die kroatische Beteiligung wahrheitsgetreu angegeben haben. Und

zweitens jetzt diese Frage, dass in Verbindung mit diesem Koffer auch Kroatien genannt wird. Das heißt, so von der Hand zu weisen ist die Verbindung nach Kroatien nicht. Das ist auf der Hand liegend. – Aber ich komme auf diese einzelnen Vorhaltungen noch einmal im Einzelnen zu sprechen.

Das heißt, es gab diesen Aktenkoffer. Können wir das festhalten? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und Sie halten fest, dass es in diesem Aktenkoffer nur Unterlagen des täglichen Arbeitens gab, aber kein Schmuck oder keine Verbindungen in Richtung Kroatien damit in Zusammenhang standen?

**Christian Rauscher:** Das war exakt so.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Und warum – erklären Sie uns das dann bitte – ist diese große Brisanz gegeben? Warum kommen dann extra alarmierte Hypo-Mitarbeiter zu Ihnen und wollen diesen Koffer holen? Sogar der Hypo-Chef Kulterer persönlich kommt! – Das heißt, es wird sich doch nicht um Dinge des täglichen Lebens und des täglichen Arbeitens gehandelt haben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Der Vorhalt lautet: War Herr Kulterer bei Ihnen an diesem Tag?

**Christian Rauscher:** Ja, Dr. Kulterer war bei mir im Laufe dieser Tage.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Im Laufe dieser Tage. – Und an diesem Abend, als Sie überfallen worden sind? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Da gibt es anderslautende Meldungen: dass zugleich, als die Polizei Sie befragt hat, als auch die Verletzungen behandelt wurden, zur gleichen Zeit Kulterer und Stangl zu Ihnen kamen! – Kamen diese Leute an diesem Tag zu Ihnen: ja oder nein?

**Christian Rauscher:** Ich möchte den Zeitungsartikel nicht kommentieren. Es ist nicht richtig. Kulterer war nicht bei mir am 17.!

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** War Kulterer in weiterer Folge in den nächsten Tagen – drei, vier Tagen – bei Ihnen? (*Christian Rauscher: Ja!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** War Stangl bei Ihnen an diesem Tag? (*Christian Rauscher: Ja!*)

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Gab es an diesen Tagen so etwas wie einen „Maulkorbberlass“ der beiden Herren?

**Christian Rauscher:** Dazu kann ich nichts sagen; da muss ich mich der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Was war überhaupt dann das Gespräch zwischen Ihnen, Kulterer und Stangl?

**Christian Rauscher:** Das ist grundsätzlich um meinen Gesundheitszustand gegangen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Nächster Bereich: Interessant ist, dass die Staatsanwaltschaft Klagenfurt sich zwar anfangs dieser Sache angenommen hat, dann aber das irgendwie einschlafen ließ.

Wie ist Ihr Eindruck über die Arbeit der Staatsanwaltschaft? Wie ist der Stand der Dinge der Staatsanwaltschaft Klagenfurt in Bezug auf diesen Fall 17. Jänner?

**Christian Rauscher:** Es hat eine Befragung gegeben zum Thema Koffer seitens der Staatsanwaltschaft.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Was war der Inhalt des Gesprächs? Was waren Ihre Aussagen?

**Christian Rauscher:** Das ist Gegenstand eben dieser gerichtlichen Vorerhebungen. Da kann ich keinen Kommentar dazu machen. In Ihren Fragen hatten wir schon einige Punkte drinnen, und die wurden so ausgesagt meinerseits.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Gibt es derzeit irgendwelche laufenden Verfahren mit der Staatsanwaltschaft Klagenfurt? (*Christian Rauscher: Ja!*)

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Rauscher, ich möchte etwas weiter zurückgehen, ins Jahr 2004, mit meinen Fragen, nicht so sehr jetzt die Bank an sich und Ihr Angestelltenverhältnis sozusagen betreffend, aber wir wissen natürlich, dass es im Jahr 2004 in der zweiten Jahreshälfte zu diesen erheblichen Spekulationsverlusten gekommen ist; dass im Jahresverlauf die erste Jahreshälfte relativ positiv gelaufen ist, aber dann einzelne Positionen ins Negative umgedreht haben.

Uns ist bekannt geworden, dass Sie zu dem Zeitpunkt teilweise gar nicht im Land, also in Kärnten waren, operativ tätig waren, sondern einen privaten Aufenthalt außer Landes getätigt haben. – Ist das so richtig? – Frage eins.

Und Frage zwei ist eine private Frage: Wie lange waren Sie außer Landes, und zu welchem Zweck waren Sie außer Landes?

**Christian Rauscher:** Ich war außer Landes – das war ein Zeitraum von 16 Tagen, das war vom 31. Oktober 2004 bis zum 14. November 2004. Ich war in Amerika, in Boston, und habe dort eine Ausbildung genossen, die im Rahmen eines „Master of Business Administration“ zu sehen ist.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Standen Sie da im ständigen Kontakt mit Ihrem Arbeitgeber, oder hatten Sie in diesen zwei Wochen keinen Kontakt zur Bank?

**Christian Rauscher:** Es hat Kontakt gegeben, aber der war natürlich da und dort nicht ganz so einfach, weil es oft nur telefonisch möglich war, weil andere elektronische Mittel nicht funktioniert haben. Das musste man auch zur Kenntnis nehmen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Elektronische Mittel können das Telefon sein, ...

**Christian Rauscher:** E-Mails und dergleichen – ich spreche da konkret über E-Mails. Wir hatten telefonischen Kontakt ganz normal – aber natürlich auch mit der Zeitverschiebung und dergleichen. Es sind ja acht Stunden Zeitverschiebung.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber die Mails liest man ja bekanntlich dann, wenn man Zeit findet! Also die haben Sie bekommen vom Unternehmen?

**Christian Rauscher:** Der Mail-Verkehr war nicht möglich. Ich hatte keine Mails. Es gab telefonischen Kontakt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ausschließlich telefonischen Kontakt? (*Christian Rauscher: Exakt!*) – Und Ihre Position, die Sie im Unternehmen eingenommen haben, ist vertreten worden von wem in dieser Zeit? Wissen Sie das noch?

**Christian Rauscher:** Das fällt für mich unter das Geschäftsgeheimnis, und das möchte ich nicht sagen, kann ich nicht sagen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber das ist ja kein Geschäftsgeheimnis, wenn Sie uns sagen, wer Sie in der fraglichen Zeit im Unternehmen vertreten hat! – Ich frage ja nicht nach einem konkreten Geschäft, sondern nur, wer in dieser Zeit Ihren Zuständigkeitsbereich abgedeckt hat.

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, da geht es um interne Strukturen im Haus, und die Bank hat mich davon nicht entbunden! Ich kann da keine Aussagen treffen. Da müssten jetzt Personen genannt werden, und ich weiß, was dann passiert!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das interessiert uns: Was passiert dann?

**Christian Rauscher:** Sie müssen ja *meine* Sicht verstehen: Die Bank kann ja *mich* belangen, de facto, wenn ich hier Aussagen treffe, die unter das Betriebsgeheimnis fallen. Und Personen zu nennen würde für mich klar unter das Betriebsgeheimnis fallen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Da frage ich jetzt den Herrn Verfahrensanwalt, ob die Nennung eines Stellvertreters in einer Urlaubs- oder sonstigen Abwesenheit ein Betriebsgeheimnis ist.

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Das kann sie natürlich sein. Normalerweise sehe ich es auch nicht, denn es wird ja fixiert sein, und alle dort Beschäftigten werden es ja *auch* gewusst haben – denn wenn sie es nicht gewusst hätten, hätten sie sich an den falschen Menschen gewendet. Ich weiß nicht, welche sonstigen Informationen noch da sind, dass das Ganze zum Geheimnis wird!

Normalerweise – und wir haben es ja vielfach erlebt – ist die Frage der Stellvertretung, die ja auch in der Zeit der Anwesenheit besteht, kein Geheimnis an sich. Ich weiß nicht, was da noch zusätzlich dazukommt, dass es jetzt geheimnisvoll wird. An sich ist die Frage, wer Stellvertreter von einem bestimmten Menschen ist – wir haben das ja hundert Mal gehört –, kein Geheimnis!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann habe ich noch eine Frage dazu. Sie waren abwesend, ortsabwesend, E-Mail-mäßig nicht erreichbar. Hatten Sie einen E-Mail-Anschluss im Betrieb der Hypo? Haben Sie dort eine E-Mail-Adresse gehabt?

**Christian Rauscher:** Sie meinen jetzt in der Hypo? Oder im Ausland?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In der Hypo. Grundsätzlich.

**Christian Rauscher:** Selbstverständlich, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wenn Sie ortsabwesend waren, haben Sie den Abwesenheitsassistenten aktiviert? (*Christian Rauscher: Selbstverständlich!*) – Was ist da draufgestanden auf dem Abwesenheitsassistenten?

**Christian Rauscher:** Meine Assistenten. Meine Assistenz, und die hat Bescheid gewusst, wen sie dann in welchen Fragen zu konsultieren hat, da es ja, wie ich vorher eingangs gesagt habe, Ressortleiter gegeben hat, bei welchen ... – Bitte verstehen Sie mich (*Obmann Dr. Graf: Na, das ist keine Frage!*), ich möchte keine Namen nennen. Es hat Funktionen gegeben, ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wenn Sie uns jetzt den Namen der Assistenz verraten? (*Christian Rauscher: Nein!*) – **Das** kann aber wohl **kein** Betriebsgeheimnis sein! – Jetzt wird es extensiv ausgelegt.

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, es geht in diesem Punkt darum: Wer war **verantwortlich** in diesem Zeitraum?, und deswegen muss man mich verstehen: Ich möchte mich der Aussage entschlagen! – Und das ist Gegenstand gerichtlicher Voruntersuchungen!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist ein anderer Entschuldigungsgrund (*Christian Rauscher: Ja!*) – aber kein Betriebsgeheimnis. Führen Sie jetzt bei Ihrer Entschuldigung das Betriebsgeheimnis ins Treffen oder die gerichtlich anhängige Angelegenheit? (*Christian Rauscher: Beide!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne)** (*zur Geschäftsbehandlung*): Mit dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnis brauchen wir uns da, glaube ich, nicht lange aufzuhalten. Ich verweise außerdem darauf, dass wir in hundertfachen Nachfragen

relativ einfach, im Eurofighter-Ausschuss selbstverständlich, ich glaube, fast von allen Auskunftspersonen wiederum die Auskünfte darüber bekommen haben, wer in welcher Institution, in welcher Firma, in welchem Betrieb – selbst bei den Banken, die das finanziert haben – genau wofür zuständig war. Das hat null Probleme gemacht und hätte auch nicht als Entschlagungsgrund geltend gemacht werden dürfen. Das ist doch völlig absurd! Da müssten ja Umstände hinzutreten, die für mich aus dem Moment heraus nicht einmal konstruierbar sind! – Da geht es mir offensichtlich so ähnlich wie dem Verfahrensanwalt.

Wenn Sie allerdings den Grund ins Treffen führen, dass gerichtliche Vorerhebungen laufen, dann muss das ja auch damit zu tun haben, dass Sie selbst, wenn Sie hier wahrheitsgemäß aussagen würden, Nachteile erfahren würden durch die wahrheitsgemäße Auskunft. – Auch das scheint mir noch nicht glaubhaft gemacht.

Ich sage das deshalb dazu – und habe diese Formulierung bewusst gewählt –: Wenn ich nämlich noch länger diesen Eindruck habe, bei allem Respekt vor der Auskunftsperson – ich verstehe schon auch Ihren Stress, und Sie haben es da unten wahrscheinlich nicht ganz leicht gehabt und auch jetzt vielleicht nicht leicht, aber der Ausschuss muss nach der Verfahrensordnung auch vorgehen, und wenn das so weitergeht mit den Entschlagungsgründen – und deshalb habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet –, werde ich da oder dort das hierfür vorgesehene Verfahren einleiten, und Sie werden dann eben pro Frage noch viel genauer als bis jetzt glaubhaft machen müssen, wie das ist, und allenfalls wird der Ausschuss darüber abstimmen. Denn sonst kommen wir ja da bis um 20 Uhr nicht weiter! – Danke.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Rauscher! Festzuhalten ist natürlich, dass es genau diese zwei Wochen waren, die sehr brisant waren, was die Verluste anlangt. (*Christian Rauscher: Ja!*) – Eine technische Frage sozusagen: Hätte man einen Teil des Schadens abwenden können, wenn der Internet-Anschluss oder E-Mail-Verkehr funktioniert hätte?

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, das ist für mich eine Suggestivfrage, und ich möchte mich der Antwort entschlagen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Dann möchte ich zu einem anderen Fragenkomplex kommen, und zwar noch weiter zurückgehend, ins Jahr 2002:

2002 hat die Hypo-Bank Beratung gesucht bei der KPMG – eine Art Hilfestellung, was den Ausbau des Treasury-Bereiches betrifft –, und der Bank wurde vorgeschlagen, welche Verbesserungsvorschläge es geben könnte, was die Installierung der Abteilung Wertpapier und Settlement anlangt.

Sind Sie damals auch involviert gewesen in die neue Ausrichtung und Strukturierung dieser Abteilung?

**Christian Rauscher:** Ja, ich war involviert. Das war aber keine Neustrukturierung, sondern das hat dazu gedient, um bestimmte technische Gegebenheiten in dem Bereich Treasury besser zu durchleuchten.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ist es richtig, dass all diese Vorschläge, die von KPMG gemacht wurden, binnen zwei Jahren auch erfüllt worden sind, also von der Bank selbst umgesetzt worden sind?

**Christian Rauscher:** Da waren Tätigkeiten dabei, die eine Vielzahl von Bereichen in der Bank betroffen haben, und damit kann ich jetzt vom Überblick her nicht sagen, ob da alle erledigt wurden oder nicht.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Würden Sie aus der heutigen Beurteilung sagen, dass diese Maßnahmen, die ergriffen worden sind, die zum damaligen Zeitpunkt im

Treasury-Bereich angesiedelt waren, zum damaligen Zeitpunkt zu den modernsten – rein technisch, aber auch von den organisatorischen Abläufen her – gezählt haben? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Das heißt, die Hypo war in puncto Treasury auf dem letzten Stand der Technik, des Know-hows, auch der operativen Umsetzung, in der Lage, all diese Perspektiven, die dann weiter entstanden sind, abzuhandeln – auch jetzt, was das Know-how der Mitarbeiter anlangt?

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, das ist genau auch ein Punkt, der im Strafverfahren jetzt genau durchleuchtet wird. Das heißt, ich kann und muss mich da der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Eine persönliche Frage: Welches Verhältnis haben Sie zu Dr. Kulterer?

**Christian Rauscher:** Das ist durchaus in Ordnung.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Haben Sie noch über den Kündigungstag 31. Mai letzten Jahres hinaus Kontakt zu ihm? (*Christian Rauscher: Nein!*)

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich will nur auf Ihren Boston-Aufenthalt zurückkommen: Sie haben da auf eine Frage des Kollegen Bucher gesagt, das sei eine Suggestivfrage, die Frage mit dem E-Mail-Verkehr. – Das habe ich nicht ganz verstanden, denn das würde ja bedeuten, dass man per E-Mail etwas mitteilen kann, was telefonisch nicht geht?

**Christian Rauscher:** Ich könnte mich nicht erinnern, dass ich auf den E-Mail-Verkehr gesagt habe, dass es eine Suggestivfrage ist. – Wenn Sie die Frage noch einmal formulieren könnten?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wenn ich das in der Akustik hier richtig verstanden habe, hat Kollege Bucher gesagt: Wäre es, wenn Sie einen E-Mail-Zugang gehabt hätten, möglich gewesen, Schlimmeres zu verhindern? – So in etwa habe ich es verstanden. Und Sie hätten darauf gesagt, das ist eine Suggestivfrage, auf die wollen Sie nicht antworten. Darauf hat er mit der Hand gewachelt und weitergefragt.

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, die Höhe des Schadens ist für das Strafausmaß und für den Strafprozess relevant, und deswegen entschlage ich mich da der Aussage.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich meine: Sind Sie zurückgekommen, und da sind plötzlich in der Mailbox oder in Ihrer In-Box eine Menge E-Mails gewesen, wo irgendwo schon gestanden wäre: Achtung, Probleme!?

**Christian Rauscher:** Das läuft auf das Gleiche hinaus. Das ist Gegenstand dieser Vorerhebungen: Wie ist dieser Prozess genau gelaufen?, und ich kann hier keine Aussage treffen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie waren von 31. Oktober bis 16. November in Boston?

**Christian Rauscher:** Bis zum 14. November. Da war dann das Wochenende dazwischen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay, bis zum 14. – Und Sie haben trotz des Zeitunterschiedes – Sie haben gesagt, acht, ich glaube, es sind sechs Stunden (*Christian Rauscher: Sechs Stunden sind es, ja!*) – einen gewissen telefonischen Kontakt zu Ihrem Büro gehalten?

**Christian Rauscher:** Wenn es notwendig war, hat das Büro mich kontaktiert.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Wie oft haben Sie da telefoniert – nur damit man ein Bild hat –: War das einmal in der Woche, ...?

**Christian Rauscher:** Ich weiß das heute nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich meine: War das jeden Tag drei Mal oder einmal in der Woche?

**Christian Rauscher:** Aus meiner Erinnerung war es nicht sehr oft.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und die Anrufe waren nicht beunruhigender Natur? Weil sonst wären Sie ja vielleicht früher heimgefliegen oder hätten sich einen Internetzugang verschafft, was ja wahrscheinlich im Jahr 2004 in Boston nicht das Allerschwierigste gewesen wäre, am Campus?

**Christian Rauscher:** Ich möchte mich in diesem Zusammenhang der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Inhalt dieser Telefonate und eventueller E-Mails, die in Ihrer Abwesenheit an Sie geschickt wurden, sind Gegenstand des Verfahrens, oder sind diese nicht Gegenstand des Verfahrens? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Sie sind Gegenstand des Verfahrens (*die Auskunftsperson nickt*), sowohl E-Mails, die an Sie geschickt wurden während Ihrer Abwesenheit, als auch Anrufe, die Sie erhalten haben?

**Christian Rauscher:** Man muss das so sehen, dass eigentlich meine gesamte Tätigkeit Gegenstand dieser Voruntersuchungen ist. Da geht es jetzt nicht nur um E-Mails und um Telefonate.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das ist mir schon klar. Wenn Sie nicht Leiter des Treasury gewesen wären, dann gäbe es jetzt wahrscheinlich kein Verfahren. Aber das kann ich dann zurückführen bis zu Ihrer Geburt: Wenn Sie nicht geboren worden wären, gäbe es jetzt auch kein Verfahren. Das ist nicht entscheidend. Die letztentscheidende Frage in einer Kette von Kausalzusammenhängen ist entscheidend, die letzte Weggabelung, nicht alle davor.

Sind Telefonate und E-Mails, die Sie in dieser Zeit erhalten haben, während Ihrer Abwesenheit, und natürlich deren Inhalte Gegenstand des Verfahrens?

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, nachdem ja ein Gutachter darüber befindet, wie dieses Verfahren weiterläuft, liegt das nicht in meinem Ermessen. Ich weiß es nicht, aber ich muss davon ausgehen, dass es so sein wird.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Kennen Sie einen Herrn Zois? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Arbeitet der auch in der Bank? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Was macht der dort?

**Christian Rauscher:** Da möchte ich mich der Aussage entschlagen, weil ich es als Betriebsgeheimnis ansehe. Das ist ein Betriebsgeheimnis.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kann jemand im Internet nachschauen? Ist der noch dort? Etwas, was öffentlich ist, kann kein Betriebsgeheimnis sein!

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Zois hat die Position von Herrn Rauscher heute inne, und er war vorher Controlling. Dann können wir das selber sagen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Einer der Grundsätze in einer Bank ist, dass die Vertretung jeweils sehr exakt geregelt ist und auch die Vertretungsbefugnisse geregelt sind. Das ist ein Grundgesetz in einer Bank, weil die Nachvollziehbarkeit der Handlungen während der Abwesenheit gesichert sein muss. Da würde ich doch bitten, dass man hier die Regelung, die ja aufliegen muss, die auch schriftlich zu erfolgen hat in Wirklichkeit in einem Bankbetrieb, erstens einmal den

Namen doch zu nennen, weil es könnte ja auch sein, dass Vorkommnisse, die von hoher Relevanz sind, in diese Abwesenheit fallen. Damit würde sich ja die Situation letztlich völlig anders darstellen.

Daher meine ich, dass man diese Regelung, Vertretungsregelung der Bank entweder anfordert, ob sie mit den vollen Befugnissen oder die Befugnisse nur nach Rücksprache mit dem an sich Verantwortlichen und nicht Anwesenden eben treffen kann, denn es ist nicht automatisch die Vertretung gleichzeitig ein Übergang der Gesamtbefugnis, sondern es ist üblich, dass man zwar vertritt, aber für bestimmte Größenordnungen nur nach Rücksprache mit dem Abwesenden handeln darf. Das muss doch in diesem Zeitraum, der immerhin 14 Tage ist, klar festgelegt worden sein.

Und jetzt frage ich Sie: Ist das so festgelegt worden, und war das letztlich damit nur eine Teilvertretung, oder wurde in dieser Zeit die volle Verantwortung dem, der vertritt, übertragen?

**Christian Rauscher:** Ich kann Ihnen da folgen, es gibt selbstverständlich eine Vertretungsregelung in der Hypo Alpe-Adria-Bank, wie in jeder anderen Bank, aber ich kann nicht darauf eingehen, welche Personen, wie diese Regelung ausgeschaut hat. Das ist nämlich genau das Thema der gerichtlichen Voruntersuchungen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Ich sage noch einmal: Das kann überhaupt kein Problem darstellen, weil solche Regelungen schriftlich zu erfolgen haben. In einer Bank ist diese Vertretungsregelung sehr, sehr strikt, gerade in so einem Bereich besonders strikt, möchte ich meinen. Daher kann man nicht sagen, ich weiß nicht, wer das war oder wie es geregelt war, weil das ist Teil des Vertrauens zu Banken, dass Vertretungsregelungen sehr exakt sind.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Bauer, Herr Rauscher sagt ja nicht, dass er es nicht weiß, er sagt es uns nur nicht unter Berufung auf das Betriebsgeheimnis.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Nein, Betriebsgeheimnis ist das auch nicht, denn wenn ich bei einer Bank hineingehe, kann ich ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Da gibt es geteilte Meinungen, darüber brauchen wir uns nicht auseinanderzusetzen. Ich bitte um Fragen! Stellen Sie der Auskunftsperson Fragen, und wir müssen es bewerten, wie wir das sehen.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Gut, also ich stelle die Fragen: Gab es eine Vertretungsregelung für diese 14 Tage Abwesenheit?

**Christian Rauscher:** Ja, es gab eine Vertretungsregelung.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Wurde in dieser Vertretungsregelung der Name dessen, der Sie zu vertreten hat, festgehalten?

**Christian Rauscher:** Es wurden Namen festgehalten. Ich habe eingangs gesagt, es gab eine Ressortleiterfunktion, und es gab drei verschiedene Ressorts.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Es gab Namen, die festgehalten sind.

Meine nächste Frage: Waren die Gesamtbefugnisse an diese Namen übertragen?

**Christian Rauscher:** Durch die Aufteilung auf drei Ressorts, ja.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Nächste Frage: Waren Grenzen oder Limits der Vertretung mit vereinbart?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Nächste Frage: Gab es Geschäfte, die nur nach Rücksprache mit Ihnen abgewickelt werden durften?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ):** Waren Geschäfte betroffen, die nun im Verfahren anhängig sind? (*Christian Rauscher: Ja!*)

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Es gab im Jahr 2001 eine Prüfung durch die OeNB und auch im Jahr 2004. Haben Sie in Ihrer Zuständigkeit diese Prüfungstätigkeit wahrgenommen, und hat es mit Ihnen diesbezüglich Kontakt gegeben?

**Christian Rauscher:** Im Rahmen von solchen Prüfgesprächen gibt es selbstverständlich Kontakt mit den Aufsichtsbehörden, ja.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das heißt, diese zwei Prüfungen 2001 und 2004 haben Ihrer Wahrnehmung nach stattgefunden? Weil wir haben ja auch in anderen Fällen, nicht die Hypo betreffend, erlebt, dass da Leute gesagt haben, ich wurde nie befragt und nie kontaktiert. Also Sie haben sie wahrgenommen?

**Christian Rauscher:** Die haben stattgefunden.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Hat es als Konsequenz dieser Prüfungen Ihrer Wahrnehmung nach Maßnahmen gegeben, die die FMA gesetzt hat, insbesondere 2004, wo man mitgeteilt bekommt, das ist super, das gehört geändert, diese Maßnahmen sind zu setzen? Also jetzt gehe ich nicht auf die Maßnahmen ein, weil das würde ja aussagen, was innen war, aber ist Ihnen gegenüber das mitgeteilt worden, das ist positiv, das ist negativ oder dass Maßnahmen zu setzen, Konsequenzen zu ziehen sind, oder ist keine Mitteilung erfolgt?

**Christian Rauscher:** Das Problem, das ich mit dieser Frage habe, ist, dass Konsequenzen aus Prüfberichten natürlich Bestandteil des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses sind, wobei aber schon klar ist, ein Prüfbericht ist keine Lohudelei, und es gibt selbstverständlich dann Anmerkungen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Und diese Anmerkungen wurden Ihnen mitgeteilt? (*Christian Rauscher: Ja!*)

**Abgeordneter Gabriel Obernosterer (ÖVP):** Herr Rauscher, wir haben heute von Ihnen gehört, dass Sie nicht alleine bei diesen Geschäften verantwortlich waren, was eigentlich klar ist. Aber wie können Sie sich die Aussagen von einem Herrn Kulterer und einem Herrn Haider, Landeshauptmann von Kärnten, erklären – die ja im Vorfeld schon eingebunden waren bezüglich dieser SWAP-Geschäfte und auch das Risiko gekannt haben, auch die Verantwortung der Hypo intern kennen und wissen, dass Sie nicht allein verantwortlich sind –, die öffentlich behaupten, dass Sie schuld sind an dieser Misere?

**Christian Rauscher:** Ich möchte diese Aussage nicht kommentieren. Das ist eine Frage der Verantwortung und das ist auch Bestandteil der gerichtlichen Vorerhebungen.

**Abgeordneter Dr. Johann Georg Schelling (ÖVP):** Herr Rauscher, waren Sie öfter dienstlich in den USA? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Gab es in der fraglichen Zeit, als Sie in Boston waren, Geschäfte der Bank mit den Vereinigten Staaten, oder konnten die nicht stattfinden, weil keine E-Mail-Verbindung vorhanden war?

**Christian Rauscher:** Kann ich keine Aussage treffen, ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Johann Georg Schelling (ÖVP):** Hatten Sie persönlich den Eindruck, dass nur Ihr E-Mail-Account gestört ist oder dass es eine generelle Störung zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich, was den E-Mail-Verkehr betrifft, gegeben hat?

**Christian Rauscher:** Das war ein rein technisches Problem, das ich persönlich mit dem Laptop hatte.

**Abgeordneter Dr. Johann Georg Schelling (ÖVP):** Also kein Problem im Bereich der Bank, sondern ein Problem auf Ihrem Laptop.

Als Sie das Problem erkannt haben, dass Ihr Laptop die Ursache ist, haben Sie auf anderem Wege, zum Beispiel durch andere Computer-Zugänge, versucht, mit der Bank in E-Mail-Kontakt zu treten?

**Christian Rauscher:** Es gab telefonischen Kontakt, und der war aus meiner Sicht ausreichend.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Rauscher, nur damit wir es endgültig klar bei Protokoll haben: Die Polizei ist verständigt worden am 17. mit dem Hinweis: Verletzungen, und: von Kroaten überfallen. Sie haben dann noch am gleichen Abend und im gleichen zeitlichen Zusammenhang innerhalb dieses Polizeikontakts angegeben, dass Sie sich selbst Verletzungen zugefügt hätten, oder erst am nächsten Tag? Wann haben Sie diese zweite Version den Polizeibeamten dargestellt?

**Christian Rauscher:** Ich habe diese Frage schon beantwortet: Das wurde am nächsten Tag, am 18., erledigt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Eben. Wir werden im Protokoll nachlesen, dass man eigentlich den Eindruck gewinnen musste, dass Sie am Abend schon diese Version gehabt hätten. – Macht mir aber jetzt aber nicht so viel.

Rekonstruieren wir das weiter: Während Ihres Krankenhausaufenthalts sind Sie besucht worden. Gleichzeitig wird in dem Zeitungsartikel verwiesen, in dem ja so ziemlich alle Sachen zutreffen, also scheint mir auch das plausibel, dass Sie abgeschottet worden seien. Von wie viel Personen – ich frage nicht, von wem, weil das wäre wirklich zu privat – haben Sie Besuch erhalten oder erhalten dürfen in jenen Krankenhausaufenthaltstagen?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es heute nicht mehr. Es war eine Handvoll von Personen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber der Herr Kulterer war schon da? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und Sie bleiben bei dieser Aussage – ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Herr Kulterer auch als Auskunftsperson geladen ist, und zwar schon am Freitag –, dass Sie mit Kulterer nichts geschäftlich Relevantes besprochen hätten?

**Christian Rauscher:** Das ist richtig.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann zu jenen, die hier gekommen sind und diesen Koffer mitgenommen hätten. Das ist einerseits der Herr Albert Stangl. Dann ist hier immer wieder die Rede von zwei weiteren Mitarbeitern der Hypo. Jetzt haben Sie an jenem Abend selber keine unmittelbaren Wahrnehmungen treffen können, das haben wir schon herausgearbeitet. Sie werden sich aber, da ist ja schon viel Zeit vergangen, erkundigt haben in der Folge. Können Sie dem Ausschuss sagen, wer diese zwei Hypo-Mitarbeiter waren, die damals mitgekommen sind mit dem Herrn Stangl?

Ich darf Sie im vorhinein beruhigen, dies ist kein Geschäftsgeheimnis, weil einen Koffer verschwinden zu lassen ist ja nicht wirklich Geschäftsgegenstand der Hypo, nehme ich an.

**Christian Rauscher:** Ich würde diese beiden Personen nennen: das waren Herr Zois und Herr Salzer.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Danke, das kann ja bei der Ladung weiterer Zeugen hier von Nutzen sein.

Sie sind ja von der Staatsanwaltschaft befragt worden. Sind Sie zu den Inhalten dieses Koffers auch befragt worden? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und da haben Sie der Staatsanwaltschaft die Auskunft gegeben, die Sie heute hier dem Ausschuss gegeben haben? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Wir haben zwar alle möglichen Justizakten angefordert, ich will aber nur den Ausschuss informieren, ich halte es für unumgänglich, dass wir diese Akten, so sie nicht da sein sollten, weil die Aktenaufbewahrung ist ja hinreichend unübersichtlich, was die Justizakten betrifft, dann jedenfalls noch einmal gesondert anfordern werden. Und ich würde die Klubsekretäre einladen, dass sie hier einen entsprechenden Antrag vorbereiten.

Jetzt noch die Frage: Was haben Sie mit dem Herrn Kulterer in dieser ganzen Angelegenheit in der folgenden Zeit besprochen? Also jetzt nicht mehr während des Krankenhausaufenthalts, sondern überhaupt. Es wird ja nicht so sein, das ist ja nicht lebensnahe, dass Sie dann an Ihren Arbeitsplatz zurückkehren, mit dem Herrn Kulterer in gewissen regelmäßigen Abständen Kontakt haben und das nicht besprochen wird. Wie regelmäßig haben Sie denn in der normalen Arbeitssituation, wie es dann 2005 weitergegangen ist, wie oft haben Sie Arbeitskontakt mit dem Vorstandsdirektor Kulterer gehabt?

**Christian Rauscher:** Das war in der Regel einmal pro Woche.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und dann haben Sie ja sicher diese Geschichte noch einmal besprochen. – Ist das richtig? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Was haben Sie Herrn Kulterer da erzählt: dass eh nichts Wichtiges im Koffer war oder so?

**Christian Rauscher:** Das Thema Koffer war nie ein Thema.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben ja selber dann mitbekommen, dass sich um diese Sache einiges zusammengebraut hat und gedreht hat. Und Sie haben nie mit dem Herrn Kulterer dann darüber gesprochen, dass er zum Beispiel keine Sorge haben braucht, es ist der Kofferinhalt wieder so retourniert worden, oder irgendwas in dieser Art? Das muss Sie doch selber beschäftigt haben.

Und die Koffer-Sache haben Sie mit dem Herrn Kulterer jetzt wie besprochen?

**Christian Rauscher:** Das war kein Thema. Die Koffer-Sache wurde nie besprochen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie finden es nicht seltsam, wenn wir das seltsam finden?

**Christian Rauscher:** Der Koffer war unversehrt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Vielleicht ist es auch nie besprochen worden, weil Herr Kulterer selber nachgeschaut hat?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Da wollen wir nicht so viel fragen, glaube ich, weil sonst liest er – bei der löblichen Geschwindigkeit unseres Stenographischen Protokolls – selber wieder vorher nach.

Ich möchte auf ein paar andere Umstände jetzt noch einmal zu sprechen kommen. Zunächst: Wie war hier – Dr. Stummvoll hat das schon einmal angesprochen – das Auftragsverhältnis? Wie hoch war Ihr Limit in diesem Bereich?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage. Das ist Betriebs- und Geschäftsgeheimnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich darf Ihnen trotzdem ... (Abg. **Krainer:** *Ein Geschäftsgeheimnis ist etwas, wo die Firma ein schutzwürdiges Interesse hat!*) Ja, ja, ich komme schon noch darauf zurück. Danke, Herr Kollege Krainer.

**Christian Rauscher:** Zusätzlich (Abg. **Krainer:** *Sagen Sie nicht „zusätzlich“!*) ist das Bestandteil von gerichtlichen Vorerhebungen, ob dieses Limit existiert hat (Abg. **Mag. Kogler:** *Ja, ja, Sie haben sicher recht!*), in welcher Höhe es existiert hat, und, und, und. (Abg. **Krainer:** *Das mag schon sein, aber Geschäftsgeheimnis ist es in hundert Jahren keines!*) Auch das ist es letztendlich. (Abg. **Krainer:** *Nein, ist es nicht!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Lassen wir das. Nur damit auch die Ausschussmitglieder den Hintergrund wissen: Aus dem Notenbankbericht, dem ersten jetzt aber natürlich, Absatzziffer 71: Im Zusammenhang mit der Portfolioentwicklung im Frühjahr 2004 wurde Group Treasury in der Person von Herrn Rauscher vom zuständigen Vorstand Direktor Dr. Kulterer mit einem sogenannten „interimistischen“ Stop/Loss-Jahreslimit von 100 Millionen € für das Derivatebuch versehen. Die übrigen Vorstandsmitglieder haben von der Existenz dieses Limits gewusst.

Jetzt die Fragestellung, die darin mündet, um einmal jetzt nicht unmittelbar etwas Anklagerelevantes anzutasten, aber Ihr Verhältnis mit dem Vorstandsdirektor Kulterer muss ja in irgendeiner Form beschreibbar sein, ohne dass Sie sich selber belasten. Hat der Vorstand, einmal allgemein, sich gekümmert um irgendwelche Limits und Sicherheitssysteme in dem Zusammenhang?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage. Das ist Gegenstand von gerichtlichen Voruntersuchungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das ist sicher zutreffend. – Dann frage ich Sie, wie das Risikomanagement in dem Zusammenhang Ihrer Meinung nach funktioniert hat.

**Christian Rauscher:** Auch da möchte ich mich der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann werde ich mir allenfalls überlegen, ob es noch andere Bereiche gibt, und jetzt das Verfahren abkürzen. – Danke.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Herr Rauscher! Am 22. September und am 6. Oktober 2004 haben Sie diese zwei Zins-Swaps zu je 500 Millionen € abgeschlossen, die dann zu den Millionenverlusten führten. Was waren die Beweggründe, solche hochspekulative Geschäfte abzuschließen?

**Christian Rauscher:** Das ist Gegenstand von gerichtlichen Vorerhebungen, und ich kann dazu keine Aussage treffen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sind solche Geschäfte, die Sie abgeschlossen haben, allgemein als hochriskant einzustufen? Sie sind ja nicht die einzige Bank, die so etwas macht.

**Christian Rauscher:** Das ist immer eine Frage der Betrachtungsweise.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** War möglicherweise die Ertragssituation der Hypo ausschlaggebend, um solche Geschäfte abzuschließen.

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Vielleicht, nachdem Sie ja Fachseminare besucht haben, was sagt denn die Fachliteratur dazu? Sind das Risikogeschäfte?

**Christian Rauscher:** Da gibt es grundsätzlich mehrere Sichtweisen dazu. Risiko wird man auch mit einem Swap nehmen, und diese Risiken gilt es zu beurteilen, ob sie dann

dementsprechend höheres Risiko oder niedrigeres Risiko beinhalten. Da gibt es mehrere Sichtweisen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gibt es da nachvollziehbare Parameter, wo man das beurteilen kann? Was sagt da die Fachliteratur dazu?

**Christian Rauscher:** Die Fachliteratur und die Lehre sagen es, aber in der Praxis hat man es schon des Öfteren erlebt, dass es dann auch nicht so eintritt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sehr gut. Und wenn es Parameter gibt und man auch weiß in der Praxis, dass das anders ist, ab wann ist es denn ein Hochrisikogeschäft?

**Christian Rauscher:** Ich kann mit dem Begriff „Hochrisikogeschäft“ in diesem Zusammenhang wenig anfangen jetzt, denn das ist für mich Standardrisiko, also Risiko, wie es im normalen Ausmaß gegeben ist, aber nicht Hochrisiko.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut. Also wenn Sie mit dem Begriff „Hochrisiko“ nichts anfangen können, aber selber sagen, es gibt den Begriff „Standardrisiko“, erklären Sie uns, was ein **Standardrisiko** ist.

**Christian Rauscher:** Standardrisiko ist ein Risiko, das grundsätzlich in solchen Geschäften drinnen ist und das es zu beurteilen gilt, ob man letztendlich bereit ist, es zu nehmen oder nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In welcher Beurteilungsskala kann das auftreten, so ein Risiko: bis zu 100 Prozent Verlust? Ist das möglich?

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, da gibt es verschiedenste Einflüsse bei diesen Geschäften. Diese Geschäfte sind von Zinsen, von Währungen abhängig. Diese Geschäfte sind davon abhängig, wie sich Währungspaare untereinander verhalten, diese Geschäfte sind davon abhängig, wie die Marktsituation ist. Und aus all diesen Faktoren gilt es sich dann ein Bild zu machen und dann zu sagen, ist das – wie Sie vorher gesagt haben – hohes Risiko oder ist es ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ab welchem Prozentsatz würden Sie es als **hohes Risiko** bewerten?

**Christian Rauscher:** Das ist nicht eine Frage des Prozentsatzes, sondern es ist eine Frage der Faktoren, die in diese Instrumente einfließen, konkret in diese abgeschlossenen Geschäfte.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber sind das Geschäfte, wo man grundsätzlich auch 100 Prozent Verlust machen kann?

**Christian Rauscher:** Ich möchte nicht im Konkreten jetzt diese Geschäfte beurteilen, weil das ist einfach Gegenstand der gerichtlichen Vorerhebung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Nein, allgemein aus der Fachliteratur.

**Christian Rauscher:** Aus der Fachliteratur gibt es ... – Sie können mehrere Gutachter zu diesen Geschäften befragen, und es gibt unterschiedlichste Sichtweisen dazu.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Na ja, aber wir fragen Sie nach Ihrer persönlichen Einschätzung und Kenntnis der Fachliteratur, ob Sie uns da eine Expertenmeinung sagen können oder etwas Ähnliches.

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, dieser Punkt war ein zentraler Punkt in der Diskussion mit der Staatsanwaltschaft und mit dem beigezogenen Gutachter, und der Gutachter wird diese Frage klären.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich frage nicht nach dem Fall und nicht nach dem konkreten Fall. Ich will nur wissen, ob Sie wussten oder wissen, dass es Fachliteratur gibt, die irgendeine Aussage dazu trifft.

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich dazu der Aussage.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Eine ergänzende Frage: Waren diese Geschäfte, die schließlich zu Verlusten von 328 Millionen € geführt haben, Swap-Geschäfte oder waren das Wettgeschäfte? Es taucht da auch in den Medien immer wieder ein unterschiedlicher Begriff auf. Vielleicht können Sie uns auch das noch erklären. Ich hoffe, das ist nicht so, dass es auch in Ihre Verschwiegenheitsverpflichtung fällt.

**Christian Rauscher:** Das waren aus meiner Sicht eindeutig Swap-Geschäfte.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Wie kommt es dazu, dass es in den Medien immer wieder dann anders dargestellt wird, dass es eben Wettgeschäfte sein sollen?

**Christian Rauscher:** Das sind Sichtweisen von unterschiedlichsten Leuten dazu, und die sind je nach Betrachtungsweise auch legitim. Das ist immer eine Frage der Betrachtungsweisen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Diese Betrachtungsweise teilen auch die Oesterreichische Nationalbank und auch die FMA.

Es hat hier ja schon Befragungen gegeben zu diesem Thema, und es gab auch eindeutig den Hinweis der FMA und der Oesterreichischen Nationalbank, dass die Hypo gar nicht das Wissen gehabt hätte, solch komplizierte Geschäfte abzuwickeln. Es gab kein vernünftiges Risikomanagement, keine Kontrollinstrumente. Das sind Aussagen, die wir hier von der Nationalbank, von der FMA hörten. – Können Sie das kommentieren, was die Experten hier gesagt haben?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege, wenn Sie so etwas zitieren, ist es immer ganz vortrefflich, das Datum dieses Berichtes, die Seite anzugeben, und dann liest man es vor, und danach stellt man die Frage, denn sonst kommentiert man Dinge, die vielleicht gar nicht so im Bericht stehen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ich wiederhole sinngemäß, das waren Aussagen, die am 25. Mai hier getätigt worden sind – sicher kein Problem, das herauszusuchen. Aber die Frage ist ja klar, die Frage lautet: Sind diese Vorhaltungen zu Recht getätigt worden? Gab es bei der Hypo vernünftige Kontrollinstrumente?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Es gibt ein Interview von Ihnen, wo Sie zu diesem Thema schon Stellung genommen haben, und zwar 14. März 2007, wo Sie auch von Kollegen berichten, weil Sie damals auf Dienstreise in Boston waren, mit denen Sie Kontakt gehabt haben, wo dann auch in den Gesprächen klar wurde, dass es keine EDV für solche Kontrollen gäbe. Das entstammt einem Interview oder aus einem Bericht des „Standard“ vom 14. März 2007, wo auch Sie zitiert werden. Das ist öffentlich bekannt. Also wäre es vielleicht auch gut, wenn Sie diese ohnehin schon öffentlich bekannten Aussagen kommentieren würden.

**Christian Rauscher:** Ich kenne diesen Bericht nicht und kann dazu keine Aussage treffen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sie können den Bericht gerne haben. Er liegt hier.

**Christian Rauscher:** Es hat eine Vielzahl von Zeitungsberichten gegeben, die ich nie kommentiert habe; das habe ich in der Vergangenheit auch so gehandhabt und werde ich zukünftig so handhaben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ich gehe weiter, und zwar habe ich da in diesem Bericht ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Man kann ja aus dem Artikel zitieren und fragen, ob das inhaltlich richtig ist.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ich würde Herrn Rauscher dann gerne diesen Artikel geben, wir können das gerne besprechen. Ich hole noch einmal ein Zitat aus diesem Artikel, und zwar geht es um die Frage der Reparaturen von solchen Swap-Verlusten. In diesem Artikel ist auch – ganz interessant – eine Anmerkung von Ihnen drinnen, dass über diese Reparaturen Aufzeichnungen aus den Vorstandsprotokollen zu verschwinden hätten. – Wie kommentieren Sie das?

**Christian Rauscher:** Ich kenne diesen Artikel nicht, ich kann dazu nichts sagen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das ist von Ihnen zitiert, das heißt, Sie können den Artikel gerne haben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber man muss es ordentlich vorhalten.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Herrn Rauscher wird vorgehalten eine Kopie des „Standard“ vom 14. März 2007, Seite 24.

Ich darf Sie bitten, diesen Artikel durchzulesen und dort, wo Sie zitiert werden, uns Stellung zu nehmen, ob das den Tatsachen entspricht, ob diese Aussage von Ihnen war.

**Christian Rauscher:** Ich habe überhaupt kein Interview gegeben. Und wenn man das da durchliest, dann steht da konkret drinnen: Für den Bilanzvorwurf, wie die Swaps repariert wurden, soll Rauscher so erklären. – Rauscher hat nicht erklärt. Das ist eine **Vermutung**.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Fangen wir ganz am Anfang an. Kennen Sie diesen Artikel jetzt, wo Sie ihn gelesen haben? Haben Sie ihn schon vorher einmal gelesen? *(Christian Rauscher: Nein!)* – Jetzt, wo Sie ihn gelesen haben: Haben Sie ein Interview gegeben? *(Christian Rauscher: Nein!)* – Und diese Erklärung, die Ihnen da unterstellt wird, ist die je von Ihnen so gefallen? *(Christian Rauscher: Nein!)*

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Noch eine Zusatzfrage, letzte Frage zum Thema „Zeitlicher Ablauf mit diesen Swap-Verlusten“. Sie haben angegeben, dass Sie von Ende Oktober bis 14.11. in Boston waren. Der Abschluss des zweiten Swaps war am 6. Oktober. – Gab es irgendwelche Anzeichen zwischen 6. Oktober und dem Abreisedatum, dass es schon zu Verlusten kommen würde?

**Christian Rauscher:** Ich muss mich der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das heißt, Sie werden uns auch keine Auskunft darüber geben, wann Sie das erste Mal von Anzeichen über Verluste Kenntnis erlangten?

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, da geht es um die Frage der Verantwortung, und das ist alles Gegenstand der gerichtlichen Voruntersuchungen gegen mich.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In diesem Zusammenhang schon noch eine Nachfrage: Warum vermeinen Sie, dass das eine Frage der Verantwortung ist, wenn

Sie unserem Ausschuss mitteilen, ab wann Sie Kenntnis von den Verlusten und der Höhe gehabt haben?

**Christian Rauscher:** Das ist strafrechtlich ganz ein relevanter Punkt, und ich kann derzeit keine Aussage dazu treffen. Das steht im Zusammenhang mit der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung, und ich möchte dazu nichts sagen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Rauscher, das waren die Swap-Geschäfte. – Es gab dazwischen auch Gewinne, nicht im gleichen Verhältnis, übliches Geschäft, bis sich dann 2006 etwas anderes dargestellt hat. – War Ihrer Wahrnehmung nach die Verbuchung der Gewinne, der Verluste zum damaligen Zeitpunkt eine Frage, ein Problem, eine Diskussion?

**Christian Rauscher:** Ich war mit diesem Thema in der Bank nicht beschäftigt und kann es nicht beurteilen. Es war keine Diskussion.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Seitens der OeNB und anderer Befragten hat man uns mitgeteilt, durchaus sehr offen, weil es ja Verträge gibt, dass die Verträge, die bezüglich der Swap-Geschäfte abgeschlossen wurden, die Unterschrift von Christian Rauscher und dem Herrn Zois tragen. – Können Sie uns das bestätigen?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht mehr, ob sämtliche Verträge, die diese Geschäfte betreffen, von mir unterschrieben wurden, aber so ist es.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ich denke mir, dann sollten wir einfach die Unterlagen und die Verträge eben auch versuchen von der FMA zu bekommen, weil die haben ja die Verträge eigentlich, und dann können wir selber nachschauen.

Von mir einmal vorläufig letzte Frage, Herr Rauscher: zur strategischen Entscheidung, welche Geschäfte gemacht werden, welche Verträge man im Treasury-Bereich macht. Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie nicht das Pouvoir hatten, diese Entscheidungen allein zu treffen?

Sie müssen mir keine Namen nennen, denn ich kenne die Debatte von früher. Ich gehe davon aus, dass es nicht so war, dass Sie allein entscheiden konnten und sagen konnten: Ich schließe Verträge im Namen der Hypo ab, und jetzt machen wir es!

Hat es da andere Personen in der Entscheidungskompetenz gegeben?

**Christian Rauscher:** Da geht es, wenn ich die Frage richtig verstehe, um die Frage der Verantwortung, und die Frage: Wer war verantwortlich? Das ist einfach Gegenstand der gerichtlichen Voruntersuchungen gegen mich.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Nein! Ich meine jetzt wirklich nicht die Verantwortung, und ich frage auch nicht so herum, damit wir zur Verantwortung als Antwort kommt.

Ich meine, im ganz normalen Ablauf wird es mehrere Personen innerhalb der Bank geben, die beraten und beschließen und sagen: Okay, da machen wir ein neues Geschäft, setzen ein altes fort!

Oder war es so, dass Sie einfach die Kompetenz hatten und die Verantwortung getragen haben, zu sagen: Das habe ich allein beschlossen, allein gemacht!?

Also, ich glaube schon, dass es da mehrere gibt, die sagen: Das ist in Ordnung, und wir machen es!

**Christian Rauscher:** Es gibt mehrere Personen. Es gibt dafür einen definierten Prozess, wie solche Geschäfte zustande kommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Die Treasury-Abteilung hatte drei Untergruppen. Wie hießen oder wie heißen diese drei Untergruppen?

**Christian Rauscher:** Da muss ich mich in das Jahr 2004 zurückerinnern, weil man die Organisation ständig umgebaut hat.

Bilanzsteuerung war ein Ressort. Dann Balance Management, auf Englisch. Ein Ressort war die „Koordination der Töchter“. Und ein Ressort war der Geld-und Devisenhandel.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Diese drei Abteilungen waren Ihnen unterstellt?

**Christian Rauscher:** Das waren nicht Abteilungen, sondern der Bereich Treasury hatte Ressorts, und der Bereich Treasury war eine Abteilung, und darunter gab es drei Ressorts. Die hatten die Funktion als Ressortleiter.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, es gab drei Ressorts, und diese drei Ressorts waren Ihnen unterstellt?

**Christian Rauscher:** Ja.

Der Bereich Treasury war die Abteilung im Haus, und darunter gab es drei Ressorts. Es gibt keinen Begriff „Abteilung“ in der Hypo-Bank, sondern es gibt den Begriff „Bereich“ und darunter Ressorts.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie waren Bereichsleiter? (*Christian Rauscher: Exakt!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Hat es unter den Ressorts noch etwas gegeben?

**Christian Rauscher:** Unter den Ressorts gibt es nichts.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben gesagt, Sie wurden dann im Juni 2005 Leiter von Capital Markets. Das war eine Abspaltung von Treasury. Das heißt, dass das Ressort „Geld und Devisen“ quasi zu einem eigenen Bereich wurde. Oder war dann da noch ein anderes Ressort dabei?

**Christian Rauscher:** Es wurde ein neuer Bereich gegründet, der das Emissionsgeschäft betrifft. Dieses Emissionsgeschäft war in der Vergangenheit im Bereich Balance Management, Bilanzsteuerung integriert, und man hat daraus einen eigenen Bereich geschaffen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, man hat aus einem Teilressort gleich einen eigenen Bereich gemacht?

**Christian Rauscher:** Das ist ganz klar: Da geht es darum, dass die Bank sehr viele Emissionen begeben hat und die Größenordnung dieser Emissionen und der Auftritt dementsprechend in einem eigenen Bereich zusammengefasst wurden, um eine Transparenz gegenüber den Investoren darstellen zu können.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der Bereich Treasury blieb mit den drei Ressorts erhalten, wobei das Ressort Bilanzsteuerung, Balance Management, einen Arbeitsbereich weniger hatte? (*Christian Rauscher: Genau!*) – Aber sonst blieb der Bereich so wie er war? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Wann ist die Entscheidung gefallen, dass diese Struktur derartig verändert wird?

**Christian Rauscher:** Im Frühjahr 2005.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Jedenfalls *nach* den Verlusten 2004.

Als Sie aus Boston gekommen sind, haben Sie da über die Verluste informiert oder wurden Sie über die Verluste informiert, oder beides?

**Christian Rauscher:** Das ist Gegenstand von gerichtlichen Voruntersuchungen. Ich kann dazu nichts sagen. Da muss ich mich der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Zois war 2004 Controller?

**Christian Rauscher:** Herr Zois war damals für das Backoffice zuständig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das Backoffice war direkt dem Vorstand unterstellt, oder?

**Christian Rauscher:** *Jeder Bereich* war direkt dem Vorstand unterstellt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, es hat einen eigenen Bereich gegeben, der nannte sich Backoffice? Was für Ressorts gab es in diesem Bereich Backoffice?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie hat er dann überhaupt damit zu tun gehabt?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ist dieses Backoffice so etwas Ähnliches wie ein Vorstandssekretariat, wo die Assistenz die Vorbereitung der Vorstandssitzung oder Aufsichtsratssitzung ... (*Abg. Krainer: Oder Generalsekretariat?*)

**Christian Rauscher:** Nein. Das Backoffice hat damit nichts zu tun, sondern das Backoffice ist dafür zuständig, dass die Swap-Geschäfte, die in Verträgen münden, dann dementsprechend gehandelt werden, mit den Vertragspartnern ausgetauscht werden, dass die Zahlungsströme ausgelöst werden. Das ist das Operative dieser Swap-Geschäfte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das war aber nicht Teil vom Bereich Treasury, sondern ein eigener Bereich? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Sie haben gesagt, Sie hatten 2001 und 2004 Kontakt zu den Prüfern der Nationalbank?

**Christian Rauscher:** *Nicht ich* hatte Kontakt! Es ist natürlich so: Wenn die Prüfer im Haus sind, dann sitzt man bei diesen Gesprächen mit dabei und bekommt natürlich auch die Prüfungsergebnisse dann von diesen Leuten präsentiert. Es ist nicht von mir der Kontakt aufgenommen worden, sondern selbstverständlich ist die Aufsichtsbehörde dann auf den jeweiligen Bereichsleiter zugekommen und hat gesagt: Wir prüfen, wir haben dieses Prüfungsprocedere vor, und wir sprechen dann mit Ihnen über die Ergebnisse!

Das ist ein formaler, ganz einfacher Prozess, wie er in jeder Bank abläuft.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie da noch eine Erinnerung an den Ablauf in den Jahren 2001 und 2004? (*Christian Rauscher: Nein!*) – An gar nichts mehr? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Sie wissen, dass es Gespräche gab, wo Sie dabei waren und dass die irgendwelche Prüfungsergebnisse ergeben haben, aber nicht mehr? Oder haben Sie da doch noch eine strukturiertere Erinnerung?

**Christian Rauscher:** Ich würde Sie bitten, das auf eine konkrete Fragestellung zu bringen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was war Ihrer Erinnerung nach Gegenstand der Prüfung 2001? Oder: Von welchem Prüfungsgegenstand hatten Sie Kenntnis, der mit Ihrem Bereich im Zusammenhang stand?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht mehr. (*Abg. Krainer: 2004?*) – Ich kann Ihnen da jetzt nicht weiterhelfen. Ich weiß es nicht. Da müsste ich mich einlesen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also die haben Prüfungshandlungen gesetzt und haben Sie dann mit den Ergebnissen Ihrer Prüfungshandlungen konfrontiert. Was heißt das? Die haben Ihnen den Prüfbericht überreicht? Da sind die OeNB-Prüfer nach Klagenfurt gefahren und haben jedem leitenden Angestellten einen Prüfbericht in die Hand gedrückt, oder wie soll ich mir das jetzt vorstellen?

**Christian Rauscher:** Nein! Das muss man sich so vorstellen, dass natürlich mehrere Bereiche in so eine Prüfung miteingebunden sind und dass all diese Bereiche dann zu diesem Prüfbericht einen Kommentar abgeben können.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Woher bekommen Sie diesen Prüfbericht? (*Christian Rauscher: Vom Prüfer!*) – Der Prüfer gibt Ihnen den gesamten Prüfbericht oder einen Teilbericht, das, was Ihren Bereich betrifft? Oder haben Sie da auch über die anderen Bereiche gelesen, und das hat Sie nicht interessiert, und Sie haben nur Stellung genommen zu dem, was Ihren Bereich betrifft?

**Christian Rauscher:** Der Prüfer ist ja mit einer Prüfungsmannschaft im Haus, und dieser Prüfungsleiter präsentiert dann zwischendurch seine Zwischenresultate und diskutiert diese Zwischenresultate mit den betroffenen Bereichsleitern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und sagt: Diese Feststellung ...

**Christian Rauscher:** Und sagt: Diese oder jene Feststellung würden wir aus dieser Sicht sehen! – Was er dann letztendlich in den Prüfbericht hineinschreibt, das ist nicht mehr beeinflussbar.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sagen: Wir haben das aber so und so und so!? (*Christian Rauscher: Ja!*) Und ab und zu findet man dann doch eine gemeinsame Sicht der Dinge, und ab und zu nicht? (*Christian Rauscher: Exakt!*) – Und wann sehen Sie dann den Prüfbericht?

**Christian Rauscher:** Der Prüfbericht wird dann von der Aufsicht zuerst mit dem Vorstand diskutiert, und dann bekommt ihn die entsprechende Fachverantwortung in die Hand.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, der Vorstand leitet Ihnen den Bericht dann weiter? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Zur Kenntnis oder zur Stellungnahme?

**Christian Rauscher:** Der Vorstand ist ja während solch eines Prozesses mit eingebunden und kennt dann die Dinge. Und es wird dann einfach ein Papier verfasst: Was sind die nächsten Schritte, die zu setzen sind? Welche Prioritäten gibt es als Ausfluss des Prüfberichtes?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sind Sie da als Bereichsleiter beteiligt an der Gegenäußerung oder an der Stellungnahme der Bank zum Prüfbericht?

**Christian Rauscher:** Ja, weil es sehr stark um fachliche Fragen geht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie Herrn Laszlo, den Prüfungsleiter der Prüfung 2006, noch kennengelernt?

**Christian Rauscher:** Ja, ich habe ihn kennengelernt, es gab mit der Finanzmarktaufsicht ein Gespräch.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie waren, glaube ich, bis 30. April im Haus, oder?

**Christian Rauscher:** Ich war beurlaubt, und ich habe damals dann angeboten, dass es jederzeit ein Gespräch mit der Finanzmarktaufsicht geben kann, und zu diesem Gespräch ist es dann gekommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der Prüfer, Mag. Ronald Laszlo, ist hier vor dem Ausschuss erschienen, um den Prüfungsbericht 2006 hier darzulegen, und hat unter anderem auf die Frage, was die größten Mängel waren, gesagt:

„Die Hypo ist 2004 mit Sicherheit nicht in der Lage gewesen, anspruchsvollere oder komplexere Finanzstrukturen zu bewerten.“

Können Sie dazu etwas sagen?

**Christian Rauscher:** Ich kann diesen Prüfbericht nicht kommentieren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie brauchen den Prüfbericht nicht zu kommentieren. Ich habe jetzt folgendes Zitat gebracht: „Die Hypo ist 2004 mit Sicherheit nicht in der Lage gewesen, anspruchsvollere oder komplexere Finanzstrukturen zu bewerten.“

Was können Sie dazu sagen?

**Christian Rauscher:** Auch das ist Gegenstand von gerichtlichen Vorerhebungen, und ich kann dazu jetzt keine Stellungnahme abgeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wer war in der Bank bei derartigen Geschäften für das Risikomanagement zuständig?

Normalerweise sind Markt und Risiko von der Vorstandsebene bereits geteilt: Der eine Vorstand ist zuständig für Markt, der andere für Risiko.

Sie haben vorhin gesagt, Kulterer sei zuständig gewesen für Markt. Habe ich das richtig verstanden? Wer war im Vorstand für Risiko zuständig? (*Christian Rauscher: Herr Dr. Kulterer!*) – Der war für beides zuständig: für Markt und Risiko? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und kein anderes Vorstandsmitglied war zuständig entweder für Markt oder Risiko? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Vorstand Kulterer wird sich ja nicht tagtäglich einzig und allein mit Risikobewertungen von Treasury-Produkten beschäftigt haben, von Produkten, die das Treasury durchführt.

Wer war zuständig für die Risikobewertung? War dies auch im Rahmen von Treasury, oder war dafür ein anderer Bereich verantwortlich?

**Christian Rauscher:** Das war nicht im Rahmen von Treasury, da gab es einen anderen Bereich, nämlich RISC-Kontrolle.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gab es irgendeinen Produkteinführungsprozess bei Ihnen?

Wenn man ein neues Finanzprodukt einführen will, ist es normalerweise doch so, dass alle Fachabteilungen dieses Produkt analysieren, dass man überlegt, wie das in die EDV implementiert wird, wie das bewertet wird, et cetera.

Hat es einen derartigen Produkteinführungsprozess bei Ihnen gegeben?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich da der Aussage; das ist Betriebs- und Geschäftsgeheimnis.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, das ist nicht Betriebs- und Geschäftsgeheimnis!

**Christian Rauscher:** Das ist natürlich auch Gegenstand der Voruntersuchungen gegen mich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich mache Ihnen den gut gemeinten Vorschlag: Vergessen Sie Betriebs- und Geschäftsgeheimnis, wir sind nicht einmal in der Nähe davon, in dieser gesamten Befragung haben wir es noch nicht einmal gekratzt.

Können Sie mir sagen, was OTC-Verträge sind?

**Christian Rauscher:** Kann ich Ihnen sagen: Das sind „Over the Counter“.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Können Sie uns ein bisschen erzählen, was das bedeutet?

**Christian Rauscher:** Das sind Verträge, die nicht an der Börse gehandelt werden. Das gibt es ganz allgemein im Treasury-Geschäft, und das bezeichnet man als OTC.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wo man einen Counterpart hat? Da muss es einen Counterpart geben? (*Christian Rauscher: Bitte?*) Wo man einen Counterpart hat, einen gegenüberliegenden Teil?

**Christian Rauscher:** Ja! – Ich habe es jetzt akustisch nicht verstanden. Sorry!

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich halte Ihnen noch etwas aus der Aussage von Herrn Laszlo vor, und zwar in Bezug auf die EDV. Er hat gesagt:

„Nur, wenn Sie ein Produkt in allen seinen Risikokomponenten in der EDV abbilden können, ist letztendlich auch gewährleistet, dass Ihre Limits, so sie richtig kalibriert sind, greifen können. Das war 2004 alles nicht der Fall, und auf Basis dieser Defizite war es letztendlich de facto schon theoretisch auch nicht möglich, das Risiko in diesem Produkt erkennen und einschätzen zu können.“

Können Sie uns dazu etwas sagen?

**Christian Rauscher:** Nein! Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Unterstützen Sie das, was da gesagt wird, bestätigen Sie das, oder wollen Sie sich der Aussage entschlagen?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Gabriel Obernosterer (ÖVP):** Herr Rauscher, noch eine Zusatzfrage unsererseits: Sie waren nicht allein verantwortlich. Der Vorstand und Haupteigentümer-Vertreter von Kärnten ist über das Risikogeschäft informiert gewesen, weist Ihnen die Schuld zu. – Das kann man so im Raum stehen lassen.

Es hat im Jahr 2004 schon eine Weisung des Vorstandes gegeben, keine Währungsoptionen, keine Risikogeschäfte mehr abzuwickeln. Sind Sie von dieser Weisung informiert worden?

**Christian Rauscher:** Das ist ein zentraler Punkt der gerichtlichen Voruntersuchungen gegen mich, da muss ich mich der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Konrad Steindl (ÖVP):** Herr Rauscher, wir entnehmen den allgemeinen Berichten oder auch der Öffentlichkeitsarbeit Ihres Institutes, dass es in den Jahren von 2000 bis 2006 von enormem Wachstum geprägt war. – Ist das richtig? (*Christian Rauscher: Das ist richtig!*) – Aus diesem Wachstum beziehungsweise aus den veröffentlichten Berichten ist immer wieder abzuleiten oder zu erkennen, dass es mit dem Eigenkapital doch Probleme gegeben hat, im Speziellen in den Jahren 2004 und 2006; davon spricht auch ein Bericht. Ist das richtig?

**Christian Rauscher:** Das war nicht in meinem Bereich angesiedelt, ich kann das nicht beurteilen.

**Abgeordneter Konrad Steindl (ÖVP):** Haben Sie sich nie die Bilanzen Ihres Institutes angeschaut? (*Christian Rauscher: Selbstverständlich!*) – Dann hätten sie ja auch die entsprechenden Saldenstände, die Eigenkapitalsalden bemerken oder sehen müssen. Die Bankbilanzen werden ja veröffentlicht, die sind ja alle dort ausgewiesen. Wenn Sie

die Bilanzen gelesen haben, dann müssen Sie auch über die Eigenkapitalquoten informiert gewesen sein.

**Christian Rauscher:** Das Thema „Eigenkapitalquote“ wird immer in Diskussion sein, ob sie ausreichend ist. Aber die gesetzliche Eigenkapitalquote war sicherlich erfüllt.

**Abgeordneter Konrad Steindl (ÖVP):** Die war erfüllt? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Wissen sie davon, ob es mit den Eigentümern Gespräche gegeben hat, um eben diese fehlenden Eigenkapitalstände aufzufüllen oder darüber, ob hier Kapitalzuschüsse getätigt werden? Wissen Sie davon aus Vorstandsgesprächen oder aus anderen Gesprächen?

**Christian Rauscher:** Davon habe ich keine Kenntnis. Ich war in keinem der Gremien, die diese Fragen im Haus behandelt haben, Mitglied.

**Abgeordneter Konrad Steindl (ÖVP):** War es nicht so, dass Ihr Vorstand Sie oder vielleicht auch die Mitarbeiter des Hauses immer wieder aufgefordert hat, möglichst hohe Gewinne zu machen, um entsprechendes Eigenkapital zu generieren?

**Christian Rauscher:** Der Vorstand hat die Leute nicht aufgefordert, sondern das Geschäftsmodell der Bank hat ergeben, dass man entsprechende Erträge verdient hat, weil man sehr früh nach Osteuropa gegangen ist.

**Abgeordneter Konrad Steindl (ÖVP):** Kann das unter Umständen auch eine Ursache gewesen sein, dass man, um das Eigenkapital entsprechend besser zu gestalten, auch ein erhöhtes Risiko durch die von Ihnen getätigten Swap-Geschäfte in Kauf nahm?

**Christian Rauscher:** Ich möchte mich in diesem Zusammenhang der Aussage entschlagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ein Letztes zum von mir vorhin aufgeworfenen Bereich: Wann sind Sie zu dieser Koffer-Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft befragt worden?

**Christian Rauscher:** Ich kann Ihnen das genaue Datum nicht nennen, aber es war im April des heurigen Jahres.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was sind Sie da alles gefragt worden?

**Christian Rauscher:** Ich möchte mich da der Aussage entschlagen. (*Abg. Mag. Kogler: Und warum?*) – Das ist Gegenstand gerichtlicher Voruntersuchungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das allein reicht ja noch nicht aus. Ich weiß ja nicht, ob Sie dort als Beschuldigter geführt werden, oder ob ... – Sie müssten schon erklären, warum die Angabe zur Befragung auf Sie negativ zurückfallen könnte, um es jetzt laienhaft auszudrücken.

**Christian Rauscher:** Ich bin über das Thema **Koffer** umfassend befragt worden, und habe dort jene Aussagen gemacht, die ich heute auch gemacht habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann könnten wir das allenfalls abkürzen. Können Sie hier jetzt wahrheitsgemäß angeben, dass Sie genau diese Angaben gemacht haben, und keine zusätzlichen Angaben, oder zusätzliche Fragen beantwortet haben? Denn so viel war das ja bei uns da nicht. Ich würde mir schöne Sorgen um den Zustand der Staatsanwaltschaft machen, wenn die nicht mehr zu Tage förderte, als wir hier.

**Christian Rauscher:** Ich weiß das aus heutiger Sicht nicht mehr. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte?*) Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht mehr. (*Abg. Mag. Kogler: Was wissen Sie? Sie wissen ...*) Ob das jetzt genau sinngemäß diese Angaben waren, wie jene hier.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, aber Sie sind im April jedenfalls in dieser Causa kontaktiert worden? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und zuvor, im Zusammenhang mit den ursprünglichen Erhebungen, die sich ja um die sogenannten Swap-Verluste drehen, hat das nie eine Rolle gespielt?

**Christian Rauscher:** Hat es keine Rolle gespielt, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann haben wir das einmal. – Kennen Sie Herrn Zagorec? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Kennen Sie nicht persönlich? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Haben Sie einmal mit Mittelsmännern des Herrn Zagorec Kontakt gehabt?

**Christian Rauscher:** Ich kenne keine Mittelsmänner des Herrn Zagorec.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Hat es einmal Versuche der Kontaktaufnahme mit Ihnen gegeben, die für Sie der Sphäre Zagorec zuordenbar sind?

**Christian Rauscher:** Nein, ich war überhaupt nicht mit solchen Aktivitäten im Haus befasst; ich kenne die Person Zagorec nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Genau! Sehen Sie, deshalb frage ich Sie zu Ihren Wahrnehmungen, ob und inwieweit Herr Striedinger, Vorstand Striedinger mit Herrn Zagorec Kontakt gehabt hat. – Was können Sie da dem Ausschuss berichten?

**Christian Rauscher:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben keine Wahrnehmungen dazu.

Dann zum Verhältnis von Kulterer und Striedinger: Wie würden Sie aus Ihrer Sicht dieses Verhältnis der beiden Vorstände beschreiben?

**Christian Rauscher:** Das war geschäftsbezogen absolut in Ordnung, soweit ich das beurteilen kann.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie den Eindruck gehabt, dass sich die beiden Vorstände über ihre Aufgabengebiete wechselseitig in Kenntnis gesetzt haben? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Haben Sie den Eindruck, dass Kulterer Striedinger über die so genannten Swap-Verluste informiert hat?

**Christian Rauscher:** Das entzieht sich meiner Kenntnis; ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Seit wann ist Herr Morgl Vorstand, wann ist der das geworden?

**Christian Rauscher:** Das war Mitte des Jahres 2004.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie da eine Wahrnehmung dazu, ob Kulterer Morgl informiert hat?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es nicht; das entzieht sich auch meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, getroffen haben Sie sich ja alle in einer so genannten Steering-Runde. Ich darf aus dem ersten Notenbankbericht zur Hypo zitieren, der schon im Vorjahr vorgelegt wurde – Randziffer 167 –:

Gemäß einem Vorstandsbeschluss vom April 2005 wurde ein Optimierungsportfolio etabliert, dessen Ziel es ist –

jetzt noch einmal unter Anführungszeichen –

die aus der Stabilisierung des Derivatibuches entstandenen negativen Marktwerte zu bewirtschaften und eine Lösung hinsichtlich der IFRS-Problematik zu erarbeiten.

Zu diesem Zweck wurde eine operative Runde zur Steuerung des Optimierungsportfolios und eine Steering-Runde eingerichtet. Die operative Runde tagte einmal pro Woche und bestand aus: Ihnen, Christian Rauscher, Andreas Zois und Gerhard Salzer – seltsam, das sind die mit dem Koffer – und Thomas Perkounig.

Die Steering-Runde wiederum: zusätzlich zu den genannten Personen tritt der Gesamtvorstand der Hypo International, Frau Dolleschal sowie Herr Mösslacher. Die traf sich alle drei Wochen. Obwohl im Vorstandsbeschluss zur Gründung dieser Komitees, der ebenfalls nicht in den Protokollen der Vorstandssitzung zu finden ist, nämlich per Beschluss festgelegt wurde, dass die Sitzungen protokolliert werden – jetzt jene der Steering-Runde –, liegen keine Protokolle vor. Auf mehrmalige Anfrage waren Berichte über die Entwicklung des Derivate-Portfolios zu vier Stichtagen verfügbar. – Zitatende.

Da ist es ja in der Folge offensichtlich schon um die Sanierung gegangen. Haben Sie da einen Eindruck gewonnen, wer aller wovon genau weiß? Es ist ja schwer vorstellbar, dass hier die Vorstände Striedinger und Morgl sitzen und nicht mitbekommen, worum es geht. Was haben Sie da dem Ausschuss für einen Eindruck zu berichten?

**Christian Rauscher:** Ich möchte mich da der Aussage entschlagen. Das ist Gegenstand der gerichtlichen Voruntersuchungen und ist auch ein Thema der Staatsanwaltschaft gewesen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das nehmen wir schon an, allerdings frage ich Sie hier nach Ihren Wahrnehmungen über den Informationsstand der besagten Herren – das war ja nur eine Ergänzung zur Frage davor – und zu deren Arbeitsverhältnis. Und ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie das mit strafrechtlicher Relevanz auf Sie zurückschlagen sollte.

**Christian Rauscher:** Ich war Mitglied dieser Steering-Runde. Sie haben das ja auch so aus dem Papier vorgelesen, das ist Tatsache. (*Abg. Mag. Kogler: Genau!*) Ich war ein Bestandteil dieser Runde, und es wurden dann Maßnahmen diskutiert und diese Maßnahmen wurden dem Vorstand vorgelegt. – Ob es dazu Berichte oder dergleichen gegeben hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Genau! Und haben Sie da bei diesen dreiwöchentlichen Runden den Eindruck gewonnen, dass Striedinger und/oder Morgl einen anderen Informationsstand als Kulterer hatten?

**Christian Rauscher:** Das ist Gegenstand gerichtlicher Vorerhebungen. Ich kann es nicht beurteilen, ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Moment! Das ist eine ganz andere Aussage. Wenn Sie sagen: Sie können dazu keine der Beantwortung der Frage dienlichen Wahrnehmungen abgeben, ist es etwas anderes, als wenn Sie sagen: Das ist Gegenstand des Verfahrens. Das nehmen wir an. Aber hier gilt ja – soweit ich die Verfahrensordnung verstehe – als Entschlagungsgrund nur, wenn Sie sich sozusagen selbst damit weiteren, in dem Fall zusätzlichen Verfolgungsschritten aussetzen würden oder könnten.

**Christian Rauscher:** Ich habe vorher die Aussage getroffen: Ja, ich war Mitglied in dieser Runde.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich habe Sie aber gefragt, ob Herr Striedinger und/oder Herr Morgl hier einen – für Sie erkennbar – anderen Informationsstand hatten, als Herr Kulterer. Das ist ja nicht so schwer.

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das habe ich bemerkt, dass Sie das vorhaben. Ich sage Ihnen nur, die Begründung dazu ist relativ dürftig, weil ich nicht erkennen kann, worin hier eine allfällige Selbstbelastung bei Beantwortung dieser Frage liegen soll. Bitte, machen Sie das dem Ausschuss glaubhaft!

**Christian Rauscher:** Ich kann keine andere Aussage dazu treffen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann müssen wir gemeinsam nachdenken. Konstruieren wir einmal, wie das gehen soll, dass Sie mit der Wahrnehmung bezüglich des Kenntnisstandes des Morgl und des Striedinger sich selbst belasten? Erklären Sie das dem Ausschuss, Sie sind ein wichtiger Zeuge! Sie waren in dieser Steering-Gruppe – ich habe das ja nicht umsonst vorgetragen.

**Christian Rauscher:** Ich kann da nur wiederholen: Ich war Mitglied dieser Steering-Runde, kann aber nicht beurteilen, welchen Kenntnisstand die anderen Leute in dieser Steering-Runde hatten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also gut, Sie sind Mitglied der Steering-Gruppe und können nicht beurteilen, was die für einen Informationsstand hatten. – Das klingt zwar auch seltsam, ist aber immerhin eine andere Antwort.

Haben die Herren Vorstände in dieser Steering-Runde entsprechende Nachfragen getätigt, nach denen ihnen ja offensichtlich vorgetragen worden sein muss, was hier in den wöchentlichen Meetings geschieht?

**Christian Rauscher:** Ich entschlage mich der Aussage. (*Abg. Mag. Kogler: Weil?*) – Ich war Mitglied dieser Steering-Gruppe. Und das ist Bestandteil ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, deshalb fragen wir Sie ja etwas, so viele Mitglieder dieser Steering-Gruppe wird dieser Ausschuss nicht mehr erwarten, glauben Sie uns das.

**Christian Rauscher:** Schauen Sie, da geht es letztendlich um Verantwortungen. (*Abg. Mag. Kogler: Eben!*) Da geht es um die Frage, die auch gerichtlich beurteilt wird, welche Rolle ich gespielt habe. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, das sehen wir ein!*) Welche Rolle haben andere Leute gespielt? So. Und damit kann ich diese Frage nicht beantworten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie versuchen die Glaubhaftmachung – damit wir da auch irgendeine Art von Procedere einhalten –, dass, wenn Sie über Ihre Wahrnehmungen berichten, Sie selbst auch befürchten, dass das in dem Verfahren, das letztlich auch gegen Sie gerichtet ist oder sein kann, Auswirkungen hat. – Ist es so? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Dann haben wir wenigstens irgendetwas, wenn schon das Ergebnis dürftig ist, so haben wir doch einmal das Verfahren halbwegs korrekt durchgebracht.

So – andere Zusammenhänge –. Nachdem die Wirtschaftsprüfer das uneingeschränkte Testat zurückgezogen haben, sind sie – oder Vertreter der Wirtschafts- und Bankprüfer – in der Folge in der Bank gewesen. Ich mache es jetzt kürzer und frage Sie einfach. Es stehen auch hier im Ausschuss Aussagen im Raum, dass die betreffenden Bankprüfer dann des Hauses verwiesen worden wären, also wirklich auch physisch des Gebäudes verwiesen worden wären. – Was können Sie dazu sagen?

**Christian Rauscher:** Das ist mir nicht bekannt. Ich wurde, wie eingangs erwähnt, am 30. März beurlaubt, und ich war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Bank.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben später auch nie über diesen Vorgang etwas gehört? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Gut, dann können wir das abhaken.

Jetzt Beurlaubung und so weiter: Sie sind ja in der Bank oder in einem Dienstverhältnis verblieben. Wie hat sich die Auflösung Ihres Verhältnisses zugetragen und angebahnt? Können Sie das in einer chronologischen Abfolge dem Ausschuss schildern?

**Christian Rauscher:** Das würde für mich klassisch unter das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis fallen. Da möchte ich keine Aussage machen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was ist das jetzt wieder? Moment! – Ich frage Sie, wie Sie ...? (*Christian Rauscher – in Richtung Verfahrensanwalt –: ... Das hat er ja gefragt, aber die Hintergründe dazu ... – Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Gefragt hat er, wie es aufgelöst wurde! – Christian Rauscher: Das habe ich ja schon gesagt: einvernehmlich aufgelöst!*) – Genau.

Wenn Sie einen chronologischen Ablauf geben darüber, wie Ihr Dienstverhältnis aufgelöst wurde.

**Christian Rauscher:** Es gab eine einvernehmliche Lösung: Ich habe das Arbeitsverhältnis meinerseits beendet.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer ist da als Erster aktiv geworden? Ich meine, eine einvernehmliche Lösung kommt ja unter Umständen auch nicht so zustande, dass alle zwei in der gleichen Sekunde diesen Prozess starten. Einvernehmen heißt ja nur, dass man sich am Schluss einigt. – Wer hat da erste Schritte gesetzt?

**Christian Rauscher:** Die Schritte wurden von mir gesetzt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also Sie sind – und zwar wann, wenn ich Sie das gleich dazu fragen darf – auf wen in der Bank zugegangen und haben dann was gesagt?

**Christian Rauscher:** Ich bin auf Dr. Kulterer zugegangen, aber ich weiß aus heutiger Sicht nicht mehr den Wortlaut, was ich genau gesagt habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, macht auch nichts. – Sie haben um Auflösung des Dienstverhältnisses gebeten? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und bei der Gelegenheit versucht, für die Einvernehmliche die Konditionen auszuhandeln? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Was war Ihr Motiv?

**Christian Rauscher:** Da hat es viele Gründe gegeben, aber einer dieser Gründe war sicherlich, dass ich mich beruflich verändern wollte, und das habe ich im Vorfeld auch bereits angekündigt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn man das jetzt in Beziehung setzt zu den Vorgängen, als einigen wenigen die Verluste aus besagten Geschäften in der Bank bekannt wurden: Ist da kein Vorgesetzter, etwa Herr Kulterer, auf Sie zugekommen und hat gesagt: So, jetzt müssen wir uns aber trennen, denn das halten wir ja nicht aus! Was haben Sie denn da gemacht! – Schildern Sie diese Zeit einmal.

**Christian Rauscher:** Es ist *niemand* auf mich zugekommen, dass ich in irgendeiner Form jetzt die Bank verlassen oder mich verändern sollte. Das zeigt sich ja auch darin, dass ich ja weiterhin Bereichsprokurist, Bereichsleiter war und im Jahr 2006 dann auch diesen neuen Bereich übernommen habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Eben, ja. Das zeigt sich dort, das stimmt. Das ist eben umso auffälliger, dass es dann doch anders gekommen ist.

Sagen Sie, haben Sie – außer den üblichen beruflichen Verschwiegenheitspflichten, die ja aus solchen Dienstverhältnissen bei Banken resultieren – darüber hinaus irgendwelche Vereinbarungen darüber getroffen, wo Sie sich besonders zu verschweigen hätten?

**Christian Rauscher:** Nein, habe ich nicht getroffen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** War das in Ihren Auflösungsgesprächen ein Anliegen von der Bankseite? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Das ist eigentlich auch seltsam. – Welche Punkte hat dieses Einvernehmen beinhaltet? Wenn Sie das kurz erklären: Abfertigungsansprüche und so weiter, was war da alles? (*Christian Rauscher: Das Übliche!*) – Und das da wäre? Ich kenne mich da nicht so aus.

**Christian Rauscher:** Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Urlaubsanspruch. Und diese Dinge, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und diese Dinge; also Urlaubsanspruch, Abfertigung?

**Christian Rauscher:** Es hat keine Abfertigung gegeben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** *Keine* Abfertigung. Na ja, genau das ist aber nicht üblich, oder?

**Christian Rauscher:** Es wurde ja von meiner Seite her aufgelöst. Damit kann ich nicht eine Abfertigung fordern.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Man hat ja fast den Eindruck, dass Sie offensichtlich froh darüber waren, dass Sie dort weggekommen sind.

Einvernehmen besteht, wenn am Schluss beide Seiten dafür sind. Sie wollten das offensichtlich nicht oder konnten es nicht durchsetzen. Aber man hat eigentlich den Eindruck, dass dieses Einvernehmen eines ist, bei dem Sie gar nicht so gut ausgestiegen sind.

**Christian Rauscher:** Das ist Ihr Eindruck. Ich möchte das jetzt nicht kommentieren.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sind Sie unter der Drohung einer Kündigung gestanden? Einer fristlosen Entlassung? – Ich kenne mich bei diesen arbeitsrechtlichen Begriffen nicht so aus. – (*Christian Rauscher: Nein!*) – Sie können das dem Ausschuss ganz sicher so mitteilen? Sie haben in dieser Situation keinerlei Druck seitens Ihres Arbeitgebers verspürt, dass da irgendetwas Schlimmeres auf Sie zukommen könnte? – Außer dem Verfahren, meine ich.

**Christian Rauscher:** Ich habe selbstverständlich Druck verspürt. (*Abg. Mag. Kogler: Wie war dieser Druck?*) – Es war ja klar, wenn eine Person quasi freigestellt wird, dass diese Sache eine größere Dimension haben wird und dass man sich diesen Sachen letztlich als Verantwortlicher auch zu stellen hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, da sind Sie nicht zu beneiden; das ist schon richtig. – Ist dieser Druck vom Vorstand ausgegangen? (*Christian Rauscher: Ja!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich ganz kurz unterbrechen: Ich möchte die Auskunftsperson fragen, ob sie eine Pause braucht.

**Christian Rauscher:** Machen wir eine kurze Pause, bitte! (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung und weise darauf hin, dass es dort auch ein bisschen Verpflegung gibt – bitte, zuzugreifen.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.13 Uhr **unterbrochen** und um 12.44 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\* 12.44

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Kogler das Wort.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wir waren dabei, die Modalitäten dieser einvernehmlichen Auflösung zu erhellern. – Was für ein Gehalt haben Sie bei der Hypo gehabt?

**Christian Rauscher:** Ich hatte ein Jahres-Bruttogehalt von 110 000 €.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn Sie alle monetären Abgeltungen zusammenzählen, ohne die einzelnen Punkte aufzusplitten: Was ist bei dieser Einvernehmlichen vereinbart worden? Urlaubsauszahlung? Wie viel ist da in Summe herausgekommen?

**Christian Rauscher:** Bei der Einvernehmlichen ist vereinbart worden, dass der Resturlaub, den ich noch hatte – und das war eine erkleckliche Anzahl –, mir ausbezahlt worden ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber keine zusätzlichen Punkte wie halbes Jahresgehalt oder Ähnliches?

**Christian Rauscher:** Keine zusätzlichen Punkte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt waren wir auch bei dem Druck, der auf Sie ausgeübt wurde. Worin hat dieser Druck bestanden? Sind Sie zum Beispiel mit Klagen bedroht worden, etwa dergestalt, dass man allenfalls mit Schadenersatzforderungen auf Sie zukommt? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Das nicht, der Druck war also anders. – Wie war er ungefähr?

**Christian Rauscher:** Der Druck war auch seitens der FMA gegeben, sodass man gesagt hat, diese Person sollte ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aha. Das heißt, die FMA hat eine Anzeige gemacht?

**Christian Rauscher:** So ist es, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, das schon. Aber – ich kenne die Akten auch nicht so gut, das muss ich gestehen – wollen Sie andeuten, dass die FMA in ihren Empfehlungen beinhaltet gehabt hätte, dass man Ihr Dienstverhältnis auflöst? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Das glaube ich auch nicht.

Wie war dann der Druck der FMA? Wie hat er sich geäußert? Was haben Sie da für Wahrnehmungen?

**Christian Rauscher:** Die verbalen Äußerungen, die dann über den Vorstand an mich gekommen sind.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aha, über den Vorstand an Sie. Was hat der Vorstand Ihnen weiter übermittelt, was denn die FMA wollte?

**Christian Rauscher:** Die FMA hat des Öfteren beim Vorstand nachgefragt, wie mein Dienstverhältnis aussieht und ob die Bank gedenkt, mich noch länger zu beschäftigen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das hat Ihnen der Vorstand weiter übermittelt, und Sie haben das als Druck interpretiert?

**Christian Rauscher:** Ich habe das als Druck interpretiert und habe dann aus meiner Sicht gesagt: Ich beende das.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Der Vorstand hat aber nicht gesagt: Von dem lassen wir uns jetzt nicht aufschrecken, wir bleiben in unserem Dienstverhältnis? Was hat Ihnen der Vorstand in der Situation mitgeteilt?

**Christian Rauscher:** Das war eine Entscheidung von mir selbst, dass ich gesagt habe, ich möchte ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist schon klar, das alles haben Sie schon erzählt. Wir haben jetzt auch das Weiterspielen der FMA-Äußerungen – wenn man das so interpretieren kann, aber nennen wir es jetzt einmal „Äußerungen“ – und originäre Äußerungen des Vorstands.

Wenn Sie mit Herrn Kulterer reden, ist es schwer vorstellbar, dass er Ihnen nur mitteilt, was sich die FMA in der – zugegeben – schwierigen Situation denkt. Er wird möglicherweise auch mitgeteilt haben, was er denkt und zu tun gedenkt. Was hat Ihnen Herr Kulterer darüber gesagt, was **er** zu tun gedenkt?

**Christian Rauscher:** Da hat es sicherlich Auffassungsunterschiede gegeben. Herr Kulterer hat gesagt, er würde sich dem anschließen, was die FMA dazu gesagt hat. (*Abg. Mag. Kogler: Also Kulterer hat Ihnen ...*) Damit habe ich gesagt: Dann brauchen wir auch nicht mehr weiterzureden, dann ist es für mich klar, dass ich von mir aus kündige.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Also Kulterer hat Ihnen vermittelt: Er schließt sich der FMA an. (*Christian Rauscher: Ja!*) Geradeso gut hätte er selbst ...

**Christian Rauscher:** Wir müssen uns dem Druck der FMA anschließen – so.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, „wir“ als Vorstand.

**Christian Rauscher:** „Wir“ als Vorstand, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sehen Sie, jetzt sind wir sehr weit gekommen! Jetzt haben wir das alles: Kulterer hat offensichtlich auch selbst, aber unter Bezugnahme auf FMA-Äußerungen – die wir ja allenfalls noch nachfragen können – Ihnen vermittelt, er müsse sich dem Druck der FMA anschließen.

Für Sie war aber das Ergebnis des Vorgangs klar: Auch der Vorstand hegt jetzt, direkt oder indirekt, den heftigen Wunsch, dass man sich von Ihnen trennt. (*Christian Rauscher: Ich habe gesehen, dass es ...!*) Dann haben Sie gesagt: Ja, wenn der Vorstand da so dringend tut, dann entschließe ich mich jetzt freiwillig. – So war es offensichtlich. (*Christian Rauscher: Ja! Ungefähr!*) – Haben Sie jetzt auch ein Einkommen? (*Christian Rauscher: Nein!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe noch zwei, drei ergänzende Fragen, damit wir das abschließen.

Sie haben vorhin gesagt, Sie haben auch schon Gedanken an einen Berufswechsel gehegt, und mir ist das so vorgekommen, als ob Sie es so darstellten: Das war dann eben der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Sie haben aber bei Ihrem Beruf „arbeitslos“ angegeben. – Wie stimmt das zusammen? Haben Sie nach Ihrer Tätigkeit bei der Hypo eine andere Tätigkeit gehabt, oder sind Sie seit damals arbeitslos?

**Christian Rauscher:** Ich bin seit damals arbeitslos.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Noch eine Frage, damit wir auch diese Eventualität ausschließen: Waren Sie in der Mitarbeitervorsorgekasse? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Das heißt, Sie hatten gar keinen gesetzlichen Abfertigungsanspruch mehr?

**Christian Rauscher:** Wie gesagt, ich war zehn Jahre lang in der Mitarbeitervorsorgekasse.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie haben vor der Mitarbeitervorsorgekasse auf Grund eines Angebotes freiwillig hineingoptert? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Und da ist Ihnen seinerzeit der Abfertigungsanspruch, der damals bestanden hat, schon in die Mitarbeitervorsorgekasse einbezahlt worden? (*Christian Rauscher: Exakt!*) – Daher fällt das Selbst-Kündigen etwas leichter.

**Christian Rauscher:** Ja, weil man ja die Mitarbeitervorsorgekasse mitnimmt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie irgendwelche persönliche Animositäten verspürt, die man von Seiten der Finanzmarktaufsicht oder von Seiten von Mitarbeitern oder Vorständen der Finanzmarktaufsicht gegen Sie hegt?

**Christian Rauscher:** Nein, das war nie mein Eindruck. Wir hatten ein gutes, vernünftiges Verhältnis, das hat sich aus den Gesprächen für mich so ergeben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wer war denn in der Finanzmarktaufsicht Ihr Visavis?

**Christian Rauscher:** Ich hatte im diesem Rahmen nur Kontakt mit Herrn Laszlo, und sonst sind mir Namen nicht mehr ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und seitens der OeNB? (*Rufe bei der SPÖ: Herr Laszlo ist von der OeNB!*) – Er ist von der OeNB? – Entschuldigung!

Und seitens der FMA, weil Sie auch immer von der FMA gesprochen haben?

**Christian Rauscher:** Ich kann mich erinnern, dass bei diesem Gespräch, das ich mit dieser Runde hatte, ein Herr Schantl zugegen war, und der ist mir als OeNB-Vertreter vorgestellt worden (*Obmann Dr. Graf: Und Vertreter von der FMA?!*) – als FMA-Vertreter, Entschuldigung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Irgendwelche Animositäten, sind Ihnen die zugekommen gegenüber Kulterer oder anderen in der Bank? (*Christian Rauscher: Nein!*)

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Herr Rauscher, Sie waren ja für die ganzen Geschäfte nicht alleine verantwortlich – es gab sicher Aufträge seitens des Vorstandes, Besprechungen, wie diese Geschäfte stattzufinden haben.

Meine konkrete Frage: Haben Sie bei den Swap-Geschäften jemanden gehabt, der mit unterzeichnet hat?

**Christian Rauscher:** Ich habe die Frage jetzt nicht verstanden.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement, MAS (FPÖ):** Konkrete Frage – bei diesen Swap-Geschäften, die zu den Verlusten in der Höhe von 328 Millionen € geführt haben, gab es sicher Mitunterzeichnende –: War zum Beispiel Herr Zois einer dieser Kollegen, die mit unterzeichnet haben? – Es gibt ja sicher Regeln des Gegenzeichnens.

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Christian Rauscher:** Wir hatten diese Fragestellung schon, nur in einer ein bisschen anderen Form. – Es sind Teile der Verträge von mir mit Herrn Zois mitgezeichnet worden, aber ich weiß nicht, ob es alle Verträge waren, die von diesen beiden Leuten gezeichnet wurden.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ich gehe einen Schritt weiter – es geht mir um folgende Frage –: Es ist klar, dass bei diesen Geschäften mehrere Leute verantwortlich waren, dass der Vorstand involviert war, dass Unterschriften geleistet worden sind.

Heute sitzen Sie hier und sind in einer persönlich unangenehmen Situation: Sie sind gekündigt, Sie haben einen Prozess am Hals – vielleicht mehrere Prozesse – und die Herren Kulterer und Striedinger, die maßgeblich mit verantwortlich waren und heute noch verantwortlich sind, putzen sich ab und sagen: Na ja, das war der Herr Rauscher; dem wird – auch auf Druck der FMA – die Kündigung nahe gelegt.

Erscheint da nicht so der Eindruck: „Den Letzten beißen die Hunde“, oder irgendjemanden beißen die Hunde, und die Herrschaften im Vorstand putzen sich ab? Das ist eine Frage, die sich natürlich auch viele andere stellen werden. Wie gehen Sie persönlich mit diesem Zustand um?

Sie haben vorhin auch erwähnt, dass das Verhältnis zwischen Ihnen und Kulterer gut ist, ungetrübt ist. Auf Grund dieser Vorgangsweise, dass man eben Sie als Opfer auswählt, würde ich mich nicht so wohl fühlen, und das Verhältnis zu einem ähnlich agierenden Vorgesetzten wäre von meiner Seite her sicher getrübt.

**Christian Rauscher:** Ich möchte Ihren Eindruck jetzt nicht kommentieren. Das ist Ihre Sicht dazu.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Eine Frage noch zu dem Thema Wandelschuldandleihe – das Land Kärnten hat im Jahr 2005 eine Wandelschuldandleihe in der Höhe von 500 Millionen aufgelegt –: Glauben Sie, dass, wenn zu diesem Zeitpunkt die Geschichte mit dem Koffer, die Geschichte mit dem Swap-Verlust und so weiter schon bekannt geworden wäre, diese Wandelschuldandleihe überhaupt jemals aufgelegt worden wäre?

Zweite Frage dazu – es ist ja auch schon bekannt gewesen, dass das Land Kärnten große Begehrlichkeiten bezüglich der Erlöse aus der Wandelschuldandleihe gehabt und schon im Vorhinein große Summen aus diesen Erlösen verplant hat –: Was sind Ihre Ideen und Wahrnehmungen dazu?

**Christian Rauscher:** Ich war fachlich mit diesen Themen nicht betraut, und ich habe keine echten Wahrnehmungen dazu.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Vielleicht noch eine Frage zum Kontakt, den Sie eventuell gehabt haben – ich kann das ja nicht sagen – zu Herrn Groier. Der Name sagt Ihnen sicher etwas, weil die CONFIDA sehr umfangreiche Geschäftskontakte zur Hypo pflegte.

Aus einem Aktenvermerk geht hervor, dass sich Herr Groier bei Herrn Mag. Albin Ruhdorfer, also einem ehemaligen Kollegen von Ihnen, über Ihren Gesundheitszustand informiert hat – das Ganze war im Mai 2005.

Meine Frage: Kennen Sie Herrn Groier, und aus welcher Funktion heraus kennen Sie ihn?

**Christian Rauscher:** Mir ist Herr Groier im Rahmen seiner Funktion als Wirtschaftsprüfer in der Bank namentlich bekannt. Wir hatten sehr wenig bis keine Berührungspunkte, da ich mit Bilanzierung und Bewertung und diesen Dingen nichts zu tun hatte.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Groier hat sich zu keinem Zeitpunkt über die Treasury-Aktivitäten, über die Swap-Geschäfte erkundigt?

**Christian Rauscher:** Direkt bei mir nicht. – Ob er es bei anderen Personen gemacht hat, ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber bei Ihnen persönlich hat er nie nachgefragt? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Und Sie haben auch keinen freundschaftlichen Kontakt? – Weil es ist irgendwie verwunderlich, wenn sich ein Herr Groier bei Herrn Ruhdorfer über Ihren Gesundheitszustand erkundigt: Da muss er ja ein Naheverhältnis zu ihm haben.

**Christian Rauscher:** Es gab in keiner Weise einen Kontakt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Außer Herrn Groier hat sich von der CONFIDA auch niemand in Ihrer Abteilung umgesehen: einmal hinterfragt, wie die Geschäfte laufen, wie die Swap-Geschäfte laufen, wie das Portfolio-Management gestaltet ist et cetera?

Ich frage das deshalb, weil es nicht natürlich und selbstverständlich ist, dass sich ein Wirtschaftsprüfer bei den hochkomplizierten Swap-Geschäften auskennen muss – das ist ein Spezial-Treasury-Geschäft! Und deshalb, denke ich, ist es das Natürlichste, dass sich ein Wirtschaftsprüfer einmal mit den zuständigen Leuten zusammensetzt und sagt: Erklärt mir das einmal! Worum geht es da?

**Christian Rauscher:** Das hat es Jahre vorher gegeben, aber im Jahr 2004 könnte ich mich daran überhaupt nicht erinnern.

Selbstverständlich hat sich Herr Groier, der ja über mehrere Jahre der Wirtschaftsprüfer der Bank war, einmal mit dem Thema Swap-Geschäfte an sich auseinandergesetzt und hat gesagt: Reden wir einmal darüber!, aber das war Jahre vorher.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Das ist aber interessant! Also Herr Groier, würden Sie sagen, kennt sich durchaus aus, was Swap-Geschäfte, was unter Umständen auch die Verbuchung von Gewinnen oder Verlusten aus diesen Geschäftsfeldern anlangt, betrifft.

**Christian Rauscher:** Das kann ich nicht bestätigen; ich gehe davon aus.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber er hat sich kündigt gemacht in der Abteilung.

**Christian Rauscher:** Er hat sich kündigt gemacht, ja.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie können jetzt aber nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt er sich informiert hat: laufend?, jedes Jahr?

**Christian Rauscher:** Das kann ich nicht sagen; ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Zu den Geschäften im Jahr 2004 hat er sich nicht einmal gesondert mit Ihnen unterhalten? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Auch niemand aus der CONFIDA, mit Ihnen persönlich? Es ist Ihnen auch nicht bekannt, dass er mit Kollegen von Ihnen gesprochen hat?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht, ob mit Kollegen meinerseits gesprochen wurde. Aber im Rahmen der Bilanzierung ist der Bereich Treasury in Wahrheit nicht eingebunden. Das heißt, es betrifft dann ganz andere Ansprechpersonen im Haus. Es könnte natürlich sein, dass die Ansprechperson dann einmal auf irgendeinen Kollegen in meiner Abteilung zugekommen ist. Aber bis zu mir ist es nicht vorgedrungen und es gab keine direkten Gespräche.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben ein Treffen mit Vertretern von FMA und OeNB, glaube ich, erwähnt, als Sie schon beurlaubt waren, und haben gesagt, ein Herr Schantl von der FMA war anwesend und ein Herr Laszlo von der OeNB.

**Christian Rauscher:** Entschuldigung, das war das gesamte Prüfungsteam, das damals in der Hypo war. Namentlich kann ich mich an diese beiden Leute erinnern. Herr Laszlo war der Prüfungsleiter und Herr Schantl war mit dabei. Es waren auch noch andere Leute, aber ich weiß aus heutiger Sicht ihre Namen nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Von der Bank waren auch Personen anwesend?

**Christian Rauscher:** Der Leiter der Rechtsabteilung war anwesend.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist das Herr Hermann Wetschko? (*Christian Rauscher: Nein, das war Herr Megymorez!*) – Okay.

Wissen Sie noch, wann dieses Gespräch zeitlich stattgefunden hat?

**Christian Rauscher:** Im April 2006. Gegen Ende April. Ich kann Ihnen den Tag nicht genau nennen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Da war im Prinzip dieses Prüfungsteam, das, glaube ich, am 31. März mit der Prüfung begonnen hat? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Ich glaube, am 30. März wurde das Testat für die Bilanz 2004 vom Wirtschaftsprüfer entzogen. – Können Sie uns etwas über dieses Gespräch erzählen?

**Christian Rauscher:** Gegenstand des Gesprächs war der Eindruck, den die FMA von diesen Swap-Geschäften hatte. Zu diesem Thema haben sie mich befragt und einfach mit Dingen konfrontiert, mit Sachverhalten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, das war nicht ganz am 1., 2. April, sondern die haben sich hier ... (*Christian Rauscher: Nein, das war gegen Ende April!*) – Okay.

**Christian Rauscher:** Das heißt, die waren in der Voruntersuchung eigentlich schon sehr weit gediehen und haben gesagt, sie hätten jetzt noch Fragen an mich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und die haben Sie quasi mit Erkenntnissen, die sie selber erworben haben, konfrontiert. – Geleitet hat diese Sitzung Herr Laszlo oder der Herr vom Rechtsbüro?

**Christian Rauscher:** Geleitet hat diese Sitzung Herr Laszlo.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ihnen wurden dann von verschiedenen Mitgliedern des Prüfungsteams einzelne Sachverhalte vorgehalten, und Sie haben dann Stellung bezogen?

**Christian Rauscher:** Exakt, ja. Das dauerte eineinhalb Stunden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das hat eineinhalb Stunden gedauert, dann hat man gedankt und ist auseinandergegangen? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Oder nicht? Sie haben jetzt so nachgedacht, als ob noch etwas gefehlt hätte dazwischen. (*Christian Rauscher: So war es!*) – Ist ein Protokoll aufgenommen worden?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie den Eindruck gehabt, dass diese Prüfer der OeNB Bescheid wussten, den Sachverhalt wirklich genau erhoben haben, dass sie bis ins Detail über Abläufe gut informiert waren? Oder haben Sie den Eindruck gehabt, dass die ganz danebenliegen und gar nicht genau wissen, was da passiert und so?

**Christian Rauscher:** Ich hatte einen durchaus guten Eindruck. Die haben sich im Detail mit den Geschäften beschäftigt und haben auch ihre Fragen in diese Richtung so gestellt. Das kann man aber auch nur tun, wenn man sich eingehend und sehr tief mit dem beschäftigt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Die haben dann Ihnen quasi auch ganz konkret Schwachpunktanalysen präsentiert, wo Schwachpunkte bei diesen Geschäften waren, aus organisatorischen Gründen et cetera?

**Christian Rauscher:** In dem Zeitrahmen war es natürlich so, dass gar nicht so viel über Maßnahmen gesprochen wurde, sondern mehr über Dinge, die denen aufgefallen sind, wo sie dann gesagt haben, da hätten wir gerne Ihre Stellungnahme dazu – war es so oder war es anders?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Im Prinzip haben Sie im Wesentlichen das bestätigt, was die selber dargestellt haben, und auch teilweise widersprochen?

**Christian Rauscher:** Bestätigt, widersprochen – genau so war es.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine konkrete Frage dazu: Stimmt es, dass es beim Produktvertrag für die gegenständlichen Swaps eine mehrseitige englische Produktspezifikation, einen Produktvertrag gibt, in dem darauf hingewiesen wird, dass – ich zitiere – ein Verlust aus dem Produkt ein Mehrfaches des Nominalwertes annehmen kann?

**Christian Rauscher:** Das ist mir so nicht bekannt. Das kann bei dem einen oder anderen Vertrag so gewesen sein. Aber ob das bei allen Verträgen so war, ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also Term Sheets? Auf dem Term Sheet muss das oben gestanden sein, wenn wir jetzt den englischen Begriff verwenden.

**Christian Rauscher:** Ich weiß es aus heutiger Sicht nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist es nicht so, dass normalerweise bei Swaps das Nominale sehr hoch ist, weil die Margen sehr gering sind?

**Christian Rauscher:** Das ist eine sachlich richtige Aussage, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wenn bei einem Finanzprodukt so ein Hinweis aufscheint, dass der Verlust aus diesem Produkt ein Mehrfaches des Nominalwertes beträgt, dann ist nicht davon auszugehen, dass es sich hierbei unbedingt um einen ganz normalen Swap handelt, sondern dass es ein etwas kompliziertes Swap-Geschäft sein muss. Oder ein – ich muss ja nicht komplizierter sagen – anspruchsvolleres? (*Christian Rauscher: Das ist Ihre Interpretation der Dinge!*) – Und wie ist Ihre Interpretation? – Ich war nie in Boston auf Schulungen in diesen Fragen, noch habe ich mit solchen Sachen gehandelt, noch sonst irgendetwas getan in meinem Leben. Unter „Swap“ verstehe ich normalerweise „tauschen“.

**Christian Rauscher:** Ich denke, Sie sollten da meine Position verstehen. Natürlich geht es jetzt um Verantwortung im Rahmen dieses gerichtlichen Vorverfahrens gegen mich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ist in Ordnung.

Können Sie sich auf Grund der Prüfberichte 2001 beziehungsweise 2004 der Nationalbank erinnern, dass es im Endbericht konkrete „Vorwürfe“ – unter Anführungszeichen – gab? – BWG-Verletzungen, organisatorische Mängel und dergleichen sind da relativ konkret aufgelistet gewesen. Gab es Ihrer Erinnerung nach ganz konkrete Mängelfeststellungen?

**Christian Rauscher:** Ich weiß es heutiger Sicht nicht mehr. Es gab natürlich – und das ist das Wesen eines Prüfberichts – immer Anmerkungen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie ist in der Praxis mit diesen Anmerkungen verfahren worden? Ist Ihnen bekannt, dass es irgendwelche bescheidmäßigen Auflagen oder dergleichen seitens der Aufsicht gegeben hätte? (*Christian Rauscher: Das ist mir nicht bekannt!*) – War das dann Thema, inwiefern man diese Anregungen der Nationalbank eventuell annimmt und Verbesserungen durchführt, ob man die teilt, nicht teilt?

**Christian Rauscher:** Verbesserungen sind natürlich im Rahmen der Möglichkeiten der Bank durchgeführt worden. Da hat man dann natürlich mit der Aufsicht immer diskutiert, was geht leichter und was erfordert einen längeren Zeitraum in der Umsetzung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Waren Sie in derartige Gespräche involviert? (*Christian Rauscher: Nein!*) – Woher wissen Sie dann, dass mit der Aufsicht gesprochen wurde, was leichter geht und was länger dauert?

**Christian Rauscher:** Weil solche Informationen dann natürlich als Rückfluss zu den Bereichsleitern kommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, im Wesentlichen hat der Vorstand mit der Finanzmarktaufsicht gesprochen und dann fallweise informiert, wir haben ausgemacht, das machen wir gleich, da brauchen wir länger? Oder wie hat sich das abgespielt? Ich hätte gerne ein Bild von Ihnen. Jetzt ist die OeNB bei Ihnen – 2001, 2004. Die Berichte haben wir ja, die liegen uns vor – genauso wie Sie Ihnen vorliegen. Sie erinnern sich ja daran – wir leichter, weil wir können sie ja jederzeit lesen, Ihnen werden Sie wahrscheinlich jetzt nicht mehr zugänglich sein. Da stehen ganz konkrete Vorhaltungen drin, ganz konkrete Kritikpunkte. Die Frage ist, wie wird im Unternehmen damit umgegangen?

**Christian Rauscher:** In der Regel ist es ja so, dass solche Prüfberichte ja so gestaltet sind, dass die ersten Punkte jene sind, wo die FMA oder die Aufsicht sagt: Diese sollten schleunigst beurteilt werden in der Reihenfolge. Dann gibt es – was weiß ich? –, ab Punkt fünf sagt man: Okay, auch das ist umzusetzen, aber da sehen wir nicht die höchste Priorität. – Also diese Art der Diskussionen, die sind an sich generell üblich und Vorgehensweise.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Sie haben den Eindruck gehabt, es gibt in diesen Prüfberichten, die Sie ja selbst gelesen haben und die Ihnen ja selbst zugänglich waren ... – War Ihnen da jeweils der gesamte Prüfbericht zugänglich oder Teile, die das Treasury betreffen?

**Christian Rauscher:** Teile des Prüfberichtes.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was haben Sie zur Qualität dieser Prüfberichte gesagt? Haben Sie den Eindruck gehabt, die verstehen etwas oder die sind irgendwelche Theoretiker und wissen nichts vom Geschäft, von der Praxis, und das, was die sich vorstellen, geht in der Praxis nicht? Oder haben Sie das Gefühl gehabt, das hat Hand und Fuß, was die hier vorschlagen?

**Christian Rauscher:** ich habe generell einen guten Eindruck gehabt, weil die Vorschläge sehr wohl auch fachlich fundiert waren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und sind diese Vorschläge dann auch in einer vernünftigen Frist umgesetzt worden? Oder haben sie einfach bei der nächsten Prüfung unverändert oder kaum verändert fortbestanden?

**Christian Rauscher:** Ich weiß das natürlich im Detail heute nicht, weil es ja nicht so ist, dass das das Treasury alleine betrifft, sondern das betrifft ja dann die EDV, oder es betrifft ja auch andere Bereiche im Haus, die da mitspielen und mitziehen müssen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie den Eindruck gehabt, dass der Vorstand einen Wert darauf legt, dass Verbesserungen, die sich aus dem Prüfbericht ergeben, auch wirklich möglichst schnell und möglichst effizient umgesetzt werden? (*Christian Rauscher: Ja!*) – Hat es da regelmäßige Nachfragen gegeben? Also, da sind dann auf Grund dieser Vorhaltung mit Projektverantwortlichen Projekte entwickelt worden, und diese mussten dann regelmäßig berichten. Waren Sie selbst Projektleiter für eine dieser Veränderungen, für diese Projekte, die direkt in einem Zusammenhang mit einem Prüfbericht standen?

**Christian Rauscher:** Daran kann ich mich aus heutiger Sicht nicht mehr erinnern. (*Abg. Krainer: Danke!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Liegen noch Fragen vor? – Das ist nicht der Fall.

Dann bedanke ich mich für Ihre Auskunft; Sie sind entlassen.

**Christian Rauscher:** Danke sehr.

(*Die Auskunftsperson Christian Rauscher verlässt den Sitzungssaal.*)

13.13

\*\*\*\*\*

13.14

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** ersucht nun darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Othmar Ederer** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Dr. Othmar Ederer** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Christoph Herbst** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** begrüßt Herrn **Dr. Ederer** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie ein falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Dr. Othmar Ederer (Grazer Wechselseitige):** Mein Name: Othmar Ederer; geboren am 27.1.1951; wohnhaft in 8010 Graz; Beruf: Betriebswirt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich glaube nicht, meine letzte Tätigkeit als Universitätsassistent endete im Jahre 1978.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Ich darf nun auch Ihre **Vertrauensperson** um Bekanntgabe der Personaldaten ersuchen.

**Vertrauensperson Dr. Christoph Herbst:** Mein Name: Christoph Herbst; geboren am 8.6.1960; Anschrift: 1010 Wien; Beruf: Rechtsanwalt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Herbst als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze die **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Ich habe auch Sie über die Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch so im amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an

den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Ederer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, ich glaube nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. – Wollen Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt Abg. Trunk als erster Fragestellerin das Wort.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Dr. Ederer! Nicht weil wir es nicht wissen und auf Grund der Organigramme zuordnen können, sondern der Korrektheit halber, damit von den Zeitpunkten und Funktionen keine Vermischungen passieren, frage ich Sie: Von wann bis wann waren Sie im Aufsichtsrat der Hypo tätig? Welche anderen Aufsichtsratsstätigkeiten und welche Vorstandstätigkeiten üben Sie aus? – Wenn es geht, mit Zeitpunkten bitte.

**Dr. Othmar Ederer:** Gerne. Wenn ich bei der Hypo Alpe-Adria anfangen darf: Seitdem die Grazer Wechselseitige an der Hypo Alpe-Adria-Bank, früher Hypo Kärnten beteiligt ist, bin ich Mitglied des Aufsichtsrates, das ist meiner Erinnerung nach seit 1992. Seit dem Jahr 2000 bis jetzt bin ich stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Meine Funktionen in der Grazer Wechselseitigen: Ich bin seit 1986 Mitglied des Vorstandes der Grazer Wechselseitigen und seit 2000 Vorstandsvorsitzender dieser Gesellschaft.

Aufsichtsrat in anderen Unternehmungen – muss ich Ihnen alle aufzählen?

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ja, so viele werden es ja nicht sein.

**Dr. Othmar Ederer:** Fangen wir einmal an: Ich bin Aufsichtsrat natürlich in all unseren Konzerntochtergesellschaften – ich glaube nicht, dass Sie daran interessiert sind – von Slowenien bis Moldawien, das liegt in der Natur der Sache. Ich bin Aufsichtsratsvorsitzender der Bank Burgenland seit dem Erwerb der Bank Burgenland. Ich bin Aufsichtsvorsitzender der Mitarbeitervorsorgekasse BVP, ich bin Aufsichtsratsmitglied der Pensionskasse seit Beginn der Pensionskasse, zuerst der BVP und jetzt der VBV. – Im Großen und Ganzen wird es das sein, aber wenn ich auf eine vergessen habe (*Abg. Mag. Trunk: Dann ist es nicht vorsätzlich!*), dann ist es nicht vorsätzlich.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Dr. Ederer, wie verlief denn herkömmlich die Informationskultur, Informationslinie zwischen Vorstand der Hypo International und dem Aufsichtsratspräsidium? Da frage ich gleich dazu: Mir fällt auf, dass es in der Hypo immer wieder in den Unterlagen diese Formulierung „Aufsichtsratspräsidium“ gibt. Meines Wissens gibt es einen Vorsitzendenstellvertreter und dann das Gremium des Aufsichtsrates. – Können Sie uns vielleicht auch diese Kultur des Präsidiums ein bisschen schildern?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich hoffe, ich zitiere korrekt aus den Satzungen. Es gab bis zur letzten Aufsichtsratssitzung, Hauptversammlung einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Es gab davor ein Präsidium und es gibt jetzt wieder ein Präsidium, weil es einen zweiten Stellvertreter gibt. Wenn der Begriff „Präsidium“ verwendet wird, dann

wird das synonym verwendet für Vorsitzenden und Stellvertreter – eher aus Abkürzungsgründen, würde ich meinen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Gibt es da so abgesteckte Entscheidungskompetenzen für dieses Präsidium?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein. Das ist klar, dass das Aktiengesetz hier klar vorsieht, wie die Kommunikation zu erfolgen hat, was es gibt. Gemäß Satzung gibt es ein Präsidium, das gleichzeitig verantwortlich ist für Vorstandsangelegenheiten. Das ist aber ein üblicher Vorgang wie in allen anderen Unternehmungen auch. Also, hier unterscheidet sich die Hypo nach meinem Wissensstand nicht von anderen Unternehmungen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Dr. Ederer, ich berufe mich auf Unterlagen, die uns im Untersuchungsausschuss zur Verfügung stehen, und da habe ich gefunden, dass Sie auf Grund von Eigenangaben vom 5. April 2006 – ich glaube, das ist nicht nur das Regierungssitzungsprotokoll, sondern ein anderes auch – angegeben haben, dass Sie am 19. Mai 2005 erstmals – und ich glaube, ich zitiere Sie – eine Information von Vorstandsdirektor Dr. Kulterer über ein Treasury-Problem erhalten haben.

Könnten Sie uns die Art und Weise der Information zum besseren Verständnis näherbringen? Und, Punkt 2, gleich anhängend die Frage: Haben Sie in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Kulterer aufmerksam gemacht, dass er einige Paragraphen, wie den § 81 und anderes, einzuhalten hätte?

**Dr. Othmar Ederer:** Wie bereits in der Kärntner Landesregierung an diesem Tage – so glaube ich, aber zumindest in dieser Zeit – dargelegt, wurden Herr Dr. Moser und ich erstmalig am 19.5. kurz informiert über die Problemlage, die sich auf Grund der Swap-Geschäfte ergeben hat. Und wir haben Herrn Kulterer dann angewiesen, dass er bei der nächsten Sitzung – die hat am 28.6. stattgefunden – mit uns eine detailliertere Erklärung dem Präsidium geben soll. In der Erklärung am 19. ging es im Wesentlichen darum, was passiert ist, und ob alle Maßnahmen eingeleitet worden sind, den Schaden weiter zu begrenzen, ihn abzubauen, und ob alle Maßnahmen eingeleitet worden sind, dass so etwas nicht passiert oder dass es zu keinen Weiterungen kommt.

Diese Aussagen wurden bereits zu diesem Zeitpunkt, am 19.5., gegeben. Am 28.6. wurden wir dann mit den Beträgen konfrontiert, die sich ergeben haben, die auch, glaube ich, hinlänglich bekannt sind und Ihnen auch schon von Zeugen vorher, die kompetent auch Prüfungshandlungen vorgenommen haben, bestätigt wurden. Nämlich die 328 Millionen, die 288 Millionen am Ende des Jahres 2004 und das schrittweise Abbauen dieser Verluste.

Die Frage des § 81 hat sich für uns in dieser Form nicht gestellt. Auch die Frage, ob hier richtig bilanziert worden ist oder nicht, hat sich überhaupt nicht gestellt, weil wir vorausgesetzt haben, dass es hier zu keiner wie immer gearteten Problemstellung in der Bilanzierung gekommen wäre.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Darf ich davon ausgehen, dass für die letzten Argumente, die Sie vorgebracht haben, auch die Begründung war, dass Sie sich da beschränkt darauf haben, ein Aufsichtsratspräsidium, das ja letztlich keine Entscheidungskompetenz hat, nicht den gesamten Aufsichtsrat zu informieren. (*Dr. Ederer: Ja!*) Hat es darüber hinaus noch Gründe gegeben, warum Sie nicht gesagt haben – also diesen Satz, der hier im Ausschuss sehr oft gefallen ist –: Alarmglocken, gesamter Aufsichtsrat. – Was waren Ihre Beweggründe?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, es war keine Frage, dass der gesamte Aufsichtsrat hier nicht zu den gleichen Ergebnissen gekommen wäre, wie wir gekommen sind. Das hat sich ja danach auch gezeigt, dass die Einschätzung des Aufsichtsrats zum Vorstand

eine deckungsgleiche war. Eine wesentliche Entscheidungsgrundlage war klarerweise die mögliche Öffentlichkeitswirksamkeit und die Nichteinhaltung der Vertraulichkeit, wie wir sie in privatwirtschaftlichen Unternehmen zwar gewohnt sind, aber wenn die öffentliche Hand an Unternehmungen beteiligt ist, ist dieses Thema offensichtlich in einer anderen Werthaltigkeit zu sehen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ich denke, nachdem ja Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter beziehungsweise Wirtschaftsprüfer und Vorstände auch in räumlicher Nähe – bei anderen Banken ist das ja oft sehr weit entfernt – gearbeitet haben: Was war Ihre Wahrnehmung – also jetzt jenseits dieser Geschichte von 2004 – betreffend die Kompetenz, die Qualität und Qualitätssicherung der Wirtschaftsprüfungskanzleien Deloitte und CONFIDA? War das gleichwertig? Welche Aufteilungen hat es gegeben, oder hat es von der Qualität Unterschiede gegeben?

**Dr. Othmar Ederer:** Das muss man historisch auch von der Entwicklung her sehen. Die Bank ist aus einer Regionalbank in Kärnten schrittweise über die Grenzen hinausgewachsen. Wir haben über all die Zeit vom Beginn an eine gute Begleitung durch die CONFIDA gehabt.

Sehr vereinfacht gesagt: Die Bank ist schneller gewachsen, als der Wirtschaftsprüfer gewachsen ist. Und daher war es ab einem bestimmten Zeitpunkt erforderlich, auch mit einem internationalen Wirtschaftsprüfer hier Kooperationen zu suchen. Das ist dann auch gemacht worden, was dazu geführt hat, dass es in einzelnen Bereichen Joint Audits gegeben hat.

Ich möchte aus meiner Sicht sagen, die Lehre aus der Geschichte ist, dass ich Joint Audits für **nicht** sehr effizient halte, dass es sinnvoller ist, klare Verantwortlichkeiten für einzelne Unternehmungen bei einzelnen Wirtschaftsprüfern zu haben, weil einfach die Gefahr von Doppelgleisigkeiten oder auch Missverständnissen oder was immer auch passieren kann. Aber es gab dann klar die Beauftragung an Deloitte und an CONFIDA, nach Ländern unterschiedlich Einzelverantwortungen in der Prüfung und im Konzern ein Joint Audit und – wie ich glaube – auch in der Österreich-Bank ein Joint Audit.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Was sind Ihre Wahrnehmungen nach der Rückziehung des Testats, nach der Mitteilung an die FMA, zur Indiskretion an die „Kärntner Krone“? Wann sind Sie offiziell von dieser Rückziehung informiert worden? Mit welcher Begründung? Was war die Einschätzung des Präsidiums?

**Dr. Othmar Ederer:** Frau Abgeordnete, ich darf da vielleicht einen Punkt weiter ausholen: Wir waren, wie ich gesagt habe, von Herrn Kulterer am 19. Mai 2005 erstmals, am 28.6. im Detail informiert worden und wurden dann monatlich über die laufende Entwicklung informiert. Wir haben uns immer gefragt: Ist das, was er uns hier berichtet hat, auch so in die Tat umgesetzt worden? Läuft das in die Richtung, wie berichtet?

Wir wurden dann erstmals am 20.3.2006 vom Wirtschaftsprüfer CONFIDA damit konfrontiert, dass es Bilanzierungsprobleme mit diesen Swaps gebe. Das war für uns ein neues Erkenntnis – also für mich ein neues Erkenntnis, um das jetzt genau zu sagen –, und es erging der Auftrag, bei der Bilanzerstellung 2005 diesen Dingen auch Rechnung zu tragen. Der Wirtschaftsprüfer ist dann eine Woche später, am Montag, dem 27.3., zu uns gekommen und hat uns einen neuen Bilanzierungsvorschlag unterbreitet, der seiner Meinung nach geeignet gewesen wäre, die Swap-Verluste in einer geeigneten Form für die Swaps, die er als entsprechend inkriminiert angesehen hat, auch zu bilanzieren. (*Abg. Krainer: Wer ist „uns“? Sie haben gesagt, er kam „zu uns“! Wer ist „uns“?*) – Er kam mit dem Vorstand Dr. Kulterer, und „zu uns“ heißt zum Präsidium – das war von Beginn an die Frage –, also zu Dr. Moser und zu mir.

Das heißt, am 20.3. gab es diese erste Information mit dem Auftrag, die Bilanz 2005 eben entsprechend aufgrund dieser Erkenntnisse neu zu erstellen; eine Woche später Rückkehr mit einem Vorschlag, wie die Bilanz aussehen könnte, mit einem Einverständnis, dass der Vorstand der Meinung war, das sei eine geeignete Bilanzierung, wir der Meinung waren, dass dies eine geeignete Bilanzierung sei, und dann mit dem Auftrag, dies mit dem zweiten Wirtschaftsprüfer Deloitte zu besprechen und eben diesen Vorschlag zu erstellen, also darauf ein Testat zu erstellen. Die Bilanz wird vom Vorstand erstellt, und der Wirtschaftsprüfer hat zu prüfen. Aber der Wirtschaftsprüfer war der Meinung, dass diese von der Bank erstellte Bilanz aus seiner Sicht das Testat erhalten kann.

Dann haben wir, sprich ich, nichts mehr gehört bis zum 30.3.; das war der Donnerstag. Ich war am Donnerstag Vormittag in Kroatien, und bei meiner Rückkehr lag ein Fax auf meinem Tisch, in dem Deloitte mitteilte, dass sie das Testat für das Geschäftsjahr 2004 zurückzieht und das bereits erstellte Testat für 2005 – allerdings auf den noch nicht eingearbeiteten Swaps – zurückzieht. Ich habe versucht, mit dem Wirtschaftsprüfer Kontakt aufzunehmen. Das ist mir aber nicht gelungen, weil – wie ich heute weiß oder mir auch danach berichtet wurde – nach den Regeln der Wirtschaftsprüfer sein Handy abzugeben hatte und mit uns keinen Kontakt mehr pflegen durfte. Auch weitere Informationen von Deloitte habe ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erhalten.

Ich bin dann um 17.45 Uhr vom FMA-Vorstand Dr. Traumüller angerufen worden – wir hatten selbst Aufsichtsratssitzung in unserem Hause –, und er hat mich darüber informiert, dass das vorliegt, mich gefragt, welchen Wissensstand ich dazu habe, und mir gesagt, dass ich am nächsten Tag so früh wie möglich nach Wien kommen möge und dass ich Sorge dafür tragen sollte, dass dies seitens der Bank, also des Vorstandes, Kulterer im Besonderen, und der befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erfolgen sollte.

Ich habe Herrn Dr. Traumüller zugesagt, dass ich am nächsten Tag erscheinen werde, so früh wie möglich. Das war dann, glaube ich, um halb acht Uhr in der Früh, und eine Stunde später hat mich meine Frau angerufen, dass bei mir zu Hause ein Anruf seitens der „Kronen Zeitung“ erfolgte, ich möge dringend zurückrufen. Sollte ich nicht zurückrufen, würde eine Berichterstattung zu den Swap-Verlusten auch ohne meine Stellungnahme erfolgen. Ich habe daraufhin auch den Mitarbeiter der „Kronen Zeitung“ angerufen und habe ihm den Wissensstand, den ich damals hatte, bestätigt; die Ziffern waren uns ja bekannt.

Wir sind dann am nächsten Tag, am 31., bei der FMA angetreten und haben mit der FMA ab diesem Zeitpunkt die entsprechenden Gespräche geführt.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Eine Frage noch: Ist es üblich, dass man das Handy abgeben muss und nicht mehr sprechen darf?

**Dr. Othmar Ederer:** Das weiß ich nicht, ich bin kein Wirtschaftsprüfer. Ich kenne die Regeln von Wirtschaftsprüfungsorganisationen nicht.

Ich habe das am nächsten Tag deshalb gefragt, weil ich sehr verwundert war, dass ein Wirtschaftsprüfer, mit dem wir zusammenarbeiten, und auch ein Prüfer, den ich seit Jahrzehnten kenne, nicht auf meinen Gesprächswunsch reagiert. Man hat mir erklärt, dies würde den Governance-Regeln in solchen Situationen entsprechen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ohne dass ich mir eine Antwort erwarte, noch eine Zusatzfrage: Hat Ihnen der Mitarbeiter des Mediums gesagt, woher er die Information hat?

**Dr. Othmar Ederer:** Sie kennen die Medienvertreter gut genug: Auf solche Fragen bekommt man keine Antworten.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ja, ich will nur keine Frage nicht gestellt haben. Es hätte ja sein können.

**Dr. Othmar Ederer:** Ein derartiger Zugang zu Medien ist mir noch nie geglückt, dass ich solche Informationen erhalten würde.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Sie werden in der Sachverhaltsdarstellung der Hypo an die FMA, die meines Wissens auch an die Staatsanwaltschaft erging, als – nennen wir es so – „Zeuge“ für den Tatbestand geführt, dass die FMA-Vorstände, ich glaube, beide, oder auch nur einer, so etwas wie eine Vorverurteilung betreffend Entscheidung, was mit dem Hypo-Vorstand zu geschehen hat, ... Es wurde auch ein anderer Zeuge genannt, der aber mittlerweile – wie heißt das? – seine Zeugenschaft nicht belegt. – Wie schaut es da mit Ihrer Wahrnehmung aus, Sie betreffend?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich darf vielleicht auch an dieser Stelle etwas weiter ausholen: Da die Grazer Wechselseitige ja selbst ein beaufsichtigtes Unternehmen ist, habe ich natürlich in meiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft laufend Kontakt mit der FMA. Es war auch so vereinbart, dass ich als erster am 31.3. zu einer Vorbesprechung zur FMA gekommen bin, dort auch in etwa das, was ich Ihnen aufgrund Ihrer ersten Fragestellung erläutert habe, dargelegt habe, nämlich wann ich informiert worden bin, welche Handlungen wir gesetzt haben, et cetera, et cetera.

Es war vereinbart, dass die Kommunikation zwischen der FMA und der Bank über mich erfolgt, und es hat dann eine Reihe von Gesprächen mit der FMA gegeben. Es hat am 10.4. nach der Aufsichtsratssitzung ein Telefongespräch gegeben, bei dem ich vereinbarungsgemäß in diesem Fall Herrn Dr. Pribil, weil Herr Dr. Traumüller auf Urlaub war, über die Ergebnisse der Aufsichtsratssitzung am 10.4.2006 informiert habe, nämlich dass wir Auftrag gegeben haben, die Bilanzen 2004 und 2005 neu zu erstellen, auch Auftrag gegeben haben, einen Risikovorstand zu suchen, so schnell wie möglich auch Auftrag gegeben haben, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um alles daran zu setzen, diese Situation, in der wir uns befunden haben, aufzuarbeiten.

Es ist dann vereinbart worden, dass am 21.4.2006 ein weiteres Gespräch zwischen dem Vorstand der FMA und mir stattfinden sollte, bei dem das weitere Procedere festgelegt werden sollte, und dass dann die Herren Moser, Kulterer und, soweit erforderlich, noch andere dazukommen. Das Gespräch am 21.4. hat auch stattgefunden, und ich habe dort noch einmal die wesentlichen Ergebnisse der Besprechungen für die Bilanzierung 2004 und 2005 abgegeben. Ich habe auch über die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, berichtet. Und dann hat mir der Vorstand der FMA mitgeteilt, dass er aufgrund der Vor-Ort-Prüfung, aufgrund der doch laufenden Information doch Bedenken sehe im Bereich des Risikomanagements in der Hypo Alpe-Adria-Bank, dass Verletzungen des „True and Fair Value“-Prinzips vorliegen, dass sich die Eigenmittelberechnung klarerweise nicht mehr so darstellt, dass sich daraus eine Unterdeckung ergibt, dass darauf Strafzinsen zu zahlen sind und dass weitere Verletzungen von Ordnungsnormen wie Fristen und Monatsberichte erkennbar waren.

Dann hat man mir sehr klar mitgeteilt, dass aufgrund dieser Vorkommnisse doch massivste Verletzungen seitens des Vorstandes gemäß § 39 BWG erhoben worden sind und dass eine Amtsenthebung unvermeidlich sei. Der Vorstand könne dem nur dann entkommen, wenn er von sich aus die Konsequenzen ziehe.

Auf meine Einwendungen hin, dass wir natürlich jeden Schadensfall als sehr bedauerlich und auch in der Höhe als sehr dramatisch ansehen, aber trotzdem der Meinung sind, dass der Vorstand, insbesondere Herr Dr. Kulterer, eine exzellente Aufbauleistung erbracht hat und dass dieser eine Fehler diese Maßnahme nicht

rechtfertige, hat man mir klar gesagt, dass man das ganz klar anders sieht. Diese unterschiedliche Sichtweise haben wir auch über die Wochen und Monate aufrechterhalten. Am Ende ist es dann eben zu der Ihnen bekannten Lösung gekommen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Wir wissen das auch aus der Chronologie der Abläufe und von Befragungen her, aber mir ist es wichtig, das noch einmal im Protokoll festzuhalten: Das Gespräch hat am 21.4. stattgefunden?

**Dr. Othmar Ederer:** Am 21.4., ja.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Also stimmt es, dass da auf keinen Fall weder ein Rohbericht noch ein Schlussbericht der OeNB fertiggestellt war?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, meines Wissens nicht.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das entspricht auch der Darstellung der FMA, wann sie was bekommen hat.

Das heißt, am 21.4. hat ein Vorstand der FMA festgelegt, was mit dem zu geschehen hat?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, ich möchte hier klar sagen, dass beide Herrschaften, beide Herren das klar gesagt haben. (*Abg. Mag. Trunk: Beide?*) – Das war die Meinung des Vorstandes. Das war keine Einzelmeinung, sondern es war eine übereinstimmende Meinung des Vorstandes.

**Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP):** Herr Dr. Ederer, können Sie uns vielleicht sagen, in welchem Auftrag diese Swap-Geschäfte durchgeführt wurden? – Es kann ja nicht Herr Rauscher allein tätig geworden sein, da muss entweder Wissen seitens des Vorstandes bestanden haben, oder es muss einen klaren Auftrag gegeben haben.

**Dr. Othmar Ederer:** Organisationen und Unternehmungen sind so, dass der Vorstand klarerweise Auftrag hat, das Unternehmen zu führen. Innerhalb der Organisation wird in Geschäftsordnungsregelungen festgelegt, welcher Vorstand für welche Bereiche verantwortlich und zuständig ist – und verantwortlich für den Bereich Treasury zu diesem Zeitpunkt war Herr Dr. Kulterer.

Wie ein Vorstand seine Aufträge mit seinen Abteilungsleitern ausführt, ist grundsätzlich nicht Gegenstand der Prüfung durch den Aufsichtsrat, es sei denn, es gibt Sonderprüfungen oder besondere Anlässe, wo man dies genauer hinterfragt. – Das hat es nicht gegeben, und daher kann ich Ihnen nicht sagen, ob es jetzt spezielle Formen der Aufträge, das Geschäft so oder anders zu betreiben, gibt. Aber die Verantwortungszuständigkeit lag klar bei Herrn Dr. Kulterer.

**Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP):** Dann kann man davon ausgehen, dass auch Kulterer informiert war über diese Geschäfte, über den Verlauf, über die möglichen Probleme, die entstanden sind?

**Dr. Othmar Ederer:** Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Ich möchte Ihnen bewusst an meinem Beispiel sagen: Ich bin verantwortlich für die Schadenabteilung im Sachversicherungsbereich, aber was jetzt in einem bestimmten Schadensfall der Abteilungsleiter in Eigenverantwortung macht oder nicht, das weiß ich nicht – und mein Aufsichtsrat weiß das schon gar nicht. Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

**Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP):** Das war mir auch klar.

Kommen wir gleich zum Versicherungsbereich! Die Grazer Wechselseitige hat 15 Prozent ihrer Anteile an die Gruppe Berlin der Hypo Alpe-Adria und diese Gruppe dann weiter an die Bayerische Landesbank verkauft. – Wäre es nicht besser oder

vernünftiger gewesen, gleich an die Bayerische Landesbank zu verkaufen, oder ist Ihnen da ein Gewinn entgangen?

**Dr. Othmar Ederer:** Auch wenn das nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist (*Abg. Rädler: Das weiß ich!*), bin ich gerne bereit, das, was ich auch schon in der Öffentlichkeit klar gesagt habe, zu wiederholen: Für uns war diese Lösung, die wir im vergangenen Jahr 2006 gefunden haben, eine sehr gute Lösung. Für uns war es wesentlich, eine Kapitalerhöhung aus dem Kapitalmarkt durchzuführen, um klar zu signalisieren, dass Vertrauen in diese Bank gegeben ist. – Das ist uns geblüht.

Das Angebot von Berlin & Co war das deutlich bessere. Es gab auch andere Angebote, aber wir haben dieses Angebot ausgewählt. Dass es dann innerhalb so kurzer Zeit zu einem Weiterverkauf gekommen ist? – Ja, da könnte man sagen, wenn man das alles durchgehalten hätte, dann könnten, hätten, täten wir ... – Zu dem Zeitpunkt, als wir entschieden haben, war das die absolut richtige Entscheidung, und dass die Investorengruppe beim Weiterverkauf auch einen Gewinn gemacht hat, damit können wir sehr gut leben.

**Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP):** Sie haben gesagt, Sie haben die Investorengruppe Berlin geprüft. Können Sie uns auch die Namen jener Familien sagen, die hinter dieser Gruppe stehen?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich bitte um Verständnis, aber Sie haben gehört, dass ich, was das Bankgeheimnis betrifft, gebunden bin – und das gilt auch in diesem Falle.

**Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP):** Ich habe Verständnis. (*Dr. Ederer: Danke!*)

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Herr Dr. Ederer, aus dem Rechtshilfeersuchen der Republik Kroatien vom 15. März 2007 geht hervor, dass der Waffenhändler Zagorec diverse Immobiliengeschäfte in Zagreb, Pula, Rovinj, Dubrovnik und so weiter in der Höhe von rund 260 Millionen € tätigte; finanziert durch die Hypo Alpe-Adria. – Wurden diese Finanzierungen im Aufsichtsrat der Bank behandelt und genehmigt?

**Dr. Othmar Ederer:** In den Gremien, in denen das entsprechend der Geschäftsordnung zu behandeln war, mit Sicherheit. Da das aber keine aufsichtsratspflichtige Größenordnung hat, bin ich persönlich damit nicht befasst worden.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Zur Person des Herrn Zagorec: Ist Ihnen nicht in den Sinn gekommen, dass ein ehemaliger Waffenhändler vielleicht auch vom Ruf her nicht geeignet wäre, Geschäfte mit einer Bank wie der Hypo Alpe-Adria zu tätigen?

**Dr. Othmar Ederer:** Dazu kann ich keine Aussage machen. Ich möchte ein ganz einfaches Beispiel sagen: Ich war Beschäftigter der Steyr Daimler Puch AG, und wir haben zu diesem Zeitpunkt Waffen erzeugt. Dann hätte man also auch mit mir keine Geschäfte machen dürfen! – Also, ich bitte um Verständnis.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Gut. – Als Kontaktperson für die Finanzierungen, die ich vorhin erwähnt habe, wird kein Geringerer als Ihr ehemaliges Vorstandsmitglied Striedinger samt seinem Verwandten, Herrn Dr. Gabriel Hermann, Steuerberater in Kärnten, genannt.

Ich komme wieder auf Zagorec zu sprechen: Zagorec wird in Kroatien wegen Diebstahls und illegalen Waffenhandels gesucht. Das war sicher auch den Gremien der Hypo bekannt. – Finden Sie es korrekt, dass – auch nach wie vor, offenbar, heute noch! – geschäftliche Verbindungen zu Zagorec bestehen, und ist nicht die Optik eine

denkbar schlechte? Ich denke mir auch, dass für einen Mann wie Sie, der in der Wirtschaft ganz vorne steht, diese Verbindungen keine gute Optik sein können!

**Dr. Othmar Ederer:** Ich bitte um Verständnis, dass ich zu Geschäftsverbindungen, die eine Bank hat, keine Aussage machen kann.

**Abgeordneter Dipl. Ing. Karlheinz Klement, MAS (FPÖ):** Auch nicht zur Optik, die in der Bevölkerung entstehen könnte?

**Dr. Othmar Ederer:** Auch zu optischen Dingen kann ich nichts sagen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe zwei ergänzende Fragen: Sie haben die aufsichtsratspflichtigen Geschäfte erwähnt. Ab welchem Volumen ist ein Geschäft aufsichtsratspflichtig?

**Dr. Othmar Ederer:** Der Gesamtaufsichtsrat wurde in diesem Zeitraum befasst ab 70 Millionen €. Der Kreditausschuss, der Teil des Aufsichtsrates war, wurde befasst ab 12,5 Millionen €. – Aber ich war nicht Mitglied des Kreditausschusses.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wenn das aber wirtschaftlich eine Einheit darstellt, wird das zusammengerechnet? Das nehme ich doch an, nicht wahr?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja. Wenn es gemäß den Regeln des BWG eine gesamte wirtschaftliche Einheit ist, dann gelten entsprechende Kumul-Regelungen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie haben vorhin nämlich auf die Frage – und das betraf ein Geschäft über 260 Millionen – gesagt, das war offensichtlich nicht aufsichtsratspflichtig. – Ein 260-Millionen-Kreditgeschäft ist ein aufsichtsratspflichtiges Geschäft?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja. Selbstverständlich, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann ein, zwei Dinge noch zu den Problemen, die wir hier im Ausschuss haben: Sie sind ja auf der einen Seite Aufsichtsratsvizepräsident. Sind Sie auch Eigentümervertreter? (*Dr. Ederer: Ja!*) – Uns trudeln die Nichtentbindungen von der Verschwiegenheitspflicht ein – ein Beispiel wird Ihnen gerade vorgelegt –, wie zum Beispiel für Herrn Christian Rauscher. Was sagen Sie dazu, dass die Bank sich dem Ausschuss gegenüber so verhält?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist die Entscheidung des Unternehmens, der Unternehmensleitung, und diese habe ich einmal so zu akzeptieren.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das war bei der BAWAG ähnlich. Wir haben das auch mit dem dortigen Vorstandsvorsitzenden, Nowotny, diskutiert. Schlussendlich hat er dann die Entbindung von den Verschwiegenheitsverpflichtungen vorgenommen.

Glauben Sie, dass dies dem Ausschuss gegenüber in den nächsten Tagen auch möglich sein kann?

**Dr. Othmar Ederer:** Es steht mir nicht zu, die Entscheidungen der BAWAG und des Generaldirektors der BAWAG zu kommentieren. Sie haben mich gefragt, wie ich dazu stehe, und ich habe Ihnen gesagt, dass das die Entscheidung des Vorstands der Bank war.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich glaube schon, dass es Ihnen auch zusteht, das zu kommentieren. Wir haben das ja gehabt bei den Wirtschaftsprüfern, die nicht entbunden sind. Meines Wissens werden Wirtschaftsprüfer von Eigentümerseite, Aufsichtsratsseite bestellt und auch entsprechend enthoben. Das ist also nicht unbedingt ein Instrument des Vorstandes, sondern auch der Eigentümer und Eigentümervertreter. – Wie sehen Sie das im Zusammenhang mit den Wirtschaftsprüfern, die nicht entbunden werden?

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Ich glaube, ich versuche, Ihnen hier als Vertreter der Grazer Wechselseitigen und als Eigentümerversorger der Grazer Wechselseitigen Rede und Antwort zu stehen. Ich bitte um Verständnis, dass wir als Mitaktionär grundsätzlich hier die klare Aufgabentrennung haben: Entscheidend für die Führung der Geschäfte, auch für die Art, was Mitarbeiter tun dürfen und nicht tun dürfen, ist der Vorstand.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe Sie jetzt nicht in Bezug auf Mitarbeiter, sondern in Bezug auf Wirtschaftsprüfer befragt. Ich habe da sehr wohl ein bisschen unterschieden, weil das meines Erachtens eine ganz anders gelagerte Situation ist. Sehen Sie das nicht so?

**Dr. Othmar Ederer:** Wir stimmen überein, dass Sie meine Argumentation betreffend die Mitarbeiter akzeptieren?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich akzeptiere Ihre Argumentation; das heißt aber nicht, dass ich dieser zustimme. (*Dr. Ederer: Okay, gut!!*) – Aber hinsichtlich der Wirtschaftsprüfer möchte ich Ihre Meinung hören.

**Dr. Othmar Ederer:** Es gab hier auch die Entscheidung des Vorstandes, den Wirtschaftsprüfer nicht zu entbinden, und wir wurden als Aktionäre mit dieser Causa noch nicht befasst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das heißt, in der ganzen Angelegenheit: Verschwiegenheitsverpflichtungen aufheben, ja oder nein?, ist da der Aufsichtsrat befasst worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Der Aufsichtsrat ist befasst worden betreffend die Entbindung der Wirtschaftsprüfer – es ist eine telefonische Abstimmung erfolgt; es ist keine Aufsichtsratssitzung gewesen, die aufgrund des Zeitablaufes auch nicht möglich gewesen wäre.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das heißt aber, man kann sagen, dass Sie die Nichtentbindung hinsichtlich der Wirtschaftsprüfer letztlich gutheißen?

**Dr. Othmar Ederer:** Diese Entscheidung wurde so getroffen. Eine Befassung der Aktionäre ist bisher nicht erfolgt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Na ja, Sie haben gesagt, diesbezüglich hat es ja telefonisch eine Verständigung gegeben.

**Dr. Othmar Ederer:** Nicht der Aktionäre!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ja, jetzt stehen wir vor dem Problem: In welcher Eigenschaft wurden Sie angerufen?, welche Kappe hatten Sie gerade auf?

**Dr. Othmar Ederer:** Als Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter. Die Kappe ist sehr klar.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In der Eigenschaft des Aktionärsvertreters wurden Sie ...?

**Dr. Othmar Ederer:** Es wurde *keine* Abstimmung innerhalb der Eigentümer über dieses Thema vorgenommen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wären Sie bereit, dies zu initiieren?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist nicht unsere Entscheidung. Wir werden uns dann damit befassen, wenn wir dazu eine Veranlassung sehen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sehen Sie eine Veranlassung?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich glaube, ich habe in meiner Aussage sehr klar gesagt, dass ich derzeit keine Veranlassung sehe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Dr. Ederer! Guten Tag!, vorerst einmal (*Dr. Ederer: Grüß Gott!*) – da wir einander ja sonst kennen; das müssen wir ja nicht verschweigen.

Jetzt ist es alles sehr seltsam, nicht wahr? Die BAWAG-Geschichte kennen wir. Sie brauchen die BAWAG nicht zu interpretieren, da haben Sie völlig recht, aber ich möchte schon einleitend hinzufügen, dass der Ausschuss vor größere Probleme gestellt wird mit dem Verhalten der Hypo, sei es jetzt ... – sagen wir eben einmal, der **Vorstand** hat gehandelt –:

Es kommt zu einer eklatanten Ungleichbehandlung seitens der Untersuchungsstelle hier im Parlament, wenn wir das jetzt so ohne weiteres akzeptieren würden – da ist einmal unser Motiv auch zu suchen und zu sehen. Und dann ist natürlich schon die Frage, ob und inwieweit der Eigentümer nicht auch einwirkt, und zwar nicht nur in der Frage der Wirtschaftsprüfer, sondern durchaus auch in solchen Fragen wie der Entbindung von Angestellten, weil man ja hier nicht von einem täglichen operativen Geschäft ausgehen kann, sondern da geht es ja – wie man sieht und wie die öffentliche Debatte es widerspiegelt – durchaus um ein paar grundsätzlichere Dinge.

Deshalb kann das Verhalten der Eigentümer der Hypo Alpe-Adria ein Beitrag dazu sein, dass dieser Ausschuss noch länger tagen wird – müssen! –, weil wir uns auch unsere Schritte überlegen werden müssen, weil Sie einsehen werden – das hoffe ich auch; da sage ich nicht: „müssen“ –, dass das Parlament ja nicht einfach bei der Registratur dieser Wünsche bleiben kann.

So, jetzt zu den konkreten Möglichkeiten: Werden Sie als Eigentümer, als Eigentümerversorger eines großen Eigentümers darauf einwirken, dass sich die Haltung hier ändert – und zwar gleich einmal gefragt für beide Bereiche: Wirtschaftsprüfer und Entbindung von Angestellten?

**Dr. Othmar Ederer:** Zum Grundsätzlichen vielleicht auch da: Soweit meine Kenntnisse des Aktienrechts ausreichend genug sind – aber ich befinde mich hier ja im Parlament –, entscheidet der Vorstand autonom über seine Handlungen; und ein Aufsichtsrat hat die Möglichkeit, den Vorstand zu entheben oder nicht zu entheben; und der Aktionär hat die Möglichkeit, den Aufsichtsrat abzuwählen oder nicht. – So weit sind einmal alle jeweils in ihrem Bereich verantwortlich für diese ihre Handlungen. Das gilt auch für die Hypo Alpe-Adria Bank in diesem Fall so.

Auf Ihre letzte Frage: Dies wird, wenn Sie das hier so klar sagen, wahrscheinlich in den nächsten Tagen behandelt werden, und dann wird es Entscheidungen geben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut. Aber meine Frage war ja natürlich ohnehin auf ein zukünftiges Verhalten Ihrerseits gerichtet, und nicht auf Wahrnehmungen in der Vergangenheit. Das – das muss man schon sagen – ist hier nicht die typische Untersuchungsausschussarbeit.

Aber meine Frage war ja nicht, ob wir das jetzt genau entlang der Bestimmungen des Aktiengesetzes auseinanderdröseln müssen, sondern ob Sie – Ihr Interesse vorausgesetzt, natürlich – überhaupt bereit sind, als Eigentümer darauf hinzuwirken, dass in der Frage der Entbindung die zuständigen Abteilungen dort das erstens überdenken und zweitens im Ergebnis sich wenigstens teilweise anders verhalten.

**Dr. Othmar Ederer:** Ich glaube, aus meiner Anwesenheit und aus meinem bisherigen Versuch, Ihnen sehr klar auf die diversen Fragen Antworten zu geben, werden Sie einmal die grundsätzliche Meinung unseres Hauses erkennen, dass wir sehr wohl Ihnen gegenüber im Rahmen unserer Möglichkeiten offen Rede und Antwort stehen werden – das ist die Grundhaltung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja. Es ist nur so, dass der Untersuchungsausschuss nicht von Grundhaltungen lebt. Damit kommt er nämlich nicht weit.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Vielleicht noch als Ergänzung in diesem Sinne: Für uns ist es schon erheblich, ob vonseiten der öffentlichen Hand – in dem Fall: Land via Landesholding – diesbezüglich gebremst wird oder ob die **anderen** Aktionäre dies nicht wollen. Das eine wäre eine politische Verantwortung, die wir dort suchen müssen, wo sie eben abzuhandeln ist; das andere ist – da geben wir Ihnen vollkommen recht – eine Frage des Aktienrechtes.

Aber auf der einen Seite wird, vertreten durch die Landespolitik, auch nachlesbar über die Medien, gesagt: Alles, was der Aufklärung dient, soll gemacht werden, und es gehört auch viel mehr untersucht, und das ist überhaupt kein Problem! – ich zitiere jetzt namentlich den Landeshauptmann im Oktober, November, Dezember des Vorjahres, und heuer im Jänner, wie wir das ja auch der APA und anderen Interviews entnehmen können –, und ich möchte eigentlich nicht, dass dann am Ende vielleicht in der politischen Auseinandersetzung unter Umständen übrig bleibt: Wir hätten ja ohnehin gewollt, aber wir haben keine Mehrheit auf der Eigentümerseite – und die anderen wollten es nicht!

Daher kommt es für uns doch auch sehr darauf an, diese Frage klar und schlüssig beantwortet zu bekommen: ob einer der wesentlichen Eigentümervorteiler bereit ist, einzuwirken – im Rahmen der Möglichkeiten –, hier eine Änderung hinsichtlich der Verschwiegenheitserklärungen herbeizuführen, ja oder nein, weil wir natürlich ein Untersuchungsausschuss sind, der die politischen Verantwortungen zu untersuchen hat – und es tut uns halt leid, dass eben ein großer Aktionär letztlich auch im politischen Getriebe ist –, und daher muss man suchen: Ist also die Politik in Kärnten schuld daran, dass vielleicht nicht untersucht werden kann, oder sind es die anderen Aktionäre? – Und das ist vielleicht der Hintergrund, vor den wir uns stellen müssen, denn danach richten sich die politischen Bewertungen sicher.

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Vorsitzender, das kann ich Ihnen in dieser Form so nicht beantworten. Die Entscheidung bisher war so, dass es nachweislich, glaube ich, Personen gibt, die in einem Strafverfahren verfangen sind. Und ich glaube, es gehört zu den Grundrechten eines österreichischen Bürgers, ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darum geht es nicht! Die haben Ihre Entschlagsrechte, und diese sind unangetastet. Es geht um die Berufung auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse.

**Dr. Othmar Ederer:** Wenn die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zum Schaden der Gesellschaft sind – und jetzt sage ich das auch ganz klar aus Sicht der Grazer Wechselseitigen –, zum Nachteil für unseren Vermögensgegenstand, dann bin ich als Vorstand verpflichtet, für mein Asset zu sorgen. Also im Rahmen dieser Aufgabenstellung, muss ich klar sagen, werden wir selbstverständlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht entbinden können, wenn es zum Schaden der Gesellschaft ist. Wenn es nicht zum Schaden der Gesellschaft ist und zur Aufklärung dient, sehe ich durchaus sehr positive Ansätze. Aber ich würde es zum Beispiel Versicherungsnehmern von uns nicht zumuten, dass wir unseren Vermögensgegenstand schädigen. Dann könnte jemand auftreten und fragen, warum ich das mache. – Herrn Kogler als Betriebswirt ist das, glaube ich, nachvollziehbar.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Erstens bin ich glücklicherweise ein Volkswirt, und daher ist mein Verständnis für diese Argumentation nicht so ausgeprägt und ausgeprägt – wie Sie vielleicht schon bemerkt haben. Auf die sonstigen Dispute zwischen Volks- und Betriebswirten verweisen wir hier nicht mehr.

Jetzt ist es wahrscheinlich einmal vernünftig, ein paar konkrete Fragen zu stellen. Wir werden uns das sicher noch überlegen müssen. – Es würde auch sehr hilfreich sein, wenn die Fraktionsführer der anderen Fraktionen hier anwesend wären, um sich dieses Schauspiel zu gönnen, damit man dann nämlich auch einmal beraten kann, wie man mit so etwas umgeht. Aber das ist ja eine Sache des Ausschusses und keine Frage an die Auskunftsperson.

Diese würde ich jetzt einmal nur in ein paar grobe Bereiche gliedern wollen und nach den Engagements – nicht nach Einzelgeschäften, sondern nach der Konstruktion von Engagements –, speziell in Kroatien zum Beispiel, fragen:

Ist Ihnen als Aufsichtsrat eine Systematik bekannt geworden, die ungefähr so ausschauen könnte, dass Kredite vergeben werden, die aber – weil ich eben Volkswirt bin, habe ich den Begriffsjargon nicht so genau drauf – eigentlich nicht entsprechend gesichert, jedenfalls auch nicht bedient werden können, in der Folge dann ausgeweitet werden mit entsprechenden Anträgen, auch im Aufsichtsrat – wir haben da diesbezügliche Informationen –, und man sich eigentlich die notwendigen Wertberichtigungen auf diese Art und Weise einmal eine Zeit lang ersparen könnte?

Mit anderen Worten: Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, dass es vorgekommen ist, dass Anträge im Aufsichtsrat gestellt wurden, wo Sie vielleicht jetzt im Nachhinein das Gefühl hätten, eigentlich wäre eine Wertberichtigung das Adäquatere gewesen – sagen wir es einmal so –?

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Zur Geschäftsordnung, Herr Vorsitzender! – Ich wollte Sie, Herr Kollege Kogler, nicht unterbrechen, aber als Punkt eins will ich für die „normalen“ Mitglieder – und nicht Fraktionsführer – hier im Untersuchungsausschuss feststellen, dass ich Ihnen die – wie heißt das? – diskriminierende Doppelwertigkeit von Fraktionsführern und Mitgliedern, die auch intensiv arbeiten, nicht zugestehe.

Punkt zwei: Es gibt für unseren Ausschussvorsitzenden mehr als genug Gründe, weil parallel der Wirtschaftsausschuss und andere Ausschüsse tätig sind; daneben gibt es Besprechungen über Anträge zu machen.

Also, Herr Kollege Kogler, ich will den Begriff „lehrmeisterhaft“ nicht verwenden, weil die Lehrer und auch die Meister nichts dafür können, aber ich glaube, das können wir uns schenken, oder?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut, das wurde jetzt zu Protokoll gegeben. Aber es sind auch die Fraktionsführer „normale“ Mitglieder dieses Ausschusses, möchte ich betonen, und nicht nur die Nicht-Fraktionsführer. (Abg. Mag. **Kogler:** Aber vor allem sind die Fraktionsführer die, die an den Fraktionsführerbesprechungen teilnehmen, und die Ineffizienz dieser Veranstaltung der Fraktionsführerbesprechung ist **auch** manchmal zu beklagen, und das könnte damit zu tun haben, dass das Schauspiel nicht wirklich verfolgt wird!)

**Dr. Othmar Ederer:** Auf Ihre Frage, Herr Mag. Kogler: Systematische Vorgänge, wie Sie sie geschildert haben, habe ich nicht bemerkt. Einzelfälle gibt es natürlich in einem Geschäftsfeld wie einer Bank, und vor allem in einer so großen Bank. Im Nachhinein erkennt man häufig, dass man hätte in bestimmten Dingen anders reagieren können.

Ich darf da bewusst das Beispiel für einen Schaden hernehmen, da kenne ich mich noch besser aus: Im Nachhinein, wenn ich einen Schadensakt sehe, weiß ich immer, was man hätte tun müssen, um den Schaden zu verhindern oder kleiner zu machen oder sonst etwas.

Ex post ist das alles relativ einfach, ex ante sind aber die Entscheidungen zu treffen. Und die wesentliche Kunst ist letztlich dann, aus Dingen, die hin und wieder danebengehen, auch zu lernen, um in Zukunft Derartiges nicht zu wiederholen.

Selbstverständlich gibt es in jeder Bank, in jedem Unternehmen solche Fälle, und das gibt es natürlich auch in der Hypo Alpe-Adria-Bank. Ich kenne kein Unternehmen, wo nicht solche Dinge genauso passieren.

Aber auf Ihre Frage, ob ich Wahrnehmungen gemacht habe, dass das systematisch sei, kann ich klar sagen: nein.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In dem Punkt muss man schon auch die Besonderheit von Banken im Auge behalten, die ja eine gewisse organisatorische Vorgabe im Bankwesengesetz festgeschrieben haben und die auch kontrolliert wird und die auch immer wieder festgestellt wurde in den Berichten 2002, 2004, dass zum Beispiel die organisatorische Trennung, wie sie das Bankwesengesetz fordert, nicht vorgenommen wurde. Und das ist auch 2006 der Fall, und genau dort ist es ja passiert: mangelnde Trennung von Controlling und Treasury zum Beispiel, so wie es eigentlich gehören würde. Und damit fehlt das systematisierte Vieraugenprinzip, weil das ist ja der Grund dahinter, dass zwei Vorstände unabhängig davon sich diese Dinge anschauen sollen, und das war systematisch nicht getrennt in der Hypo Alpe-Adria-Bank, und das müsste eigentlich auffallen.

**Dr. Othmar Ederer:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich erlaube mir, nicht zu widersprechen, aber in unserer Wahrnehmung ist das so, dass wir selbstverständlich einer Trennung von Markt und Marktfolge entsprechen müssen, dass man im Sinne einer Veränderung einer Organisation auch diese Trennung durchzieht, dass aber durchaus möglicherweise die eine oder andere Trennung nicht scharf genug ist und daher auch einer gewissen Kritik unterliegt.

Aber die Frage von Herrn Abgeordneten Kogler habe ich so verstanden, ob ich hier systematische Mängel festgestellt habe, und da muss ich sagen, habe ich nicht, denn hätte ich sie festgestellt, hätte ich, so meine ich, geeignete Maßnahmen ergreifen müssen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zu den Fragen der verschiedenen Bestimmungen des Bankwesengesetzes wird dann ohnehin noch Kollege Rossmann fortsetzen können, weil da geht es natürlich um bestimmte Vorkehrungen, weil das eben sensible Sachen sind und entsprechende Formvorschriften sozusagen bestimmte Entscheidungssicherheiten garantieren sollen, aber da brauchen wir uns ja nicht gegenseitig zu belehren.

Abschließend eine andere Frage: Wie oft ist es vorgekommen, dass bei Kunden, bei Kreditkunden die Bank dann, wie da salopp formuliert ist, ins Eigentum gewechselt ist? Namentlich in Fällen, wo der Kredit für bestimmte Geschäfte aufgenommen wurde, die mit dem Erwerb von Realgütern, von mir aus Liegenschaften zu tun haben. Wie oft haben Sie das registriert, dass die Bank dann nach einer bestimmten Zeit selber Eigentum erwirbt an jenem Gegenstand, für den ursprünglich von einem anderen Kunden Kredit genommen wurde?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist durchaus ein nicht unüblicher Vorgang im Bankgeschäft, dass man Sicherheiten, die man für die Vergabe von Krediten hat, auch dann zieht, bis dahin, dass man, um die Sicherheiten oder den Kredit entsprechend gut zu verwerten, dann auch ins Eigentum geht. Ich habe hier aber keine signifikant dramatisch andere Vorgangsweise gesehen, als mir aus diesem Geschäft grundsätzlich bekannt ist. Also es ist nicht so, dass ich eine Wahrnehmung gemacht hätte, dass es strategisch angelegt ist, Kredite zu vergeben und am Ende Eigentümer zu sein.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das wäre auch keine gescheite Strategie unter Umständen, wenn man an die zugrunde liegenden Geschäfte denkt, die ich jetzt vor Augen habe. Die frage ich Sie aber nicht konkret, jedenfalls nicht in der Runde.

Wie oft ist das vorgekommen in Ihrer Zeit als Aufsichtsratsmitglied? Das war die Frage.

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Mag. Kogler, einige Male, aber ich kann Ihnen keine Ziffer nennen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nicht 20, nicht 50 Mal?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, sicherlich nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Weniger, einige Male? (*Dr. Ederer: Sicher!*) Zirka: fünf Mal, zehn Mal?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, aber aus meiner Sicht die von Ihnen zuerst genannten Zahlen sicherlich nicht, in meiner Wahrnehmung. (*Abg. Mag. Kogler: Unter 20?*) – Unter 20, wenn ich es mathematisch sehe, sicherlich, aus meiner Wahrnehmung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie können es ja präzisieren. Ich halte einmal fest, unter 20.

**Dr. Othmar Ederer:** Das, was ich wahrgenommen habe und woran ich mich erinnern kann.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Natürlich, ja, das ist keine Fangfrage.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Dr. Ederer, Sie haben schon ausgeführt, dass die Hypo Alpe-Adria-Bank vor allem seit 2000 einen enormen Expansionsschub hingelegt hat: Bilanzsumme verdreifacht et cetera, und darauf hingewiesen, dass der Wirtschaftsprüfer, mit dem die Bank über viele Jahre zusammengearbeitet hat, namentlich die Confida, mit diesem Wachstum nicht mithalten konnte, was auch das Know-how wahrscheinlich betroffen hat.

**Dr. Othmar Ederer:** Meine Aussage bezog sich nur auf die räumliche Ausdehnung. Das heißt ...

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Also Sie meinen, dadurch, dass die Hypo die Internationalisierungsschritte sehr verstärkt hat (*Dr. Ederer: Ja, das war der Hauptanlass!*), hat Confida sozusagen ein wenig den Überblick verloren?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, nicht den Überblick verloren, sondern sie ist nicht in diese Märkte so schnell mitgegangen, wie wir in diesen Märkten waren. Sie brauchen ja für eine Prüfung in Bosnien-Herzegowina, um ein Beispiel zu nennen, einen in Bosnien-Herzegowina akkreditierten Prüfer, und das war zum Beispiel die Confida nicht.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Als Kontrollorgan der Bank ist es ja an und für sich die Aufgabe des Aufsichtsrates, sich den Wirtschaftsprüfer auszusuchen. Jetzt hat man der Confida Deloitte beigestellt sozusagen, ab mehr oder weniger 2002. 2002 hat die KPMG zum ersten Mal eine Prüfung des Treasury-Bereichs übernommen und dann Verbesserungsvorschläge gemacht, die ja dann auch umgesetzt worden sind bis zum Jahr 2004. Ist dieser Vorschlag vom Vorstand gekommen, oder hat der Aufsichtsrat diesen Vorschlag gemacht und letztendlich die Entscheidung getroffen, dass KPMG der Confida beigestellt worden ist?

**Dr. Othmar Ederer:** Diese Entscheidung ist vom Vorstand direkt erfolgt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Also der Vorstand hat den Vorschlag gemacht, die KPMG zu nehmen, weil sie sich mit der Hypo schon auseinandergesetzt hat und die Geschäftsfelder, die Aufgabenfelder kennt.

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, die KPMG ist als externer Berater in dieser Causa hineingeholt worden, soweit ich ... (*Abg. Bucher: Ja, 2002!*) – 2002. Und die Aufgabenstellung vom Vorstand war die, das Treasury zu verbessern, Abläufe zu optimieren, und dazu hat man sich des externen Beraters KPMG bedient, soweit mir bekannt. Nicht als Prüfer! Prüfer war die KPMG nie, Prüfer war Confida und Prüfer war Deloitte.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Als Aufsichtsratsvorsitzender haben Sie ja auch intensiven Kontakt gehabt mit Confida und Deloitte. Können Sie uns schildern, was Sie persönlich für einen Eindruck gehabt hatten, als Confida das Testat zurückgenommen hat?

**Dr. Othmar Ederer:** Vielleicht zum Ablauf, Herr Abgeordneter: Die Auftragserteilung erfolgte früher üblicherweise durch den Aufsichtsrat. Durch gesetzliche Veränderungen ist dann die Auftragserteilung durch den Eigentümer, sprich durch die Hauptversammlung, erfolgt, und unsere Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsprüfer war weitestgehend konzentriert auf die Erstellung der Jahresabschlüsse. Das hat durchaus zufriedenstellend funktioniert, was auch dazu geführt hat, dass es zu entsprechenden Bestellungen gekommen ist, auch Wiederbestellungen gekommen ist.

Es gab dann eine sehr intensive Befassung ab dem Zeitpunkt, wo der Wirtschaftsprüfer gesagt hat, dieses Thema Verbuchung der Swaps sieht er anders. Also ab dem März 2006 gab es eine sehr intensive Befassung mit dem Wirtschaftsprüfer.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Entschuldigung, weil Sie den 20. März genannt haben: War das der Zeitpunkt, von dem Sie jetzt sprechen?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, das war der erste Zeitpunkt, wo wir befasst wurden, am 27. dann nochmals und dann sehr intensiv klarerweise im Zeitpunkt der Bilanzerstellung, weil wir ja im Zeitpunkt der Bilanzerstellung 2004 und 2005 ja auch deutlich größere Bilanzierungsspielräume gehabt haben. Wir hätten aus Sicht des Vorstandes und auch der Wirtschaftsprüfer auch das Jahr 2004 positiv bilanzieren können. Das wurde uns aber seitens der FMA nicht ermöglicht.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Was hätten Sie da für Reserven aufgelöst oder Leasinggeschäfte oder werthaltige Beteiligungen?

**Dr. Othmar Ederer:** Wir hätten die Maßnahmen getroffen, die zu treffen gewesen wären. Das wären gewesen: Auflösung der Stillen Reserven, aber auch andere Maßnahmen von Verlagerung vom Bankbuch ins Handelsbuch – lauter Themen, von denen wir überzeugt waren im Zeitpunkt der Bilanzerstellung für das Jahr 2004, dass dies eine geeignete Bilanzierung gewesen wäre. Diese Meinung wurde auch sowohl von Confida als auch von Deloitte mitgetragen, aber seitens der FMA sehr klar signalisiert und dann auch schriftlich dargelegt, dass sie diese Form der Bilanzierung nicht akzeptiert.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Sie kennen sich aus bei den Bilanzierungsvorschriften, nehme ich an, oder haben sich jetzt nachgelagert damit befassen müssen wohl oder übel ...

**Dr. Othmar Ederer:** Ein bisschen, ja. Notgedrungen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Weil wir davon gehört haben, dass es auch rechtliche Lücken gibt, was die Verbuchung dieser derivaten Instrumente anlangt, die

natürlich zu schließen sein werden, weil es muss ja steuerrechtliche Klarheit geschaffen werden, und das ist ja auch Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses.

Was mich aber besonders interessiert, ist: Wie haben Sie die Haltung der FMA beurteilt hinsichtlich ihrer ganz klaren und strikten Ablehnung, was diese Bilanzierungsvorschläge seitens der Hypo anlangt?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich habe auch dem Vorstand klar gesagt, dass wir diese Entscheidung zwar akzeptieren, aus Zeitgründen akzeptieren, weil wir auch faktisch sicherstellen müssen, dass die Bank weiterhin funktioniert, dass sie refinanziert werden kann und Ähnliches. Ich habe aber sehr klar gesagt, dass ich diese Entscheidung sachlich nicht verstehe, dass wir sie für nicht richtig erachten. Aber wir haben sie akzeptiert – akzeptieren müssen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Eine Frage zu Dr. Kulterer: Glauben Sie, dass er nach Bekanntwerden und Information über die Swapverluste und die daraus abzuleitenden Maßnahmen und Schritte, die gesetzt werden mussten, richtig reagiert, zeitgerecht und verantwortungsvoll gehandelt hat?

**Dr. Othmar Ederer:** Die materiellen Schritte, die der Vorstand eingeleitet hat, nachdem ihm dieser Vorgang bekannt geworden ist, sind aus unserer Sicht, aus meiner Sicht auch korrekt gelaufen. Und ich glaube auch, dass dies durch die Prüfungshandlungen der Nationalbank auch bestätigt worden ist. Das heißt, wie man den Schaden gesehen hat, erkannt hat, hat man die richtigen Maßnahmen gesetzt und hat den Schaden begrenzt und dann schrittweise abgebaut. Also es kam zu keiner Ausweitung des Schadens. Die Handlungen sind aus unserer Sicht richtig gewesen ab dem Zeitpunkt, wo man gewusst hat, was passiert ist.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Die Handlungen sind also richtig gewesen.

**Dr. Othmar Ederer:** Bezüglich der Swaps, wie man sie materiell abarbeitet.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Kulterer hat ja auch vorgeschlagen, nachdem es Differenzen oder Auffassungsunterschiede gegeben hat hinsichtlich der Verbuchung der Verluste, drei Gutachten einzuholen. Das ist auch geschehen. (*Dr. Ederer: Ja!*) Und die waren wenig überzeugend in Bezug darauf, die FMA auf den Weg zu bringen, eine dieser drei gutachterlichen Varianten zu akzeptieren. Ist das so richtig?

**Dr. Othmar Ederer:** Es ist so gewesen, dass wir vom Wirtschaftsprüfer Deloitte insbesondere im Zuge der Bilanzierung klare Vorschläge erhalten haben, wie aus ihrer Sicht zu verbuchen sei. Wir haben auch Entscheidungsräume aufgezeigt bekommen. Am Ende ist es aber dann zu dieser Form der Bilanzierung gekommen, die zumindest zu 99 Millionen € EGT geführt hat. Die anderen Gutachten sind auch erst später eingetroffen, aber das stand nicht zur Diskussion seitens der FMA.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Die FMA hat also keine andere Variante akzeptiert? (*Dr. Ederer: Nein!*) – Nun zu diesen Geschäftsleiterqualifikationsverfahren, wo Sie auch mitgewirkt haben, nämlich als Auskunftsperson oder als Eigentümerversorger. Wurden Sie von der FMA hier in irgendeiner Weise hinzugezogen?

**Dr. Othmar Ederer:** Am Verfahren selbst habe ich klarerweise nicht mitgewirkt. Das ist eine Tätigkeit, die die Behörde für sich prüft. Ich war als Kontaktperson mit der FMA häufig in Kontakt. Das war am Beginn so, bei der Bilanzierung so, das war dann auch am Ende so, wie es darum gegangen ist, welche Lösung finden wir für die Bank, wie es darum gegangen ist, dass wir uns entschieden haben, diesen Fall nicht streitanhängig zu machen, also die Ablöse von Kulterer, sondern Kulterer von sich aus gesagt hat,

dass er aus dem Vorstand ausscheiden wird. An diesen Gesprächen mit der FMA war ich maßgeblich beteiligt, ja.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Die FMA hat ja bekanntermaßen etwas übereifrig gehandelt im Vergleich zur BAWAG sozusagen und sich dazu hinreißen lassen, etwas voreilige Bemerkungen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, Interviews zu geben et cetera, bevor überhaupt Prüfungsberichte erstellt worden sind und bevor überhaupt Stellungnahmen von Seiten der Hypo eingelangt sind. Das waren richtiggehende vorgefasste Meinungen, die da verbreitet worden sind.

Haben Sie diesen Umstand als Eigentümerversorger, Aufsichtsratsvorsitzender der Hypo jemals der FMA mitgeteilt? Weil solche Verbreitung von Meinungen und natürlich auch – unter Anführungszeichen – von „Gerüchten“ können doch enorm geschäftsschädigend oder zumindest rufschädigend sein unter Umständen.

**Dr. Othmar Ederer:** In all den Gesprächen mit der FMA war ich bemüht, möglichst konstruktiv an der Lösung des Problems mitzuwirken. Ich habe durchaus mein Befremden ausgedrückt, dass die Außenkommunikation in den Medien nicht hilfreich und dienlich ist und in einigen Bereichen auch, wie ich meine, nicht präzise war. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, dass wir darum bemüht sind, eine Lösung zustande zu bringen und dass Außenkommunikation nicht hilfreich ist bei der Findung solcher Lösungen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Dr. Ederer, Ihre Ausführungen jetzt zu meinem Kollegen betreffend Verhalten der FMA in der Frage der Neubilanzierung 2004 und 2005 können wir so nicht unbemerkt ins Protokoll übergehen lassen, Herr Ausschussvorsitzender. Also ich möchte die Frage geklärt haben: Darf die FMA in Bilanzierungsvarianten und -formen eingreifen? – Meines Wissens nicht. Ich habe gestern diesbezüglich eine Äußerung gemacht, in einem anderen Zusammenhang, und die FMA erklärt gestern öffentlich, dass sie dies nicht getan habe. Wenn das so stimmt, dann hat die FMA in ihrer Reaktion gestern über ihren Pressesprecher gelogen, und das ist ein Tatbestand.

Daher würde ich jetzt noch einmal, damit da keine Missverständnisse entstehen, nachfragen – Sie haben gesagt, es gab verschiedene Bilanzierungsvarianten und -spielräume und die FMA hätte eine, zwei oder so abgelehnt, das heißt, damit hat die FMA eingegriffen –: Teilen Sie diese Auffassung?

**Dr. Othmar Ederer:** Grundsätzlich ist der Vorstand für die Erstellung einer Bilanz verantwortlich, und der Wirtschaftsprüfer hat diese zu prüfen und zu testieren und entweder mit einem eingeschränkten, uneingeschränkten oder nur einem Bestätigungsvermerk zu versehen. Es ist aber in unserer Branche durchaus üblich, weil dies ja keine Standardbilanzierungsfragen sind, solche Fachfragen vorher mit der zuständigen Behörde zu klären, ob bestimmte Formen so geeignet sind zu verbuchen oder nicht.

Diesen Kontakt hat es zwischen den Wirtschaftsprüfern, beiden, von CONFIDA und Deloitte, mit der FMA gegeben. Beide haben uns rückgemeldet, dass eine solche Bilanzierung von der FMA nicht als akzeptabel eingestuft wird. Und es gab auch ein Schreiben der FMA an den Wirtschaftsprüfer Deloitte, wo festgehalten wurde, dass diese Form der Bilanzierung, also des Ausnutzens des Entscheidungsraumes im Bilanzierungszeitpunkt in dieser Form, so wie es Deloitte vorgeschlagen hat und auch die CONFIDA vorgeschlagen hat, nicht akzeptiert ist.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Zusatzanmerkung zum Verständnis: Das heißt, Beratungen ja, aber wenn eine Behörde etwas dezidiert ablehnt, dann greift sie ja ein in die Gestaltung.

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, noch einmal: Die Entscheidung von uns wäre schon möglich gewesen, zu sagen, wir bilanzieren trotzdem, müssen aber dann aller weiteren Prüfungsaktivitäten gewärtig sein, und dann entscheidet man sich als Praktiker für eine Entscheidung, die eben dem Rechnung trägt. Aber wir hätten natürlich auch anders bilanzieren können. Also es ist nicht so, dass wir nicht bilanzieren hätten können, aber die ... – Wir waren uns im Klaren, dass wir dann gewärtig sein müssen, dass wir eine Bilanzierungsform wählen, die seitens der zu prüfenden Behörde als nicht geeignet erscheint.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Und damit wieder öffentliche und andere Auseinandersetzungen. Daher haben Sie da in diesem Fall nachgegeben (*Dr. Ederer: Ja!*), weil, wie Sie ja gesagt haben, es da Druck gegeben.

**Dr. Othmar Ederer:** Wir haben deswegen nachgegeben, weil uns der Abschluss des Jahres 2004 und 2005, die Fertigstellung der Bilanz für wichtiger erschienen ist, um die Bank in ihrem Geschäft nicht zu behindern.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Dr. Ederer! Wäre es Ihnen möglich, dem Ausschuss dieses Schreiben der FMA an Deloitte zur Verfügung zu stellen. – Ich schließe nicht aus, dass das Schreiben hier irgendwo ist, aber wir haben es bisher nicht gefunden. Wäre es möglich, dass Sie uns dieses Schreiben: FMA an Deloitte zur Verfügung stellen, weil es wichtig ist zur korrekten Dokumentation hier in dem Ausschuss? (*Dr. Ederer: Ja!*) – Danke.

Zweite Frage: Herr Dr. Kulterer informiert Sie am 19. Mai 2005 in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenderstellvertreter und, ich meine, doch auch Eigentümerversorger. Hat Herr Dr. Kulterer die Eigentümerversorger, das Land Kärnten vergessen, ignoriert, oder wissen Sie, dass auch dem Eigentümerversorger, dem Land Kärnten, diesbezüglich 2005 eine Mitteilung gemacht wurde?

**Dr. Othmar Ederer:** Informiert wurde ich als Mitglied des Präsidiums. Da ich nicht schizophren bin, tue ich mir schwer, die Dinge für meine Person auseinanderzuhalten. Wir wurden aber nur als Aufsichtsratspräsidium informiert.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das heißt, Wahrnehmungen, dass Vertreter des Landes Kärnten informiert wurden, haben Sie nicht? (*Dr. Ederer: Nein!*) – Können Sie uns einen Eindruck betreffend der Informationslinie, Informationskultur unter den drei damaligen Vorständen Kulterer, Morgl und Striedinger geben?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich versuche es in kurzen Worten. Herr Kulterer ist seit dem Jahr 1992 Mitglied des Vorstandes der Hypo Alpe Adria Bank, Herr Striedinger ist, glaube ich, seit gleicher Zeit oder früher schon auch in die Bank eingetreten, war seit 2000, erinnere ich mich etwa, oder 1998, 1998, glaube ich, schon, Vorstand. Zwischen diesen beiden gab es eine durchaus, wie es sich über die Zeitdauer eben entwickelt, durchaus gut funktionierende Kommunikation. Herr Morgl ist ganz frisch dazugekommen und war zum Zeitpunkt, wo das passiert, glaube ich, erst zehn Monate im Vorstand und hat sich seine Position dort erst erarbeiten müssen.

Wie die tagtägliche Kommunikation abgelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen, Frau Mag. Trunk, aber ich habe keine Klagen gehört, auch nicht seitens von Herrn Morgl, dass er diesen Zustand als für nicht sehr akzeptabel für ihn empfinden würde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben berichtet, dass Sie am 19. Mai 2005 oberflächlich also informiert wurden, ohne Nennung von Zahlen.

**Dr. Othmar Ederer:** Kurz informiert wurde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Kurz informiert wurden, ohne die Nennung von den Ausmaßen, dass Sie hingegen am 28. Juni 2005 einen ausführlichen Bericht bekommen haben. Ich nehme an, das war ein Sonderbericht gemäß § 81 (1).

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, war es nicht. Es war eine mündliche Berichterstattung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Diese ist ja mündlich, ist ja vorgesehen.

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, aber wir haben sie nicht im Sinne von § 81 Aktiengesetz gesehen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Welche gesetzliche Grundlage hatte dann diese Information?

**Dr. Othmar Ederer:** Das, wie wir üblicherweise im Geschäftsleben uns informieren, wenn bestimmte Dinge ... – Aber wenn Sie sagen, es würde unter den § 81 fallen, dann würde ich auch sagen, vielleicht ist es unter diesen gefallen, aber wir haben dies nicht so formalistisch gesehen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja, das ist schon klar.

**Dr. Othmar Ederer:** Das war eine Information, die dann deswegen auch in dem etwas umfangreicheren Ausmaß erfolgt ist, weil er uns am 19. Mai erstinformiert hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nur noch eine Frage: Hat Sie der gesamte Vorstand informiert oder nur der Vorstand Kulterer?

**Dr. Othmar Ederer:** Beim zweiten Termin war der gesamte Vorstand anwesend.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Beim ersten waren Kulterer, Moser und Sie.

**Dr. Othmar Ederer:** Beim ersten war Kulterer alleine, ja. Kulterer, Moser und ich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie da so monatliche Besprechungen quasi gehabt? (*Dr. Ederer: Ja!*) – Aufsichtsrat, Präsidium plus Kulterer oder plus Gesamtvorstand?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, plus Kulterer.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und dann ausnahmsweise, am 28. Juni, gab es ein Aufsichtsratspräsidium mit dem Gesamtvorstand? (*Dr. Ederer: Ja!*) – Dort hat Herr Kulterer ausführlich berichtet, auch schriftlich oder nur mündlich?

**Dr. Othmar Ederer:** Ausführlich mündlich berichtet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ausführlich mündlich unter Zuhilfenahme von Charts oder irgendwelchen schriftlichen Unterlagen?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, Unterlagen, die er mitgebracht und wo er uns diese Dinge gezeigt hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und da hat er berichtet über Zeiträume, wo es passiert ist, involvierte Personen ...

**Dr. Othmar Ederer:** Er hat berichtet über Zeiträume, eben den Oktober, November, über die Maßnahmen, die seitdem passiert sind, und über die Entwicklungen, die sich seit dem Zeitpunkt ergeben haben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und die Ergebnisse waren, dass dies ein Verlust in der Höhe, also im November entstand, in welcher Höhe?

**Dr. Othmar Ederer:** Der Verlust im November war 328 Millionen, der Stand zum 31.12.2004 waren 288 Millionen, und der ist dann schrittweise abgebaut worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, Ihnen war zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass es hier eine Verlustposition gab mit über 288 Millionen € zum Bilanzstichtag. (Dr. Ederer: Ja!)

Wann wurde die Bilanz vom Aufsichtsrat genehmigt, die Bilanz 2004?

**Dr. Othmar Ederer:** Die Bilanz 2004 wurde, wenn Sie kurz Geduld haben, am 15. April 2005 durch die Hauptversammlung, und davor war eine Aufsichtsratssitzung. Also die erste Information ist nach dem, nach der ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine Frage zum 15. April, wo die Hauptversammlung auch war: Hat es irgendeine Änderung gegeben im Aufsichtsrat?

**Dr. Othmar Ederer:** Am 15. April hat es eine Änderung im Aufsichtsrat gegeben, ja. (Abg. Krainer: Und zwar?) – Herr Dr. Bussfeld hat sein Mandat zurückgelegt, und Dr. Moser ist neu als Aufsichtsratsvorsitzender bestellt worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War das die einzige Änderung, die Ihnen jetzt erinnerlich ist?

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Dr. Pöschl ist ausgeschieden, und an seine Stelle ist Herr Schalle gekommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Okay. Das heißt, am 15. April ist der Aufsichtsratsvorsitzende – unter Anführungszeichen – „ausgetauscht“ worden und im Mai gab es dann die Information von Kulterer an das Aufsichtsratspräsidium?

**Dr. Othmar Ederer:** Der Grund der Veränderung – vielleicht, um das auch noch zu sagen – waren ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, nach dem Grund der Veränderung habe ich nicht gefragt. Es war nur eine Frage, ob diese zeitliche Abfolge stimmt, ob es stimmt, dass am 15. April dieser Wechsel war und einen Monat später diese Information an das Präsidium.

**Dr. Othmar Ederer:** Das stimmt. Ich habe es Ihnen auch so klar vorher gesagt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie am 19. Mai oder am 28. Juni den Vorstand Kulterer gefragt, wieso er erst jetzt darüber informiert, ein halbes Jahr nach Eintreten der Verluste?

**Dr. Othmar Ederer:** Sie können sicher sein, dass ich ihn das gefragt habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was war seine Antwort?

**Dr. Othmar Ederer:** Dass er keine andere Wahl aus seiner Sicht gesehen hat, das mir erst jetzt zu sagen. Ich habe ihm auch gesagt, dass das nicht gerade geeignet ist, das Vertrauen zu stärken.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Welche Tatsachen haben sich verändert zwischen November 2004 und 19. Mai 2005, die es ihm dann plötzlich ermöglicht haben, Ihnen das zu sagen? Die muss er ja dargelegt haben in dem Gespräch.

**Dr. Othmar Ederer:** Dr. Kulterer konnte mir persönlich für mich keine überzeugenden Gründe geben, warum er mir das nicht sofort gesagt hat, weil ich davon ausgegangen bin, dass Herr Dr. Kulterer, der ja auf Vorschlag der Grazer Wechselseitigen im Jahr 1992 in den Vorstand der Hypo Alpe-Adria-Bank entsandt wurde und dort gewählt wurde, dass er mir das nicht gesagt hat. Mit dieser seiner Entscheidung habe ich leben müssen, und ich habe zu entscheiden gehabt, ob dies das Vertrauensverhältnis so erschüttert jetzt, dass es nicht kittbar ist, oder das Vertrauensverhältnis trotz dieses Dämpfers weiterhin bestehen kann.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben gesagt, er konnte Ihnen aus Ihrer Sicht nicht erklären, wieso das der Fall war. Was hat er für Argumente vorgebracht, außer dass er keine andere Wahl oder keine Option gesehen hat, das erst jetzt zu sagen? Wie hat er das begründet? Sie haben gesagt, es war für Sie nicht nachvollziehbar. Aber er muss das ja trotzdem irgendwie begründet haben.

**Dr. Othmar Ederer:** Dass sein Vertrauen in den Aufsichtsratsvorsitzenden Bussfeld nicht in dem Ausmaß gegeben war und daher er es ihm nicht sagen konnte und auch mir nicht sagen konnte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also hat Herr Kulterer gewartet, bis es zu einem Wechsel im Aufsichtsrat kommt, bevor er diese Information weitergibt. Das ist aber auch spannend! Ist es üblich, dass ein Vorstand sich aussucht, wer Aufsichtsrat ist, und dann halt nur ihm genehmen Aufsichtsräten berichtet?

**Dr. Othmar Ederer:** Darf ich die Frage als zynisch auffassen oder als ernsthaft?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Natürlich ist die zynisch. Die quillt ja quasi schon aus allen Poren heraus, die Zynik.

**Dr. Othmar Ederer:** Der Vorstand sucht sich nie seinen Aufsichtsrat aus.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie das dem Herrn Kulterer gesagt?

**Dr. Othmar Ederer:** Das habe ich auch Herrn Kulterer gesagt. Auch Herr Kulterer hat sich nicht den Aufsichtsrat Moser ausgesucht, sondern der Aufsichtsrat Moser ist von den Eigentümern bestellt worden und nicht von Herrn Kulterer ausgesucht worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, das war einfach eine gewisse glückliche Fügung, dass Herr Kulterer dann reden konnte?

**Dr. Othmar Ederer:** Sie haben mich gefragt, welche Erklärung Herr Kulterer mir gegeben hat, und ich habe Ihnen gesagt, welche Erklärung er mir gegeben hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das war ja nicht so ein Vorhalt, das war ja nur so eine persönliche Zusammenfassung für mich, dass es eine glückliche Fügung, fast göttlich, war, dass Herr Bussfeld ausgetauscht wurde durch Herrn Moser und damit plötzlich die Sprechblockade des Vorstandsvorsitzenden aufgehoben wurde.

Gut. Er hat Sie dann informiert. Sie haben ihn sicher gefragt: Was bedeutet das für die Bilanz 2004?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, das habe ich mich nicht gefragt, auch das habe ich Ihnen am Beginn schon gesagt, denn die Ausführungen waren so, dass zwar der wirtschaftliche Schaden eingetreten ist. Das heißt aber noch lange nicht, dass Sie etwas dann so bilanzieren müssen. Ich habe vorher auch versucht, zu erklären, dass die Bilanzierungsspielräume durchaus deutlich größere waren. Die Schilderung, die wir erhalten haben, war so, dass überhaupt keine Fragestellungen meinerseits da waren, ob dies zu einer Aufhebung der Bilanz 2004 führen würde, sondern dass in der Bilanz 2004 und in den weiteren Planungsrechnungen die wirtschaftlichen Verluste auch entsprechend berücksichtigt sind. Und das konnte auch glaubhaft nachvollzogen werden.

Die Frage der Bilanzierung hat sich erst gestellt, als der Wirtschaftsprüfer uns, mir am 20. März 2006 erklärt hat, dass diese Form der Bilanzierung eine aus seiner Sicht nicht geeignete ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** „Nicht geeignet“ heißt: nicht rechtskonform?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein: nicht geeignet. – Die Frage der Rechtskonformität auch dieser Frage der Bilanzierung ist leider so, dass Bankenbilanzierung nicht mit einer

normalen Bilanzierung wie bei Industriebetrieben zu vergleichen ist. Ich glaube nicht, dass sie in Industriebetrieben so etwas wie eine Unter-Strich-Position kennen – oder in größerem Ausmaß kennen. Das heißt, hier gibt es, auch was die Bilanzierung von Swaps betrifft, unterschiedliche Regeln. Es gibt wenig, in Österreich faktisch keine oberstgerichtlichen oder Entscheidungen zu solchen Bilanzierungsvorgängen.

Aber um auf Ihre Frage noch einmal zurückzukommen, warum ich mich nicht gefragt habe am 28.6., welche Auswirkungen das für die Bilanz hat: Diese Frage hat sich für mich zu diesem Zeitpunkt auf Grund der Informationsstände, die ich hatte, nicht gestellt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, die Frage, ob das Auswirkungen auf die Bilanz 2004 hatte, die muss ja im Raum gestanden sein. Die wurde halt gleich präventiv vom Vorstand Kulterer beantwortet.

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Die wurde in der Form beantwortet, wie ich es Ihnen erklärt habe, ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja, ungefragt wurde die schon beantwortet. Sie haben nicht gefragt: Was heißt das für die Bilanz 2004?, sondern (*Dr. Ederer: Die wurde auch ungefragt so beantwortet, ja!*) die haben gesagt, wie diese Verluste schlagend werden für die ....

Jetzt eine Frage: Wie hoch war denn der Jahresertrag 2004?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich gehe davon aus, dass der Jahresertrag 2004 bei etwa knapp 200 Millionen € gelegen sein müsste. (*Abg. Krainer: In den Jahren davor?*) – Deutlich geringer. Also das Ertragswachstum ist in den Jahren 2003/2004 stark angestiegen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, wenn ein Verlust von 288, sagen wir 300 Millionen € auftritt, hat das keine Auswirkungen auf die Rentabilität der Gesellschaft? Das muss ja gewisse Auswirkungen auf die Rentabilität der Gesellschaft haben. Das ist ja mehr als ein Jahresgewinn.

**Dr. Othmar Ederer:** Natürlich hat das Auswirkung auf die Rentabilität der Gesellschaft. Die Frage – noch einmal – war – und davon sind wir immer ausgegangen –, dass es sich dabei um Swaps handelt, dass die Verbuchung, jetzt im Nachhinein gesehen vom Wirtschaftsprüfer anders dargelegt, aber aus der damaligen Sicht richtig erfolgt ist und dass daher, wie ich Ihnen gesagt habe, in der Bilanz 2004 und in den folgenden Planbilanzen 2005 und folgende das auch entsprechend berücksichtigt worden ist, natürlich dann auch in alle Kennzahlen, Rentabilitätskennzahlen et cetera, eingeflossen ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das hat Ihnen der Vorstand gesagt. – Haben Sie den Wirtschaftsprüfer dazu befragt?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, das habe ich nicht, weil ich zum damaligen Zeitpunkt auf Grund der Informationen, die ich hatte, keinen Anlass dazu gesehen habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der Wirtschaftsprüfer ist aber von den Eigentümern beauftragt und nicht vom Vorstand, oder?

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Wenn ich den Wissensstand gehabt hätte, den ich jetzt habe, wenn ich den im Zeitpunkt der Information gehabt hätte, wären die Fragen anders ausgefallen, nur, den hatte ich nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich glaube, wenn der Wirtschaftsprüfer den Wissensstand gehabt hätte am 28. Juni 2005, den Sie hatten, dann wäre die Testat-Entziehung vielleicht auch schon früher passiert.

**Dr. Othmar Ederer:** Ich gehe davon aus, dass, wenn wir das alles so in diesem Ausmaß gewusst hätten, es überhaupt ... – Ich glaube nicht, dass es zu einer Testat-Aufhebung 2004 hätte kommen müssen. Ich bin auch der Meinung, dass es auch im Jahre 2006 zu einer Testataufhebung nicht hätte kommen müssen. Man hätte meines Erachtens dieses Problem wirtschaftlich auch anders lösen können, auch von der Bilanzerstellung lösen können.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben gesagt, Sie hatten, was Sie nicht für besonders klug halten, zwei Wirtschaftsprüfer. – Haben beide das Testat zurückgezogen?

**Dr. Othmar Ederer:** Es hat zuerst Deloitte zurückgezogen, und dann konsequenterweise auch Confida.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Hat es an den Vorstand für 2004 oder 2005 einen Bonus gegeben?

**Dr. Othmar Ederer:** Es hat einen Bonus gegeben. Dieser Bonus wurde aber im Zuge der Auseinandersetzung wieder zurückgerechnet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann wurde er zurückgerechnet? 2006? (Dr. Ederer: Ja, 2006!) – Wann ist dieser Bonus für 2004 beschlossen worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Unser Bonussystem ist ein Benchmarksystem, das in den Grundzügen bereits in den neunziger Jahren beschlossen worden ist und dann jeweils auf die Bedürfnisse angepasst worden ist. Das für das Jahr 2004 gültige Modell dürfte im Jahr 2003, nehme ich an, erstellt worden sein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben dann nicht irgendwann – 19. Mai, 28. Juni 2005 oder unmittelbar danach – diesen Bonus in Frage gestellt?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, weil die Bonifikation bei uns auf Benchmarks, auf Kennzahlen beruht, das heißt, auf Kennzahlen von Risiko, von Cost-Income-Ratio, von EGT und Gesamtrisiko, glaube ich, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, also einem Bündel an Kennzahlen. Die Auswirkungen, die sich dann aus der Neubilanzierung ergeben haben, wurden dann zum Anlass genommen – eben, weil es dann klarerweise zu einem Nullbonus gekommen ist –, den Bonus wieder gegenzurechnen, zurückzufordern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sind ja nicht nur Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter, sondern auch Vorstand eines Finanzinstituts im weitesten Sinn? (Dr. Ederer: Ja!) – Würden Sie, wenn Sie einen Verlust in dieser Größenordnung hätten, selber den Aufsichtsrat informieren, den gesamten, wie es das Aktiengesetz vorschreibt?

**Dr. Othmar Ederer:** Die Aussage kann ich ganz klar treffen: Selbstverständlich! Ich würde das auch aktiv mit meinem Wirtschaftsprüfer anreden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gibt es ein Verfahren der Finanzmarktaufsicht gegen Sie auf Grund des § 81 Abs. 1?

**Dr. Othmar Ederer:** Ist mir nicht bekannt. (Abg. Krainer: Ist Ihnen nicht bekannt?) – Nein.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Hat es irgendwelche Vorhaltungen der FMA gegeben, wieso Sie nicht den Aufsichtsrat informiert haben?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich bin, wenn man es formal sagt, Stellvertreter, ich bin nicht Vorsitzender des Aufsichtsrates. Ich habe den Vorstand der FMA über die genauen

Abläufe zu dem Zeitpunkt informiert, zu dem mir auch bekannt war, dass der Wirtschaftsprüfer diese Dinge völlig anders sieht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Kam es zu einem Vorhalt seitens der FMA? (Dr. Ederer: Mir gegenüber?) Ja.

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, war nicht der Fall.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sind Sie nie darauf angesprochen worden: Wieso haben Sie nicht den Aufsichtsrat informiert?

**Dr. Othmar Ederer:** Also jetzt zu sagen, das hat mir der Vorstand der FMA nicht gesagt, das kann ich jetzt nicht tun. Aber es ist nicht in einer Dramatik erfolgt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Herr Dr. Ederer, Sie haben davon gesprochen, dass sich die Bank aus einer Regionalbank heraus entwickelt hat, mit einem sehr raschen Wachstum, und Sie haben dieses rasche Wachstum über die ganze Phase sozusagen auch mitbekommen.

Sie haben dann weiters gemeint, dass es sozusagen ex post immer leichter sei, auf etwas draufzukommen als ex ante, weil ex ante die Entscheidungen zu treffen seien.

Ex ante sind aber natürlich gerade dann Vorkehrungen zu treffen, wenn eine Bank wie diese ein exorbitant rasches Wachstum aufweist. Und wenn wir jetzt beispielsweise den letzten Prüfbericht der OeNB, der uns vergangenen Freitag zugestellt wurde, hernehmen, so können wir feststellen, dass in zumindest neun Bereichen, die in diesem Bericht aufgezählt sind, Verfehlungen im Hinblick auf das Bankwesengesetz vorliegen.

Meine erste Frage: Kennen Sie diesen Bericht?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich kenne diesen Bericht nicht. Dieser Bericht ist, wie üblich, dem Vorstand des Unternehmens zugestellt worden. Der Vorstand des Unternehmens hat nun die Aufgabe, diesen Bericht zu prüfen, zu diesem Bericht eine Stellungnahme abzugeben, und frühestens dann werden wir als Aufsichtsrat – und das ist auch üblicherweise so – mit dem Bericht befasst.

Ich kenne diesen Bericht nicht!

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber Sie haben sicher den Medien zu Beginn dieser Woche entnommen, was die Vorwürfe in diesem Bericht sind. Da waren ausführliche Berichte sowohl im „Standard“ als auch in der „Presse“. Und ich kann Ihnen sozusagen ganz klar vorhalten, worum es gegangen ist.

In neun Punkten, und zwar: „Unterschreitung der Eigenmittelkoeffizienten auf Konzernebene, Anrechenbarkeit von Kernkapitalbestandteilen, Erfassung Gruppe verbundener Kunden, Datenaustausch mit HBLI, nicht einbezahlte Konzerneigenmittel, Risikomanagement, Sorgfaltspflicht im Rahmen Geldwäschebestimmungen, Kontroll- und Mitteilungsverfahren im Rahmen der Geldwäsche, Falschmeldungen bezüglich der Eigenmittel, Meldung Gruppe verbundener Kunden.“

Ich greife einen Punkt heraus und möchte Ihnen das vorhalten – ich zitiere dazu aus dem Bericht, Seite 7 –:

„Als sehr schwerer Mangel ist die Negierung der Kontrollinstrumente, insbesondere in der Institution des Risikomanagements zu sehen, welches für die formelle und materielle Kreditprüfung zuständig ist. Laut Statistik der Innenrevision gab es in der Stichprobenprüfung 2005 für rd. 35 % der beantragten Kredite keine nachweislich vorgelegte Stellungnahme des Risikomanagements. Im Jahre 2006 erhöhte sich dieser Prozentsatz sogar auf 54 %. Außerdem wurden die vom Risikomanagement

festgestellten Mängel den Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis gebracht. Seitens des neuen Vorstandes ist geplant, die Stellungnahme des Risikomanagements, wie bei nahezu allen Banken üblich, in den Kreditantrag zu integrieren.“ – Zitatende.

Nun ist es so, dass Mängel im Risikomanagement nicht über Nacht entstehen, sondern die haben ihre Entstehungsgeschichte irgendwann einmal in der Vergangenheit. Offensichtlich dürfte es hier in Bezug auf die Vorkehrungen und die Entscheidungen, von denen Sie gesprochen haben, die zu treffen gewesen wären, Mängel gegeben haben, denn hätte es diese nicht gegeben, dann hätte man bei einer Bank, die ein exorbitantes Wachstum in den vergangenen Jahren hatte, zumindest ein funktionierendes Risikomanagement aufbauen müssen.

Was sagen Sie zu diesem Vorhalt?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich kann, Herr Abgeordneter Mag. Rossmann, zu diesen Ihren Ausführungen grundsätzlich etwas sagen, nicht speziell zum Nationalbankprüfungsbericht, weil mir dieser nicht vorliegt, weil der Vorstand einmal grundsätzlich die Möglichkeit haben muss, diese Vorhalte auch entsprechend zu würdigen und zu kommentieren.

Ich kann aber hier klar sagen, dass uns bewusst war, dass die Bank sehr schnell wächst und dass wir für dieses Wachstum auch die entsprechenden Instrumente bereitstellen müssen. Wir waren, insbesondere, was die Bereitstellung des Vorstands für das Risiko betrifft, zwar schon seit geraumer Zeit bemüht, entsprechende Personen zu finden, dies ist aber endgültig erst Mitte letzten Jahres mit dem neuen Vorstandsteam, das wir eingesetzt haben, geglückt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Vorher hat es nie Anzeichen eines nicht funktionierenden Risikomanagements gegeben? (*Dr. Ederer: Nein!*) Ich meine, das war ja nicht der erste Bericht (*Dr. Ederer: Selbstverständlich, Herr Mag. Rossmann!*), der Prüfbericht der Oesterreichische Nationalbank.

**Dr. Othmar Ederer:** Das habe ich zu erklären versucht: Beim Wachstum eines solchen Unternehmens merken Sie immer wieder, dass Sie hier entsprechende Ressourcen bereitstellen müssen und dass Sie die Organisationsgrade erhöhen müssen.

Ich muss hier sagen, dass es uns gelungen ist, aus einer 300-Mitarbeiter-Bank eine 6200-Mitarbeiter-Bank zu machen.

Nun kann man natürlich zu Recht sagen, dass man diese Ressourcen viel schneller hätte bereitstellen müssen und diese Schritte viel schneller hätte setzen müssen, und im Nachhinein – noch einmal! – wird dieser Vorhalt zu Recht gemacht.

Wir waren der Meinung, dass wir ausreichend Schritte setzen. Wir waren uns dessen bewusst, dass solche Schritte zu setzen sind. In dem konkreten Fall wurden sie offensichtlich nicht ausreichend und nicht intensiv genug gesetzt. Aber ich möchte hier einen Punkt sagen, weil er immer wieder kommt: Zu glauben, dass ich durch Kontrollsysteme, durch Systeme et cetera Fehler oder Fehlentscheidungen vermeiden kann, ist ein Irrglaube. Ich kann das weder durch Gesetze vermeiden noch dadurch, dass man hinter jeden einen Aufseher stellt.

Sie können natürlich solche Dinge erschweren, aber das Hauptgeschäft, das wir betreiben müssen, ist, Werkschöpfung zu schaffen, und nicht, über Gebühr zu kontrollieren.

Wir müssen natürlich kontrollieren, das ist keine Frage, es muss der Versuch da sein, ein ausgewogenes Verhältnis aus Produktivität und Kontrolltätigkeit zu haben. Und es ist sicherlich so, dass dieses Kontrollsystem verbesserungswürdig ist, dass es auch

notwendig ist, es laufend zu verbessern, und dass hier kein optimaler Zustand erreicht ist.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Nun ist mir schon klar, dass man auch durch ein besser funktioniertes Risikomanagement solche Verluste nicht vermeiden kann oder allenfalls auftretende Verluste nicht vermeiden kann, aber man kann sie zumindest zu minimieren versuchen.

Aber wenn es derart gravierende Mängel gibt, wie eben, dass sehr viele Kreditanträge sozusagen nicht weitergeleitet und weitergemeldet werden – und der Kreditbereich war ja ein sehr expandierender Bereich –, dann ist das natürlich schon ein Zeichen dafür, dass in den vorkehrenden Maßnahmen etwas nicht funktioniert haben dürfte.

Ich frage Sie jetzt im Zusammenhang mit den Swap-Transaktionen. Swap-Transaktionen sind Transaktionen, die mit hohen Risiken behaftet sind. Welche Vorkehrungen müssten Ihrer Meinung nach getroffen werden, wenn eine Bank solche Transaktionen eingeht?

**Dr. Othmar Ederer:** Im Prinzip sehr klar: ein sehr sauberer Produkteinführungsprozess, ein sehr sauberes, klares Limitsystem, eine Sicherstellung, dass ich alle Produkte, die ich handle, auch selbst bepreisen kann und dass ich nur jene Geschäfte mache, die diesen Kriterien genügen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ist es darüber hinaus auch notwendig, dass man nur mit anerkannten Partnern bester Bonität solche Geschäfte eingeht?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist letztlich auch eine Frage des Bepreisens. Wenn Sie das so einschränken würden, dann wäre die Möglichkeit Ihrer Geschäftspartner extremst eingeengt. Wenn Sie unterschiedliche Bonitäten haben, dann werden Sie das üblicherweise in der Risikoprämie auch im Preis niederschlagen. Das heißt, hier ist es wesentlich, dass Sie ein Optimum zwischen Ertrag und Risiko zusammenbringen: Wie viel Risiko können Sie eingehen?

Um ein Beispiel zu bringen: Wenn wir jedes Risiko vermeiden, dann kaufen wir nur Staatsanleihen. Die Möglichkeit, Erträge zu erwirtschaften, ist allerdings etwas eingeschränkt. Wenn wir Anleihen auch von Emittenten mit geringerer Bonität nehmen, müssen wir uns dessen bewusst sein, wie viel an Volumen wir von diesen zeichnen können. Das heißt, es ist ein Optimum zwischen Ertrag und Risiko zu finden, und das muss natürlich möglichst präzise berechnet werden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann:** Das ist mir schon klar. Aber wenn Sie jetzt fast spöttisch, sage ich, diese meine Frage beantworten, indem Sie sagen: Da kann man dann kein Geschäft machen!, und der Herr Dr. Stummvoll lacht ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*) Dieses Kriterium, Herr Dr. Stummvoll, ist eines, das die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, die sich nachgewiesenermaßen im Swap-Geschäft gut auskennt und die dort in den letzten Jahren auch gut verdient hat, eines der Kriterien, das sie solchen Swap-Geschäften zugrunde legt. Ich sage das nur einmal, bevor Sie lachen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*)

Ich fahre fort, Herr Dr. Ederer, und frage Sie: Ist es auch notwendig, ein transparentes Regelwerk in diesem Zusammenhang zu haben?

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Mag. Rossmann, selbstverständlich ist das erforderlich!

Zu einem anderen Punkt: Sollte ich belehrend gewirkt haben, dann war das nicht meine Absicht, sondern ich habe versucht, auf die Fragen, die Sie gestellt haben, eine möglichst sachbezogene Antwort zu geben, bitte.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich habe nur versucht, das nachzuvollziehen, was der Staatsschuldenbericht an Kriterien, die die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur anwendet, enthält, und das an Sie heranzutragen und abzufragen.

Ein Weiteres in diesem Zusammenhang ist ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Rossmann, diese langen Ausführungen kosten Sie sehr viel Zeit. Jetzt sind Sie bei 7 Minuten 40 Sekunden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ja schon, aber ich will das trotzdem abfragen, Herr Vorsitzender!

Hat es ein umfassendes System an Collaterals, an Sicherungen gegeben?

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Wir waren – das ist ja auch, glaube ich, klar gesagt worden – im Aufbau dieser Systeme. Die Bank hat auf Grund der Empfehlung der KPMG diese Systeme schrittweise aufgebaut. Zu dem Zeitpunkt, zu dem dies passiert ist, waren diese Systeme nicht in dem Zustand, wie sie jetzt sind und wie sie hätten sein sollen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wie hat eigentlich das Limitsystem ausgesehen?

**Dr. Othmar Ederer:** Das Limitsystem war zu unpräzise. Es war pauschal und nicht auf das Einzelprodukt abgestimmt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wann ist dann eigentlich ein umfassendes Limitwesen installiert worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Soweit mir bekannt ist, ist dieses Limitsystem zu dem Zeitpunkt auf Grund der Vorschläge, die von Externen gekommen sind, in Arbeit und in Umsetzung gewesen. Ich kann Ihnen jetzt aber im Detail nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt wir welchen Zustand hatten.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** War das vor oder nach den Verlusten?

**Dr. Othmar Ederer:** Leider hatten wir erst nach den Verlusten einen Zustand, der in Richtung befriedigenden Zustand geht. Wenn es vorher gewesen wäre, wäre es in dem Ausmaß nicht passiert, glaube ich.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eben! Also wenn entsprechende Vorkehrungen getätigt worden wären, wie Sie beispielsweise bei der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur üblich sind, wo der Aufsichtsrat solche Limits festhält, dass hätte das nicht passieren müssen! Sagen wir es einmal so.

Zu einer anderen Frage.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Rossmann, bitte! Jetzt sind es 9 Minuten! Gegen einen Überzug haben wir nichts, wenn es im Fluss ist. Nächste Runde dann wieder.

Ich sage das nicht deswegen, weil ich jetzt frage, sondern deshalb, weil dann der Nächste darauf verweist uns sagt: Dort wurde auch überzogen!, und dann geht das dahin, und dann sind wir total erledigt.

Herr Dr. Ederer, ich komme noch einmal zurück auf Kreditgenehmigungen. – Ich lese Ihnen einen interessanten Fall vor, den Sie vielleicht in dieser Dimension noch nicht kennen, und der betrifft einen Beschluss des Landesgerichtes für Klagenfurt auf Aufhebung des Bankgeheimnisses betreffend eine Vielzahl von Firmen, die alle dem

Herrn Zagorec zugeordnet sind. Und in der Begründung – denn ohne ausreichende Begründung gibt es keinen derartigen Beschluss, es muss ja eine begründete Verdachtslage vorliegen – wird Folgendes zitiert:

Vladimir Zagorec hat über verschiedene Handelsgesellschaften in Kroatien von 2001 bis heute Baugrundstücke an unterschiedlichen Standorten erworben, um dort Geschäftshäuser mit Büros, Läden und Ferienwohnungen zu errichten, wobei in Zagreb, Pula, Rovinj, Dubrovnik und auf Hvar bereits mit dem Bau begonnen wurde. Diese Projekte im Wert von 260 Millionen € werden von der Hypo Alpe-Adria Bank International AG aus Klagenfurt finanziert. Nach den bestehenden Erkenntnissen wurden die Kredite auf Grund von Einlagen genehmigt. Dies wird durch die Behauptung verschleiert, dass die Genehmigung der Kredite anhand von Projektunterlagen ohne Geldeinlagen oder sonstige Vermögenswerte, die bei der Bank deponiert werden, erfolgte. Nach den bestehenden Erkenntnissen wurde aber gerade jenes Geld, das Zagorec als Ministerialdirigent im Verteidigungsministerium entwendete, in österreichische Banken deponiert. Dies geht auch aus den Aussagen von Personen hervor, die behaupten, dass Mag. Günter Striedinger als Vorstandsmitglied dieser Bank zusammen mit einem Verwandten, Mag. Hermann Gabriel, der als Steuerberater für diese Bank tätig war, die Projekte von Vladimir Zagorec finanzierte, weil sie wussten, dass er Einlagen in der Republik Österreich und im Fürstentum Liechtenstein hatte.

Es gibt Hinweise darauf, dass Mag. Striedinger und Mag. Gabriel Firmen in Liechtenstein gegründet hatten. Eine dieser Firmen ist Sambuca Establishment, und dann geht es so weiter und so fort. Und es wird auch massiv ermittelt gegen Striedinger, der ja auch sehr viel observiert wird, wie wir in Erfahrung gebracht haben. Im Wesentlichen geht es um die Auslandskonten von Kroatien, wo letztlich eine Veruntreuung festgestellt wird, und dann wird geschlossen, dass mit Hilfe der Bank Hypo Alpe-Adria – und insgesamt geht es ja um Geldwäsche – Geld gewaschen wird. So schließt dann auch dieses Begehren um Öffnung der Bankkonten.

Jetzt noch einmal in diesem Zusammenhang: Es dürfte also zumindest ausreichend begründete Verdachtsmomente geben und auch bereits Kreditgeschäfte, dass hier ein Kreditgeschäft, wenn man alles zusammenzählt, von 260 Millionen € in den Jahren 2001 fortfolgende mit Firmen aus dem Umfeld von Zagorec – ich könnte jetzt jede einzelne Firma aufzählen, die werden auch genannt, vielleicht ist es Ihnen dann bekannt, wenn ich Ihnen ein paar nenne: Scorpion, Capital Invest GmbH – alles österreichische Firmen – MT LOG Consult GmbH, Aristo Liegenschaftsverwaltung, Timehouse Project development, Aktor Immobilienverwertung, Hotel Investment, 4 media Holding GmbH und so weiter und so fort, die aber alle in Wirklichkeit einem Gesellschafter gehören, hauptsächlich Zagorec, und an denen immer Minderheitsgesellschafter beteiligt sind.

Ist Ihnen aus Ihrer Aufsichtsratsstätigkeit ein derartiger Kredit in Erinnerung geblieben, der zur Genehmigung ...? Zumindest ist es ein Klumpenrisiko, könnte man auch sagen, nicht?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, schon klar. Der Gesamtkomplex Zagorec ist mir jetzt in dieser Form nicht bekannt. Ich habe mich jetzt auch nicht darauf vorbereitet, weil mir dieser Vorgang auch nicht präsent war.

Wenn es entsprechende Einzelbeschlüsse gegeben hat, die über bestimmte Grenzen hinausgegangen sind, werde ich damit schon befasst gewesen sein, aber ich kann Ihnen jetzt im Konkreten zu diesen einzelnen Fällen keine seriöse Auskunft geben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Können wir aber vielleicht festhalten: Wenn der Aufsichtsrat *nicht* befasst worden ist und es sich herausstellt – das ist ja alles noch

nicht mit rechtswirksamem, rechtskräftigem Urteil abgehandelt –, dass dieser Sachverhalt stimmt, dann ist aber auch, muss aber auch klar sein, dass der Aufsichtsrat in Wirklichkeit von diesem Klumpenrisiko und von der Zusammenrechnung beziehungsweise auch von den Genehmigungen nicht informiert wurde, bei 260 Millionen €, wenn sich das herausstellt.

**Dr. Othmar Ederer:** Wenn dies alles ein Klumpenrisiko ist, und wenn dies *nicht* erfolgt ist, dann entspricht das exakt den Regeln des BWGs.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ergänzend noch eine Frage: Am 19. Mai 2005 wurden Sie von den Vorstandsmitgliedern über die Swap-Verluste informiert, die ein bekannt gewaltiges Ausmaß angenommen haben – nicht so, wie es Herr Martin Strutz damals als Mücke bezeichnet hat –, also doch ein gewaltiges Ausmaß. Und die Frage jetzt von mir: Wäre es nicht Ihre Pflicht gewesen, sofort Anzeige bei der FMA zu erstatten?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich sehe die Frage ähnlich, wie der Kollege von der SPÖ sie gestellt hat: Aus meiner Sicht hat sich das so nicht dargestellt. Wir sahen diesen Vorgang als einen, den die Bank aus ihrem Geschäftsmodell heraus verkräftet und abarbeiten kann. Ich sah zum damaligen Zeitpunkt keine Veranlassung zu einer solchen Meldung.

**Abgeordneter Dipl. Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Und gab es Ihrerseits auch keine Veranlassung, den Aufsichtsrat einzuberufen zu diesem Thema?

**Dr. Othmar Ederer:** Das habe ich dem Kollegen vorhin schon beantwortet.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben vorhin gemeint, bei der Befragung durch Kollegen Kogler, dass Sie sich nicht dafür einsetzen werden, dass geschäftsschädigend irgendwie die Vertraulichkeitsverpflichtung der Mitarbeiter aufgehoben wird. Habe ich das richtig verstanden?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich habe es so gesagt, dass ich, dass die Grazer Wechselseitige daran interessiert ist, also nicht daran interessiert ist, zu blocken und zu mauern, dass wir aber klarerweise darauf Wert legen müssen, dass der Wert der Bank nicht beschädigt wird und dass natürlich Aussagen der Mitarbeiter, die geschäftsschädigend sein können oder Geschäftsgeheimnisse offen legen, dass das von unserer Seite aus *nicht* befürwortet wird, aber alles andere, was dazu dient, hier dem Ausschuss die entsprechenden Informationen zu geben, würde ich aus unserer Sicht sagen: Ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein. Ich frage mich nämlich, was „schlimmer“ ist unter Anführungszeichen, dass man es so macht wie die BAWAG, dass man einfach entbindet und dann natürlich relativ transparent ist für die Öffentlichkeit oder dass man nicht entbindet und der Ausschuss dadurch einfach länger dauert und wir eben im Herbst fortsetzen und uns weiter mit der Hypo beschäftigen müssen, im September, im Oktober, im November, im Dezember. Die Frage ist, was Sie als geschäftsschädigender betrachten und ob der Ausschuss einfach verlängert wird und sich noch drei, vier, fünf, sechs Monate mit der Causa befasst?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, ich habe schon gesagt, was unsere Position ist, dass wir bemüht sind als Grazer Wechselseitige, Ihren Fragestellungen gegenüber sehr offen zu agieren, dass ich aber um Verständnis bitte. Das wäre so: Wenn Sie verantwortlich für ein Unternehmen sind, dann sind Sie gemäß Aktiengesetz auch verantwortlich für das Wohlergehen dieses Unternehmens, und das ist eine Aufgabenstellung, die Sie wahrzunehmen haben. Und im Rahmen dieser Aufgabenstellung sollten Sie dann, sollten wir dann die entsprechenden klaren, offenen und transparenten Worte haben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich denke mir, dass es fast unangenehmer ist für ein Unternehmen, dann monatelang vor dem Untersuchungsausschuss zu sitzen. – Aber gut.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich da kurz eingreifen. Herr Kollege! Die Gegenüberstellung ... (*Abg. Krainer: Nein, das war nur ... Ich mache jetzt ohnehin weiter!*) Nein! Der Untersuchungsausschuss **kann** einem Unternehmen **nicht schaden**, denn er kann höchstens seinen Auftrag erfüllen. Die Frage ist: Wie lange braucht er zur Erfüllung seines Auftrages?

Das, was ich gerne auch noch anhänge, wenn Sie erlauben wollen, Herr Dr. Ederer: Wir haben am Montag die Wirtschaftsprüfer neuerlich geladen, für Montag, nächste Woche. – Sie haben ja gesagt, Sie werden Gespräche führen, um Abwägungen vorzunehmen, dann hat es sicher Sinn, diese Gespräche vor dem Montag zu führen, damit man da ein Ergebnis hat, weil wir ja auch danach trachten wollen, dass, wenn es eine Entbindung gibt, die so rechtzeitig kommen soll, dass man nicht mehrfach laden muss, ja.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch noch die Mitarbeiter, und da haben wir das Kuriosum, denn das weiß Herr Dr. Ederer nicht, dass sich auch Mitarbeiter oder ehemalige Mitarbeiter auf das Geschäftsgeheimnis berufen, wenn man sie fragt: Wer war denn in Ihrer Urlaubsabwesenheit der Stellvertreter? Man darf sich dann nicht wundern, wenn einmal dann bei einer passenden Gelegenheit ein Mitarbeiter, weil er so verunsichert ist unter Umständen, dann unter Beugestrafe gesetzt wird, nur weil er vor lauter Angst, er wird in Anspruch genommen von der Bank, das wird ja immer so begründet, sich dann nicht einmal mitzuteilen traut, weil das ein Betriebsgeheimnis sei, wer der Stellvertreter ist.

Das ist die **Auswirkung**, und da wird es dann zur Farce. Dann dauern solche Dinge länger, und das färbt auch nicht gut auf die Bank ab, das sage ich auch dazu.

**Dr. Othmar Ederer:** Ich hoffe, ich konnte Ihnen in meiner Beantwortung ein anderes Bild geben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja. Das hängt vielleicht auch mit Ihrer Position zusammen. (*Dr. Ederer: Bitte?*) Das hängt vielleicht auch mit Ihrer Position zusammen: Sie werden sich weniger vor dem Vorstand „fürchten“ als ein ehemaliger Mitarbeiter.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Schauen Sie, die ehemaligen Mitarbeiter – einmal ganz offen ausgesprochen – kommen mit dem Firmenanwalt hierher, der noch dazu aufpasst wie ein Haftelmacher, was die hier sagen. Dann werden solche Befragungen wertlos, wenn die als Vertrauensperson kommen, ja. Und hier gäbe es Kooperationsmöglichkeiten schon auf dieser Ebene, die wir bis jetzt nicht erkennen, denn wenn der Aufpasser mitgeschickt wird, dann ist das nicht die Vertrauensperson. Man kann tausend Vertrauenspersonen wählen: Betriebsräte, andere Anwälte, die nicht Firmenanwälte sind, und, und, und, aber so müssen wir die Leute heimschicken. Oder wenn man den Gutachter als Vertrauensperson mitschickt, der hier voraussichtlich selbst geladen wird, da verzögert man etwas. Das ist Taktik, und das wird betrieben. Und da würde ich bitten, auch da kann man einwirken, dass das anders gestaltet wird, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass der Mitarbeiter, der da ist, sich diese Vertrauensperson mitnimmt. So sehe ich das.

**Dr. Othmar Ederer:** Wenn Sie mir erlauben, nur kurz dazu Stellung zu nehmen, denn nur das ist mir auch geläufig gewesen aus der Befragung am Montag. Es ist **keineswegs** die Absicht der Bank gewesen, wenn sie Herrn Dr. Klaus mitschickt als Vertrauensanwalt, dass wir verzögern oder Ähnliches. Es war bis zu diesem Zeitpunkt,

bitte, in keinster Weise klar, dass Sie Dr. Klaus als Zeugen laden wollen. Es ist auch nicht sehr angenehm ... – Also, ich habe in Wien schon monatelang gehört, dass ich die Ehre habe, hier zu erscheinen, und gesagt haben Sie es mir etwa eine Woche davor, was zwar bei Terminplanung nicht ganz so einfach ist, aber das ist nun einmal so. Wenn Sie uns also solche Dinge vorher sagen würden, dann würden wir auch nicht jemanden mitschicken, den Sie dann als Zeugen laden wollen. Unsere Absicht ist es also keineswegs, um das noch einmal sehr klar zu sagen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir sind auf Mehrheitsbeschlüsse angewiesen, und ...

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Ich will das nicht kommentieren; ich möchte nur sagen: Es ist nicht unsere Absicht ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Weil es sehr schwierig ist, mit der ÖVP einen Beschluss zu fassen, erfolgt er dann immer sehr kurzfristig. Ich sage das jetzt einmal so, wie es meinem Eindruck nach ist. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Es muss einen Sinn haben!*) Eben! Dann gibt es nur kurzfristige Ladungen, aber das wächst auf dem „Mist“ der Fraktion, die zu meiner Rechten sitzt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Darf ich mit meiner Befragung fortsetzen? Ich hoffe, das ging jetzt nicht alles auf meine Redezeit? (*Obmann Dr. Graf: Nein, ich habe ja ausgeschaltet!*) Wunderbar!

OeNB-Prüfungen gab es ja in Ihrer Zeit zumindest vier, nämlich 2001, 2004 – jetzt nur von der Hypo Alpe-Adria, also drei von der Hypo Alpe-Adria Bank AG und zwei von der Hypo Alpe-Adria International. – Sind Ihnen da die Prüfberichte bekannt?

**Dr. Othmar Ederer:** Der Prüfbericht 2006 ist mir im Detail bekannt, natürlich im Wesentlichen für die Hypo International. Der Prüfbericht für die Österreich-Bank ist nur ein Teilbereich, und ich bin auch nicht Aufsichtsrat der Hypo Alpe-Adria Österreich, sondern ich bin Aufsichtsrat der Holdinggesellschaft.

Der Prüfbericht der OeNB aus dem vergangenen Jahr ist mir im Detail bekannt, auch der Rohbericht, die Stellungnahme und auch der Endbericht. (*Abg. Krainer: Das Letzte habe ich jetzt nicht verstanden.*) Auch der Endbericht, auch die Endfassung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, auch die Gegenäußerung. Gut.

**Dr. Othmar Ederer:** Auch die Gegenäußerung, also unsere Position, und dann der Endbericht, der eben verfasst wurde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und 2001, 2004?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich kenne den Nationalbank-Prüfungsbericht 2004; zu 2001 ist mir nur in Erinnerung, dass es einen gegeben hat, aber ich kenne ihn nicht im Detail.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie ihn nie gekannt oder ist er Ihnen jetzt nicht erinnerlich?

**Dr. Othmar Ederer:** Er ist mir jetzt nicht erinnerlich. Ich gehe davon aus, dass er uns damals berichtet wurde. Also, berichtet ist er mit Sicherheit worden, und die wesentlichen Inhalte sind auch berichtet worden. Das hat ja auch dann letztlich zu Schritten geführt, wie zum Beispiel der Beauftragung der KPMG für das Treasury und Ähnliches.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie meinen damit, dass in dem 2001-er-Bericht allein in der Zusammenfassung ja bereits ausgeführt wird, dass die Hypo Alpe-Adria im Moment nicht imstande ist, die Swaps in der EDV darzustellen und die Werthaltigkeit oder Nichtwerthaltigkeit und die offenen Positionen in dieser Frage nicht darstellen kann?

**Dr. Othmar Ederer:** Mir ist jetzt, sage ich einmal, genau dieser eine Satz jetzt nicht präsent, aber dass ich hier – auf die Frage vom Herrn Mag. Rossmann, glaube ich, war das: Was erwarten Sie von einem funktionierenden System im Bereich Treasury? – klar gesagt habe: Einen sauberen Produkteinführungsprozess und auch eine Berechnung der Swaps in den eigenen vier Wänden, taggleich. Und das hatten wir nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass im Jahr 2006 im Bericht ein ähnlicher Vorhalt gemacht wurde seitens der OeNB, nämlich dass die EDV jedenfalls *nicht* in der Lage war, diesen einen speziellen Swap abzubilden? (*Dr. Ederer: Richtig, ja.*) So unter dem Motto, sie wussten gar nicht, was sie tun, und konnten das gar nicht bewerten?

**Dr. Othmar Ederer:** Das halte ich für eine etwas überzogene Formulierung, aber im Sinne einer effizienten Abwicklung von solchen Produkten, vor allem, wenn Sie mehrere solche Produkte und nicht ein Einzelprodukt haben, ist es natürlich sinnvoll, solche Produkte in Ihrem EDV-System abzubilden und sie laufend unter Kontrolle zu haben. Zu sagen, ich kann nur etwas machen, wenn ich alles im EDV-Bereich habe, ist eine etwas zu enge Sichtweise, denn Sie könnten ja Einzeldinge haben, die Sie sehr wohl unter Beobachtung haben. Das Kernproblem ist, dass Sie solche Sachen ja nicht für Einzeldinge machen, sondern Sie müssen ja schauen, dass Sie solche Produkte ja nicht mehrfach haben, und dann sollte das klarerweise automatisiert sein. Das heißt, die Forderung, es EDV-technisch abwickelbar zu haben, ist eine durchaus sinnvolle und legitime.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Die OeNB hat im Prinzip bemängelt, dass es gar nicht die – unter Anführungszeichen – „Fähigkeit“ gab innerhalb der Hypo Alpe-Adria, diesen Swap in die einzelnen Schritte des Produkts zu zerlegen und eine einzelne Bepreisung und Risikobewertung dieser verschiedenen Schritte, wo es ja um Zinsrisiko, um Währungsrisiko geht ... und diese einzelnen Schritte gar nicht bepreisen und bewerten konnte.

**Dr. Othmar Ederer:** Der Punkt war, dass in dem Zustand, wo das mit dem Swap passiert ist, diese vollautomatische Bepreisung im Hause für diese Produkte nicht gegeben war. Und das war im Endeffekt genau der Punkt, dass es sinnvoll ist, solche Produkte klarerweise auch in einem sauberen Produkteinführungsprozess klar zu definieren, EDV-technisch zu automatisieren und dann laufend unter Kontrolle zu halten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Es wurde auch bemängelt, dass es gar kein Produkteinführungssystem gibt.

**Dr. Othmar Ederer:** Es gibt sehr wohl ein Produkteinführungssystem, aber es entsprach offensichtlich nicht den Erwartungshaltungen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Laszlo, der Prüfungsleiter bei der Prüfung 2006 hat hier zum Beispiel gesagt, Seite 76, 30. Sitzung; ich zitiere wörtlich:

„Wir haben in unserem Prüfbericht auch moniert, dass es andererseits aber in der Produktspezifikation oder, wenn Sie so wollen, dem Produktvertrag, den Sie vom Counterparty bekommen – das sind mehrere Seiten auf Englisch, und da steht wortwörtlich drin, dass man speziell bei diesen Produkten darauf hinweist, dass ein Verlust aus dem Produkt ein Mehrfaches des Nominalwertes annehmen kann.“ – Zitatende.

**Dr. Othmar Ederer:** Das hat sich bei diesem Swap auch so herausgestellt, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Zu welchem Zeitpunkt haben Sie das erfahren? (*Dr. Ederer: Bitte?*) Zu welchem Zeitpunkt haben Sie das erfahren? Durch den Bericht oder bereits vorher? (*Dr. Ederer: Durch den Bericht der Nationalbank oder vorher?*) Ja.

**Dr. Othmar Ederer:** Ab dem Zeitpunkt, zu dem ich auch einen Swap selber bei mir auf dem Schreibtisch gehabt habe, also **nach** dem März 2006.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Erst nach dem März 2006?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, als ich auch einen **Vertrag** – also, ich habe mir als Ökonom die Mühe gemacht, zu versuchen, das nachzuvollziehen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, nach dem 19. Mai 2005 beziehungsweise 28. Juni 2005 sahen Sie noch gar keine Veranlassung, sich das genauer anzuschauen, was da passiert ist?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich glaube, das habe ich wiederholt versucht, hier darzulegen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja. Sie haben bisher dargelegt, dass Sie sich nicht veranlasst sahen, die Bilanz 2004 in Frage zu stellen; Sie haben sich nicht veranlasst gesehen, den Aufsichtsrat zu informieren oder den Vorstand darauf hinzuweisen, dass er bei der nächsten Aufsichtsratssitzung informiert; Sie haben sich nicht veranlasst gesehen, mit dem Wirtschaftsprüfer darüber zu sprechen, aber ich habe nicht gewusst, dass Sie sich auch nicht veranlasst gesehen haben, sich einen Swap anzuschauen. Es hätte ja sein können, dass Sie das bereits früher gemacht hätten.

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Krainer, ich glaube, es ist völlig unüblich, dass sich ein Aufsichtsrat so ein technisches Detailgeschäft im Detail vorlegen lässt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Vielleicht, wenn es zwei Jahresgewinne kostet?

**Dr. Othmar Ederer:** Wenn man es nachher weiß, Herr Krainer.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das haben Sie ja im Juni 2005 erfahren, dass es zwei Jahresgewinne kostet.

**Dr. Othmar Ederer:** Ich kann es Ihnen noch einmal, wiederholt, ex post sagen ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Aber wir brauchen uns da nicht ewig aufzuhalten. (*Dr. Ederer: Ja, gut!*)

Die Frage ist dann: Der Aufsichtsrat wurde ja irgendwann informiert. Von wem wurde er informiert, und wann wurde er informiert?

**Dr. Othmar Ederer:** Die Gesamtinformation an den Aufsichtsrat ist im Detail am 5. 4. 2006 erfolgt. Einberufen worden ist er nach der Sitzung bei der FMA am 31. 3., und am 5. 4. ist er dann noch einmal voll informiert worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sind da einzelne Mitglieder bereits vorab informiert worden oder vorab informiert gewesen? Sind außer dem Präsidium des Aufsichtsrates andere Mitglieder bereits vor dieser Sitzung informiert worden – ist Ihnen das bekannt? –, durch Sie oder durch andere?

**Dr. Othmar Ederer:** Durch mich sind die Mitglieder der Grazer Wechselseitigen bereits seit 20. 3. darüber informiert gewesen, dass es hier ein Bilanzierungsproblem gibt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass andere Mitglieder vor dem 5. April informiert waren?

**Dr. Othmar Ederer:** Dazu kann ich Ihnen nichts sagen, weil ich nicht diese Berichtspflicht habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ja, das ist schon klar. Die Frage ist nur, ob Sie Wahrnehmungen darüber haben, aber nicht, dass Sie dazu verpflichtet gewesen wären, sie über irgendetwas zu informieren.

**Dr. Othmar Ederer:** Entschuldigung; dass ich die richtigen Begriffe wähle: Ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Noch eine Frage: Die OeNB-Prüfungen selbst sind Ihnen mitgeteilt worden, die haben stattgefunden. Haben Sie die auch schriftlich bekommen, oder sind sie seitens des Vorstandes nur dargestellt worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Den OeNB-Prüfungsbericht ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also 2001, 2004, jetzt einfach als laufende Praxis.

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, ich habe Ihnen gesagt, 2006 habe ich im Detail bekommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Davon gehe ich aus, ja.

**Dr. Othmar Ederer:** 2001 und 2004 bin ich informiert worden. Aber der Nationalbankprüferbericht ist auch nicht in vollem Umfang vorgelegt worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sind Sie da als Aufsichtsratspräsidium oder als Aufsichtsrat informiert worden? (*Dr. Ederer: Als Aufsichtsrat!*) – Das heißt, im Aufsichtsrat ist irgendwann einmal berichtet worden: Es kommt eine OeNB-Prüfung, oder es war eine OeNB-Prüfung, die wesentlichen Sachen sind das, das und das? (*Dr. Ederer: Ja! Natürlich!*) – Und: Das und das machen wir, um die Anregungen der Aufsicht irgendwie umzusetzen? (*Dr. Ederer: Ja!*) Gut.

Ich muss noch einmal auf den 31. März zurückkommen. Sie haben bei der Befragung von, glaube ich, Kollegin Trunk gesagt, dass Sie auch am 21. April 2006 ein Gespräch bei der FMA hatten und dass Sie da den Eindruck hatten, dass es eine Vorverurteilung des Vorstandsdirektors Kulterer gibt?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich habe den Begriff **Vorverurteilung** nicht gewählt. Es ist gefragt worden, ich wäre als Zeuge geladen – in einem Schriftsatz –, und ich habe dargelegt, wie der Gesprächsverlauf aus meiner Sicht war und dass mir der Vorstand der FMA mitgeteilt hat, dass er der Meinung ist auf Grund der – ob das eine Vorverurteilung ist oder nicht, oder was immer ... – Ich bin kein Jurist, ich bin Ökonom.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Hatten Sie am 31. März bereits einen ähnlichen Eindruck? – Da waren Sie auch bei der FMA.

**Dr. Othmar Ederer:** Am 31. März hat man uns am Ende der Sitzung sehr klar gesagt, dass man auch Erhebungen über die Zuverlässigkeit der Geschäftsleitung einleiten wird. Was man ja dann durch die Vor-Ort-Prüfung gemacht hat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Im Prinzip war der 31. März so, dass die FMA wahrscheinlich einmal ein bisschen ein Bild davon haben wollte, was da abgelaufen ist. Da waren Sie um halb acht dort, haben Sie gesagt?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich war vorher dort und habe eben dem Vorstand meinen Bericht gegeben. Danach gab es eine große Runde, in der die Wirtschaftsprüfer ihre Positionen dargelegt haben, sowohl Confida als auch vor allem Deloitte. Weiters waren sowohl das Aufsichtspräsidium, Moser und ich, als auch Kulterer und Mitarbeiter von Herrn Kulterer dabei.

Am Vormittag ging es darum, im Endeffekt den gesamten Verlauf darzustellen. Es gab auch Kleingruppengespräche zwischen den Fachvertretern der FMA und den Mitarbeitern der Hypo Alpe-Adria Bank, um ein möglichst klares und präzises Bild über den Vorgang zu bekommen. Am Ende gab es eine kleine Runde, in der festgelegt wurde, welche Schritte man unternimmt, und auch festgelegt wurde, was Herr Dr. Kulterer in der darauf folgenden Pressekonferenz quasi als Ergebnis darlegen kann.

Im Konkreten ging es darum, dass es eine Anzeige gegen Herrn Rauscher seitens der FMA geben sollte; dass es eine Überprüfung der Bilanzen 2004 und 2005 geben wird, das heißt, dass beide Bilanzen aufzumachen sind, oder genauer, dass die 2004er aufzumachen ist, die 2005er war ja noch nicht zu; dass Meldeverletzungen vorliegen; dass auf Grund der Ergebnisse auch Strafzinsen zu erwarten sind; dass – damit ich jetzt nichts Falsches sage (*die Auskunftsperson liest in ihren Unterlagen nach*) – die Vor-Ort-Prüfung bereits am gleichen Tag in der Früh begonnen hat; dass aber aus den Aussagen der Wirtschaftsprüfer auch klar war, dass nie eine Bestandsgefährdung der Bank bestanden hat und dass die Bank in der Lage ist, diesen Verlust aus eigener Kraft zu bewältigen.

Das war es, glaube ich, im Wesentlichen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Inwiefern haben Sie dann die weitere Tätigkeit der Finanzmarktaufsicht – damit meine FMA, BMF, OeNB – nach dem 31. erlebt?

Es war also klar, dass die Prüfung begonnen hatte; die OeNB war damit beauftragt, und ein OeNB-Prüfteam war vor Ort. Sie hatten dann eine Aufsichtsratssitzung. Ich nehme an, da wurde über die Maßnahmen der Behörde informiert.

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, und über die Schritte, die wir einzuleiten haben: eben das Gleiche, wieder Bilanzen neu zu erstellen et cetera, et cetera. Dann gab es eine weitere Aufsichtsratssitzung am 10. 4., in der die Wirtschaftsprüfer, unter anderen auch Herr Dr. Göth, Stellungnahmen im Detail abgegeben haben und dann die weitere Vorgangsweise beschlossen wurde, insbesondere auch, unverzüglich die Suche nach einem Risikovorstand durchzuführen. Dann gab es das nächste Gespräch mit der FMA am 21. 4., dann gab es Telefonate ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Eine Frage dazwischen: Stimmt es, dass der Vorstand Kulterer für Markt und Risiko zuständig war?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein. Moment: Der Vorstand Kulterer war ... – Also es gab eine klare Trennung zwischen Markt und Marktfolge, soweit mir das im Gedächtnis ist. Für den Markt war Striedinger zuständig, für das Risiko war Kulterer zuständig. Im Treasury gab es eine Trennung zwischen Morgl und Kulterer. Es ist also sehr wohl versucht worden, diese Trennung jeweils auch auf Vorstandsebene durchzuführen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Welcher Vorstand war für dieses Swap-Geschäft zuständig?

**Dr. Othmar Ederer:** Für das Swap-Geschäft war, was das Treasury betrifft, Kulterer zuständig. Was die Abwicklung betrifft – also die andere Seite –, war der Vorstandsbereich von Herrn Morgl zuständig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, das ist das so genannte Back Office? (*Dr. Ederer: Back Office, ja!*) Stimmt es Ihren Informationen zufolge, dass Kulterer dann über Probleme mit diesem Swap informiert wurde? (*Dr. Ederer: Bitte?*) – Stimmt es, dass Kulterer – ich glaube, am 17. November – darüber informiert wurde, dass es Probleme mit diesem Swap gibt?

**Dr. Othmar Ederer:** Soweit mir erinnerlich, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wissen Sie, wann der für die Abwicklung zuständige Vorstand informiert wurde?

**Dr. Othmar Ederer:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Was ich sicher sagen kann, ist, dass am 14. 12. der Gesamtvorstand informiert war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, dass davor irgendein Vorstandsmitglied von Kulterer informiert wurde?

**Dr. Othmar Ederer:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gab es da auch einen Wechsel des Vorstandes?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein. (*Abg. Krainer: Aha!*) Nein, das habe ich, glaube ich, in Ihrer Abwesenheit dem Kollegen erklärt (*Abg. Krainer: Ja, ja!*), dass Herr Morgl seit Beginn des Jahres ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das weiß ich schon, da war ich ohnehin hier. Da haben Sie gesagt, dass er zu dem Zeitpunkt zehn Monate im Amt war.

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, sonst gab es keine Veränderung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Vier Wochen sind auch relativ lang für so eine Mitteilung an den Vorstandskollegen.

**Dr. Othmar Ederer:** Ich kann Ihnen nur die Fakten nennen, die mir evident sind.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Setzen Sie fort: Dann war dieses Gespräch am 21. April, das Sie so geschildert haben, dass Sie den Eindruck hatten, dass dort, obwohl die Prüfung der OeNB ja noch gelaufen ist, der Vorstand der FMA Ihnen schon relativ klar seine Sicht der Dinge mitgeteilt hat. (*Dr. Ederer: Ja!*) – Wie war der genaue Wortlaut dessen, was die Vorstände der FMA geäußert haben?

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Krainer, ich habe kein Wortprotokoll mitgeschrieben, sondern ich habe das mitgeschrieben, was ich als Wahrnehmung aufgenommen habe, nämlich dass die Vorwürfe gegen Herrn Dr. Kulterer doch so massiv sind und dass so massive Verletzungen gemäß § 39 BWG vorliegen, dass eine Abberufung von Herrn Kulterer unumgänglich ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie haben Sie darauf reagiert?

**Dr. Othmar Ederer:** Derweil waren Sie wahrscheinlich auch draußen: Ich habe gesagt, dass ich das nicht verstehe. Dass ich zwar weiß, dass hier doch ein massiver Fehler passiert ist und auch ein dramatischer Verlust entstanden ist, aber dass ich die Aufbauleistung des Herrn Kulterer und auch seine Kompetenz als so wesentlich und wichtig ansehe, dass man auf Grund dieses einen Vorfalles nicht diese strenge Konsequenz verlangen könne.

Bei der Meinung bin ich bis zum Ende geblieben, und ich bin auch heute noch dieser Meinung. Aber wir haben uns anders geeinigt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Auf diese Rotation in den Aufsichtsrat. – Dann kam dieser Prüfbericht der OeNB vom Jahr 2006, den Sie im Detail kennen. Den werden Sie, ich weiß nicht, im Juni bekommen haben?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja. Na, es gab dazwischen Telefonate mit der FMA, eines am 15. 11., es gab eines Anfang Juni. Dann gab es ein Treffen mit der FMA am 9. 6. und so weiter.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Da lag der Bericht ja schon vor. Ich glaube, dass er Ende ...

**Dr. Othmar Ederer:** Am 9. 6. lag der OeNB-Bericht in der Rohfassung vor, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Da gab es ein Gespräch mit der Finanzmarktaufsicht? (*Dr. Ederer: Ja!*) – Waren da Vertreter der OeNB anwesend? (*Dr. Ederer: Nein!*) – Was wurde da besprochen?

**Dr. Othmar Ederer:** Bei dem Gespräch am 9. 6. ging es vornehmlich zuerst einmal um die Bilanzierung 2004/2005, dass dies alles erledigt und abgeschlossen ist. Dann ging es um die Diskussion über die Presseaktivitäten, in der wir uns über die Form der Öffentlichkeitsarbeit als ... – Da habe ich hinterfragt, warum das so sein muss und warum es nicht auch anders gehen würde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben kritisiert, dass die Finanzmarktaufsicht zu öffentlich vorgeht, oder?

**Dr. Othmar Ederer:** Im Konkreten ging es darum, dass auch eine Äußerung von mir wiedergegeben wurde, die so nie gefallen ist. Ich bin nicht am 21. 4. zur FMA gekommen und habe gefragt, wie ein Geschäftsleitungs-Enthebungsverfahren vor sich gehen soll, sondern ich bin am 21. 4. ... Das stand im „FORMAT“, glaube ich, so drin.

Ich bin am 21. 4. seitens der **FMA** mit dieser ihrer Einstellung konfrontiert worden. Aber im „FORMAT“-Artikel stand drin, *ich* wäre hingegangen und hätte gefragt, wie ein Amtsleiter-Enthebungsverfahren vonstatten geht und was man da zu tun hätte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Als Quelle ist da die FMA angegeben gewesen?

**Dr. Othmar Ederer:** Als Quelle ist in dem „FORMAT“-Artikel ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War ein Zitat dabei: laut ...?

**Dr. Othmar Ederer:** Es ging um diesen Aktenvermerk von Frau Mag. Siegl. Dann stand drin:

Brisant ist das Papier deshalb, weil am 21. April die Untersuchung noch nicht abgeschlossen, sondern in vollem Gang war. Unter Anführungszeichen: Dies bezieht sich auf ein Gespräch, um das Herr Dr. Ederer die Vorstände der FMA gebeten hat. Das war nicht Teil des behördlichen Verfahrens, erklärt FMA-Sprecher Grubelnik gegenüber NEWS: Ederer habe wissen wollen, wie ein Geschäftsleiter-Enthebungsverfahren grundsätzlich aussieht und was man in einem solchen Fall tun könne.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich verstehe. Das war hier klar, dass ein Vertreter der FMA etwas wiedergibt, von dem Sie gesagt haben: Das ist nicht so passiert.

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist nicht so passiert, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das haben Sie am 9. Juni kritisiert. Was war da ...

**Dr. Othmar Ederer:** Das habe ich gesagt, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was war da die Reaktion?

**Dr. Othmar Ederer:** Die Reaktion war so: ob es sehr dienlich ist, dass wir über solche Dinge reden. Dann habe ich das als solches einmal zur Kenntnis genommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie noch etwas an der FMA kritisiert?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, und zwar das, was ich Ihnen schon gesagt habe: Dass ich der Meinung war, dass die Bilanzierung auch in anderer Form hätte erfolgen können, und

dass ich nicht verstanden habe, warum man diese harte Haltung einnimmt. Aber das habe ich, glaube ich, schon erläutert.

Dann haben wir das weitere Procedere besprochen: wann der OeNB-Bericht zu beantworten ist, wann es zur FMA geht und wie das weitere Vorgehen erfolgen sollte. Wir sind dann so verblieben, dass wir voraussichtlich den nächsten Besprechungstermin Anfang Juli haben werden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Weil zu diesem Zeitpunkt Ihre Äußerung und die Gegenäußerung der OeNB vorliegt?

**Dr. Othmar Ederer:** Weil dann die Äußerungen da sind und die entsprechenden Klarheiten, zumindest von unserer Seite, und von ihrer Seite da sind. Dann hat es nur ein Vieraugengespräch zwischen Herrn Traumüller und mir gegeben, in dem wir beide uns aber darauf verständigt haben, dass dies nicht Teil des Verfahrens ist. (*Abg. Krainer: Entschuldigen Sie, ich habe Sie akustisch nicht verstanden: Dass es was?*)

Dass dies nicht Teil des Verfahrens der Hypo Alpe-Adria Bank ist. Wir haben auch andere Dinge der GraWe besprochen, also keine Hypo-Alpe-Adria-Termine.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Jetzt folgende Frage. Der Vorstand Traumüller ist ja nicht zuständig für Versicherungen, oder?

**Dr. Othmar Ederer:** Die FMA ist zuständig für Versicherungen, Banken und Wertpapierdienstleistungen. (*Abg. Krainer: Ja, aber der Vorstand Traumüller?*) Es gibt keine andere FMA.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein. Aber der Vorstand Traumüller? Wie ist denn da die Aufteilung? Wer ist zuständig für Versicherungen?

**Dr. Othmar Ederer:** Mit Sicherheit ist er zuständig für ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Für die GraWe, okay. Ja, war nur eine Frage.

**Dr. Othmar Ederer:** Für den Versicherungssektor ist er ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben also ein Gespräch mit Traumüller über GraWe und über andere Fragen geführt?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja. Das nächste Gespräch: Es gab dann ein gemeinsames Telefonat von Pribil, Traumüller und mir am 5. 7.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was war dessen Inhalt?

**Dr. Othmar Ederer:** Was dort Gegenstand war? – Da war quasi Gegenstand, ob eine Lösung einer europäischen Gesellschaft eine taugliche Lösung sein kann, nämlich ein monistisches System, gemeinsam Vorstand und Aufsichtsrat. Es ging darum, ob Kulterer abgelöst wird oder nicht. Da habe ich gemeint, dass wir diesem Vorschlag eher nicht näher treten wollen. Das Gespräch ist am 13. noch einmal abgeführt worden. Dann ging es auch um den OeNB-Bericht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie immer diese Gespräche geführt? Warum nicht der Aufsichtsratsvorsitzende Moser? Oder waren Sie da eher der Hauptansprechpartner?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich habe dies auch wiederholt hier dargelegt, Herr Krainer, dass ich der Hauptansprechpartner für die Bank war. (*Abg. Krainer: Ja, okay!*)

Das erste Gespräch mit Kulterer und Moser gab es dann am 26.7.2006, wo es um die dann endgültige Lösung ging – das war das erste Gespräch. Das zweite Gespräch fand am 31.7.2007 statt. (*Abg. Krainer: Und was war dann diese ...*)

Direkte Gespräche mit Herrn Kulterer und mit Herrn Dr. Moser wurden von der FMA nicht geführt und wurden auch den Personen gegenüber meines Wissens verweigert.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** So, jetzt ... (Abg. **Krainer:** *Ich glaube, die ÖVP schenkt mir ihre Zeit!* – Abg. Mag. **Donnerbauer:** *Ich verschenke überhaupt nichts!*) Deren Zeit haben Sie ohnehin schon mit konsumiert. (Abg. Mag. **Donnerbauer:** *Wir haben keine Fragen!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich finde es ohnehin sehr vernünftig, dass man einen bestimmten Fragefluss nicht unterbricht und halt eine Grundregel hat; das ist ja nur zu begrüßen, wenn es halbwegs gleich verteilt ist.

Ich will jetzt in diesem Zusammenhang nur eine Frage stellen und dann weitergeben. – Kollege Krainer wird ja diese Dinge, hoffe ich, dann noch fertig fragen.

Irgendwann war der Punkt erreicht, Herr Dr. Ederer, dass man eben gesehen hat, man kann das nicht mehr halten, nehme ich an – das formuliere ich einmal salopp –, und dann war ja eine andere Entscheidung – ich will das Vorige jetzt nicht bewerten oder fragen, in diesem Sinn hinterfragen, das wird noch passieren, nehme ich an –, aber es war irgendwann der Punkt der Entscheidung: dann aber Aufsichtsratsvorsitzender, nämlich Herr Kulterer.

Jetzt mag es, glaube ich, dafür Motive geben, was Sie schildern, nämlich dieser Mensch, der sich überall auskennt, soll doch nicht aus der Bank hinaus, und so weiter, aber – und jetzt zur Frage kommend – da gibt es natürlich andere sozusagen Regelwerke und Codices, die dem aus verschiedenen Gründen, die hier zutreffen mögen oder nicht, aber grundsätzlich sozusagen entgegenstehen, wenn schon nicht juristisch, gesetzlich, aber doch.

Und jetzt die Frage: Warum hat man sozusagen das riskiert oder jedenfalls so gemacht, Herrn Kulterer in die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden zu transferieren? – Bei aller Problematik, die Ihnen wahrscheinlich bewusst ist.

**Dr. Othmar Ederer:** Für uns war es wesentlich, Herrn Dr. Kulterer für die Bank zu erhalten. Wir waren immer überzeugt davon, dass die Abberufung **nicht** gerechtfertigt ist und eine überzogene Maßnahme ist, wir haben aber, insbesondere ich, ab einem bestimmten Zeitpunkt erkennen müssen, dass es zwei Wege gibt: entweder streitanhängig zu werden oder eine Lösung zu finden. Und wir haben uns für Zweites entschieden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nämlich auf diese Art und Weise einmal aus dem Geschäftsleiter-Enthebungsverfahren herauszukommen sozusagen? Haben Sie das gemeint?

**Dr. Othmar Ederer:** Um nicht in ein Geschäftsleiter-Enthebungsverfahren mit allen möglichen negativen Auswirkungen auf die Bank et cetera ... – Das heißt die Frage der Wahl zwischen dem einen und dem anderen Übel. Und wir haben uns dafür entschieden, dass Herr Dr. Kulterer sein Amt zurücklegt. Für uns war es aber ganz wesentlich, das heißt für beide Eigentümer, für das Land, für die Mitarbeiter-Stiftung und für die GraWe, Herrn Dr. Kulterer im Unternehmen zu halten und ihn auch in dieser Position zu halten.

Uns war bewusst, dass hier seitens der Öffentlichkeit und durchaus auch seitens unseres Wettbewerbs – wir laufen hier nicht in einem freien Raum herum und sehen uns nur von wohlgesonnenen Bürgern umgeben –, dass hier sehr klar war, dass das durchaus auch zum Anlass genommen wird, darüber zu befinden.

Angesprochen auf den Corporate Governance Code: Sie wissen, dass der Corporate Governance Code in Österreich ganz klar nur für börsennotierte Unternehmungen

verpflichtend ist, nicht für nicht börsennotierte Unternehmungen. Die Hypo Alpe-Adria-Bank ist ein nicht börsennotiertes Unternehmen. Und welche Satzung sich ein Unternehmen gibt, ist im Freiraum dieses Unternehmens zu sehen, auch wenn das die öffentliche Hand etwas anders sieht.

Aber hier war abzuschätzen: Will man den Weg so gehen oder so gehen, und wir haben uns entschieden, den Weg so zu gehen, nämlich Herrn Dr. Kulterer in den Aufsichtsrat zu ... Und das ist auch durchaus mit der FMA abgestimmt worden, wiewohl auch klar war, dass die FMA das auch nicht verhindern hat können, weil das eine Eigentümerentscheidung ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, jetzt haben Sie eine Frage mit beantwortet, die nur mitgeschwungen ist, die jetzt gekommen wäre: Die Satzungsänderung hat stattgefunden, aber aus den Motiven, die Sie genannt haben. Da brauche ich Sie nicht weiter zu fragen. Allerdings, Sie sagten ja zutreffend: weil ja nicht börsennotiert, kann man ja die Satzung in dieser Form selbst wählen. Aber es war allen bekannt, dass sich die Hypo anschickte, an die Börse zu gehen, wie man so schön sagt, und diesfalls waren ja sehr wohl negative Befürchtungen zutreffend dann auch von der öffentlichen Kommentierung.

Die Frage also noch einmal: Dieses Risiko hat man ja offensichtlich auch bewusst in Kauf genommen. In Wirklichkeit lautet jetzt natürlich die Fragestellung: Hat man dann schon damit kalkuliert, dass ein Börsegang ohnehin so schnell nicht möglich ist, also dass diese Krot gefressen werden muss, aber auch verdaut werden kann, denn von einem Börsegang konnte ja in dieser Situation so schnell gar keine Rede sein? Da habe ich mir gleich einmal die Antwort vermutlich mit gegeben, ich würde Sie aber um Stellungnahme bitten.

Und zum Schluss dieses Komplexes jetzt einmal: Haben Sie damals gewusst, dass Kulterer, mit wem und in welcher Absprache auch immer, weiters Handlungen setzen wird oder setzen soll, die die Eigentumsverhältnisse der Bank umbauen sollen? Dann eben kein Börsegang, sondern anders.

Natürlich, jetzt sind wir gescheitert, denn jetzt haben wir ja gesehen, was sich alles abgespielt hat.

Die Frage lautet also: Haben Sie Wahrnehmungen darüber, ob Kulterer damals schon bestimmte Vorhaben in die Wege leiten wollte, die mit dazu geführt haben, was wir heute alle beobachten und in den letzten Wochen in den Zeitungen lesen konnten.

**Dr. Othmar Ederer:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung, Herr Mag. Kogler. Zu dem Zeitpunkt, wo wir zu entscheiden hatten, war klar, dass wir eine Kapitalerhöhung brauchen und dass wir natürlich für diese Kapitalerhöhung, die wir uns vom Kapitalmarkt erwartet haben, Herrn Dr. Kulterer, wie wir glauben, gebraucht haben. Wenn Sie dies unter dem Thema Eigentumsverhältnisse sehen, dann trifft das zu.

Selbstverständlich war es uns wichtig, Herrn Dr. Kulterer als Aufsichtsratsvorsitzenden in der Bank weiterhin zu halten, um sein Wissen, sein Know-how, seine Erfahrung auch dazu zu nützen, quasi diese Bank weiterzuentwickeln und auch auf dem Kapitalmarkt diese Kapitalerhöhung zustande zu bringen.

Herr Kulterer war auch in die Suche nach Investoren für die Kapitalerhöhung im September, Oktober, November ganz entscheidend eingebunden und war mit dem Vorstand, Herrn Grigg und Herrn Kocher, auch auf Road-Show.

Dazu, worauf Sie möglicherweise mit Ihrer Frage abzielen, ob wir damals schon das im Auge gehabt haben, was sich im Mai dann ergeben hat, kann ich sagen, habe ich keine Wahrnehmungen, und das war aus meiner Wahrnehmung auch sicherlich ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und wann hat Kulterer, der hier offensichtlich als Quasi-Manager mit unterwegs war oder als Beauftragter ...

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, nicht Quasi-Manager, als Aufsichtsratsvorsitzender, bitte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wann hat der dem Aufsichtsrat seine Pläne offengelegt? Er hat ja sehr viele aktive Handlungen gesetzt.

**Dr. Othmar Ederer:** Dem Aufsichtsrat hat er diese Dinge überhaupt nicht offengelegt. Was die Eigentümersuche betrifft: Es ist nicht Aufgabe eines Aufsichtsrates, Eigentümer zu suchen, sondern die Aufgabe der Eigentümer ist es im Endeffekt, zu schauen, ob sie ihre Eigentumsverhältnisse so lassen oder verändern. Diese Aufgabenstellung ... Für uns war klar, dass mit dem Einstieg von Berlin eben eine neue Eigentümerstruktur gegeben ist, und die neuen Eigentümer haben sich dann im Laufe der Zeit auf eine Veränderung dieser Eigentümerstruktur verständigt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber das war damals noch nicht absehbar, was später ... (*Dr. Ederer: Nein, absolut nicht!*) Das wollen Sie zum Ausdruck bringen. (*Dr. Ederer: Absolut nicht!*) – Gut. Danke.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir machen eine zirka 10-minütige Pause bis 16.10 Uhr.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 16.01 Uhr **unterbrochen** und um 16.21 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

\*\*\*\*\*

16.21

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Klement das Wort.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Herr Dr. Ederer, Sie haben sich vorhin ausführlich mit dem Kollegen Kogler über die Art und Weise unterhalten, wie Herr Kulterer vom Vorstand in den Aufsichtsrat gewechselt ist. Und Sie haben gesagt, dass es durchaus üblich ist, dass solche Satzungsänderungen vorgenommen werden können, dass es auch in Ordnung ist, dass ein Wechsel stattfindet.

Ich gebe zu bedenken, dass Kulterer sehr oft in den letzten Tagen, Wochen, Monaten und auch Jahren negativ in den Schlagzeilen gestanden ist und dass das natürlich auch ein schlechtes Licht auf eine Bank wie die Hypo wirft. Ich glaube nicht, dass Sie uns bestätigen können, dass wir Herrn Kulterer als Unschuldengel bezeichnen können. Ich glaube sehr wohl, dass es hier nicht für die Hypo, sondern auch für das gesamte Land Kärnten doch zu einem Imageschaden gekommen ist. Vielleicht können Sie uns Ihre Meinung dazu kundtun?

**Dr. Othmar Ederer:** Zum Thema, dass es üblich sei, Satzungsänderungen zu machen, möchte ich klarstellen: Ich habe **nicht** gesagt, dass es üblich ist, Satzungsänderungen zu machen, sondern dass es den Unternehmungen freisteht, Satzungen zu ändern, wenn sie der Meinung sind, dass solche Satzungsänderungen erforderlich und sinnvoll sind. In dem konkreten Fall haben wir eine Passage in der Satzung der Hypo Alpe-Adria Bank geändert, weil wir der Überzeugung waren, dass dies im Gesamtnutzen für die Bank größer ist als der Nachteil.

Uns war auch bewusst, dass diese Situation in der öffentlichen Debatte auf Grund der unterschiedlichen Situationen auch unterschiedlich bewertet wird – sowohl von der politischen Seite als auch von unserer Wettbewerberseite. Wir haben durchaus auch interessante Kommentare unserer Wettbewerber bekommen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Welche Kommentare könnten das zum Beispiel sein?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist alles nachzulesen. Ich möchte es nicht wiederholen. Es war aber ganz klar, dass wir uns für diesen Weg entschieden haben, weil wir der Meinung waren, dass der Herr Kulterer für die Bank unverzichtbar ist. Ich habe auch heute gesagt, dass die Aufbauleistung, die der Herr Dr. Kulterer mit seinem ganzen Team – das ist ja keine Einzelperson, das Ganze ist ja nicht ein Werk einer Person, sondern das ist ein Werk, dass jemand als Führungskraft vorne steht und ein entsprechendes Team aufbauen kann und mit diesem Team etwas zusammenbringt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich da jetzt eingreifen, weil diesen Komplex haben wir wirklich schon wortidentisch abgearbeitet? Sie haben auch den Standpunkt vertreten, wenn ich es jetzt verkürzt sage, ein Schaden sei eingetreten, ein Mal ist so quasi kein Mal.

**Dr. Othmar Ederer:** Nicht kein Mal, aber es ist schon ein Mal immer noch ordentlich, aber es ist ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das haben wir jetzt alles schon gehört.

Zu neuen Themenkomplexen. Wir müssen hinsichtlich der Zeit auf die Tube drücken.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir „auf die Tube drücken“ wollen und müssen, noch einmal die Frage: Was muss denn ein Vorstand noch tun, damit er seines Amtes enthoben wird – auch wenn es eine einmalige Tat ist?

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Kollege! – Herr Abgeordneter! Entschuldigung.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. MAS Karlheinz Klement (FPÖ):** Vielleicht werden wir noch Kollegen, werden wir sehen. Vielleicht wechseln Sie ins Parlament und ich zur GraWe. (*Heiterkeit.*)

**Dr. Othmar Ederer:** Entschuldigung, dass ich hier eine falsche Wortwahl wähle.

Es gibt eine Menge von Handlungen, die jemand setzt, die zu einer sofortigen Abberufung eines Vorstandes führen können. Ich möchte hier einmal eines hernehmen: Eine Malversation, eine persönliche Bereicherung oder Ähnliches wäre etwas, worüber man überhaupt nicht nachdenken muss. Hier ging es darum, dass ein Fehler passiert ist, der in seiner Auswirkung groß war – absolut! –, ist auch nie von unserer Seite verheimlicht worden, verniedlicht worden. Ich muss aber trotzdem sagen, der Verlust war Eineinhalb-Jahresergebnisse. Er hat gesagt, wir haben eineinhalb Jahre umsonst arbeiten müssen. Es ist zwar nicht das, was man anstreben sollte im Wirtschaftsleben, sondern man sollte schauen, dass das ...

Nur eines bitte – und das möchte ich jetzt sehr offen in Richtung Kärnten sagen –: Die Hypo Alpe-Adria Bank ist für dieses Land auch ein gewaltiger Ertragsbringer gewesen, Arbeitsplatz schaffend gewesen. Und ich habe ja selber die Ehre, diesen Sektor schon lange zu kennen. Zu dem Zeitpunkt, als wir eingestiegen sind, war die Hypo Alpe-Adria Bank praktisch bankrott. Sie war die zweitschlechteste Hypobank in Österreich und sie ist heute mit Abstand die stärkste. Das Land Kärnten hat bis dato auch jede Menge an Haftungsprovisionen bekommen. Das Land Kärnten ist wirklich mit der Hypo Alpe-Adria Bank sehr gut gefahren. Ein anderes östliches Bundesland könnte sich da was

anderes überlegen. Aber da muss ich hier sehr klar sagen ... (Abg. Mag. **Kogler**: Da könnten Sie etwas dazu erzählen, oder?) – Bitte? (Abg. Mag. **Kogler**: Da haben Sie ja auch Einblicke! – Abg. **Bucher**: Bank Burgenland!) – Da haben wir auch Einblicke. (Heiterkeit der Auskunftsperson.)

Also noch einmal: Ich möchte hier noch einmal sehr klar sagen: Selbstverständlich, der Schaden ist ein immenser, ist ein riesengroßer, aber er war verkraftbar. Wir sehen heute, wo die Hypo wieder steht. Wir haben nur ein großes Pech auch gehabt – das möchte ich schon offen sagen, zumindest so wie wir es erlebt haben –, dass wir in Strudel einer ganz anderen Sache hineingekommen sind und dass man hier die eine mit der anderen Sache durchaus häufig vermischt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ)**: Herr Dr. Ederer, ich sehe durchaus Ihre Bemühungen, auch die positiven Seiten darzustellen. Es gibt sicher auch positive, es ist sicher auch in der Verantwortung der Bank gelegen, dem Land Kärnten zu dienen. Völlig klar. Ich denke nur an die ganzen Aufträge im Wohnbau und in weiteren Projekten, die Sie schon angeschnitten haben.

Aber ich gehe noch auf einen Punkt, der uns erst so klar wurde, als dieser Untersuchungsausschuss begonnen hat. Da sprach man bei der Hypo reflexartig immer über die Swapverluste. Jetzt ist auch Ihnen wahrscheinlich über einen Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“, Österreichausgabe, bekanntgeworden, dass dieses unglaubliche Wachstum der Hypobank ja nicht von irgendwo gekommen ist. Das muss sich ja irgendwoher ergeben haben.

Warum ist die Hypo so stark gewachsen? Warum haben es andere Banken nicht geschafft, in dieser kurzen Zeit so große Erfolge zu haben?

Jetzt komme ich auf den zweiten Punkt, der hier in diesem Ausschuss auch schon behandelt worden ist. Das sind diese Geldwäschevorwürfe.

Kennen Sie diesen Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“? (Dr. **Ederer**: Nein!) – Kennen Sie nicht? – Ich werde es mir zur Aufgabe machen, Ihnen das zu geben.

**Dr. Othmar Ederer**: Ich habe in letzter Zeit wenig Zeit zum Zeitunglesen gehabt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ)**: Bitte studieren Sie das! Ich will Ihnen nicht vorlesen, was in der Zeitung drinnen steht. Aber lesen Sie sich das durch! Da steht eindeutig drinnen, dass da unglaubliche Skandale passiert sind, in die Kulterer verwickelt war und wo schon Bürgerbewegungen in Istrien entstanden sind, um „sich dieser Laus zu entledigen“. – Ich sage das jetzt als Zitat. Das sind Zitate, die mir gegenüber in Kroatien – ich war vor kurzem dort – auch getätigt worden sind. Das ist eine Laus – und das war noch ein schönes Zitat.

Es gibt auch so etwas wie mafiose Banken aus Österreich. – Dieser Satz ist auch gefallen.

Und wenn Sie diesen Artikel durchlesen, sehen Sie, dass sich österreichische Banken – in diesem Fall vor allem die Hypo – massiv an kroatischen Immobiliengeschäften bereichert haben. Da waren auch Verbindungen bis hin zur Politik gegeben. Und viele dieser damals in Kroatien beteiligten Politiker sitzen heute hinter Gittern. Also werden Sie mir nicht erzählen können, dass hier alles so fein abgelaufen ist und dass diese Vorgänge mit dem schnellen Wachstum so unproblematisch über die Bühne gegangen sind.

**Dr. Othmar Ederer**: Ich bitte um Verständnis, dass ich Zeitungsartikel nicht kommentiere, schon gar nicht welche, die ich nicht kenne. Die Hypo Alpe-Adria Bank ist auch mit ihrer Tochtergesellschaft, der Hypo Croatia immer bemüht gewesen, eine

korrekte und faire Rolle auf dem kroatischen Markt zu spielen. Ich kann daher nur dann etwas dazu sagen, wenn ich wirklich Konkretes weiß.

Eines habe ich auch – jetzt mit zunehmender Lebenserfahrung – lernen müssen: Wenn ich immer alles das glauben würde, was in Zeitungen steht, auch meine Person betreffend – weil früher bin ich nicht drinnen gestanden, jetzt lese ich hin und wieder recht interessante Geschichten –, muss ich sagen, ist das eigentlich recht aufschlussreich, aber meist nicht wieder erkennbar. Ich will jetzt nicht sagen, dass „Die Zeit“, die ich als Zeitschrift sehr schätze, unsauber recherchiert hat. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich kann Ihnen nur eines sagen, dass wir bemüht sind. Ich habe das auch Herrn Kollegem Kogler gesagt, wann immer auch er Evidenzen hat, dass Dinge nicht so laufen, wo wir Beweise haben, wo ich – ich sage jetzt einmal – als Kontrollorgan oder als Aktionär Handlungen setzen kann, dann werde ich diese Handlungen setzen. Und wir werden auch klarerweise diesen Berichten nachgehen.

Wir werden dann sehen, was an politischem Gehalt dabei ist. Eines erlauben Sie mir als Nichtpolitiker, einem anderen Geschäftsmodell Zugehörigen aus den Privatwirtschaften zu sagen: Die Geschäftsmodelle sind sehr unterschiedlich – Ihr Geschäftsmodell und unser Geschäftsmodell. Und ich bleibe lieber bei meinem.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Danke sehr. Ich nehme das wohlwollend zur Kenntnis. Und ich lerne aus Ihren Ausführungen, wie Sie schön umschiffen – auch von Ihren Argumentationen kann ein Politiker lernen.

Aber noch einmal zu dem Punkt. Ich will nicht ein Festnageln auf diesen Zeitungsbericht und ich akzeptiere Ihre Aussage, dass Sie Zeitungsberichte nicht kommentieren, gehe aber noch einmal auf die Faktenlage der Bank ein und frage Sie konkret: Nachdem Herr Dr. Pipelka uns auch schon hier berichtet hat und auch darüber berichtet hat, dass die Consultants-Gruppe verkauft werden soll, würde ich gerne wissen, wie das mit diesem Consultants-Verkauf aussieht. Es ist auch direkt der Konnex mit Kroatien gegeben. Vielleicht können wir über diese geschäftliche Seite ein bisschen Licht in die Kroatienverbindungen bringen. An wen wird das verkauft? Können Sie darüber Auskunft geben?

**Dr. Othmar Ederer:** Da bitte ich um Verständnis: Das ist vertraulich zwischen den Partnern vereinbart, ebenso der Verkaufspreis. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir einen doch beträchtlichen Buchgewinn aus dem Verkauf der Consultants ziehen konnten.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Hängt das vielleicht auch damit zusammen, dass Sie bereits wussten, dass in Kroatien die Geschäfte nicht so laufen, wie sie laufen sollen – nicht nur vom Finanzergebnis, sondern auch vom Moralischen?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, Herr Kollege, absolut nicht. Sie können hier auch entsprechend nachlesen. Es war für uns als Grazer Wechselseitige immer klar, dass wir uns auf Kerngeschäftsfelder konzentrieren wollen. Das war auch ein bisschen die unterschiedliche Ansicht zwischen zum Beispiel Herrn Mag. Striedinger und der Grazer Wechselseitigen, dass wir uns klar gesagt haben, wir wollen uns konzentrieren auf Bank und Leasing und alles, was damit zusammenhängt. Und im Zuge der Entscheidung über den Börsegang im Jahr 2005 ist klar entschieden worden, alle Nicht-Bank- oder -Leasing-Operationen – wesentliche! – nicht weiter zu betreiben und sich davon zu trennen.

Das hat überhaupt nichts mit möglichen Vermutungen zu tun. Das war ganz klar – und ich sage Ihnen das auch persönlich aus meiner eigenen Erfahrung; ich war am Beginn meiner Laufzeit fünf Jahre bei Steyr-Daimler-Puch und habe als Eigentümer die CA gehabt –: Ich glaube nicht, dass Banken gute Eigentümer von Industriebetrieben sind.

Banken verstehen was von Banken, Versicherungen verstehen was von Versicherungen, aber das Industriegeschäft oder das Tourismusgeschäft sollten sie lieber bleiben lassen. Und das war die Entscheidung, sich von dem gesamten Consultants-Teil zu trennen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Jetzt frage ich noch einmal nach. Wenn Sie sich wirklich trennen von diesen bankenfremden Geschäften, wie stehen Sie dann dazu, dass die Hypo in Kroatien mit ihren Töchtern Immobiliengeschäfte betreibt?

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Teilbereiche von Immobilien passen durchaus dazu. Banken haben auch durchaus Immobilien-Portfolios – große Banken, große Portfolios, kleinere Banken haben auch Portfolios. Das sahen wir durchaus einen banknahen Teil. Aber wovon wir uns ganz klar trennen – und das ist der wesentliche Teil des Consultants-Bereiches –, ist der Bereich Tourismus, ist der Bereich Industriebetriebe, ist der Bereich Immobilien oder Liegenschaftsbevorratung oder Ähnliches im Grundzug. Das ist nicht das, was Kerngeschäft ist. Aber ein Immobilienfonds zum Beispiel oder Objekte, die sie in einem Immobilienfonds, haben, ist durchaus Kerngeschäft einer Bank.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Entschuldigung, Herr Dr. Ederer! Ich sprach nicht von Immobilienbeteiligungen oder von Immobilienfonds. Ich sprach direkt von Immobiliengeschäften. Das ist ein großer Unterschied. Und da gibt es eben Verbindungen von Hypo-Zweigstellen in Kroatien, die direkte Käufe und Verkäufe machten – auch mit Querverbindungen zu Österreich. (*Dr. Ederer: Machten!*) – Mit Vorwürfen so weitgehend, dass auch die Steuern, die da abzuführen gewesen wären, nicht abgeführt worden sind. Und das ist ein Unterschied!

**Dr. Othmar Ederer:** Sie haben gefragt, wie das mit dem Consultants-Verkauf war. Sie haben gesagt, ob das in Absicht war, weil wir jetzt sehen, dass da jetzt was auf uns zukommt. Und ich habe Ihnen versucht zu erklären, was unsere strategischen Überlegungen waren und wann wir diese strategischen Überlegungen angestellt haben, wann wir entschieden haben und wie wir abgewickelt haben.

Jetzt konkret, ob wir einen Liegenschaftsverkauf in der Vergangenheit gemacht haben oder nicht, das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen ...

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Dann schließe ich diesen Komplex ab. Eine abschließende Frage noch. Nachdem jetzt die Bayerische Landesbank massiv mitzureden hat, die informative Frage: Wird es einen Börsegang geben, wie er geplant war?

**Dr. Othmar Ederer:** Es ist derzeit nicht die oberste Priorität. Das haben die Eigentümer auch bei der Pressekonferenz in Kärnten dargelegt. Es ist ein Börsegang nicht auszuschließen. Man kann und soll im Wirtschaftsleben grundsätzlich nie etwas ausschließen, aber es nicht höchste Priorität. Prioritär ist das derzeit nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ein Komplex noch, der uns auch sehr interessiert: Staatskommissäre. Sie sitzen mit Ihnen im Aufsichtsrat mit entsprechenden Befugnissen. Wie haben Sie in Ihrer Zeit die Staatskommissäre erlebt? Können Sie uns darüber etwas sagen?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich habe die Staatskommissäre und -kommissärinnen bei der Hypo, aber auch die Staatskommissäre bei unseren anderen Banken als durchaus kompetent und korrekt erlebt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Herr Dr. Ederer, eine Frage zu den jüngsten Veränderungen der Eigentümerverhältnisse: Was können Sie den Vermutungen abgewinnen, dass es von Seiten einzelner Wiener Kreise auch durchaus unter

Einbeziehung der FMA ein Interesse gegeben hat, sozusagen ein gemeinsames Interesse, der Hypo Alpe-Adria einen Schaden zuzufügen und den Wert der Hypo Alpe-Adria dadurch nach unten zu treiben, um einen günstigeren Einstieg zu haben.

Es ist bekannt, dass einzelne österreichische Institute sich mit dem Gedanken gespielt haben, bei der Hypo sich zu beteiligen oder die Hypo gänzlich zu übernehmen. Da gibt es einige Spekulationen darüber.

Haben Sie jemals Gespräche als Eigentümerversorner mit anderen Instituten in Österreich geführt, die solche Überlegungen angestellt haben?

**Dr. Othmar Ederer:** Mit mir als Vertreter der Grazer Wechselseitigen wurden solche Gespräche nie geführt.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Und Vermutungen in diese Richtung haben Sie auch nie selbst gehegt oder sind an Sie herangetragen worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Wenn ich jetzt als Steirer sage: Wann immer man nach Wien kommt, muss man immer aufpassen, wie das Paket hier läuft ... – Das ist wahrscheinlich eher ein Thema, da tun wir uns aus den südlichen Bundesländern etwas schwieriger. Aber ich habe keine Evidenzen.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Von Gesprächen, die in diese Richtungen gelaufen sind.

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, es gibt viele Gerüchte. Es gab immer viele Gerüchte. Aber ich glaube, hier muss man sehr klar sagen: Es gab nie für mich mit der Grazer Wechselseitigen und mit mir als Person nie auch nur annähernd ernsthafte Gespräche dazu. Flapsige Ansagen, die man sich zwischendurch hinüber wirft – ja gut, das gibt es immer wieder.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Aber es wurde im Aufsichtsrat nie darüber gesprochen oder berichtet von den Vorständen?

**Dr. Othmar Ederer:** Es wurde darüber schon berichtet. Es wurden diese Befürchtungen gehegt, aber ich sah für uns keine Bedrohung darin. Ich sehe das jetzt evident und sehr klar. Das, was sich im Zuge der letzten Tage dann medial abgespielt hat – okay, das gehört offensichtlich zur Art der Kommunikation.

**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Und können Sie oder wollen Sie Namen nennen, welche interessierten Institute das konkret waren?

**Dr. Othmar Ederer:** Da bitte ich um Verständnis, dass ich davon Abstand nehme. **Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich hoffe, das ist die letzte Fragerunde. – Sie haben gesagt, dass Herr Kulterer Ihnen als Begründung gegeben hat, dass er Sie nicht früher als im Mai 2005 informiert hat, weil er zum Vorsitzenden kein Vertrauen hatte und quasi den Stellvertreter auch nicht informieren kann, wenn er den Vorsitzenden nicht informiert. – Wissen Sie, wieso es da ein nichtfunktionierendes Vertrauensverhältnis gab? War das wechselseitig? Einseitig?

**Dr. Othmar Ederer:** Das kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie das hinterfragt, wieso es da kein Vertrauen zum Aufsichtsratsvorsitzenden gab?

**Dr. Othmar Ederer:** Man muss das vielleicht vor dem Hintergrund sehen, dass die Veränderung des vorangegangenen Aufsichtsratsvorsitzenden nicht ganz friktionsfrei vonstatten gegangen ist. Dr. Bussfeld war nur ein Dreivierteljahr Aufsichtsratsvorsitzender.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Hatten Sie ein funktionierendes Arbeits- und Vertrauensverhältnis zu ihm?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich hatte ein korrektes Verhältnis zu ihm.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Hatten Sie Vertrauen zu ihm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender?

**Dr. Othmar Ederer:** Das war ein sehr sachbezogenes Verhältnis.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, nur: Hatten Sie Vertrauen zu ihm?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich hatte keinen Grund zu Misstrauen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was heißt „nicht ganz friktionsfrei“?, was hat es da für Friktionen gegeben? Zwischen ihm und dem Vorstand?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, da haben Sie mich falsch verstanden. Das Ausscheiden von Herrn Dr. Koch, der ja Aufsichtsratsvorsitzender von 1999 bis 2004 war, war durchaus nicht in Übereinstimmung zwischen den Eigentümern.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie das kritisiert?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich habe das kritisiert, ja. Ich habe das sowohl Herrn Dr. Ambrozy als auch Herrn Landeshauptmann Haider unmissverständlich dargelegt, dass das nicht sehr kooperativ war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was hat das mit Herrn Bussfeld zu tun?

**Dr. Othmar Ederer:** Nichts. Das hat nur damit zu tun, dass er kurzfristig dann eingestiegen ist. Ich habe mit Herrn Bussfeld ein korrektes Arbeitsverhältnis gehabt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wieso ist Bussfeld dann wieder abberufen, wieso ist er dann nicht mehr nominiert worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Es gab im Zuge der Neuverhandlung des Syndikatsvertrages die Vereinbarung, dass das Land ein Vorschlagsrecht hat und der Aufsichtsratsvorsitzende einvernehmlich zwischen dem Land und der GraWe festgelegt wird. Herr Dr. Bussfeld ist seinerseits aber auch ausgeschieden aus der Holding und stand für diese Funktion auch nicht mehr zur Verfügung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben gesagt, Sie waren nicht im Kreditausschuss, aber: Gab auch Kredite, die dann aufsichtsratspflichtig waren? (*Dr. Ederer: Ja!*) – Ist Ihnen bekannt, dass bei Krediten nach Kroatien zum Beispiel Kreditprovisionen bezahlt wurden?

**Dr. Othmar Ederer:** Kreditprovisionen an wen? (*Abg. Krainer: Kreditvermittler?*) – Was dargelegt wird in einem Kreditausschuss, sind die gesamten Konditionen, das heißt: welche Margen, welche Einmalkosten und Ähnliches. Das ist Gegenstand der Prüfung in einem Kreditausschuss; nicht die Verteilung von Kosten. Das ist nicht Gegenstand in einem Kreditausschuss.

Die Frage, die Sie stellen, ist eine Frage im Geschäftsmodell, wie weit man für bestimmte Funktionen bestimmte Personen entlohnt. Aber das ist keine Frage des Kreditausschusses gewesen.

Das heißt – ich sage jetzt bewusst ein anderes Beispiel –, ob Sie Versicherungsprovisionen zahlen und welche Sie zahlen, müssen Sie mit Ihrem jeweiligen Vertriebspartner vereinbaren. Wenn Sie externe Vertriebspartner auch im Kreditbereich haben, dann werden Sie mit diesem externen Partner im Kreditbereich eine Vereinbarung haben, welche Zahlungen Sie leisten, denn um Gottes Lohn wird jemand nicht für Sie arbeiten. Welche Form der Lösung Sie jetzt haben – ob Sie hier

Fixbeträge haben oder was auch immer –, das ist eine Geschäftsfrage; das ist aber nicht Gegenstand des Aufsichtsrates.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, aber wenn dem Aufsichtsrat ein Kredit vorgelegt wird, der genehmigungspflichtig ist, dann wird es ja gewisse Informationen dazu geben – und wohl auch Fragen des Aufsichtsrates. – Ist Ihnen bekannt, dass für Kreditvermittlungen in Kroatien Provisionen bis zu 3 Prozent der Kreditsumme bezahlt wurden?

**Dr. Othmar Ederer:** Es ist mir bekannt, dass in Kroatien auch an Kreditvermittler Provisionen bezahlt werden. Im Konkreten kann ich Ihnen aber keine Prozentsätze sagen. Aber was klar ist, ist, dass diese Konditionen immer in der Gesamtkalkulation ihren Niederschlag finden müssen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Davon will ich schwer ausgehen!

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist das, was Sie zu beurteilen haben: im Sinne des Kreditausschusses.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ihnen ist bekannt, dass es durchaus üblich war, Kreditprovisionen (*Dr. Ederer: Ja, selbstverständlich!*) für Kredite nach Kroatien zu bezahlen?

**Dr. Othmar Ederer:** Nicht nur nach Kroatien. Wenn Sie eine Kreditvermittlung in Österreich machen, und Sie machen das als Externer, dann bekommen Sie auch entsprechende Kostenersätze, denn entweder macht es die Bank selber an ihren Schaltern oder sie bedient sich Organisationen dazu. Das ist kein Spezifikum von Kroatien, sondern das ist ein System im freien Wettbewerb, das so angegangen wird. Außer in Planwirtschaften, da brauchen Sie das nicht, denn da bekommen sie es zugeteilt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, ist schon klar. – Ist Ihnen bekannt, in welchem Verhältnis quasi selber Kredite vergeben wurden über die eigene Struktur und in welchem Verhältnis sich da Externer bedient wurde?

**Dr. Othmar Ederer:** Da kann ich Ihnen keine Ziffern sagen, weil ich sie nicht weiß.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Noch einmal zurück zum OeNB-Bericht 2006. Sie haben eine Reihe von Terminen, Gesprächen und so weiter angefügt. Da ging es aber anscheinend nie um den OeNB-Bericht 2006, sondern immer um das Verfahren der FMA auf Absetzung des Geschäftsleiters.

**Dr. Othmar Ederer:** Das waren die wesentlichen Punkte, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das Verfahren steht ja nicht wirklich im direktem Zusammenhang mit dem OeNB-Bericht, denn der OeNB-Bericht ist ja erst gelegt worden, als das Absetzungsverfahren schon im Laufen war.

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Das ist parallel gelaufen. (*Abg. Krainer: Die Prüfung ist parallel gelaufen?*) Ich hoffe, ich konnte in meinen Ausführungen das sehr klar sagen. Von Beginn an war klar, dass es hier eine Vor-Ort-Prüfung gibt. Von Beginn an war klar, dass auch die Eignung der Geschäftsleitung geprüft wird. Dieser Prozess ist immer parallel gelaufen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das Absetzungsverfahren ist aber eingeleitet worden, bevor noch der Rohbericht vorlag – oder?

**Dr. Othmar Ederer:** Das Absetzungsverfahren – ich bin aber kein Jurist – ist nie eingeleitet worden, kein Verfahren, sondern es ist seitens der FMA klar gesagt worden,

dass auf Grund dessen, was man hier sieht und was man glaubt, hier zu sehen, und wie man das einschätzt, wird das unausweichlich so sein.

*(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)*

Entschuldigung – danke schön, Herr Doktor! –: Wohl, es gab dann irgendwann einmal Mitte Mai ein entsprechendes Verfahren. Da wurden alle Vorstände angeschrieben; sie mussten dazu Stellung nehmen. Aber es ist so – danke vielmals *(in Richtung Vertrauensperson)* für die Information –: Es ist am Ende nie zu einem Vorhalt gekommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das ist dann eingestellt worden von der FMA?

**Dr. Othmar Ederer:** Es ist kein Vorhalt, der ausgefertigt worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nachdem die betroffenen Vorstände zurückgetreten sind von ihrer Funktion, ist es eingestellt worden *(Dr. Ederer: Ja!)*, zumindest ist das das, wie es seitens der zuständigen Sachbearbeiterin der FMA, Frau Mag. Siegl, hier dargelegt wurde. *(Dr. Ederer: Ja!)*

Jetzt zum Prüfbericht, der ist Ihnen ja im Detail bekannt. Welche Gespräche gab es da mit der FMA zum Prüfbericht?

**Dr. Othmar Ederer:** Zum Prüfbericht in der FMA gab es im Wesentlichen nur die Gespräche dahin gehend, dass die Evidenzen, die im Prüfbericht drinnenstehen, aus Sicht der FMA so gravierend sind, dass es zu einer Geschäftsleiterenthebung kommen muss. *(Abg. Krainer: Das war ja schon vorher!)* Warten S'!

Noch einmal, Herr Abgeordneter Krainer: Der wesentliche Punkt meiner Aufgabenstellung war nicht, einzelne Punkte abzuhandeln, denn ich bin nicht der operative Vorstand. Dass es ein klares Verständnis gegeben hat, dass die Punkte, die die FMA kritisiert, auch verbessert und umgesetzt werden – und dass wir auch akzeptieren, dass es in weiterer Folge zu weiteren Prüfungen durch die FMA kommt. Darüber gab es ein Grundverständnis. Darüber brauchten wir uns auch nicht auszutauschen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gab es irgendwelche behördlichen Maßnahmen auf Grund des Endberichtes der Österreichische Nationalbank 2006?

**Dr. Othmar Ederer:** Außer, dass man uns aufgetragen hat, die Umsetzungen in Angriff zu nehmen, und dass man uns klar gesagt hat, dass man kontrollieren wird, und was man gemacht hat ... – Das war, glaube ich, das letzte Mal in dieser Causa, dass man uns am 17. 8. mitgeteilt hat, dass man Mitte August mit der weiteren Prüfung der Hypo Alpe-Adria Bank fortsetzen wird, und das ist der Prüfungsumfang, der Ihnen jetzt im Rohbericht vorliegt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja. Der betrifft ja andere Bereiche. *(Dr. Ederer: Ja!)* Hat es da eine Schlussbesprechung gegeben oder irgendeinen behördlichen Auftrag oder irgendeinen Bescheid auf Grundlage dieses Berichtes 2006? Irgendetwas von der FMA?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein. Noch einmal: Es sind ja keine ... – Üblicherweise ist es so: Wenn Sie solche Prüfberichte der OeNB bekommen, dann sind Sie, wenn Sie ein ordentlicher Kaufmann sind, angehalten, diese Dinge umzusetzen. Dazu braucht es keine bescheidmäßigen Verfügungen der FMA. Bescheidmäßige Verfügungen der FMA braucht es aus meiner Sicht dann, wenn die FMA Ihnen Dinge aufträgt, von denen Sie bisher gesagt haben, die machen Sie nicht, und das werden sie nicht tun. Dann wird Ihnen die FMA sagen, Sie haben das zu tun, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, Bankwesengesetz oder was auch immer.

Das war in dem konkreten Fall nicht erforderlich. Daher ist auch, soweit ich weiß – aber das ist jetzt bitte nur eine Aussage, soweit **ich** weiß – kein entsprechender Bescheid ergangen. Ich sehe ihn aber auch nicht für notwendig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** In dem Bericht werden ja eine Reihe von Gesetzesverletzungen festgestellt.

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Krainer, wenn Sie jetzt sagen, es seien eine Reihe von Gesetzesverletzungen begangen worden, darf ich etwas anderes sagen: Wenn Sie die Straßenverkehrsordnung nie verletzen würden, bräuchten wir gar keine Haftpflichtversicherung, denn das passiert nun einmal so.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das stimmt aber nicht. (*Dr. Ederer: Selbstverständlich!*) – Nein. Man kann auch einen Unfall haben, ohne die Straßenverkehrsordnung zu verletzen.

**Dr. Othmar Ederer:** Ja, Entschuldigung, dann werden Sie aber üblicherweise einen Kaskoschaden haben, aber keinen geschädigten Dritten; aber wir sollten dieses Thema nicht zu sehr ... – Es gibt Verletzungen des BWG – so sieht die OeNB das zumindest – und es ist die Aufgabenstellung des Unternehmens, diese Verletzungen zu beheben.

Wenn ich das jetzt einmal ganz bewusst und als Manager sage: Das, was ihr im Parlament alles an Gesetzen bestimmt, da müsste ich von in der Früh bis am Abend nur Gesetzesbücher lesen, und dann wüsste ich nicht einmal, ob ich irgendetwas übertrete. Das ist leider nicht state of the art.

Aber noch einmal: Es geht nicht darum, dass wir grundsätzlich Gesetzesverletzungen locker nehmen, sondern wir sehen hier natürlich Verstöße, und diese Verstöße müssen wir klarerweise versuchen zu vermeiden und alles daran setzen, dass wir dies in Zukunft nicht mehr machen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gab es eine Follow up-Prüfung, die kontrolliert hat, ob die Verstöße, die festgestellt wurden, in der Zwischenzeit behoben sind?

**Dr. Othmar Ederer:** Eine Follow-up-Prüfung zum Thema des Prüfberichtes 2006, glaube ich, gab es noch nicht, aber es gab dafür andere umfangreiche Prüfungen. Ich glaube, dass die Hypo Alpe-Adria-Bank mittlerweile zu den bestgeprüften Unternehmungen in Österreich gehört.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also es gab Ihres Wissens nach keine Schlussbesprechung? – Das heißt, das Verfahren ist in Wirklichkeit offen. Der OeNB-Bericht ist ja dadurch nicht erledigt.

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Krainer, ich würde Sie bitten, dass Sie diese Fragestellungen in der Behörde stellen, welches Behördenverfahren ... – Sie fragen mich um Behördenverfahren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ihnen ist kein Behördenverfahren bekannt. (*Dr. Ederer: Ich bin Aufsichtsrat!*) – Das weiß ich, aber Sie waren die ganze Zeit der Ansprechpartner der Bank.

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal: Ich war nicht der Ansprechpartner für den OeNB-Bericht. Ich war der Ansprechpartner für die Kommunikation: Wie schaut es mit den Geschäftsleitern aus? Wie schaut es mit der Bilanzierung aus? Wie schaut es mit anderen wesentlichen Punkten aus?

Natürlich hat das Thema des Nationalbankprüfberichtes immer auch eine Rolle gespielt, weil das ja auch Gegenstand war. Die FMA hat ja nicht aus Jux und Tollerei gesagt, sie möchte diese oder jenes haben, sondern sie hat ja – zumindest mir

gegenüber – immer gesagt, sie baut auf die Informationen auf, die sie aus der Nationalbank hat oder aus den eigenen Prüfungen vor Ort.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Also Ihnen ist nicht bekannt, dass es einen Stand des Behördenverfahrens gäbe, eine Schlussbesprechung? – Sie meinen, ich soll die FMA fragen, die weiß das am ehesten. Sie waren im Wesentlichen Ansprechpartner ...

**Dr. Othmar Ederer:** Welch exakten Verfahrensschritte es danach noch gegeben hat, Herr Krainer, ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, das reicht ja vollkommen. – Ist Ihnen bekannt, dass es bereits im Jahr 2000 Verluste innerhalb der Hypo Alpe-Adria-Bank mit risikoreichen Geschäften – Wertpapiergeschäften und dergleichen – gab?

**Dr. Othmar Ederer:** Es gibt in den Unternehmen immer wieder Verlustpositionen, und die hat es möglicherweise – oder wahrscheinlich oder vielleicht – auch im Jahr 2000 gegeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Stimmt es, dass der damalige Leiter des Treasury auf Grund der Verluste auch abberufen und durch jemand neuen ersetzt wurde?

**Dr. Othmar Ederer:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** 1999, der Vorgänger von Herrn Rauscher. (*Dr. Ederer: Das kann sein, aber ich ...!*) Sie wissen nicht mehr, wieso der hat „gehen müssen“ – unter Anführungszeichen?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein. Im Jahr 1999 war ich nicht im Aufsichtsratspräsidium, da war ich einfaches Aufsichtsratsmitglied, und die Hauptverantwortung für unser Unternehmen hat mein Vorgänger zu dem Zeitpunkt gehabt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und der hat Sie nicht – so wie Sie immer die anderen GRaWe-Mitglieder informieren – zumindest darüber informiert?

**Dr. Othmar Ederer:** Zu diesem Punkt gab es keine Information.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt, seit wann die Hypo Alpe-Adria Geschäfte über oder in Liechtenstein führt?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist mir bekannt, seit dem Kauf der IPM-Bank. Das war 2001.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, seit 2001 wissen Sie davon, dass es in Liechtenstein Aktivitäten der Hypo Alpe-Adria gibt?

**Dr. Othmar Ederer:** Das ist klar. Es gab ja eine Tochtergesellschaft, die die Bank erworben hat, und das ist ein aufsichtsratspflichtiges Geschäft. Das war auch – und das erleichtert die Sache – unsere frühere Bank. Die Bank war früher im Eigentum der Capital Bank. Die liechtensteinische Bank war eine Tochtergesellschaft der Grazer Wechelseitigen. (*Abg. Krainer: Das heißt, eine Tochter hat es der anderen Tochter ...!*) Wir haben diese Unternehmung der Hypo Alpe-Adria-Bank angeboten, und die Hypo Alpe-Adria Bank hat uns diese Bank abgekauft.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was war da der strategische Hintergrund?

**Dr. Othmar Ederer:** Der strategische Hintergrund war eine Neuorientierung unseres Bereiches. Die Capital Bank – die ehemalige RBB – hat sich im Jahr 2001 restrukturiert, und da war die Tochtergesellschaft in Liechtenstein für uns strategisch nicht mehr im Fokus. Wir haben sie auch anderen Banken angeboten. Das beste Angebot kam aber von der Hypo Alpe-Adria Bank.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Stimmt es, dass es einen Sonderbericht gegeben hat – Auditor 1999/2000 – zu General Partners?

**Dr. Othmar Ederer:** Ob das ein Sonderbericht war, weiß ich nicht, aber dass die Auditor diesen Geschäftsfall geprüft hat, glaube ich, mich erinnern zu können.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Können Sie uns etwas über den Inhalt dieses Berichtes oder Sonderberichts geben?

**Dr. Othmar Ederer:** Kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich zu diesem Zeitpunkt nicht hauptverantwortlich in unserem Unternehmen für die Hypo Alpe-Adria Bank war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und sind Sie darüber nicht informiert worden?

**Dr. Othmar Ederer:** Nicht in einem Ausmaß, wo ich sagen könnte, ich könnte Ihnen jetzt detailliert etwas dazu sagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Es reicht, wenn Sie es uns grob sagen.

**Dr. Othmar Ederer:** Noch einmal, ich weiß, weil Sie es gesagt haben: Sie haben Stichworte genannt – Auditor, dass eine Prüfung war, und General Partners. Das ist mir noch in Erinnerung, aber ich habe keine weiteren Details in Erinnerung.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Überhaupt keine Kenntnis darüber hinaus? (*Dr. Ederer: Nein, keine wesentlichen Erkenntnisse!*) – Und die unwesentlichen? Wir hören uns auch die unwesentlichen Sachen an. (*Dr. Ederer: Mit unwesentlichen möchte ich Sie nicht belasten!*) – Wir wollen sie aber hören!

**Dr. Othmar Ederer:** Ich bitte um Verständnis. Ich weiß nur, dass eben General Partners ein Problemfall war, und da ging es darum, die Größenordnung dieses Problemfalls abzuschätzen, und der ist dann in geeigneter Form gelöst worden. Ich kenne aber die Größenordnung nicht, und ich weiß nur, dass er gelöst worden ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist es da um ein Wertpapier- oder um ein Kreditgeschäft gegangen? (*Dr. Ederer: Ich glaube, um ein Wertpapiergeschäft!*) – Um ein Wertpapiergeschäft. (*Dr. Ederer: Ich glaube, ja!*) Kein Kreditgeschäft? (*Dr. Ederer: Ich glaube!*) Wer kann denn darüber Auskunft geben? Vorstand Kulterer am ehesten, oder? – Herzlichen Dank.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Herr Dr. Ederer, Sie haben gesagt, die Hypo gehört zu einer der bestuntersuchten Banken. – Das mag für die Jahre 2004 und **danach** zutreffen, aber für die Jahre **vor** 2004 trifft das, denke ich, doch nicht zu. Da scheint es doch so zu sein, dass die Prüfberichte der OeNB wesentlich laxer sind als jene Prüfberichte, die uns kürzlich vorgelegt worden sind.

Meine Frage in dem Zusammenhang dreht sich um ein mögliches Motiv für die Intensivierung der Swaps im Jahr 2004. Was ist der Grund für diese Ausweitung? Meine Frage in dem Zusammenhang wäre die: Kann es sein, dass es vor 2004 nicht-werthaltige Kredite gegeben hat, die in die Bilanz eingestellt worden sind und die sozusagen durch Umschuldungen immer vor sich hergeschoben worden sind und dass das ein Motiv für das Eingehen und die Intensivierung dieser Swap-Transaktionen gewesen ist? Oder können Sie das ausschließen?

**Dr. Othmar Ederer:** Aus meiner Wahrnehmung her kann ich das ausschließen. Das wäre auch nicht im Sinne einer ordnungsgemäßen Verbuchung von Geschäftsfällen. Aus meiner Wahrnehmung war nie ein Druck da, quasi Geschäft oder Verlustpotentiale auf der einen Seite über Spekulationen auf der anderen Seite auszugleichen; zumindest war das ganz klar unsere Sichtweise, oder meine Sichtweise – oder meine **Wahrnehmung**, damit ich das korrekt sage.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das ist Ihre Wahrnehmung. (Dr. Ederer: Ja!) Haben Sie dann ein Motiv für die Intensivierung dieser Swap-Transaktionen im Jahr 2004? Was könnte das gewesen sein? – Ein erstes Motiv ist natürlich immer, dass man irgendetwas bereinigen will, was in der Vergangenheit war. – Das schließen Sie jetzt aus. – Was war dann das Motiv?

**Dr. Othmar Ederer:** Ein Hauptmotiv wird es klarerweise gewesen sein, dieses Instrument für den laufenden Geschäftsbetrieb einzusetzen. Ein zweites Motiv, nehme ich an, wird es gewesen sein, entsprechende Ergebnisse daraus zu erzielen, sprich Deckungsbeiträge daraus zu erzielen, um Ergebnisverbesserungen zu erzielen; aber **generell** als Ergebnisverbesserung, nicht nur als Ergebnisverbesserung, weil wir auf der anderen Seite quasi ein Loch haben, das wir stopfen müssen, sondern in dem Unternehmen waren und sind alle Bereiche aufgefordert, entsprechende Ergebnisbeiträge zu erbringen. – Einen direkten Zusammenhang, so wie Sie ihn jetzt sagen und wie er auch hin und wieder geäußert wurde und auch in den Medien zu lesen war, sehe ich in keiner Weise.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wurde über die Ausweitung dieser Swaps als strategisches Instrument im Aufsichtsrat jemals diskutiert? Wurde das vom Vorstand jemals an den Aufsichtsrat herangetragen?

**Dr. Othmar Ederer:** In dieser Form nein.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Zu einer anderen Frage, nochmals zurückkommend auf die CONFIDA: Sie haben gesagt, zunächst einmal hat die CONFIDA die Hypo gut begleitet, dann aber war das Wachstum der Bank rascher als das der Wirtschaftsprüfung, und daher die Suche nach einem internationalen Partner. Ist das die Umschreibung dafür, dass die CONFIDA in dieser Phase des Wachstums überfordert gewesen ist?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, absolut nicht, sondern ein Unternehmen, das ... Ich möchte es an einem Beispiel sagen: Auch wir haben erkennen müssen, dass wir mit der Globalisierung der Welt als Versicherer nicht alle Kunden so schnell in die neuen Märkte begleiten können und dort ein Service bereitstellen können, wie der Kunde es bei uns in Österreich gewohnt ist. Daher muss man erkennen, dass man hier offensichtlich in anderen Dingen wächst.

Das Gleiche sehe ich auch bei der CONFIDA so. Die Hypo Alpe-Adria Bank ist viel stärker und viel schneller gewachsen und war in mehr Märkten, als die CONFIDA war. Daher hat man klarerweise auch einen zweiten Wirtschaftsprüfer herangezogen, und das war Deloitte und, ich glaube, in einer Frühzeit auch einmal Pricewaterhouse in Kroatien; aber ich bin mir da nicht sicher.

Der zweite Punkt, der natürlich dann auch klar war mit den Überlegungen, an die Börse zu gehen, war, dass man, wenn man einen Börsengang beabsichtigt, ohne einen der Big Five – oder Four, mittlerweile sind es nur mehr vier – kaum oder nicht zu Rande kommt. Das war eine zweite Überlegung. Aber es war aus meiner Sicht keine Überforderung der CONFIDA – keine **qualitätsmäßige** Überforderung der CONFIDA, eher eine kapazitätsmäßig, regionale, wenn wir gesagt hätten, wir möchten in allen Ländern eine CONFIDA-Prüfung haben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Deloitte war spezialisiert auf den südosteuropäischen Markt?

**Dr. Othmar Ederer:** Alle vier Großen sind in all diesen Märkten vertreten und haben entweder sehr gute oder weniger – also nicht, suboptimale, was auch immer ...

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie haben gesagt, in der Aufsichtsratssitzung vom 10. 4. 2006 wurde der Auftrag gegeben, die Bilanzen 2004, 2005 neu zu erstellen. Wurde eigentlich jemals daran gedacht oder warum hat der Aufsichtsrat nicht eine interne Revision durch einen externen Prüfer angeordnet, um sich ein wirklich umfassendes Bild von der Situation der Bank zu machen?

**Dr. Othmar Ederer:** Die Fragestellung im Jahr 2006 von März weg war durchaus eine, wo wir alle Kräfte eingesetzt haben, um entsprechende Stabilisierungen herbeizuführen, und ich glaube auch, dass die Ergebnisse durchaus zeigen, dass dies gut gelungen ist. Die Frage hat sich für uns damals nicht gestellt.

Zur Prüfung noch einmal: Durch den externen Wirtschaftsprüfer – Deloitte ist ja ein externer gewesen ... – Auch die Prüfungshereinahme zum Beispiel von Experten wie einem Herrn Dr. Göth zeigte auch sehr klar, dass wir versucht haben, sehr klar ein Bild darüber zu bekommen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Und die haben eine sehr umfassende Prüfung bei der Neuerstellung der Bilanz gemacht, oder nicht? Wie sind die da vorgegangen? Wissen Sie das?

**Dr. Othmar Ederer:** Die haben eine *sehr* umfassende Prüfung der Bilanz gemacht. Sie haben, soweit erinnerlich, sogar eine Vollprüfung bei allen Swaps gemacht, also es ist jeder Einzelswap geprüft und bewertet worden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Die sind wirklich hinein in die Buchhaltung und haben sich das alles – Swaptransaktion für Swaptransaktion – angeschaut?

**Dr. Othmar Ederer:** Ja. Alles, was dann quasi auf Grund dieser Problematik der Verbuchung der Swaps Gegenstand war, ist in einer Vollkontrolle, soweit ich das noch in Erinnerung habe, durchgeführt worden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine letzte Frage noch, die sich auf die StaatskommissärInnen bezieht. Auf die Frage vom Kollegen Graf haben Sie geantwortet, sie seien kompetent und korrekt. Können Sie das ein bisschen näher spezifizieren, insbesondere: Wie sind sie in der Aufsichtsratssitzung vom 28. 6. aufgetreten, als der Vorstand in vollem Ausmaß eine Erklärung über die Verluste aus den Swap-Transaktionen abgegeben hat?

**Dr. Othmar Ederer:** Am 28. 6. 2005 war das ausschließlich eine Information an das Präsidium. Da war niemand von den Staatskommissären dabei. Bei den Aufsichtsratssitzungen, wo Staatskommissärinnen oder Staatskommissäre anwesend waren, waren die Fragestellungen an die Wirtschaftsprüfer präzise, sehr kompetent, das Gesetz und die gesetzlichen Rahmenbestimmungen auch sehr genau einhaltend. Also ich kann nur sagen, dass das, wenn Sie auf die Hypo Alpe-Adria Bank abzielen, eine sehr korrekte und fachlich kompetente Handlung der Staatskommissärin war – beider.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das heißt, Frau Kristen und Frau Hutter sind im Gegensatz zu vielen anderen Staatskommissären und Staatskommissärinnen dadurch aufgefallen, dass Sie kompetente Fragen gestellt haben. – Kann man das so zusammenfassen und auf den Punkt bringen?

**Dr. Othmar Ederer:** Ich möchte noch ein drittes Beispiel bringen: Wir haben eine Staatskommissärin bei uns in der Capital Bank, die Führungskraft in der FMA ist. Ich kann das genauso von ihr sagen.

Ich kann nach meinen Evidenzen sagen: Bei *den* Gesellschaften, bei denen wir beteiligt sind und/oder ich im Aufsichtsrat bin, sind die Leute hoch kompetent: Bei der

Bank Burgenland ist Frau Dr. Hutter Staatskommissärin, wenn ich das richtig im Kopf habe, in Kärnten Frau Kanduth-Kristen, bei der Capital Bank Frau Mag. Mörtl und Herr Mag. Maerschalk.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Danke sehr. Das war es von meiner Seite.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Dr. Ederer, eine Sache ist ein spezieller Untersuchungsgegenstand hier im Ausschuss, nämlich diese leidige Geldwäscherei und vorsorgende Handlungen, um diese hintanzuhalten. Wir untersuchen nicht primär das Verhalten der Banken, aber **sehr wohl** die Umstände, wie sich das zuträgt und was man überhaupt unternehmen kann.

Aus den Akten geht hervor, diesfalls im Bundesministerium für Finanzen – ich nehme nur **diesen** Hinweis heraus, denn es hat mehrere solche Hinweise gegeben –, dass etwa im Mai 1999 die Notenbank informiert wird – namentlich die Vizegouverneurin Tumpel-Gugerell, immerhin vom **Präsidenten** der Kroatischen Nationalbank – hinsichtlich der Verdachtsmomente bezüglich Involvierung der Kärntner Landes- und Hypothekenbank in verschiedene Handlungen.

Ich zitiere wörtlich: ... wird konkret gegenüber der Kärntner Landes- und Hypothekenbank AG der Vorwurf von Geldwäschehandlungen in Bezug auf Erlöse aus kriminellen Handlungen erhoben. – Zitatende.

So weit, so schlecht.

Die Aufsichtsbehörde, die damals noch innerhalb der FMA zuständig war – andererseits war auch die EDOK zuständig –, ist informiert worden, und so sind diese Aktenvermerke zustande gekommen.

Jetzt kann man sagen, ein Verdacht ist ein Verdacht – und fertig. Es hat immer wieder Verdachtsmomente gegeben. Ich will gar nicht weiter darüber urteilen, was in der Hypo **tatsächlich** war, auch in diesem Fall. Der Punkt ist nur, dass bei Expansionsbemühungen auf solchen Märkten, wie in den besagten Ländern, die Wahrscheinlichkeit höher ist ...

Wir haben hier Frau Mag. Florkowski von der FMA, die für diese Bereiche zuständig ist, zu Gast gehabt. Sie sagt, es wäre sehr hilfreich – und sie machen das geistig selber auch –, wenn man bestimmte Rankings und geradezu klassifizierbare Systeme hätte, anhand derer man erkennen könnte, **wo** die Möglichkeiten und Bedrohungen der möglichen Geldwäscherei höher sind. – Da haben die angrenzenden Länder in Südosteuropa sicher einen steigenden Koeffizienten, da brauchen wir gar nicht viel zu reden.

Aber wenn das alles so ist, ist jetzt meine Frage: Inwieweit haben Sie sich bemüht – Sie als Eigentümervertreter der Grazer Wechselfeiden, nicht so sehr Sie als Aufsichtsrat –, Erkundigungen einzuholen, ob und inwieweit bei der Kärntner Hypo die Bekämpfung der Geldwäscherei betrieben wird und was die Hypo ihrerseits für vorkehrende Handlungen trifft?

**Dr. Othmar Ederer:** Grundsätzlich unterliegt die Bank wie auch andere Finanzbereiche klaren Regeln, was die Geldwäscherei betrifft. Es gehört zu den Aufgaben eines jeden Unternehmens, Geldwäscherei hintanzuhalten. Es gibt verpflichtend Geldwäscherei-Beauftragte, die das überwachen müssen, und entsprechende Mechanismen, wie man das hintanhält.

Wir sind mit diesem Vorwurf – wie Sie wissen, Herr Mag. Kogler, wie ich Ihnen auch gesagt habe – immer wieder konfrontiert worden. Auf meine Bitte hin, mir konkrete Inhalte und Anhaltspunkte zu geben, bin ich leider Gottes eigentlich immer gescheitert;

weil wir von uns aus ganz klar sagen, dass diese Gefahr natürlich in Übergangsmärkten – das ist nun einmal so – höher ist, als in entweder sehr streng regulierten oder in hoch kompetitiven Märkten.

Alle bisherigen Wahrnehmungen meinerseits oder unsererseits waren die, dass es keine harten Fakten gegeben hat und wir nie über Verdachtsäußerungen hinausgekommen sind.

Grundsätzliches Bekenntnis ist sehr klar: alles daranzusetzen, um die Geldwäscherei-Regelungen einzuhalten. Der Vorwurf, der offensichtlich da ist, besteht darin, dass möglicherweise die Maßnahmen, die man gesetzt hat, noch nicht präzise und intensiv genug sind. Den Vorwurf, den Sie zitiert haben, aus einer Mitteilung der Kroatischen Nationalbank an die Oesterreichische Nationalbank, habe ich heute erstmals gehört, den kannte ich bis dato nicht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Davon haben Sie noch nichts mitbekommen? Ich glaube, er ist irgendwo schon einmal publik geworden. Aber mir geht es gar nicht darum, jetzt **gerade Sie** damit zu konfrontieren, was diesen Einzelfall betrifft. Es ist nur so, dass sich bestimmte Banken auf bestimmten Märkten bewegen, wo – dafür habe ich im Übrigen Verständnis – überhaupt andere Umstände herrschen, aber jetzt ist eben die Frage, wie man da Vorkehrungen hält.

Sie sind von einem Institut, das – als Eigentümer – für mich glaubwürdig und nachvollziehbarerweise eigentlich durchaus hohe ethische Standards in seiner Geschäftspolitik verfolgt. Sie muss das ja besonders unangenehm tangieren, stelle ich mir vor.

Die Frage war aber eigentlich: Wir wollen ergründen, wie die Bankenstruktur darauf reagiert. Das ist jetzt, in den letzten Jahren, schon viel besser als damals ... – Wie hat die GraWe als Eigentümer auf die Hypo eingewirkt, damit die entsprechenden Bestimmungen auch eingehalten werden? Denn dass es diese gibt – das haben Sie jetzt in Ihre Antwort hauptsächlich hineinverpackt –, ist uns schon bekannt. Wir stellen aber fest, dass diese nicht immer eingehalten werden, im Übrigen auch bei anderen Banken. Das ist ja genau unser Untersuchungsgegenstand.

Noch einmal: Hat es irgendwelche nachweisbaren Handlungen seitens Ihrer Eigentümerschaft gegeben, mit denen dafür gesorgt wurde, dass speziell die Hypo Alpe-Adria hier die entsprechenden Sorgfaltspflichten walten lässt? – Bestimmte Einzelfälle kann man im Übrigen ohnehin nicht verhindern.

**Dr. Othmar Ederer:** Herr Mag. Kogler, dass wir konkret gesagt haben, wir schauen insbesondere die Geldwäscherei-Bestimmungen an und machen einen Auftrag, exakt **das** zu machen, das kann ich Ihnen jetzt nicht bestätigen. Aber was wir natürlich gemacht haben, ist, in regelmäßigen Abständen eben auf diese bestimmten Regeln hinzuweisen, die da unterschiedlichste sind: Geldwäscherei gehört dazu, Basel II gehört auf einer anderen Seite genauso dazu oder andere Regime oder was auch immer.

Im Konkreten haben wir über all die Zeit versucht, unsere Aufgabenstellung als Miteigentümer **dahingehend** wahrzunehmen, dass wir versucht haben, entsprechende Kontrollmechanismen in der Bank zu haben, darauf zu drängen, dass die Bank effizient ist, dass sie wirtschaftlich geführt wird, dass sie die Regeln einhält und dass man dann, wenn Dinge – was klarerweise im Wirtschaftsleben auch passiert – nicht ganz so gelaufen sind, auch die entsprechenden Maßnahme setzt.

Der massive Vorwurf der Verletzung der Geldwäschereibestimmungen ist aus unserer Sicht – das sage ich jetzt noch einmal – in diesem massiven Ausmaß an uns – und auch an mich – **nicht** herangetragen worden; die Vorwürfe, die vornehmlich waren,

waren: zu laxen Kreditvergaben, zu wenig Sicherheiten und Ähnliches. Da haben wir versucht, sehr wohl entsprechend darauf Wert zu legen, dass das verbessert wird.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt müssen wir ein paar Sachen auseinanderhalten.

Haben Sie in einer Art Schlussbesprechung dann – vielleicht habe ich da vorhin etwas überhört – auch Kontakt gehabt seitens der überprüfenden Behörden – für die Vor-Ort-Prüfung war es die Notenbank –, weil Sie sagen, es ist Ihnen gar nicht so bekannt, dass das der Hypo in dieser Heftigkeit vorgehalten wird?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, da bin ich nicht dabei (*Abg. Mag. Kogler: Ja eben!*), weil dieses Procedere der Prüfung ja zwischen dem Vorstand und ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es hat nur so geklungen. Wir können das abkürzen, aber nur damit ich da kein Missverständnis produziere.

Es ist aber tatsächlich so, dass sich – jedenfalls für uns als Laien und Abgeordneten – diese Teile des Prüfberichts doch so lesen, dass etliche Bestimmungen – Einzelfälle spielen auch eine Rolle, aber nicht so dramatisch – bezüglich der Systeme und Kontrollverfahren zur Bekämpfung von Geldwäscherei bis vor kurzem versagt haben. So hat man zum Beispiel überhaupt keine adäquaten EDV-Programme gehabt, die dann sozusagen anschlagen für bestimmte Vorgänge bei Geldbewegungen. Mittlerweile – das sage ich auch dazu – gibt es das; nur der Punkt ist: Haben Sie diese Dinge im Aufsichtsrat einmal diskutiert bei der Hypo, was Vorkehrungen und Kontrollverfahren zur Bekämpfung von Geldwäscherei betrifft?

**Dr. Othmar Ederer:** Im Detail, so wie Sie das jetzt anführen, ist das nicht diskutiert worden, aber es ist das Verständnis eines Vorstandes, auch in seinem Zusammenleben mit dem Aufsichtsrat, dass diese Regeln klarerweise eingehalten werden müssen. Geldwäschereibestimmungen in Finanzinstitutionen sind einzuhalten; da gibt es Regeln.

Die Frage ist jetzt, ob die Systeme, die man hat, letztlich dem allerletzten Stand entsprechen, immer up to date gehalten werden oder ob sie verbesserungswürdig sind. Ich gehe davon aus, dass der Nationalbankprüfungsbericht eher in diese Richtung geht – ohne ihn jetzt im Detail zu kennen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich frage Sie jetzt nach Ihren Wahrnehmungen; den Bericht selber kennen Sie ja noch nicht. Uns ist die Problematik dieser Umstände bewusst, nur ist es ja auch so – Sie verfolgen ja auch die Politik –, dass es eine mögliche Ausschussmehrheit gibt, die sagt: Bevor wir das jetzt alles abwarten und ergründen können, hat halt der Ausschuss aus zu sein. – Jetzt haben wir Sie hier in einer Befragungssituation, wo ich Ihnen leider gar keine Details aus diesem Bericht vorhalten will, sondern ich frage Sie nach Ihren Wahrnehmungen im Aufsichtsrat, weil wir ja genau diese Funktionsweisen prüfen – und nicht die Einzelfälle; diese sind für uns sozusagen nur ein Beobachtungsanlass.

Jetzt stellt sich heraus, dass Sie, angesprochen jetzt als Hypo-Vertreter, als Aufsichtsrat, durchaus Richtlinien erlassen haben beziehungsweise dass Richtlinien existieren – wer immer diese im Haus erlassen hat; also über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus –, dass allerdings die Prüfer der Notenbank feststellen, dass diese Richtlinien nicht eingehalten werden, nicht durchgängig eingehalten werden. Ein relativ einfach nachvollziehbares Beispiel ist: Für die sozusagen Lockerheit oder für den nicht besonders glaubwürdigen Umgang dann wieder mit den Richtlinien führen die Prüfer hier aus, dass der Geldwäsche-Beauftragte, den es ja geben muss, der ist ja gesetzlich vorgeschrieben, viele Monate gar nicht korrigiert wurde mit Namen, da die Funktion zwar gewechselt hat, aber in der internen Richtlinie ist der alte Name immer

noch weiter herumgegeistert. Man bekommt da schon den Eindruck, dass zwar eine Richtlinie existiert, diese aber nicht wirklich eingehalten wird.

Abschließende Frage dazu: Haben Sie sich im Aufsichtsrat auch in dieser Form mit diesen Problemstellungen auseinandergesetzt, dass Sie sich auch ein Bild machen konnten, ob wenigstens die hauseigenen Richtlinien eingehalten werden? Wer war dafür im Dreivorstand eigentlich zuständig?

**Dr. Othmar Ederer:** Kurze Antwort: Im Detail sind diese Regelungen die Geldwäscherei betreffend nicht behandelt worden, sondern sie sind nur *pauschal* behandelt worden; das Einhalten von Regeln eben.

Zum Zweiten: Ihre Frage, wer dafür verantwortlich ist, kann ich Ihnen im Moment nicht beantworten; das weiß ich nicht auswendig.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber es gibt einen Verantwortlichen im Vorstand dafür.

**Dr. Othmar Ederer:** Ich gehe davon aus, dass es klare Regeln gibt, wer für diesen Bereich zuständig ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und wenn ich Sie jetzt frage, ob es Herr Striedinger war, können Sie es mir auch nicht sagen?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, ich weiß es nicht. (*Abg. Mag. Kogler: Ich weiß es auch nicht!*) – Ich kann es Ihnen von meinem Unternehmen sagen: Das bin ich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dort haben Sie keine Verdachtsmomente erhoben, glaube ich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Als Herr Kulterer Sie im Mai informiert hat, beziehungsweise im Juni der gesamte Vorstand: Sind Sie auch darüber informiert worden, dass der Wirtschaftsprüfer nicht informiert ist? (*Dr. Ederer: Nein!*) – Sind Sie informiert worden, dass der Wirtschaftsprüfer informiert ist?

**Dr. Othmar Ederer:** Nein, auch nicht. (*Abg. Krainer: Haben Sie das hinterfragt?*) – Nein, auch nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Herr Kollege Krainer? (*Abg. Krainer: Das war's! Eine letzte Frage ist eine kurze letzte Frage und kein Monolog!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es halten sich so komische Schilderungen, und ich wollte Sie da noch nach Ihren Wahrnehmungen fragen.

Als die hier angesprochene größere Wirtschaftsprüfungskanzlei das uneingeschränkte Testat zurückgezogen hat, hat man sich auch in unmittelbarer Folge physisch im Haus befunden, Vertreter der besagten Kanzlei bei der Hypo in Klagenfurt. Mehrere Schilderungen und Aktenlagen deuten darauf hin, dass die des Hauses verwiesen worden wären – oder zumindest einer. – Haben Sie dazu irgendeine Wahrnehmung?

**Dr. Othmar Ederer:** Darüber wurden wir informiert, dass das passiert ist. Es wurde aber unverzüglich die entsprechende Gegenmaßnahme gesetzt, dass dem Wirtschaftsprüfer selbstverständlich wieder freier Zugang gewährt wurde.

Man muss das vielleicht vom Verständnis her so sehen: Da ist etwas passiert, was bisher einmalig war. Auch der Vorstand der Hypo Alpe-Adria-Bank – soweit ich weiß –, war nicht in Klagenfurt und war offensichtlich mit dieser Form vor eine völlig neue Situation gestellt. Diese Maßnahme, die man da gesetzt hat, war sicherlich nicht geeignet, ist aber dann unverzüglich sozusagen repariert worden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter darauf hingewirkt, dass dann begradigt wird?

**Dr. Othmar Ederer:** Da war nicht viel hinzuwirken, aber ich war davon informiert, weil mich ja der Wirtschaftsprüfer davon informiert hat. Ich habe dort klar gesagt: Selbstverständlich, aus meiner Sicht gibt es überhaupt nichts anderes als ein offenes und transparentes Aufeinander-Zugehen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Im Zusammenhang mit der Geldwäscherei noch einmal: Es liegen, gerade was die Hypo betrifft, sehr viele anonyme Anzeigen vor, und so weiter. Das ist jetzt als solches nicht vorzuhalten, aber ich frage Sie: Haben Sie Wahrnehmungen darüber, ob Mitarbeiter oder gar Vorstände der Hypo einmal von der Wirtschaftspolizei oder von der Staatsanwaltschaft dazu befragt wurden? (*Dr. Ederer: Zum Thema Geldwäsche?*) – Ja, zum Thema Geldwäsche. Haben Sie da Wahrnehmungen dazu? (*Dr. Ederer: Nein!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann werden wir es dabei belassen. – Danke.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Danke. Damit schlieÙe ich die Befragung ab.

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass Sie uns zugesagt hatten, das eine oder andere zu übermitteln (*Dr. Ederer: Habe ich ...!*) – sehr gut, das ist passiert! –, und darf Sie noch einmal ersuchen, innerhalb der Bank einen Nachdenkprozess dahin gehend auszulösen, ob nicht die Entbindung von Verschwiegenheitsverpflichtungen Sinn machen würde. Wir werden ja sehen, was dabei herauskommt.

Ich danke für Ihr Erscheinen!

(*Die Auskunftsperson Dr. Othmar Ederer verlässt den Sitzungssaal.*)

17.31

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 17.32 Uhr **unterbrochen** und um 17.49 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

\*\*\*\*\*

17.49

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt** – um 17.49 Uhr – die unterbrochene Sitzung medienöffentlich **wieder auf** und begrüßt als nächste **Auskunftsperson** Herrn **Mag. Günter Striedinger**, ebenso dessen **Vertrauensperson Dr. Karl Pistotnik**, die bereits im Saal anwesend sind.

Der Obmann dankt Herrn **Mag. Striedinger** für sein Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Mag. Günter Striedinger (Rubicon-Invest und Beratungs AG):**

Mein Name: Mag. Günter Striedinger; geboren am 23.2.1960; wohnhaft in 9201 Krumpendorf; Angestellter.

Die Frage von **Obmann Mag. Dr. Martin Graf**, ob Mag. Striedinger im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, **verneint** dieser.

Der Obmann weist Herrn Mag. Striedinger darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben und dass dies auch für solche Informationen gelte, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann ersucht nunmehr auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe ihrer Personalien.

**Vertrauensperson Dr. Karl Pistotnik:** Mein Name: Dr. Karl Pistotnik; geboren am 12.8.1944; 1010 Wien; Rechtsanwalt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Pistotnik als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen werde oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte – was nicht der Fall ist –, und setzt mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Er erinnert auch Herrn Dr. Pistotnik an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter – hinsichtlich des Inhalts der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlichen falschen Aussage auf die Belehrung der Auskunftsperson verweisend – und weist darauf hin, dass strafrechtliche Folgen daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben könnte.

Der Obmann führt weiters aus, dass die Aufgabe der Vertrauensperson die **Beratung** der Auskunftsperson sei, diese aber nicht das Recht habe, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn er sich nicht daran halte, könne er als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Dr. Pistotnik könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen sei.

Sollte Dr. Pistotnik der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson komme, habe er die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, der dann, wenn er es für erforderlich halte, ihn, den Obmann, informieren werde.

Obmann Dr. Graf erinnert Herrn Mag. Striedinger an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt ihn, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich bin vom Bankgeheimnis nicht entbunden, unterliege also deshalb der Verschwiegenheitspflicht, und es gibt auch gerichtliche Vorverfahren, weshalb ich doch zu einem großen Themenkreis keine Stellungnahme abgeben kann.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Bankgeheimnis gilt und auch eine allfällige Entbindung diesbezüglich nicht gelten würde. (*Mag. Striedinger: Entschuldigung: Vom Dienstgeber bin ich nicht entbunden!*)

Vom Dienstgeber wurden Sie hinsichtlich der Verschwiegenheit nicht entbunden, sodass wir im Einzelfall zu entscheiden haben werden, je nach Frage und allenfalls Geltendmachung eines Entschlagungsgrundes, ob wir die Glaubhaftmachung desselben für ausreichend erachten.

Darüber hinaus nehmen wir zur Kenntnis, dass gerichtliche Vorerhebungen, in Teilbereichen zumindest, geführt werden und dass Sie diesbezüglich auch darauf hinweisen, sich hier bei entsprechenden Fragen allenfalls zu entschlagen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. – Wollen Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt sodann Abg. Krainer das Wort.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Guten Tag, Herr Striedinger! Für das Protokoll: Wann sind Sie eingetreten bei der Hypo? Und welche Funktionen hatten Sie inne?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich bin eingetreten am 15. Juni 1987 und bin in die damalige Kreditabteilung aufgenommen worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie sind jetzt noch immer in dieser Kreditabteilung, oder hat es da Veränderungen gegeben?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein. Ich bin am 31.8.2006 aus der Hypo ausgeschieden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und davor waren Sie, glaube ich, nicht mehr in der Kreditabteilung, oder?

**Mag. Günter Striedinger:** Ein kurzer Überblick über die Karriere im Haus: Ich habe 1991 die Hypo-Leasing Kärnten GmbH als Geschäftsführer übernommen, habe dann 1992 auch die Auslandskreditabteilung geleitet, habe 1997 die Prokura erhalten und bin dann am 1.1.2000 in den Vorstand nominiert worden, im Jahr 2004 als stellvertretender Vorstandsvorsitzender, und, wie gesagt, am 31. August des letzten Jahres dann ausgeschieden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. Wieso sind Sie ausgeschieden?

**Mag. Günter Striedinger:** Dazu kann ich eigentlich sagen, dass, wie Sie wissen, diese Zeit nicht unbedingt eine sehr erfreuliche war. Es wurden Veränderungen im Vorstand gefordert. Ich glaube, dass ich seitens der FMA hier eigentlich keinen negativen Bescheid bekommen hätte. Aber für mich war das insofern ein guter, geeigneter Zeitpunkt, als ich mit einigen strategischen Entwicklungen im Haus und auch personellen Besetzungen nicht ganz – ich sage einmal – konform gegangen bin, und ich habe deshalb zu diesem Zeitpunkt für mich entschieden, dass es besser ist, auszuscheiden und in die Privatwirtschaft zu wechseln.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist die Hypo nicht Teil der Privatwirtschaft?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe ein eigenes Unternehmen gegründet – also ich würde sagen, dass ich eben als ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben sich also selbstständig gemacht. Gut. – Welche Kompetenzen hatten Sie im Vorstand im Jahr 2004?

**Mag. Günter Striedinger:** 2004 war ich zuständig für das Corporate-Geschäft, Retail-Geschäft, die Leasing-, die Consultants-Agenden und das Financial Controlling.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Waren Sie zuständig für den Bereich Backoffice? (*Mag. Striedinger: Nein!*) – Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Ederer hat gemeint, es hätte auf Vorstandsebene eine Trennung gegeben zwischen Markt und Risiko – im Bereich Kredit, im Bereich Wertpapiergeschäfte et cetera. Waren Sie da für einen dieser Bereiche zuständig?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich war für die Marktaktivitäten zuständig – also, das war der Markt; und die zweite Kontrollfunktion war Market Support, und dafür war ein anderer Vorstandskollege zuständig.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann haben Sie erfahren, dass es 2004 ein Problem mit einem Swappeschäft gab?

**Mag. Günter Striedinger:** Dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Weil Sie sich nicht erinnern, oder –?

**Mag. Günter Striedinger:** Das betrifft eben dieses Strafverfahren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das „Codewort“ ist: Sie entschlagen sich der Aussage? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Bitte von selbst immer diese „Codewörter“ verwenden, denn: „Dazu kann ich Ihnen keine Antwort geben“, das kann heißen: weil ich mich nicht erinnere, oder was auch immer!

Sie entschlagen sich also zu dieser Frage der Aussage.

Begründung? – Die Begründung ist: weil Sie rechtliche Nachteile befürchten?

**Mag. Günter Striedinger:** Na, weil es zu diesem Themenkreis eine gerichtliche Vorerhebung gibt und ich dazu hier keine Stellungnahme abgeben kann.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut, das ist, glaube ich, nicht ganz die Formulierung, die die Verfahrensordnung vorsieht, aber ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir sollten nicht gleich von Anfang an – wenn ich mich da jetzt einmischen kann – beginnen, so generelle Entschlagungen ohne Weiteres zur Kenntnis zu nehmen, sonst haben wir die nächsten zwei Stunden die Probleme.

Die Frage lautet ganz konkret: Seit wann haben Sie Kenntnis von den Swappeschäften, die mittlerweile auch öffentlich bekannt sind? – Die Frage ist gestellt. Sie haben sich der Aussage entschlagen.

Warum ist das Datum der Kenntnis eines der Bankgeschäfte, die gemacht wurden, das Datum, ab wann man davon Bescheid weiß, relevant für ein allfälliges Strafverfahren? – Ich meine, grundsätzlich sollte man Bescheid wissen.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich kann hiezu keinen Kommentar abgeben, weil das eben Teil dieser gerichtlichen Vorerhebung ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das ist bald etwas. Dann dürften Sie auch nicht antworten, welche Aufgaben Sie im Vorstand hatten. Es geht ja darum, glaubhaft zu machen, dass dieses Datum relevant ist.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Vielleicht kann man die Fragen auch so formulieren: Ich gehe davon aus, dass Swap-Geschäfte ein durchaus übliches Bankgeschäft sind und dass die schon länger gemacht werden, als Sie überhaupt Vorstand sind in der Hypo. Oder ist das nicht der Fall?

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist ein konkretes Bankgeschäft, das dem Bankgeheimnis unterliegt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, Eigengeschäfte der Bank unterliegen nicht dem Bankgeheimnis.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich glaube, da sitzen alle immer einem Irrtum auf: Eigengeschäfte einer Bank unterliegen nicht dem Bankgeheimnis.

**Mag. Günter Striedinger:** Der Vertragspartner eines Swap-Geschäftes ist genauso ein Bankkunde.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wir haben keine Frage nach einem Vertragspartner gestellt. Außerdem ist das ein Eigengeschäft der Bank.

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, ist kein Eigengeschäft.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Nicht jedes Swap-Geschäft, aber die, die wir meinen, sind Eigengeschäfte.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich darf nicht einmal über die Existenz eines Geschäftes etwas aussagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, bitte, aber ich meine, dass Sie Spareinlagen entgegengenommen haben und Sparbücher hatten ... (*Mag. Striedinger: Darf ich auch nichts sagen!*) Ah, das dürfen Sie nicht sagen? Geh, bitte! Was hat das mit dem Bankgeheimnis zu tun? Ich meine, Sie haben geworben, dass die Leute sich Sparbücher bei Ihnen nehmen – und damit haben Sie das Bankgeheimnis gebrochen? (*Mag. Striedinger: Genau, ja!*) Dadurch, dass Ihre Bank geworben hat? Haben Sie eine Selbstanzeige gemacht auf Bruch des Bankgeheimnisses, weil Sie beworben haben, dass man bei Ihnen in Sparbüchern einlegen kann? Dadurch haben Sie das Bankgeheimnis gebrochen und haben eine Selbstanzeige gemacht? Können Sie uns die bitte in Kopie zur Verfügung stellen?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich glaube, wir werden jetzt alle wieder ernst.

Es geht nicht um Kunden-Swapgeschäfte, wir wollen keine Kundennamen hören, sondern die Frage ist: Hat die Bank Eigengeschäfte in Form von Swap-Geschäften gemacht in der Zeit, wo Sie Vorstand waren? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Seit wann haben Sie Kenntnis, dass derartige Geschäfte gemacht wurden? Schon in der Zeit Ihrer Vorstandstätigkeit, danach oder auch schon davor?

**Mag. Günter Striedinger:** Das hat es auch schon davor gegeben.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ob Sie Kenntnis hatten davor, war die Frage.

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist ja ein normales, bankübliches Geschäft. (*Abg. Krainer: Also kein Geheimnis?*)

**Mag. Günter Striedinger:** Ein normales, allgemeines, bankübliches Geschäft. Aber alles, was mit einem Kunden in Zusammenhang steht, unterliegt dem Bankgeheimnis.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Selbstverständlich, da müssen wir genau darauf achten.

Wir haben also herausgearbeitet, dass die Anhörungsperson von diesen Eigengeschäften in der Zeit, wo sie Vorstand war, Kenntnis hatte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Am 5. April 2006 fand eine Aufsichtsratssitzung statt. Können Sie sich an diese erinnern? (*Mag. Striedinger: Ja!*) Haben Sie persönlich daran teilgenommen? (*Mag. Striedinger: Ja!*) Entspricht das den Tatsachen, dass da der Aufsichtsrat informiert wurde über Bilanzierungsprobleme im Zusammenhang mit einem Swap-Geschäft, das im Jahre 2004 durchgeführt wurde, dass es Bilanzierungsschwierigkeiten gab für die Bilanz 2004 und für die Bilanz 2005? (*Mag. Striedinger: Ja!*)

Wurde der Aufsichtsrat darüber informiert, dass die beiden Wirtschaftsprüfer das Testat für 2004 zurückgezogen haben? (*Mag. Striedinger: Ja!*) Wurden Sie da selber auch als Vorstand davon in Kenntnis gesetzt, oder wussten Sie zu diesem Zeitpunkt bereits von diesen beiden Tatsachen? (*Mag. Striedinger: Ja!*) Eine Entweder-oder-Frage ist schwierig mit einem Ja zu beantworten.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich wusste es bereits vorher, ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wann wussten Sie davon?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich glaube, seit 31. März oder 1. April des Jahres.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben am 31. März erfahren, dass das Testat zurückgezogen wurde (*Mag. Striedinger: Genau, ja!*) und dass es Probleme mit der Bilanzierung 2004, 2005 gab? Sie haben nicht am 20. März davon erfahren?

**Mag. Günter Striedinger:** Vom Rückzug des Testats?

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Nein, von Bilanzierungsproblemen, die im Zusammenhang mit einem Swap-Geschäft stehen. Vom Rückzug des Testats haben Sie am 31. März oder vielleicht auch am 30. März erfahren. (*Mag. Striedinger: Ich glaube, 31. März, genau, ja!*) Wissen Sie noch, wie Sie das erfahren haben?

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, im Krankenhaus. (*Abg. Krainer: Nicht wo, sondern wie!*) – Bei einem Handy-Telefonat.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und wer hat Sie da angerufen? (*Mag. Striedinger: Ein Aufsichtsrat!*) – Hat der einen Namen?

**Mag. Günter Striedinger:** Das war Aufsichtsrat Dr. Schaschè.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Der hat Sie angerufen und darüber informiert, dass das Testat für die Bilanz 2004 zurückgezogen wurde? (*Mag. Striedinger: Genau, ja!*) – Wann haben Sie gehört, dass es überhaupt Probleme mit der Bilanzerstellung 2005 gibt, die im Zusammenhang mit dem Swap-Geschäft 2004 stehen?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich glaube, das war Ende Februar, Anfang März.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Stimmt es, dass Sie am 28. Juni 2005 teilgenommen haben an einer Sitzung des Vorstands gemeinsam mit dem Aufsichtsratspräsidium, wo Herr Kulterer im Detail informiert hat über Verluste aus einem Swap-Geschäft 2004? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Wussten Sie vor Beginn dieser Sitzung bereits über den Inhalt dieser Sitzung?

**Mag. Günter Striedinger:** In den größten Zügen, ja, also im weitesten Sinn.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Waren Sie nach der Sitzung gescheiter als vorher? Haben Sie dort etwas Neues erfahren? (*Mag. Striedinger: Eigentlich nicht!*) – Können Sie uns bitte über den Ablauf dieser Sitzung etwas erzählen?

**Mag. Günter Striedinger:** Erstens kann ich mich an das nicht mehr genau erinnern, und das unterliegt der Verschwiegenheitspflicht,

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das ist noch nicht einmal ein Jahr her.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, das unterliegt auch dem Geschäftsgeheimnis der Bank.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Herr Verfahrensanwalt! Ist das ein schutzwürdiges ...? Ist das ein Patent oder ...?

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Man braucht es nicht zu schützen, wenn er es eh nicht weiß. Ein Geheimnis kann er nicht verletzen, wenn er es nicht weiß. Aber an sich ist natürlich – wir haben es ja schon hundertmal gehört, auch bei der vorherigen Person – das, was im Vorstand erörtert wurde, ist kein Geschäftsgeheimnis. Das ist ja kein Geschäft.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. Das ist jetzt ein Jahr her. Jetzt erinnern Sie sich wahrscheinlich nicht mehr wortwörtlich an das, was passiert ist, aber was können Sie uns über diese Sitzung erzählen? Was ist Ihnen noch erinnerlich? Wer waren die Teilnehmer? Wie lange hat sie zirka gedauert? Was waren die Inhalte? Wie ist der Informationsfluss gelaufen? Was war das Ergebnis der Sitzung?

**Mag. Günter Striedinger:** Darüber gibt es sicherlich ein Protokoll. Und ich müsste mir das Protokoll vorlegen lassen, um mich an den genauen Ablauf erinnern zu können.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Darf ich da auch etwas sagen: Das ist zwar richtig, dass es ein Protokoll gibt, wir wollen aber *Ihre Erinnerung* und *Ihre Wahrnehmungen* dazu in Erfahrung bringen. Soweit nicht ein gesetzlich vorgesehener Verschwiegenheitsgrund vorliegt, bitte ich Sie, diesbezüglich auch zu antworten.

Protokolle können wir selber nachlesen. Alle Menschen in diesem Raum sind sicher der Ansicht, dass sehr viel in Protokollen steht, es aber in der Regel auch eine Stimmungslage und Diskussionen gibt, die nicht im Protokoll stehen, und das ist auch etwas, was wir gerne in Erfahrung bringen wollen. Und wir fragen Sie nach Ihren eigenen Erinnerungen und Wahrnehmungen.

**Mag. Günter Striedinger:** Wie gesagt, ich habe in meinem beruflichen Umfeld so viele Meetings und Sitzungen, ich kann mich heute nicht mehr an den Inhalt dieser Sitzung, an einen exakten Inhalt dieser Sitzung erinnern, und ich weiß auch heute aus dem Gedächtnis nicht mehr, wer an dieser Sitzung teilgenommen hat, also welcher exakte Personenkreis.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und das, was Ihnen noch erinnerlich ist? Ich prüfe Sie jetzt nicht ab und sage, den haben Sie vergessen, sondern: Wer war Ihrer Erinnerung nach dabei?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich gehe einmal davon aus, dass der Konzernvorstand dabei war und der Aufsichtsrat oder zumindest das Aufsichtsratspräsidium.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt Moser, Ederer.

**Mag. Günter Striedinger:** Wenn es das Präsidium war, dann war es Moser, Ederer, aber ich weiß heute nicht mehr, ob nicht der gesamte Aufsichtsrat dabei war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Dann wäre es eine Aufsichtsratssitzung gewesen.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, wenn es formell einberufen worden ist, wird es eine Aufsichtsratssitzung gewesen sein. Ansonsten wird es vielleicht eine Information gewesen sein. (*Abg. Krainer: Eine Sonderinformation?*) – Könnte sein, ich weiß es nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und was wurde da informiert? Wer wurde informiert, und was war der Inhalt der Information? Was war der Informationsinhalt?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich gehe einmal davon aus, eine Präsentation des, wenn man es so bezeichnen kann, Swap-Events. (*Abg. Krainer: Swap-Events?*) – Ja.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Und wer wurde informiert?

**Mag. Günter Striedinger:** Entschuldigen Sie, das habe ich, glaube ich, früher eh gerade gesagt.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben gesagt, wer Teilnehmer war. Und Sie sind anscheinend dort nicht informiert worden.

**Mag. Günter Striedinger:** Wenn ich dabei war, habe ich auch die Informationen erhalten.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben vorhin gerade selber gesagt, a) Sie waren dabei, b) Sie haben dort nichts Neues gehört, das heißt, die Informationen, die dort ...

**Mag. Günter Striedinger:** Deswegen bin ich ja trotzdem informiert worden. Ich kann nicht drinnen sitzen und die Ohren zustoppeln.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Waren die anderen Vorstände ebenfalls informiert über den Inhalt dessen, Ihrer Erkenntnis, Ihrer Wahrnehmung nach? (*Mag. Striedinger: Selbstverständlich!*) – Das heißt, der Vorstand, der an dieser Sitzung teilgenommen hat, für den war das nichts Neues, die Information im Wesentlichen, zumindest in den Grundzügen. (*Dr. Striedinger: Ja!*) Für das Aufsichtsratspräsidium war das etwas ganz Neues?

**Mag. Günter Striedinger:** Für das Präsidium nicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Für wen war das dann etwas Neues?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß jetzt nicht mehr, wer der exakte Personenkreis war. Wann, haben Sie gesagt, war die Sitzung? Am ...

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** 28. Juni 2005.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß nicht mehr genau, welcher Personenkreis an dieser Sitzung teilgenommen hat und was hier genau das Thema dieser Sitzung war.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben vorher gesagt: Swap-Event.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich gehe davon aus, habe ich gesagt, dass das das Swap-Event ist.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ja, und was wissen Sie über diesen Swap-Event?

**Mag. Günter Striedinger:** Das unterliegt jetzt wieder dem Bankgeheimnis und meiner Verschwiegenheitspflicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War das ein bankeigenes Geschäft?

**Mag. Günter Striedinger:** Das war auch ein Geschäft mit Adressaten, mit Partnern und unterliegt deshalb der Verschwiegenheitspflicht.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gewisse Teile dieses Geschäfts natürlich schon, aber Bankgeschäft war es keines, sondern es war ein Eigengeschäft der Bank. Damit gilt einmal das Bankgeheimnis nicht. Nur dass man das jetzt einmal auseinanderschält.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Machen wir noch einmal fest: Auch ein Geschäft mit Partnern unterliegt **keinem Bankgeheimnis**. Nur ein Geschäft mit Kundengeldern unterliegt dem Bankgeheimnis, und dann kann man sich erfolgreich darauf berufen. Ich glaube, das ist eindeutig im Gesetz geregelt. Die Frage ist aber auch schon einmal beantwortet worden, dass Kenntnis da war. Und jetzt ist halt weiterführend gefragt worden.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was können Sie uns über dieses Geschäft erzählen?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich war für diesen Geschäftsbereich in der Bank nicht zuständig und habe hiezu auch keine einschlägige Ausbildung genossen und kann Ihnen deshalb überhaupt keine Details oder näheren Inhalte zu diesen Geschäftsaktivitäten sagen. Mein Schwerpunkt war eben das Aktivgeschäft, das heißt das Vergeben von Krediten an Wirtschaftsunternehmen und im Rahmen des Retail-Bereiches auch an Privatpersonen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ab wann waren Sie zuständig für diesen Bereich? (*Mag. Striedinger: Seit 1.1.2000!*) – Also ganze Vorstandszeit zuständig für das Retailgeschäft und für das ...

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, weil mit dem Eintritt von Kollegen Morgl sind dann gewisse Teile von mir auch an den Morgl abgetreten worden und zum Schluss auch an Kircher.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** War es üblich, dass Sie Kreditprovisionen bei Kreditvergaben zahlen? (*Mag. Striedinger: Bitte?*) – War das üblich, dass Sie Provisionen zahlen bei Krediten für Vergabe von Krediten an Vermittler oder dergleichen?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, üblich nicht, aber es ist durchaus vorgekommen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist das vorgekommen im kroatischen Raum, in Österreich oder überall?

**Mag. Günter Striedinger:** Es kommt im gesamten Geschäftsgebiet vor, im Leasing- und im Bankenbereich.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Jetzt in einem groben Verhältnis: In welchem Verhältnis war das in etwa?

**Mag. Günter Striedinger:** Das kann ich Ihnen hier nicht sagen, das weiß ich nicht. Also nicht weltbewegend.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wenn ein genehmigungspflichtiger Kredit, also entweder, ich glaube, über 12,5 Millionen € für den Kreditausschuss oder darüber hinaus auch für den Aufsichtsrat vorgelegen ist, haben Sie da informiert den Kreditausschuss beziehungsweise den Aufsichtsrat auch darüber, ob da Kreditprovisionen zu zahlen sind?

**Mag. Günter Striedinger:** Selbstverständlich. Da ist ja ein standardisierter Kreditantrag vorgelegen, wo alle diese Informationen und Merkmale enthalten waren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das heißt, wenn ein derartiger Kredit da vorgelegt wurde dem Kreditausschuss oder dem Aufsichtsrat, dann war da auch die Information an den Aufsichtsrat, ob hierbei Provisionen laufen. (*Mag. Striedinger: Genau, ja!*)

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Ich möchte gerne zu einem bisschen anderen Themenkreis kommen, weg von dem, welche Provisionen wann und

wie bezahlt wurden. Wie war die Situation während Ihrer Zeit als Mitglied des Vorstandes der Hypo International AG, wenn ich es so verkürzt nennen darf, was die Eigenmittel betrifft? War das aus Ihrer Sicht im üblichen Bereich? (*Mag. Striedinger: Absolut, ja!*) – Oder war die Eigenmittelausstattung eher ...

**Mag. Günter Striedinger:** Gesetzeskonform, ja.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Gesetzeskonform ist das eine. – Das andere ist die Frage, welche Eigenmittelausstattung aus wirtschaftlichen Erwägungen sinnvoll und notwendig ist.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja das ist eine Riesenbandbreite. Da gibt es die Meinung und die Meinung.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Natürlich. Und wie ist Ihre Meinung dazu?

**Mag. Günter Striedinger:** Es war ausreichend.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Während der gesamten Zeit Ihrer Vorstandstätigkeit?

**Mag. Günter Striedinger:** Sie wissen ja, dass durch die vorgeschriebene Bilanzierungsmethode nachträglich eine Menge Eigenkapital vernichtet worden ist und es damit zu einer Unterschreitung gekommen ist.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Also das, meinen Sie, war nicht die reale Situation zu der Zeit, wo die Bilanzen erstellt wurden, sprich, ich glaube, Sie meinen die Jahre 2004 (*Mag. Striedinger: Genau!*) und 2006, sondern das ist durch nachträgliche Korrekturen der Bilanzen, wenn man es so nennen darf, entstanden, die problematische Eigenmittelsituation. (*Mag. Striedinger: Genau!*) – Dennoch sind Sie der Ansicht, dass auch jetzt aus wirtschaftlicher Sicht und, wie gesagt, das eine ist, welche gesetzlichen Erfordernisse es gibt, auf der anderen Seite gibt es wirtschaftlich vernünftige oder eben auch für sagen wir einmal Reserven die weitere Entwicklung eines Unternehmens sinnvoll und notwendige Eigenmittelausstattung, und die war erfüllt und erreicht. (*Dr. Striedinger: Ja!*) Also aus Ihrer Sicht hat es keinen Grund gegeben, sich zu bemühen, die Eigenkapitalausstattung der Gruppe insgesamt und der Hypo International zu erhöhen.

**Mag. Günter Striedinger:** Das habe ich nicht gesagt, weil die Hypo Internationale natürlich einen großen Wirtschaftsraum bearbeitet hat und über sehr viel Geschäftspotential verfügt hat und im Rahmen der zu erstellenden Geschäftspläne, wenn man expansiv ist, naturgemäß ein neues Eigenkapital notwendig ist und, ich glaube, jede Bank immer bemüht ist, mehr Eigenkapital zustande zu bringen durch verschiedenste Maßnahmen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Also doch. – Welche Bemühungen hat man gesetzt, und wie haben die gefruchtet, oder welche Ergebnisse haben die gezeitigt, um eine Ausweitung der Eigenkapitalbasis zu erreichen?

**Mag. Günter Striedinger:** Es sind mehrere Bemühungen gesetzt worden. Jetzt im Detail kann ich Ihnen das gar nicht sagen, weil das ist im Wesentlichen Aufgabe auch wieder anderer Geschäftsbereiche gewesen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Aber als Vorstand haben Sie doch eine Gesamtverantwortung auch mitzutragen, als Mitglied des Vorstandes.

**Mag. Günter Striedinger:** Sicher hat man eine Gesamtverantwortung, aber in so einem breiten Geschäftsbereich kann man eben nur für gewisse Segmente oder Bereiche des Hauses wirklich eine Verantwortung tragen. Es ist undenkbar, dass man

über alle Geschäftsbereiche alles im Detail oder auch in genereller Natur Bescheid weiß.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Hat es Ihrer Information nach seitens der Kontrolle Anregungen gegeben, Beanstandungen gegeben, ohne dass die vielleicht jetzt da das Testat betroffen haben, aber da doch tätig zu werden, um eine bessere Eigenkapitalausstattung zu erlangen, auch im Hinblick auf das doch sehr große Wachstum und rasche Wachstum?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, seitens der Wirtschaftsprüfer nicht. Die Hypo hat ja zwei Ratings gehabt zu diesem Zeitpunkt, und die Rating-Agenturen sind natürlich immer interessiert gewesen, eine noch bessere Eigenkapital- beziehungsweise Haftkapitalausstattung herzeigen zu können.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Also beim Rating ist das ein Thema gewesen.

**Mag. Günter Striedinger:** Selbstverständlich, es ist immer eines der Hauptthemen gewesen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Und ist das auch im Aufsichtsrat erörtert worden?

**Mag. Günter Striedinger:** Im Rahmen auch der Genehmigung der Geschäftspläne für das jeweilige nächste Jahr ist natürlich auch das Thema Haftkapital, Kernkapital immer ein Teil, sage ich einmal, der Präsentation und der Diskussion gewesen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Hat es da auch einen gewissen Druck gegeben seitens des Aufsichtsrates, das zu verbessern, oder hat er die Berichte einfach nur zur Kenntnis genommen?

**Mag. Günter Striedinger:** Es sind ja hier auch immer klare Vorschläge präsentiert worden. (*Abg. Mag. Donnerbauer: Vom Vorstand?*) – Selbstverständlich. Es ist ja auch die Aufgabe des zuständigen Vorstandes gewesen, entsprechende Möglichkeiten aufzuzeigen und vorzuschlagen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Und mit diesen Berichten hat sich der Aufsichtsrat im Wesentlichen auch dann zufrieden gegeben? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Das gilt auch für den Regierungskommissär, der bei der Hypo Alpe Adria ist? (*Mag. Striedinger: Ja!*) Auch die haben keine Anregungen oder Vorschläge in dieser Richtung gemacht? (*Mag. Striedinger: Genau, ja!*) – Hat es von Seiten der Finanzmarktaufsicht oder vorher der Bankenaufsicht in dieser Richtung Anregungen, Vorschläge, Beanstandungen gegeben?

**Mag. Günter Striedinger:** Also in diesen Gesprächen, die ich mit der Finanzmarktaufsicht geführt habe, das hat natürlich meine Themenkreise oder meine Verantwortungskreise betroffen, das war kein Thema.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Herr Striedinger, nur generell zum Bereich der Kreditvergaben. Wir sind ja im Besitz des aktuellen Notenbankberichts. Den werden Sie, nehme ich an, bei weitem nicht zur Verfügung haben.

**Mag. Günter Striedinger:** Den habe ich nicht zur Verfügung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, eben. Wir interessieren uns für die Praxis der Ausweitung der Geschäfte, also volumsmäßig sehr erfolgreiche Ausweitung im Übrigen, vor allem in Kroatien. (*Mag. Striedinger: Auch ertragsmäßig!*) – Ja. Und jetzt gibt es Einschätzungen, die diese Konzepte so konstruieren, dass natürlich das Risiko dort wesentlich höher ist. Sie haben sich einmal zitieren lassen:

Wir haben im Ausland keine Risiken, den Begriff gebrauche ich nicht. – Zitatende.

Ich habe das aus einem „profil“-Artikel, Nr. 14/07 vom 2.4. dieses Jahres.

Haben Sie so eine Aussage einmal getätigt: Wir haben im Ausland keine Risiken.

**Mag. Günter Striedinger:** In dieser Form habe ich das sicher nicht getätigt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie würden den Begriff gar nicht gebrauchen?

**Mag. Günter Striedinger:** In dieser Form habe ich es ganz sicher nicht gesagt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** In welcher Form haben Sie sich zu Risiken im Ausland geäußert?

**Mag. Günter Striedinger:** Es war eigentlich aus meiner Sicht ein „Sport“ gewisser Kreise und Medien, die Aktivitäten der Hypo Alpe-Adria Gruppe im Ausland schlechtzureden und permanent Risiken aufzuzeigen, die es nicht gibt. Ich als zuständiger Vorstand, der jeden Tag im Markt unterwegs war und auch einen absoluten Großteil aller Geschäftskunden persönlich besucht und persönlich besichtigt hat, habe natürlich einen anderen Überblick und ein anderes Wissen über die Qualität der Geschäfte gehabt. Ich habe das immer mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, wenn man behauptet hat, dass die Hypo kroatische Staatsgarantien im „Bauch“ hat, die nichts wert sind. Also das ist wirklich übelste Verleumdung gewesen. Und auch, was andere Aktivitäten betrifft, dass gewisse Engagements von der Bank in die Consultants-Gruppe geschoben wurden, um diese zu verstecken oder zu verschleiern: Das ist schlicht und einfach ein Blödsinn und nicht den Tatsachen entsprechend!

Ich kann auch durchaus sagen: Man muss mir erst einmal Geschäfte zeigen in der Hypo International, die ins Ausland vergeben wurden, die tatsächlich einen Ausfall bedeutet haben! – Ich persönlich weiß davon in meinem Verantwortungsbereich von keinem.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben sehr viel eingebaut in Ihre Antwort. Sie wollen sagen, dass bei den bislang öffentlich aufgetauchten Vorwürfen noch tatsächlich kein Kreditrisiko schlagend geworden wäre.

**Mag. Günter Striedinger:** Wir haben auch immer das beste Zeugnis von allen bei allen Überprüfungen bekommen. Es ist einfach in den Medien dann immer wieder schlechtgeredet worden – und sonst gar nichts.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie sich im Vorstand einmal darüber unterhalten, wenn Sie jetzt hier zu Protokoll geben, wenn ich Sie vorher richtig verstanden habe, ein „Sport“ gewisser Kreise, die Geschäfte der Hypo schlechtzumachen; das muss ja in der Bank etwas auslösen. – Wie ist das diskutiert worden im Vorstand?

**Mag. Günter Striedinger:** Natürlich haben wir uns nicht gefreut, dass es oft derartige Meldungen und Informationen gegeben hat, aber im Endeffekt kann man gegen die Medien eh nichts tun. Man ist, wie bereits gesagt, dem Bankgeheimnis verpflichtet und kann da keinerlei nähere Informationen weitergeben. Und man hat eben mit so einem Umstand zu leben – und sich wieder aufs Geschäft zu konzentrieren und eine gute Performance und ein gutes Resultat zustande zu bringen, was ja auch gelungen ist.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Jetzt haben wir den Eindruck bei Studium dieses Prüfberichts, dass es durchaus auch immer wieder bezogen auf das gleiche Grundkreditgeschäft gegenüber einem bestimmten Kunden Kreditausweitungen gegeben hätte, und das vor dem Hintergrund, dass die gar nicht mehr richtig bedient worden wären. Also ich frage so allgemein, damit wir einmal das

Bankgeheimnis weglassen: Können Sie unter Wahrheitspflicht angeben, in wie vielen Fällen Kreditverträge dann verändert worden sind, Kreditrahmen ausgeweitet worden sind zum Beispiel?

**Mag. Günter Striedinger:** Herr Kogler, wie soll ich das wissen bei der Vielzahl der Fälle! Ich bin ja für das gesamte Corporate Geschäft zuständig gewesen. Da ist ja eine eigene Abteilung mit vielen Mitarbeitern tätig gewesen, wobei wieder jeder ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich meine hier größere Firmenkredite; ich meine nicht kleine.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, wir haben auch viele große Firmenkredite gehabt. Das ist ja auch nicht Aufgabe eines Vorstandsdirektors, eine derartige Statistik zu führen oder permanent auf Fragebeantwortung ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist es vorgekommen, dass Kreditverträge geändert werden mussten, Kredite ausgeweitet wurden vor dem Hintergrund, dass die Bedienung der betreffenden Kredite – salopp ausgedrückt; Sie werden Verständnis haben – zu wünschen übrig ließ?

**Mag. Günter Striedinger:** Schauen Sie, ganz ein einfaches Beispiel. Bei einer Projektfinanzierung wird ein Projekt eingereicht, ein Projekt wird geprüft. Man geht davon aus, dass nach einer zweijährigen oder dreijährigen zinsen- und tilgungsfreien Zeit das Projekt umgesetzt ist und dann wirtschaftlich startet und in der Lage ist, die Verpflichtungen zurückzuführen. Wie wir wissen: Bei Projekt ist meistens Bau dabei. Es kann ja immer wieder zu Verzögerungen oder zu Veränderungen kommen, und dann ist es eben auch notwendig, dass eben gewisse Bedingungen, die am Anfang anders eingeschätzt worden sind, noch einmal geändert werden mussten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zum Beispiel, dass die Zinszahlungen oder Rückzahlungen überhaupt noch einmal in der Frist gestreckt werden?

**Mag. Günter Striedinger:** Selbstverständlich. Das ist eine absolut normale Vorgangsweise.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ist schon klar. Die Frage ist immer noch, was das zugrundeliegende Risiko betrifft: Können Sie ausschließen, dass es bei bestem Wissen und Gewissen und Überprüfungen nicht auch hätte vorkommen müssen, dass in solchen Fällen, wo das eben umorganisiert wurde, eigentlich auch Wertberichtigungen hätten stattfinden müssen, weil sich auch die Sicherheit relativiert hat?

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist gerade ein entscheidender Punkt! Wir haben immer auf die Sicherheiten bei unseren Engagement einen großen Wert gelegt. Die Hypo Bank ist immer einen sehr konservativen Weg gegangen. Wir haben an Sicherheiten eigentlich immer alles genommen, was wir gesehen haben, also Hypotheken, Verpfändung von Geschäftsanteilen und so weiter. Das Problem ist eher das, dass eben durchaus das eine oder andere Mal die Performance des Unternehmens nicht so war, dass die vertraglichen Verpflichtungen, sage ich einmal, peinlichst genau oder korrekt haben erfüllt werden können.

Es ist dann auch passiert, dass eine Fälligestellung erfolgt ist, dass man gesagt hat: Der Kunde ist nicht mehr in der Lage, das zurückzuzahlen! Es ist der ordnungsgemäße Mahnverlauf gemacht worden. Es sind dann die Sicherheiten gezogen worden.

Hier kann ich sagen, dass wir immer mit derartig viel Sicherheiten ausgestattet waren, dass wir in der Lage waren, den hingegebenen Kredit aus den Sicherheiten wieder abzudecken.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** In wie viel Fällen ist es anteilmäßig vorgekommen, dass man sich auf dieser Etappe dann gegenüber einem Großkreditnehmer auch am Eigentum beteiligen musste, sollte? Das ist ja mehrmals vorgekommen, das wissen wir ja.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich kann Ihnen jetzt keinen Prozentsatz sagen. Aber ich würde sagen, ein verschwindend geringer Prozentsatz.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Und aus welchen Anlässen war das in der Regel: für bessere Sicherstellungen oder aus anderen Gründen?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe es gerade gesagt: weil die Performance nicht ausreichend war, um die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Wenn man den ordentlichen Mahnlauf macht, dann hat natürlich jeder Kreditgeber, egal, ob Bank oder Privater, das Recht, die ihm zur Verfügung gestellten Sicherheiten zu ziehen, zu exekutieren?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es hat bezüglich des Adriatic Luxury Hotel-Projekts oder dieser Kette – Sie verzeihen, wenn ich es nicht so genau weiß wie Sie – eine Beteiligung seitens der Hypo Consultants gegeben. Ist das richtig?

**Mag. Günter Striedinger:** Es wird zwar jetzt ein Kunde genannt, und normalerweise müsste ich nichts sagen, aber es ist richtig. Ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Warum war das notwendig?

**Mag. Günter Striedinger:** Es ist so, glaube ich, bei jeder Bank, so auch bei uns: Immer, wenn man eine Finanzierung macht, ist es grundsätzlich erforderlich, dass auch Eigenmittel eingebracht werden. Und wenn wir der Meinung waren, dass die Eigenmittel nicht ausreichend waren, dann haben wir am Beginn sehr oft die Vorgangsweise gewählt, dass wir, wenn das Projekt sich erfolgreich umgesetzt hat, hier ein Absatzpotential, das heißt eine Gewinnbeteiligung, haben.

In diesem konkreten Fall hat die Consultants-Gruppe um 1 Kuna – um 1 Kuna! – einen bestimmten Prozentsatz an Geschäftsanteilen übertragen bekommen, um in einem Erfolgsfall, sei es einen Verkauf über die Börse oder was auch immer, ein zusätzliches Ertragspotential lukrieren zu können.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja. Das ist sozusagen die rechtliche Voraussetzung dazu: diese 1 Kuna-Lösung.

Aber sagen Sie, ist es richtig, dass zwischendurch 33 Prozent an Beteiligungen seitens der Hypo Consultants vorhanden waren? (*Mag. Striedinger: Richtig! Ja!*) – Wieso sagen Sie dann: 1 Kuna!? (*Mag. Striedinger: Bitte?*) Mit 1 Kuna haben Sie die 33 Prozent-Beteiligung erworben? (*Mag. Striedinger: Richtig! Ja!*)

Jetzt ein ganz anderer Bereich: Wer im Vorstand war zuständig für die Geldwäschebekämpfung in der Dreierkonstellation Kulterer, Striedinger, Morgl?

**Mag. Günter Striedinger:** Es hat einen Geldwäschebeauftragten gegeben. In jeder Bank ist das so. (*Abg. Mag. Kogler: Das ist ja vorgesehen!*) – Ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Sie haben keine weitere Zuordnung im Vorstand zu diesem Fachbereich gehabt?

**Mag. Günter Striedinger:** Nicht, das ich wüsste.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben jedenfalls keine Zuständigkeit dafür in Ihrem Arbeitsverhältnis festgelegt? (*Mag. Striedinger: Nein!*) – In diesem Notenbankbericht ist ersichtlich, dass es hier zumindest vorübergehend,

wenn nicht durchgehend, bis heute wesentliche Mängel gibt. Was können Sie über das EDV-System sagen, das hier mit in diese Kontrolle eingeschaltet ist?

**Mag. Günter Striedinger:** Erstens kenne ich den Notenbankbericht nicht, und zweitens ist das ein Themenkreis, der ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich frage Sie nach Ihren Wahrnehmungen! Können Sie dazu etwas sagen? Was das überhaupt einmal ein Thema im Vorstand?

**Mag. Günter Striedinger:** Die Geldwäsche-Richtlinien? Na Selbstverständlich! Geldwäsche-Richtlinien sind verabschiedet worden und ... (*Abg. Mag. Kogler: Die hausinternen Richtlinien?*) – So ist es!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nächste Frage: Was ist dem Vorstand über die Funktionsfähigkeit des EDV-Systems bekannt geworden, um überhaupt den gesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen? Von den Richtlinien rede ich noch gar nicht!

**Mag. Günter Striedinger:** Dazu kann ich Ihnen jetzt keine Antwort geben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Hat sich jemand im Vorstand darum besonders gekümmert oder bemüht?

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, da wird sicherlich der zuständige Vorstand für den IT- oder für den EDV-Bereich eben ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer war der zuständige Vorstand für den IT-Bereich?

**Mag. Günter Striedinger:** Das war bis 2004 Kulterer; nach 2004 war das Morgl.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das hilft uns ja schon! Tadellos! Ist ja schon wieder etwas!

Der Geldwäschebeauftragte in Ihrem Haus hat ja auch gewechselt. Welche Personen waren das? Können Sie das dem Ausschuss bekanntgeben?

**Mag. Günter Striedinger:** Das weiß ich nicht mehr? (*Abg. Mag. Kogler: Das wissen Sie nicht?*) – Nein!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ist Ihnen bekannt – letzte Frage –, dass in den hausinternen Richtlinien über viele Monate der falsche Zuständige als Geldwäschebeauftragter Ihres Instituts genannt wurde?

**Mag. Günter Striedinger:** Ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Danke für diese erste Runde.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe auch ein paar einleitende Fragen.

Die Umwandlung von Krediten in Beteiligungen, aus welchen Gründen auch immer, was bei Ihnen im Hause auch üblich. Nach welchen Laufzeiten hat sich das in der Regel herauskristallisiert, in der Zeit Ihres Vorstandsendagements?

**Mag. Günter Striedinger:** Die Umwandlung von Krediten in Beteiligungen war in unserem Haus *nicht* üblich, sondern das waren, wie ich bereits gesagt habe, Sondersituationen, Sanierungssituationen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ist es vorgekommen, dass so etwas schon nach einem oder zwei Jahren nach Kreditvergabe gemacht wurde?

**Mag. Günter Striedinger:** Was Sie ansprechen, das geht eher in die Richtung: Als wir eine Bank in Kroatien, im Osten übernommen haben, mit einem bestehenden Portfolio,

sind gewisse Engagements von der Bank in die Consultants transferiert worden, um die dort in aller Ruhe abarbeiten zu können, ohne aus unserer Sicht überhöhte Wertberichtigungen vornehmen zu müssen, weil wir gesehen haben, dass wir ausreichend Sicherheiten im Hintergrund haben. Wir haben zum Buchwert die einzelnen Geschäftsfälle von der Bank in die Consultants übertragen und dort dann abgearbeitet, eigentlich durchwegs sehr erfolgreich abgearbeitet.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Für die Bank erfolgreich?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, nein. Das Risiko ist von der Bank auf die Consultants übergegangen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Für die Consultants sehr erfolgreich abgearbeitet. Für wen erfolgreich?

**Mag. Günter Striedinger:** Die Bank hat ihren Buchwert bekommen, hat nichts verloren, und die Consultants hat den Buchwert gekauft und hat den Buchwert durch Sicherheiten oder sonstige Aktivitäten selbst wieder hereingebracht oder sogar mehr erlöst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und der, der ursprünglich der Kreditnehmer war, für den war es in diesen Fällen auch erfolgreich?

**Mag. Günter Striedinger:** Schauen Sie, wenn es eine Sanierung oder Verwertung gibt, dann ist es sehr oft dem Kreditnehmer bereits entzogen worden. Das waren ja Fälle, die bereits in Klage waren.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Keine Frage, wir alle wissen, dass es notleidende Kredite geben kann und dass das natürlich auch überall vorkommt.

Die Frage ist: Hat es Fälle gegeben, wo schon ein Jahr nach der Kreditvergabe ein notleidender Kredit vorlag und die Verwertung letztlich notwendig wurde?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, meines Wissens nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Noch ein paar Fragen zu dem Bereich „Berichtslinie vom Herrn Rauscher“. Können Sie uns einmal sagen, an wen Herr Rauscher berichtet hat?

**Mag. Günter Striedinger:** An den Kollegen Kulterer. (*Obmann Dr. Graf: Ausschließlich?*) – Ausschließlich. Ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Können Sie uns auch sagen, wer der Stellvertreter oder die Stellvertreterin von Herrn Rauscher gewesen ist?

**Mag. Günter Striedinger:** Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen, das weiß ich nicht mehr.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Im Oktober/November war Herr Rauscher einmal in Amerika. – Können Sie sich an diese Zeitspanne erinnern, wo er in Boston zwecks Absolvierung eines Kurses im Zuge eines Master-Lehrganges war?

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, aber wie gesagt, ich habe 6 000 Leute gehabt. Ich weiß nicht mehr, wer hier Stellvertreter war. Ich weiß es nicht mehr!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wissen Sie, es geht auch immer ein bisschen um die Glaubwürdigkeit, und ich glaube Ihnen schon, dass Sie das vergessen wollen. Aber das ist der entscheidende „Swap-Event“ – nennen wir es einmal so! –, der damals getätigt wurde, wo gerade der Zuständige nicht da war. Und in der Regel merkt man sich so etwas. Ich meine, das ist dann zu einem großen Problemfall in der Bank

geworden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man darüber nicht auch ausführliche Gespräche geführt hat.

Daher frage ich Sie noch einmal: Wenn Sie scharf nachdenken und das jetzt einordnen, können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, wer damals Herrn Rauscher, in diesen 16 Tagen, wo er ortsabwesend war, wo er in Amerika war, vertreten hat?

Denn: Da ist viel zusammengekommen. Da ist seine EDV in Amerika zusammengebrochen, dann war er nicht E-Mail-mäßig erreichbar. Das sind ja Dinge, die man sich merkt. Obwohl ich damals nicht Vorstand war, sondern nur einfaches Mitglied dieses Ausschusses, weiß ich das in drei Jahren immer noch. Dieses Thema merke ich mir, das weiß ich auch noch in drei und fünf Jahren. Und Sie können mir glauben, ich habe auch Zigtausende Kontakte mit Menschen.

**Mag. Günter Striedinger:** Aber ich glaube, Sie werden in der letzten Zeit mehr über dieses Thema gelesen haben, als ich aus den Akten erfahren habe.

Ich muss Ihnen leider Gottes sagen: Ich will hier nichts zurückhalten, aber ich weiß beim besten Willen nicht mehr, wer zu diesem Zeitpunkt der Stellvertreter vom Herrn Rauscher war!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Hat er überhaupt jemand gehabt, der ihn vertritt? Gab es da eine Regelung?

**Mag. Günter Striedinger:** Es hat einige Bereiche gegeben, wo es auch keine Stellvertreter gegeben hat.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Bankintern, vom Organisationsaufbau her, dürfte es aber so einen Fall nicht geben. – Würden Sie mir da zustimmen?

**Mag. Günter Striedinger:** Da kann ich Ihnen nicht zustimmen, weil es im Rahmen eines Aufbaues einer Organisation immer wieder zu neuen Bereichen kommt. Da wird ein Leiter nominiert, und es ist am Beginn manchmal einfach nicht möglich, sofort einen kompetenten oder geeigneten Stellvertreter zu finden. Da sind gewisse Übergangszeiträume dann einfach zu akzeptieren. Wie gesagt, deswegen hat es hier zu der Zeit keine durchgehende Stellvertreter-Regelung gegeben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber selbst dieser Fall ist geregelt. Was passiert, wenn man keinen Stellvertreter hat? Dann hat man einen Vorgesetzten? Dann ist der verantwortlich? (*Mag. Striedinger: Ja, richtig!*) – Es kann also nicht sein, dass es niemanden gibt, außer der Vorgesetzte fällt auch aus. Aber der hat wieder einen Stellvertreter.

**Mag. Günter Striedinger:** Aber ich habe gerade gesagt: Ich weiß nicht, wer der Stellvertreter vom Rauscher war. Ich weiß aber, wer der Vorgesetzte vom Rauscher war.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber grundsätzlich gibt es eine Stellvertreter-Regelung. Es dürfte dieser Fall gar nicht sein, dass es keinen gibt. Aber es gibt Ausnahmesituationen, ganz klar, etwa bei der Neuerrichtung von Bereichen, Ressorts oder was auch immer, wo man in der Startphase gar nicht vorsorgen kann, weil man die Personalentwicklung so gar nicht betreiben kann. Das ist auch logisch. Aber dann gibt es einen Vorgesetzten.

Das heißt, für diese Zeit – das wollte ich jetzt mit Ihnen herausarbeiten – hat es entweder einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin vom Herrn Rauscher gegeben, und wenn es das nicht gegeben hat, aus welchen misslichen Umständen auch immer,

hat es einen Vorgesetzten gegeben, der diese Agenden dann in Wirklichkeit zu verantworten hatte.

**Mag. Günter Striedinger:** Zur Ergänzung: Es hat auch einige Bereiche gegeben, wo der Bereichsleiter da war, und es hat innerhalb des Bereiches dann gewisse Subbereiche gegeben. Und es war dann durchaus in einigen Bereichen der Fall, dass zum jeweiligen Themenkreis immer ein Subbereichsleiter als Stellvertreter agiert hat.

Es war zu dieser Zeit mit Sicherheit in einigen Bereichen der Fall, dass kein expliziter, also ein für alle Themen eines Bereiches zuständiger Stellvertreter genannt war.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Genau, kann sich auch aufteilen. Gut. Das haben wir auch einmal so besprochen.

Kennen Sie Herrn Hermann Gabriel? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Wer ist das?

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist ein selbständiger Steuerberater.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie zu diesem irgendeine Beziehung?

**Mag. Günter Striedinger:** In welcher Art, meinen Sie jetzt?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Geschäftlich, verwandtschaftlich, verschwägert?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich bin mit ihm nicht verwandt! Herr Gabriel hat im Rahmen der Kanzlei Pöschl im Jahr 1991 oder 1992, glaube ich, in wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Fragen das Haus beraten.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir halten das fest: Sie sagen, Sie sind nicht verwandt und nicht verschwägert mit ihm, und Herr Gabriel ist Steuerberater des Hauses gewesen.

**Mag. Günter Striedinger:** Zuerst im Rahmen der Kanzlei Pöschl & Partner, später dann selbständig mit seiner eigenen Kanzlei.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie heute noch Kontakt zu ihm? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – In welcher Form?

**Mag. Günter Striedinger:** Dass wir uns persönlich gut kennen. (*Obmann Dr. Graf: Keine geschäftlichen Kontakte?*) – Im Rahmen meiner Privataktivitäten berät er mich auch in steuerlichen und wirtschaftlichen Fragen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Er ist Ihr Steuerberater?

**Mag. Günter Striedinger:** Er ist nicht mein Steuerberater! Steuerberater ist jemand anders, aber, wie gesagt, er berät mich weiterhin.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie Herrn Zagorec? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Woher? Seit wann? Erzählen Sie uns ein bisschen etwas!

**Mag. Günter Striedinger:** Ich kenne Herrn Zagorec natürlich als Bankkunden. Ich glaube, so zirka aus dem Jahr 2004.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie heute noch Kontakt mit ihm? (*Mag. Striedinger: Nein!*) – Wann haben Sie das letzte Mal Kontakt gehabt mit Herrn Zagorec?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich glaube, im Herbst letzten Jahres. (*Obmann Dr. Graf: Im Herbst 2006?*) – Ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wo waren Sie denn am 27. März 2007?

**Mag. Günter Striedinger:** Das weiß ich jetzt nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kann es sein, dass Sie im Hotel Esplanada in Zagreb waren?

**Mag. Günter Striedinger:** Wenn ich damals in Zagreb war, wahrscheinlich.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie einen Herrn Binder?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe Herrn Binder nur ein oder zwei Mal im Beisein von Herrn Zagorec gesehen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Allein haben Sie ihn nie gesehen?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, habe ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie den Herrn Vladovic? (*Mag. Striedinger: Wie bitte?*) – Harry Vladovic. – Ich weiß nicht, wie man den Namen ausspricht.

**Mag. Günter Striedinger:** Nicht, dass ich es wüsste.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie am 27. März 2007 im Hotel Esplanada Herrn Roman Binder getroffen, vielleicht sogar im Beisein des Herrn Vladovic?

**Mag. Günter Striedinger:** Schauen Sie, wenn ich im Hotel Esplanada bin, dann treffe ich meine Geschäftspartner in meiner neuen Funktion. Und das ist ein öffentliches Hotel, und in dieser Hotelbar bewegen sich sehr viele in- und ausländische Wirtschaftsleute, und es kann durchaus sein, dass ich den einen oder anderen dort kurz getroffen habe.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie schließen nicht aus, dass Sie ihn getroffen haben.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich kann es nicht ausschließen, ich weiß es nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie sind nämlich dort observiert worden, haben wir in Erfahrung gebracht. Das geht aus einem Akt bei uns hervor.

**Mag. Günter Striedinger:** Das wissen Sie, aber ich weiß es nicht!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dass Sie die beiden Herren getroffen haben dort. Und dieses Treffen ist auch observiert worden, steht da. Und da gibt es auch Lichtbilder davon. – Was hat Herr Binder mit Herrn Zagorec zu tun?

**Mag. Günter Striedinger:** Keine Ahnung! Das weiß ich nicht. Das wird ein Mitarbeiter von ihm sein.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wissen Sie da etwas? Haben Sie da Wahrnehmungen – oder vermuten Sie es nur?

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, ich gehe davon aus, dass er Mitarbeiter von Zagorec ist, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und Herrn Vladovic – vielleicht spreche ich ihn falsch aus – aber [Həri], Harry oder wie man den Vornamen auch ausspricht, sagt Ihnen nach wie vor nichts?

**Mag. Günter Striedinger:** Das kann auch ein Mitarbeiter von Zagorec sein, ich weiß es jetzt explizit nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich denke mir, wenn Sie den treffen in Zagreb in einem Hotel ...

**Mag. Günter Striedinger:** Deswegen muss ich aber nicht wissen, bei wem er Mitarbeiter ist.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Striedinger! Aus dem Prüfbericht der Oesterreichischen Nationalbank vom Jänner 2002 geht

hervor, dass bei den Auslandstöchtern der Hypo Alpe-Adria, speziell in Kroatien und Slowenien, für die auch Sie zuständig waren, jahrelang keine Aufstellung der gebildeten Einzelwertberichtigungen vorgelegt wurden. – Können Sie uns sagen, warum nicht?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß nicht, wie Sie zu dieser Feststellung kommen?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Stimmt diese Feststellung nicht? Können Sie uns bestätigen, dass in diesen Jahren – 2000 bis 2005 – in den Auslandsfilialen Ihres Zuständigkeitsbereichs bei den Krediten die vorgenommenen Einzelwertberichtigungen vorgenommen wurden? Können Sie uns das bestätigen?

**Mag. Günter Striedinger:** Das kann ja gar nicht der Fall sein. Die Auslandsbanken unterliegen ja der jeweiligen Nationalbank, und die sind ja jährlich geprüft worden. Da muss es ja entsprechende Wertberichtigungslisten geben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Also, das heißt, Sie bestätigen, dass es diese Berichtigungen gegeben hat? (*Mag. Striedinger: Selbstverständlich!*) – Dem Prüfbericht der Nationalbank vom Dezember 2004 ist zu entnehmen, dass bei über 100 Projektgesellschaften in den Ländern Kroatien, Slowenien und Serbien die erforderlichen buchhalterischen Verknüpfungen fehlten. Was sagen Sie dazu?

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, was soll ich dazu sagen? Das ist eine sehr generelle Feststellung. Im Rahmen einer Besprechung mit einem Wirtschaftsprüfer oder einer sonstigen, sage ich einmal, externen Person oder mit der FMA gibt es ja dann immer eine dementsprechende Besprechung über Kreditfälle, wo es Beanstandungen gibt, und es wird immer wieder Beanstandungen geben, aber dass hier generell keinerlei Auskünfte oder Informationen eingesammelt worden sind, das weise ich auf das Schärfste zurück.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Schauen Sie, da sind jetzt zwei Prüfberichte der Oesterreichischen Nationalbank. Das ist ja nicht irgendetwas Unerhebliches, das sind doch gewichtige Aussagen. Sie weisen diese „auf das Schärfste zurück“, das heißt, Sie sagen, dass diese Prüfberichte der Oesterreichischen Nationalbank kein Gewicht hätten?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein. Gehen wir das einmal so an: Das ist von Ihnen eine sehr allgemeine Frage. Das muss man schon ein bisschen spezifischer darstellen: Welche konkreten Besicherungsmerkmale oder Nachweise der wirtschaftlichen Entwicklung eines Unternehmens sind abgegangen? Dann kann ich dazu eher eine präzise Antwort geben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Schauen Sie, das sind die Feststellungen, die wir den Prüfberichten der Oesterreichischen Nationalbank entnehmen. Wenn Sie bereit sind, uns Details darüber zu sagen, sind wir natürlich sehr froh. (*Mag. Striedinger: Ich kann aber ...*) Vielleicht können Sie spezifizieren. Es gibt ja diesen Bericht der Nationalbank, und wenn dieser Bericht so dasteht, dann müssen wir dem Glauben schenken. Das heißt, wir glauben ihm, Sie weisen es auf das Schärfste zurück. Vielleicht geben Sie uns aber Beispiele, wo es widerlegbar ist, dass diese ...

**Mag. Günter Striedinger:** Schauen Sie, ich kann ja nicht für die Tochterbanken, bei denen ich nicht Vorstand bin, sondern nur rein jetzt einmal von der Konzernspitze her für das Land oder für einen gewissen Themenbereich zuständig, hier über das gesamte Portfolio der Tochterbank, über, sage ich einmal, Qualität und Inhalt Bescheid wissen. Wenn so eine Feststellung gemacht wurde, dann ist auch die Tochterbank davon informiert worden, und die Tochterbank hat dann eine entsprechende Stellungnahme dazu abgegeben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sie waren aber schon zuständig für diese Bereiche? (*Mag. Striedinger: Ja, selbstverständlich!*) – Und Sie kannten diese Prüfberichte.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, ich werde sie sicherlich gekannt haben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sie haben sie auch nicht vergessen, denke ich. – Es hat Sie nicht gestört, dass es solche Berichte gibt?

**Mag. Günter Striedinger:** Schauen Sie, es gibt keinen Prüfungsbericht, der nicht Beanstandungen beinhaltet. Das ist ja eine lebendige Diskussion. Der eine sieht es so, der andere sieht es so. Und das ist, noch einmal, immer eine Frage, um welches Dokument oder um welchen Mangel aus Sicht des externen Prüfers oder der FMA es jetzt im Konkreten geht. Wenn keinerlei Bilanzen hereingenommen werden, ist das ein schwerwiegender Tatbestand. Also, ich sage einmal, wenn kein aktueller Firmenbuchauszug eingeholt wird, ist das ein formeller Mangel, der gegeben ist, aber innerhalb kürzester Zeit wieder behoben werden kann.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Nächste Frage: Bei einer Aussprache mit den Wirtschaftsprüfern am 26. Mai 2004 stellten Sie wörtlich fest:

Es soll sichergestellt werden, dass in der Sitzungen des Aufsichtsrates, in denen die Jahresabschlüsse geprüft und genehmigt werden, keine Prüfungs- und Bilanzierungsthemen besprochen werden sollen. – Zitatende.

Ist das die so genannte „feine Art“ des Bankers, Funktionäre des Aufsichtsrates für dumm zu verkaufen?

**Mag. Günter Striedinger:** Das habe *ich* festgestellt – oder was?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das haben Sie festgestellt, ja.

**Mag. Günter Striedinger:** Wann habe ich das festgestellt?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Am 26. Mai 2004 bei einer Aussprache mit Wirtschaftsprüfern.

**Mag. Günter Striedinger:** Und das hat der Wirtschaftsprüfer oder was, so dokumentiert?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Da gibt es Unterlagen darüber. Da können Sie gerne Einsicht nehmen, wenn Sie wollen.

**Mag. Günter Striedinger:** Also, ich gehe einmal davon aus, dass er das in einer wahrscheinlich, ja überspitzten oder falsch formulierten Art dokumentiert hat.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sie stellen auch fest inhaltlich, dass es nicht die feine Art eines Bankers wäre, so etwas zu sagen?

**Mag. Günter Striedinger:** Noch einmal: Das hat *er* formuliert, das habe nicht ich formuliert!

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** In der Aufsichtsratssitzung vom 15. April 2005 sowie bei einer Aussprache in der Finanzmarktaufsicht vom 23. Mai 2005 wurde die Bilanz 2004 besprochen und genehmigt. Zu diesem Zeitpunkt war es schon bekannt, dass es diese Swap-Verluste gegeben hat.

Frage: Wäre es nicht Ihre Pflicht gewesen zu diesem Zeitpunkt, die Herren über die Swap-Verluste zu informieren?

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist Gegenstand des Verfahrens. Das kann ich nicht beantworten.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Gut, das nehmen wir zur Kenntnis.

Eine Frage noch zu diesem Komplex: Ich komme jetzt zu Details. Sie haben unter anderem das Stahlwerk in Split und das Hotel Excelsior in Dubrovnik finanziert, die durch Garantien des Staates Kroatien abgesichert wurden. Können Sie etwas über diese Garantien des Staates Kroatien sagen? Wie sah das aus? Wie sicher waren die? – Für Nicht-Bankexperten; ich bin kein Bankexperte.

**Mag. Günter Striedinger:** Das sind ganz normale Staatsgarantien, denen entsprechende Beschlüsse vorangegangen sind und von denen auch immer wieder behauptet wurde, dass, wenn die eine Regierung durch eine andere Regierung abgelöst wird, die alten nichts mehr wert sind. Das ist einfach nicht der Fall gewesen. Die Beschlüsse sind so herbeigeführt worden, dass sie für alle weiterhin verbindlich waren, und die Staatsgarantien sind auch durchaus, zwar in dem einen oder anderen Fall mit Verzögerungen, aber dafür auch wieder mit entsprechenden Verzugszinsen unterlegt, dann halt pünktlich oder verspätet bezahlt worden. Aber eine Staatsgarantie ist nach wie vor die Garantie des Souveräns und die beste Sicherheit, die man eigentlich bekommen kann.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das heißt: Die erste Aussage, Kernaussage von Ihnen dazu ist also, dass eine gewisse Konstanz auch regierungsübergreifend dadurch gegeben war. Wer muss denn unterschreiben bei solchen Staatsgarantien von Seiten des Staates Kroatien?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß es jetzt nicht genau, aber in der Regel der Finanzminister.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Stimmt es, dass im Falle des Staates Kroatien immer zwei Minister unterschreiben müssen, zum Finanzminister zusätzlich auch der Justizminister? Und waren diese Unterschriften in diesen beiden besprochenen Fällen auch gegeben?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß nicht, ob jetzt der Justizminister auch mitunterschreiben hat müssen, aber ich weiß, dass unsere Fachabteilung die Staatsgarantien natürlich geprüft hat, sehr genau informiert war, wer zeichnungsberechtigt war und die Staatsgarantien auch in der entsprechend richtigen Form bei uns im Original vorgelegen sind. Es ist ja auch keine einzige ausgefallen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Eine konkrete Frage noch: Wussten Sie, dass der damalige Finanzminister Škegro des Öfteren Urlaub am **Dienstl Gut** machte? Das Dienstl Gut gehörte dem Herrn Kulterer.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, kann durchaus sein.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sie wussten das, ja. – Danke vorerst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe nur eine Frage, denn Sie haben sich auf ein anhängiges Verfahren berufen. Ich habe es jetzt auch nicht im Kopf: Welches Verfahren ist anhängig?

**Mag. Günter Striedinger:** Eines ist das Bilanzierungsthema im Zusammenhang mit dem Swap, ja, und das zweite ist eine Vorerhebung gegen mich in der Angelegenheit – ja unter Anführungszeichen – „Zagorec“.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Bilanzierung ist mir klar, Vorerhebung wegen diesem Punkt. Und welches Verfahren wird unter „Zagorec“ geführt, wegen des Verdachtes auf ...?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe das bis dato nur aus den Medien erfahren und gelesen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Selbst explizit wissen Sie ...?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß, dass es ein Vorerhebungsverfahren gegen mich gibt, aber ich wurde bis dato noch nie vernommen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und auch nie eingeladen zur Vernehmung?  
(*Mag. Striedinger: Nein!*) – Ist Ihnen schon etwas zugestellt worden?  
(*Mag. Striedinger: Nein!*) – Das heißt, das wissen Sie nur aus den Medien?

(*Die Vertrauensperson spricht kurz mit der Auskunftsperson.*)

**Mag. Günter Striedinger:** So ist es! Eine Geschäftszahl, sagt mein Rechtsvertreter, gibt es schon, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Welche Geschäftszahl ist das, bitte?

**Mag. Günter Striedinger:** 8UR/16606k/LG Klagenfurt. (*Obmann Dr. Graf: Haben Sie 8UR gesagt?*) – 8UR, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nur zu meiner Orientierung auch: Sie, Herr Striedinger, gehen davon aus, dass sich dieses Verfahren auch jetzt schon gegen Sie richtet? Gegen Zagorec, das ist ja soweit bekannt, aber dass das auch Erhebungen jetzt schon oder überhaupt gegen Sie seien, das ist das, was Sie dem Ausschuss mitteilen wollen?

**Mag. Günter Striedinger:** Mein Anwalt sagt, das ist die Zahl von dem Bilanzverfahren, ja. Okay?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, okay! Das ist einmal diese Sache, aber ich beziehe mich jetzt auf die zweite Begründung auch ohne Aktenzahl jetzt. Wir würden diese Entschlagung selbstverständlich auch ohne Aktenzahl akzeptieren, wenn glaubhaft gemacht wird, dass Sie jetzt schon davon ausgehen, dass sich diese Erhebungen auch gegen Sie richten, nämlich im Sinne des Beschuldigten und nicht nur gegen Zagorec. (*Mag. Striedinger: Genau! Ja!*) – Das ist Ihr Informationsstand?  
(*Mag. Striedinger: Genau! Ja!*) – Und woher haben Sie diese Erkenntnis?

**Mag. Günter Striedinger:** Wenn mein Rechtsanwalt mit dem zuständigen Gericht oder mit dem zuständigen Beamten im Gericht ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja. Und da ist unmissverständlich klar geworden, dass Sie jedenfalls auch als Beschuldigter in Frage kommen.  
(*Mag. Striedinger: Das es gegen mich ein Vorerhebungsverfahren gibt, ja!*) – Ja, dann ist das glaubhaft gemacht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Nur damit wir das auch im Protokoll haben, ist das ganz gut, dass wir es einmal herausarbeiten. (*Mag. Striedinger: Genau, ja!*) Jetzt haben wir das herausgearbeitet, damit wir alle vom Gleichen reden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Es ist wohl davon auszugehen, dass Sie den jüngsten Kontrollbericht der Oesterreichischen Nationalbank nicht kennen, ich nehme aber wohl an, dass Sie in den Medien darüber gelesen haben zu Beginn dieser Woche.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich kenne ihn nicht und habe auch nur die Informationen aus den Medien.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** In diesem Bericht werden zum Teil massive Vorwürfe gegen die Bank erhoben, insbesondere in neun Punkten. Ich will

jetzt nicht alle neun Punkte hier durchdeklinieren, aber vielleicht den einen oder anderen doch mit Ihnen kurz besprechen.

Zum einen wird einmal erwähnt oder kritisiert, dass die Eigenmittelausstattung der Hypo International und des Konzerns eigentlich immer zu knapp bemessen gewesen ist. Sehen Sie das auch so?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, da muss ich festhalten, dass ich erstens einmal den Bericht nicht kenne. Es ist ein Rohbericht. Zweitens bin ich nicht mehr aktives Mitglied der Hypo und kann deshalb zu derartigen Fragestellungen hier überhaupt keine Antwort geben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Na ja, aber zu dem Zeitpunkt oder Zeitraum, auf den sich der Bericht bezieht, sind Sie sehr wohl sogar stellvertretender Vorsitzender gewesen, nämlich für die Jahre 2004 bis jetzt, ja. Und zumindest bis zum 31. August 2006 waren Sie Mitglied der Bank.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, aber noch einmal: Ich bin kein aktives Mitglied mehr, habe keinen Zugang mehr zu den Unterlagen, und auf einen derartigen Bericht ohne Unterlagen und, sag ich einmal, Zugriff auf Detailinformationen hier eine Antwort zu geben, ist mir **nicht** möglich.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie haben auch keine Wahrnehmungen mehr, über die Sie uns berichten könnten, **ohne** dass Sie auf Unterlagen zugreifen.

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, ich möchte dazu keine Antwort geben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Kommen wir zum aus meiner Sicht schwerwiegendsten Kritikpunkt in dem Bericht: Er betrifft den Kreditbereich, also jenen Bereich, in dem Sie über viele Jahre lang tätig gewesen sind. Einmal wird hier von Datenproblemen im Zusammenhang mit dem Datenaustausch mit der Liechtensteinschen Finanzmarktaufsicht berichtet. – Können Sie dazu etwas sagen? (*Mag. Striedinger: Nein!*)

Dann – jetzt zitiere ich aus dem Bericht – auf Seite 7 lautet es wie folgt:

„Als sehr schwerer Mangel ist die Negierung der Kontrollinstrumente, insbesondere in der Institution des Risikomanagements zu sehen, welches für die formelle und materielle Kreditprüfung zuständig ist. Laut Statistik der Innenrevision gab es in der Stichprobenprüfung 2005 für rd. 35 % der beantragten Kredite keine nachweislich vorgelegte Stellungnahme des Risikomanagements. Im Jahr 2006 erhöhte sich dieser Prozentsatz sogar auf 54 %. Außerdem wurden die vom Risikomanagement festgestellten Mängel den Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis gebracht. Seitens des neuen Vorstandes ist geplant, die Stellungnahme des Risikomanagements, wie bei nahezu allen Banken üblich, in den Kreditantrag zu integrieren.“

Können Sie uns dazu etwas sagen?

**Mag. Günter Striedinger:** Keine Stellungnahme. (*Abg. Mag. Rossmann: Warum nicht?*) – Ich habe es bereits gesagt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie müssen das schon begründen gegenüber diesem Ausschuss.

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist ein Rohbericht. Er liegt mir nicht vor, ich bin nicht mehr aktiver Mitarbeiter, ich habe keinen Zugriff auf die Daten und Informationen des Hauses, und deshalb ist es mir **nicht** möglich, hier eine Stellungnahme abzugeben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir wollen ohnehin keine Stellungnahme wissen, wir wollen ja wissen, ob Sie das bestätigen können oder nicht! (*Abg. Mag. Rossmann: Sie werden mir doch nicht erzählen, dass Sie jahrelang im Kreditbereich tätig gewesen sind ...*)

**Mag. Günter Striedinger:** Noch einmal: Ich gebe hier keine Stellungnahme dazu ab.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich denke, Sie müssen das glaubhaft machen! Sie können uns doch nicht allen Ernstes erzählen, dass Sie in die Bank eingetreten sind im Jahre 1987 und im Wesentlichen immer für den Kreditbereich zuständig gewesen sind, und auch zuletzt als Vorsitzender, als stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes für diesen Bereich zuständig gewesen sind, dass Sie hier keinerlei Erinnerungen mehr haben. Wie haben Sie dann Ihre Funktion überhaupt ausüben können, frage ich Sie.

**Mag. Günter Striedinger:** Auf einen Rohbericht gibt es normalerweise eine Stellungnahme der Bank, ja, und nachdem ich nicht mehr aktives Mitglied der Bank bin, kann ich hier diese Stellungnahme auch nicht abgeben, und ich kann hier auch nicht in Stellvertretung der jetzt verantwortlichen Manager der Bank Antworten oder Stellungnahmen abgeben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wie waren denn Ihre Wahrnehmungen zum Zeitpunkt, als Sie in der Bank waren? Wie war denn das da konkret?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe diese Wahrnehmungen nicht.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Na gut, wie waren denn Ihre Wahrnehmungen zum Zeitpunkt, als **Sie** in der Bank waren? Wie war denn das da konkret?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe diese Wahrnehmungen nicht.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie haben **keine** Wahrnehmungen gemacht, als Sie für den Kreditbereich zuständig gewesen sind?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich habe diese von Ihnen zitierten Wahrnehmungen **nicht** gehabt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wie war das zu dem Zeitpunkt, als **Sie** in der Bank waren? Wurden hier Kredite, beantragte Kredite zur Stellungnahme dem Risikomanagement vorgelegt oder nicht? Wie war Ihre Wahrnehmung da, jetzt unabhängig von dem, was im Bericht steht?

**Mag. Günter Striedinger:** Es hat einen klar geregelten Kreditprozess gegeben, es hat einen Antrag durch die Corporate-Abteilung gegeben und es hat eine Kontrolle durch Marketsupport gegeben. Es ist das Vier-Augen-Prinzip oder das Basel II-Prinzip voll und ganz eingehalten worden. Und ob hier Kreditrisikomanagement und in welcher Form ... Hier gibt es unterschiedlichste Interpretationen und Ausformungen. Ob das jetzt ausreichend war oder nicht, das ist wieder eine Interpretationssache zwischen Aufsichtsbehörde und Bank und wird mit Sicherheit von meinen Nachfolgern dann in Ihre Stellungnahme eingearbeitet werden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Na ja, aber was heißt, man kann trefflich darüber streiten? Eigentlich sollte man nicht darüber streiten können, ob Kredite dem Risikomanagement vorgelegt werden oder nicht. Sie haben nur davon gesprochen, dass es ein Vier-Augen-Prinzip gegeben hat. Ist aber sozusagen ein Kreditantrag auch dem Risikomanager vorgelegt worden, oder nicht? War das das zweite Augenpaar, oder nicht?

**Mag. Günter Striedinger:** Schauen Sie, allein der Terminus Kreditrisikomanager ist schon unterschiedlich. Wir waren aufgebaut mit Market und Marketsupport. Und jeder Antrag von Market, sprich Corporate, ist durch die entsprechenden Teilbereiche von Marketsupport überprüft worden und von Market-Support dann auch bestätigt worden oder es sind hier auch erforderliche Ergänzungen eingeredet worden. Also: Es war hier ein klar geregelter Kreditprozess gegeben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Welcher Art war die Prüfung durch den Market-Support?

**Mag. Günter Striedinger:** Der Market-Support hat eine formale Prüfung zu machen, und Corporate hat die materielle wirtschaftliche Prüfung zu machen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Nach welchen Kriterien wurde bei der wirtschaftlichen Prüfung vorgegangen?

**Mag. Günter Striedinger:** Bei der wirtschaftlichen Prüfung nach welchen Kriterien? Es ist einmal die Kreditfähigkeit geprüft worden. Es ist der Kreditnehmer geprüft worden. Es ist das Unternehmen oder das Projekt geprüft worden. Es sind die Bilanzen analysiert worden. Es sind die Sicherstellungen geprüft worden. Es ist die Rückzahlungsfähigkeit geprüft worden. Es sind das sämtliche Vorschriften oder Richtlinien, die für die Vergabe von Krediten eben erforderlich sind.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine andere Frage: Kreditbesicherungen. Wie haben eigentlich die Kreditbesicherungen ausgeschaut, insbesondere bei Engagements im kroatischen Raum, wo Sie ja sehr viel tätig gewesen sind?

**Mag. Günter Striedinger:** Es hat eine Kreditbesicherungsleitfaden gegeben, in dem jede Besicherungsart dargestellt wurde und auch für jede Besicherung die so genannte Einschuldungsgrenze festgehalten wurde. Für Hypotheken hat man ein entsprechendes Schätzgutachten erstellt, und auf Basis dieses Schätzgutachtens ist dann eine Hypothek mit 50 Prozent eingeschuldet worden. Aktien, Wertpapiere mit einem bestimmten Prozentsatz, verpfändete Geschäftsanteile, Zessionen und so weiter. Und das war ein sehr rigider Kreditleitfaden, das heißt, es sind die Sicherheiten, obwohl zu 100 Prozent gegeben, eben aus kaufmännischer Vorsicht dann dementsprechend niedriger eingeschuldet worden, als es sich dann im Verwertungsfall tatsächlich, wenn ein solcher notwendig war, herausgestellt hat.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wer hat da diese Gutachten etwa bei Hypotheken gemacht?

**Mag. Günter Striedinger:** Das sind externe, gerichtlich beeidete Sachverständige in allen Ländern damit beauftragt worden.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das ist immer vor Ort geschehen?

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, selbstverständlich!

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine andere Frage: Sind Sie auch in ausländischen Tochterbanken, sind Sie da auch irgendwo im Aufsichtsrat gesessen oder ...?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich war fast in allen Aufsichtsräten entweder als Vorsitzender oder als stellvertretender Vorsitzender tätig.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das führt mich jetzt wieder zurück zum Bericht der Oesterreichischen Nationalbank, die ja im Rahmen ihres Berichtes kooperiert hat mit vielen ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden. Und gerade im Zusammenhang mit ausländischen Tochterbanken wurde von den lokalen

Aufsichtsbehörden festgestellt, dass es zum Teil erhebliche und massive Mängel in der Kreditadministration und im Kontrollablauf gegeben hat inklusive, wie hier steht, des Risikomanagements. – Was können Sie uns dazu sagen?

**Mag. Günter Striedinger:** Wenn es zu derartigen Feststellungen durch die – sage ich einmal – nationalen oder sagen wir örtlichen Nationalbanken gekommen ist, hat es den gleichen Prozess gegeben wie in Österreich; Es ist ein Bericht erstellt worden. Dieser Bericht ist dem Vorstand vorgelegt worden. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über den Rohbericht informiert, hat dann eine entsprechende Stellungnahme abgegeben, und dann ist es zu einem Enderbericht durch die jeweilige Nationalbank gekommen. Und die jeweilige Nationalbank hat dann natürlich auch gewisse Auflagen ausgesprochen, also welche Maßnahmen und Instrumente verbessert oder neu eingesetzt werden müssen, und hat dann überprüft, ob diese Vorgaben auch dementsprechend umgesetzt worden sind. Das ist ein Prozess, der in allen Ländern der gleiche ist.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aus dem, was ich hier dem Bericht der OeNB entnehme, sind bestehende Mängel offensichtlich **nicht** behoben worden, denn die sind ja erst jüngst festgestellt worden, festgestellt insbesondere von den ausländischen Prüfbehörden.

**Mag. Günter Striedinger:** Also noch einmal: Ich bin am 31. August im Vorjahr ausgeschieden; ich kenne diesen Bericht nicht.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ja schon, aber der Bericht bezieht sich ja sozusagen auf den Zeitraum von 2004 aufwärts, also das betrifft sehr wohl eine Phase, in der Sie noch in der Bank tätig gewesen sind.

**Mag. Günter Striedinger:** Ja, aber ich kenne den Bericht nicht und kann Ihnen hier im Detail keine Antworten geben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sind Sie eigentlich noch in irgendwelchen Aufsichtsräten irgendwelcher Tochterbanken, oder haben Sie diese alle aufgegeben?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich bin mit meinem Ausscheiden aus **sämtlichen** Funktionen der Hypo-Gruppe ausgetreten.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine abschließende Frage noch: Da Sie viel im kroatischen Raum tätig gewesen sind und offensichtlich immer noch sind: Sind Sie des Kroatischen mächtig? Sprechen Sie kroatisch, serbokroatisch oder so?

**Mag. Günter Striedinger:** Samo malo; nur ein bisschen, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Kurz noch ein anderer Zusammenhang: Nachdem das uneingeschränkte Prüffeststat zurückgezogen wurde von der größeren Kanzlei dieser Joint-Prüfungsangelegenheit, wurde dem Ausschuss berichtet, dass die Vertreter oder mindestens ein Vertreter hier bei Ihnen eigentlich dann des Hauses verwiesen worden wäre. Können Sie zu dem Vorgang etwas sagen? (*Mag. Striedinger: Bitte noch einmal!*) Wirtschaftsprüfer von Deloitte wären unmittelbar nach Zurückziehen des uneingeschränkten Testats in der Hypo, im Hauptgebäude in Klagenfurt desselben verwiesen worden. Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, also ich war zu diesem Zeitpunkt im Krankenhaus und habe eine Operation an meinem Arm gehabt. Und habe diese ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja, ja. Nein, Moment! Der Reihe nach. Sie waren im Krankenhaus, als das sozusagen im Jahr 2006 aufgefliegen ist, wie man so salopp sagt. (*Mag. Striedinger: Genau!*) – Das haben Sie ohnehin schon

erwähnt, nur, es hätte ja sein können. Wenn sich so ein Vorgang zuträgt, da redet man im Haus ja nachher noch darüber. – Haben Sie da etwas gehört oder wahrgenommen?

**Mag. Günter Striedinger:** Also, mir ist das überhaupt nicht mehr bewusst. Also, es hat auch ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie einmal etwas davon gehört – oder nicht?

**Mag. Günter Striedinger:** Später, irgendwann einmal ist geredet worden, aber ich kann überhaupt nichts Sicheres dazu sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** „Irgendwann einmal“, ja. – In welchem Zusammenhang haben Sie das erfahren?

**Mag. Günter Striedinger:** Ich weiß es nicht mehr.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben es erfahren, aber Sie wissen nicht mehr, wo und wie?

**Mag. Günter Striedinger:** Das war eine ... – Keine Ahnung, wann ich das erfahren habe.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben es nicht angeordnet aus dem Krankenhaus heraus? (*Mag. Striedinger: Schwerlich!*)

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine kurze Frage noch: Können Sie ausschließen, dass es Kredite gegeben hat, die eigentlich nicht mehr werthaltig waren, aber trotzdem Eingang gefunden haben in die Bilanz. – Können Sie das ausschließen, oder nicht?

**Mag. Günter Striedinger:** Das kann ich ausschließen, weil sämtliche Kreditengagements durch den internen, durch den externen Wirtschaftsprüfer und die, sage ich einmal, staatlichen Aufsichtsbehörden ja ein ständiges Thema waren. Es hat ja hier auch eine permanente Berichterstattung an den Kreditausschuss und in weiterer Folge auch an den Aufsichtsrat gegeben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das heißt, Sie schließen das aus?

**Mag. Günter Striedinger:** Das schließe ich aus, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe auch noch ein paar Fragen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie da irgendwelche eigenen Kenntnisse, Erfahrungen haben. Es wurde dem Ausschuss übermittelt von der, glaube ich, Finanzmarktaufsichtsbehörde – dort sind die Unterlagen ja gelagert – ein Schriftverkehr eines Herrn Dr. Harald Rohrer. – Kennen Sie den? (*Mag. Striedinger: Ja!*) – Wer ist das?

**Mag. Günter Striedinger:** Das war einmal – fragen Sie mich aber jetzt nicht genau nach dem Zeitraum – der Bankfilialleiter oder Zweigstellenleiter der Hypo in Villach.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und was ist mit dem? Ist der pensioniert?

**Mag. Günter Striedinger:** Nein, der ist aus dem ... – Ich weiß nicht, ist er ausgeschieden oder entlassen worden. Ganz genau weiß ich das jetzt nicht mehr. Er ist, glaube ich, 1997 oder 1998 aus dem Haus dann ausgeschieden.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Der macht praktisch da wie eine Selbstanzeige und legt auch Beweismittel vor.

Er hat an Herrn Dr. Neuner geschrieben. – Wer ist das?

**Mag. Günter Striedinger:** Herr Dr. Neuner ist ein Wirtschaftsprüfer, der Wirtschaftstreuhänder in Klagenfurt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was war der? (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Abgeordneter!*) – Abgeordneter? (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Ja!*) – Jetzt frage ich noch, welche Fraktion. – Wenn das schon der Verfahrensanwalt sagt, dann tauschen Sie einmal Platz mit Mag. Striedinger, dann befragen wir Sie. (*Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Der hat Bücher geschrieben!*) Gut. Der ist offensichtlich Abgeordneter.

Da gibt es einen Dr. Fall von der GraWe, einen Dr. Korak und einen Herrn Prentner. Das waren alles Aufsichtsräte der Hypo zum damaligen Zeitpunkt?

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist richtig, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und an die ist das alles gegangen.

Rohrer schreibt – bemerkenswert –, dass er seine Leistungsprämie in Form eines Sparbuches ohne Versteuerung im Jahr 1996 bekommen hat. – Kennen Sie diesen Sachverhalt?

**Mag. Günter Striedinger:** Herr Dr. Rohrer hat meines Wissens, glaube ich, nicht nur an diese Herren, sondern an die halbe Republik seine Schreiben gerichtet und an alle möglichen Medien und diese Behauptungen eben mitgeteilt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist ja gut, dass er es an alle geschrieben hat. Aber ich frage ja Sie, ob **Sie** sich an den Fall erinnern können. Und so, wie Sie da jetzt antworten, können Sie sich sehr gut erinnern.

*(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)*

**Mag. Günter Striedinger:** Das ist in meinen Augen ein Querulant, und für mich sind das absolut unqualifizierte Aussagen und Anschuldigungen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ein Querulant, mag ja so sein, legt ein Sparbuch vor, wo er eine Behebung, wo ein Betrag von 200 000 S behoben wurde. Er sagt auch – das ist in Wirklichkeit alles nachvollziehbar durch die Paraphen und Chiffren.

Ich darf die Vertrauensperson ersuchen, nicht unbedingt einzusagen in dem Fall. Oder haben Sie irgendeine Kenntnis von dem Fall? (*Vertrauensperson Dr. Pistotnik: Keine!*) – Dann können Sie derzeit ohnehin noch nichts beitragen. (*Vertrauensperson Dr. Pistotnik: Wenn Sie ... fragen,... Bankgeheimnis ...*)

Es kann ja kein Bankgeheimnis sein, wenn Herr Dr. Rohrer selbst diesen Sachverhalt mitteilt und sich selbst belastet quasi in Form einer Selbstanzeige. Ich sehe da noch immer keinen Fall eines Bankgeheimnisses. Er sagt ja, das war gängige Praxis. „Ein ähnlicher Fall“, sagt er, „der Auszahlung der Prämien war bei Herrn Mag. Anton Sgaga.“ – Kennen Sie den?

**Mag. Günter Striedinger:** Das war auch einmal ein Mitarbeiter der Hypo, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Der erhielt an Leistungsprämie 500 000 S schwarz.

Also Sie sagen, das stimmt alles nicht – oder was sagen Sie dazu?

**Mag. Günter Striedinger:** Dr. Rohrer ist meines Wissens sogar verurteilt worden im Zusammenhang mit dieser ganzen Geschichte, und Herr Dr. Rohrer ist ein Querulant, der diese Anschuldigungen bei jeder Gelegenheit wieder ins Internet stellt und verbreitet.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die eine Sache ist, er ist ein Querulant, aber das heißt doch noch lange nicht, dass das nicht wahr ist, was er erzählt. Es gibt ja Leute, die werden zum Querulanten – und sagen trotzdem die Wahrheit.

Wenn man Sachverhalte darlegt und insbesondere Sparbücher und Ähnliches hat, kann man dem ja nachgehen. Das ist ja relativ einfach, der Sachverhalt, den er da schildert, ist ja relativ einfach nachvollziehbar. Er sagt, ich habe 200 000 Leistungsprämie schwarz ausbezahlt bekommen. Hier ist mein Gehaltskonto, da habe ich das, und zwar in Form eines Sparbuches, eingezahlt, und da ist das Sparbuch, von dem ich abgehoben habe. Da habe ich mir das behalten. Das lässt sich nachvollziehen!

Ist dieser Vorgang je in der Bank überprüft worden?

**Mag. Günter Striedinger:** Meines Wissens ja, und es ist festgestellt worden, dass sämtliche Vorhalte von Herrn Dr. Rohrer absoluter Nonsens sind.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Also nicht den Tatsachen entsprechen? (*Mag. Striedinger: Absolut, ja!*) – Ich frage das ja nur.

**Mag. Günter Striedinger:** Ich war ja zu dem Zeitpunkt nicht Vorstand.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich frage ja nur, weil Sie da auch Wahrnehmungen haben. Ich bin ja erfreut, dass Sie sich sogar an diese Zeiten erinnern, wo Sie nicht Vorstand waren, sogar deutlicher als an die Zeit, wo Sie Vorstand waren.

**Mag. Günter Striedinger:** Er erinnert mich ja permanent daran, indem er das seit zehn Jahren permanent wiederholt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann haben wir das auch klargestellt: Sie sagen, Sie wissen aus eigener Wahrnehmung, dieser Sachverhalt ist überprüft worden und hat sich als nicht den Tatsachen entsprechend herausgestellt. (*Mag. Striedinger: Exakt!*) – Das halten wir jetzt so fest und das können Sie so bestätigen. (*Mag. Striedinger: Jawohl!*)

Gibt es noch weitere Fragen an Herrn Mag. Striedinger? – Da dies nicht der Fall ist, ist die Befragung beendet. Danke fürs Kommen! (*Mag. Striedinger: Bitte, gerne!*)

(*Die Auskunftsperson Mag. Günther Striedinger verlässt den Sitzungssaal.*)  
19.26

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 19.27 Uhr **unterbrochen** und um 19.50 Uhr als solche **wieder aufgenommen.**)*

\*\*\*\*\*

19.50

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt** – um 19.50 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und begrüßt als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Mag. Gerhard Süß**, ebenso dessen Vertrauensperson **Dr. Karl Pistotnik**, die bereits im Saal anwesend sind.

Der Obmann dankt Herrn **Mag. Süß** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Mag. Gerhard Süß (Rubicon-Invest und Beratungs AG):** Mein Name: Mag. Gerhard Süß; Geburtsdatum 28. 3. 1957, Adresse: 9073 Klagenfurt-Viktring; Beruf: Angestellter.

Die Frage von **Obmann Mag. Dr. Martin Graf**, ob Herr Mag. Süß im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter war, **verneint** dieser.

Der Obmann weist die Auskunftsperson darauf hin, dass das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter gewahrt zu bleiben haben und dies auch für solche Informationen gelte, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen seien.

Der Obmann hält weiters fest, dass die Vertrauensperson Herr **Dr. Karl Pistotnik** in der vorigen Anhörung bereits als Vertrauensperson zugegen war und daher schon belehrt wurde.

Es gibt auch keinen Einwand dagegen, die Vertrauensperson zuzulassen.

Obmann Dr. Graf erinnert Herrn Mag. Süß an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt ihn, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege, was dieser **verneint**.

Bevor der Obmann dem ersten Fragesteller das Wort erteilt, macht er Herrn Mag. Süß noch darauf aufmerksam, dass er die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen hat, und fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen will, was dieser ebenfalls **verneint**.

Der Obmann erteilt sodann Abg. Haberzettl als erstem Fragesteller das Wort.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Herr Mag. Süß! In welchem Zeitraum waren Sie im Bereich der Hypo Alpe-Adria Bank für welchen Aufgabenbereich zuständig?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich war von Juni 1999 bis September 2003 im Bereich Corporate der Hypo International tätig, und ab September 2002 bis zu meinem Ausscheiden als Geschäftsführer der Hypo Consultants Holding GmbH. Für diese Tätigkeit bin ich von der Bank karenziert worden, am 4. 4. 2006.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Herr Mag. Süß! Was sagen Sie – aus Ihrer Sicht natürlich – zur Darstellung oder zum Vorwurf des Herrn Pipelka im OeNB-Bericht betreffend des absolut unzureichenden Risikomanagements im Bereich der Consultants-Gruppe, der Sie ja angehört haben?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Mag. Gerhard Süß:** Den Detailbericht kenne ich nicht, und ich bin im Detail damit nicht befasst gewesen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Aber es besteht praktisch der Vorwurf oder die Feststellung, dass Sie absolut unzureichendes Risikomanagement betrieben haben. – Sagen Sie dazu einmal gar nichts?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Mag. Gerhard Süß:** Nach meiner Wahrnehmung war alles in Ordnung.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Welche Wahrnehmungen haben Sie eigentlich zu den Südostgeschäften der Hypo beziehungsweise waren Sie eingebunden und in welcher Form waren Sie in diese Geschäften während Ihrer Tätigkeit eingebunden?

**Mag. Gerhard Süß:** Welche Hypo meinen Sie im Speziellen?

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Die Hypo Alpe-Adria natürlich. Oder hat es spezielle Bereiche gegeben ...

**Mag. Gerhard Süß:** Ich meine, die Hypo International oder die einzelnen Hypo-Banken in den Ländern?

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Ich frage Sie zwei Mal. Ich frage Sie zuerst zur International: Waren Sie da eingebunden? Welche Wahrnehmungen hatten Sie dort?

**Mag. Gerhard Süß:** Von der Bank her war ich kareziert. Ich war nur für die Hypo Consultants tätig.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Hat die Hypo Consultants im Zuge von Auslandsgeschäften mit der Hypo International kooperiert oder Aufträge erfüllt?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Mag. Gerhard Süß:** Kooperiert selbstverständlich. Wir haben teilweise identische Kunden gehabt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Sehen Sie, und jetzt frage ich Sie als Kooperator, wenn Sie so wollen: Welche Wahrnehmungen haben Sie da gehabt? Welche Geschäfte sind da im südosteuropäischen Raum gelaufen? Was war Ihr Eindruck? Das Gefühl von Risiko müssen Sie ja auch irgendwo verspürt haben. – Oder haben Sie das überhaupt nicht verspürt?

**Mag. Gerhard Süß:** Die Risiken sind ordnungsgemäß bewertet, eingeschätzt und auch entsprechend behandelt worden.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** In welcher Form haben Sie eigentlich kooperiert?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Mag. Gerhard Süß:** In der Form, dass einzelne Kunden der Hypo Consultants auch Kunden der Bank waren.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Dass Kunden von beiden Unternehmungen Kunden sein können, das ist mir klar. Das heißt, sie haben ausschließlich über Kunden kooperiert und nicht direkt miteinander am Markt kooperiert? (*Mag. Süß: Wir haben auch direkt!*) Und diese Form der direkten Kooperation in Richtung Südost würde ich Sie bitten zu erläutern.

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Mag. Gerhard Süß:** Die Consultants ist eine hundertprozentige Tochter der Bank.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** So etwas nutzt man ja in der Regel. In welcher Form hat das dann die Bank genutzt? (*Mag. Süß: Um Geschäftsbeziehungen aufzubauen!*) – Nein, um Zucker zu kaufen vielleicht! – Das weiß ich selber auch. Welche Form von Kooperation oder welche Form von Aufträgen hat dann die Tochter – die Hundert-Prozent-Tochter – von der Hypo-Mutter erhalten, um eben in Südosteuropa Geschäfte zu machen?

*(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Mag. Gerhard Süß:** Wir sind Beteiligungen eingegangen und haben Immobilienprojekte durchgeführt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Danke. Welche Form von Beteiligungen waren das zum Beispiel?

*(Die Auskunftsperson spricht neuerlich mit ihrer Vertrauensperson.)*

Soll ich vielleicht gleich mit dem Rechtsvertreter reden? Ich weiß nicht, vielleicht ist das gescheiter, damit es schneller geht?!

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Es besteht immer grundsätzlich die Möglichkeit, dass sich die Auskunftsperson mit ihrer Vertrauensperson berät. Das sieht die Geschäftsordnung ausdrücklich vor. Wir wollen aber auch originär wissen, um welche Antwort es letztendlich geht. Die Frage, die Sie ja in der Beratung letztlich erörtern sollten, wäre, ob Sie etwas grundsätzlich sagen können oder nicht. – Ich nehme an, das ist auch der Inhalt der Beratung.

**Mag. Gerhard Süß:** Genau. (*Obmann Dr. Graf: Gut!*) Vom Typus her sind sowohl Beteiligungen an Immobilien-Projektgesellschaften als auch Beteiligungen an produzierenden Unternehmen eingegangen worden.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Also Beteiligungen aller Art, kann man fast sagen, oder? Aber in der Regel Firmenbeteiligungen?

**Mag. Gerhard Süß:** Ja, Firmenbeteiligungen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Herr Mag. Süß, kennen Sie – ich gehe davon aus, dass Sie sie kennen, aber ich frage es trotzdem – die Geldwäschebestimmungen der FMA? Und kann ich Sie um eine kurze Interpretation aus Ihrer Sicht ersuchen, im Mainstream?

**Mag. Gerhard Süß:** Ja, selbstverständlich kenne ich das, dass die Mittelherkunft, die Herkunft der Gelder, genau überprüft wird. Und entsprechend auch die Plausibilität der Herkunft der eingesetzten Mittel für die diversen Investitionen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Da Sie auch bei der Consultants tätig waren und von der Hypo quasi freigestellt waren, haben Sie wahrscheinlich auch für fremde Anleger Beratungen und vielleicht auch Prozesse durchgeführt. War das so? (*Mag. Süß: Bitte, noch einmal präzise!*)

Sie werden Kunden haben, die Anlegemöglichkeiten suchen. Haben Sie solche Geschäfte auch gemacht?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein. Wir haben keine Veranlagungsgeschäfte und keine Veranlagungsberatungen gemacht.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das waren also ausschließlich bankeigene Geschäfte (*Mag. Süss: Ausschließlich!*), unter Umständen bestenfalls wahrscheinlich für die Mutter, wenn man kooperiert?

**Mag. Gerhard Süss:** Consultants hat keine Beratungen oder irgendwelche fremde Geldmittel hereingenommen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Kann man das überhaupt so interpretieren, dass sie ausschließlich für die Mutter tätig waren?

**Mag. Gerhard Süss:** Als hundertprozentige Tochter: ja.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Es ist ja nichts Schlechtes, wenn sie ausschließlich für die Mutter tätig waren.

**Mag. Gerhard Süss:** Ja, aber als GmbH haben wir das nicht gemacht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Entschuldigung! Die Frage ist in dem Fall natürlich eine juristische Wertung.

Haben Sie Geschäfte auf eigenen Namen und eigene Rechnung der Firma, in der Sie Geschäftsführer sind, vorgenommen? (*Mag. Süss: Selbstverständlich!*) – Auch auf Rechnung der Mutter? (*Mag. Süss: Ja!*) – Gut, ich glaube, damit ist das so weit beantwortet. Oder?

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Haben Sie in Ihrem Aufgabenbereich auch mit Swap-Geschäften zu tun gehabt? (*Mag. Süss: Nein!*) – Als die Verluste das erste Mal aufgetaucht sind: Waren Sie mittelbar oder unmittelbar davon betroffen? Und wie sind Sie damit umgegangen?

**Mag. Gerhard Süss:** Als quasi unabhängige Tochter waren wir von den gesamten Vorgängen überhaupt nicht betroffen. Deswegen haben wir oder habe ich auch keine Detailkenntnis von diesen gesamten Vorgängen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das heißt, Ihr Unternehmen war dann eigentlich immer positiv unterwegs? Kann man das so formulieren?

**Mag. Gerhard Süss:** Das kann man so formulieren, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zunächst einmal kurz zur grundsätzlichen Konstruktion: Die Consultants hat sich – wie Sie schon ausgeführt haben – sehr stark auf Beteiligungen konzentriert. Wie oft ist es vorgekommen, dass Sie Beteiligungen bei Projekten eingegangen sind, wo zur Projektaufrichtung und -entwicklung schon hauptsächlich Kredite der Hypo Group vergeben worden waren?

**Mag. Gerhard Süss:** Wie oft, das weiß ich nicht. Das müsste aber im Prüfbericht der FMA drinstehen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Da sind schon einzelne Fälle erwähnt. Aber Sie können dem Ausschuss nicht sagen, wie oft das vorgekommen ist? (*Mag. Süss: Also das ...!*)

Wie stellen wir uns das vor? – Vielleicht gehen wir das einmal ein bisschen durch; Herr Kollege Haberzettl hat ja schon erfolversprechend damit begonnen. In Ihrem Geschäftsfeld muss klar sein, wenn Sie sich irgendwo beteiligen – allein schon auf Grund der Vorschriften –, dass bei einem entsprechenden Projekt bereits ein Kredit Ihrer Gruppe drinnen ist; wenn ich das so laienhaft und salopp formulieren darf.

Jetzt gibt es die Idee – woher auch immer die kommt –, sich dort zu beteiligen. Wie kommen diese Ideen zustande? Geschieht es deshalb, weil man eigentlich den Kredit

besser sichern will? Oder was sonst ist da der Fall? – Darüber, dass das natürlich gewisse Risiken in sich birgt, brauchen wir nicht lange herumzureden.

**Mag. Gerhard Süß:** In solchen Fälle war das ein Randthema der Consultants, aber nicht der Hauptgeschäftsbereich der Consultants.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, aber das sind natürlich die interessanteren Fälle. Mit der Einsicht sind wir nicht allein.

Schildern Sie einmal so einen Vorgang: Wie hat sich da die Bankgruppe abgesichert? – Beziehungsweise es gibt zwei Varianten; die andere Variante kann ja die sein, dass man, weil die Kredite in bestimmten Projekten nicht mehr ohneweiters einbringlich zu sein scheinen, dann in Beteiligungen geht.

**Mag. Gerhard Süß:** Wenn ein Projekt in der Bank notleidend geworden ist, sodass die Einbringlichkeit nicht gegeben war, ist – in Ausnahmefällen, sage ich jetzt, es war nicht generell so – der Weg gegangen worden, dass wir von der Consultants das Projekt danach beurteilt haben, ob es wirtschaftlich sinnvoll weiterzuentwickeln ist und auch einen entsprechenden Gewinn abwirft.

Wenn wir zu der Auffassung gekommen sind, dass dem so ist, dann sind wir anstelle des alten Projektanten oder Projekteigentümers in das Projekt eingestiegen, haben das Projekt weiterentwickelt und für die Bank erfolgreich weitergeführt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie oft ist eigentlich die Anregung oder Weiterleitung aus Ihrem Haus, aus der Gruppe gekommen, sich dort zu beteiligen, wohin schon Kredite der Gruppe vergeben waren? (*Mag. Süß: Laufend!*) – Laufend?

**Mag. Gerhard Süß:** Ständig, ja. Ich meine, die Anweisungen, solche Kredite zu machen, sind aus der Gruppe gekommen ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Moment: Kredite?

**Mag. Gerhard Süß:** Entschuldigung: solche **Projekte** zu machen!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, dann haben wir uns darauf verständigt. – Also **laufend** haben Sie solche Anregungen bekommen?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich meine, für alle ähnlichen Fälle! Das war nur ein kleines Randgebiet der gesamten Geschäftstätigkeit Consultants.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn es dann so war, dass da schon eine Mischung vorhanden war – ein Kredit, der aushaftend war, im Zusammenhang mit einem bestimmten Projekt –, dann kommt die Anregung, sich da auch zu beteiligen: Wie ist man da mit den weiteren Sicherungen vorgegangen?

**Mag. Gerhard Süß:** Können Sie das, bitte, noch einmal präzisieren?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Die Frage ist doch, wie oft das vorgekommen ist, dass Großkredite gedroht haben, notleidend zu werden. Und bevor man gar nichts erwischt, geht man einfach ins Eigentum und ist dann an die Consultants herangetreten.

**Mag. Gerhard Süß:** Das war der Ausnahmefall.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie oft hat es das gegeben? – Ich weiß schon, dass das mit verschiedenen Formulierungen immer die gleiche Frage ist.

**Mag. Gerhard Süß:** Das kann ich jetzt beim besten Willen nicht sagen, wie oft wir das gehabt haben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie waren von zirka 2002 bis 2004 dort ...

**Mag. Gerhard Süß:** Das war nicht das Regelgeschäft! Das war nicht das normale Geschäftsfeld. (*Abg. Mag. Kogler: Ja, ja!*) Wir waren keine Sanierungsabteilung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Umso eher müssten wir ja dahinterkommen, wenn wir uns gemeinsam anstrengen, ob es weniger als 20 Mal oder eher öfter der Fall war.

**Mag. Gerhard Süß:** Vielleicht zwei, drei Mal im Jahr.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Na bitte, das ist ja genau die Antwort! Eben ungefähr.

**Mag. Gerhard Süß:** Aber sobald ich Zahlen nenne, gibt es immer ein Problem mit der Präzision.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zwei bis drei Mal im Jahr, Ihrer Erinnerung und Ihrer Wahrnehmung nach.

**Mag. Gerhard Süß:** So ist es: nach meiner derzeitigen Erinnerung, ja. (*Abg. Krainer: Wenn es 200 waren, haben Sie ein Problem! Wenn es fünf waren, ist es Wurscht!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, das passt schon. Das ist ja eine Aussage, und was die Grundfrage betrifft, haben wir das jetzt auch.

Denn das ist vielleicht auch zum Nutzen der Gruppe, weil es verschiedene Vorhalte in der Öffentlichkeit gibt, die unter Umständen noch ein ganz anderes Bild zeichnen. Das ist möglicherweise durchaus im Schnitt, dass einem das passiert, und bevor man es ganz fahren lässt, versucht man, es so zu machen. Das Investitionsgeschäft und das Kreditgeschäft ist eben auch ein Risikogeschäft. Das ist ja nichts Schlimmes. Es ist nur so, dass in der Öffentlichkeit ständig verschiedene Geschichten herumgeistert sind, speziell über die Hypo-Gruppe, und deshalb gab es die Fragen.

Aber wir können uns dann, wenn für Kollegen Rossmann noch Zeit bleibt, den Kapiteln des Berichtes zuwenden. Da ist der Consultant ein eigenes Kapitel gewidmet.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Erstens möchte ich einmal die Frage stellen, warum Sie auf die Frage von Kollegen Haberzettl nach dem Risikomanagement gemeint haben, das Risikomanagement sei in Ordnung. Warum?

Wenn ich den Prüfbericht der OeNB hernehme, den wir vor kurzem bekommen haben, werden eigentlich schwere Vorwürfe und schwere Mängel im Hinblick auf das Risikomanagement der HB International erhoben. Warum glauben Sie, dass das in Ordnung war, so wie es war?

**Mag. Gerhard Süß:** Sie haben gesagt: mit der Hypo Bank International. Ich war für die Hypo Consultants zuständig.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ja, schon, ab September 2002. Aber vorher sind Sie natürlich schon – nach Ihren Aussagen, die Sie hier getätigt haben – in der HB International gewesen.

**Mag. Gerhard Süß:** Vor 2002 war ich ganze zwei Jahre in der Bank und habe das Geschäftsfeld erst kennen lernen müssen. Von dieser Zeit habe ich keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Kennen lernen müssen – das heißt, da gab es niemanden, der Ihnen gesagt hat, wie das ist, wenn man Kreditgeschäfte aufnimmt? Dass es hier notwendig sei, dass man eine Stellungnahme des Risikomanagement einholt, oder dergleichen? Das hat es nicht gegeben?

**Mag. Gerhard Süss:** Selbstverständlich hat es das gegeben. Unmittelbaren Vorgesetzten.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wie hat das Risikomanagement ausgeschaut? Wie wurde es aufgebaut?

**Mag. Gerhard Süss:** Das ist so weit zurück. Daran kann ich mich nicht erinnern, weil es ständig in Bewegung war.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ja, schon, aber was wurde da ständig verändert? Welche Wahrnehmungen können Sie uns diesbezüglich noch berichten?

**Mag. Gerhard Süss:** In Hinblick auf die verschiedensten neuen Prozesse, die eingeführt worden sind, und vom Berichtswesen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Können Sie das noch etwas weiter präzisieren?

**Mag. Gerhard Süss:** Von der Zeit her kann ich das nicht weiter präzisieren.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Können Sie nicht weiter präzisieren. – Sie haben weiters auf die Frage, ob Sie Swap-Geschäfte betrieben haben, mit nein geantwortet. Auf der anderen Seite gibt es aber auch so genannte Debt Equity Swaps. Haben Sie so etwas betrieben? Haben Sie solche Geschäfte gemacht?

**Mag. Gerhard Süss:** Sie meinen: Kredite durch Eigenkapital gedreht?

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Genau so ist es. Darüber hat ja Kollege Kogler schon gesprochen. Also müssen Sie doch Swaps gemacht haben.

**Mag. Gerhard Süss:** Für mein Verständnis: Bei Debt Equity ist reales Geld dahinter, und das ist 1 : 1 getauscht worden, von Fremdkapital in Eigenkapital.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wenn Sie früher gemeint haben, Sie haben keine Swaps gemacht, dann haben Sie Swap-ähnliche Transaktionen wie jene gemeint, die Rauscher durchgeführt hat und die im Jahr 2004 zu den bekannten Verlusten der Bank geführt haben. – Ist das so richtig?

**Mag. Gerhard Süss:** Ich habe jene Swaps gemeint, bei denen Währungsspekulationen im Hintergrund stehen. Welche Geschäfte dort im Detail gemacht worden sind, das weiß ich nicht. (*Abg. Mag. Rossmann: Gut, danke, das ist vorerst einmal alles!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich möchte nur ein paar Namen abklopfen: ob Sie die kennen oder ob Ihnen die untergekommen sind. Fangen wir gleich einmal mit einem Bekannten an: Zagorec?

**Mag. Gerhard Süss:** Kenne ich, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In welcher Eigenschaft haben Sie ihn kennen gelernt? (*Mag. Süss: Geschäftlich!*) – Jetzt könnte ich noch fragen – das ist wie aufgelegt –: Sind Sie mit ihm befreundet? (*Mag. Süss: Nein!*) – Bekannt? (*Mag. Süss: Nein!*) – In welcher Art von Geschäften sind Sie ihm begegnet? (*Mag. Süss: Immobiliengeschäfte!*) – Was heißt das: Ist er als Verkäufer aufgetreten, als Käufer?

**Mag. Gerhard Süss:** Bei Projekten, bei denen es eine Beteiligung der Consultants gegeben hat.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das heißt, er war auch an Firmen beteiligt, an denen Sie mit der Consultants beteiligt waren?

**Mag. Gerhard Süß:** Darf ich das umgekehrt formulieren: Wir waren in zwei Fällen an Firmen beteiligt, deren Hauptprojektant er war.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was war mit den beiden Projekten? Haben Sie dann – so wie Sie es vorhin geschildert haben – auch geprüft, für in Ordnung befunden und letztlich auch übernommen?

**Mag. Gerhard Süß:** Das war im Zuge der Kreditgewährung. Die Details dazu unterliegen dem Bankgeheimnis.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wie hießen die Firmen?

**Mag. Gerhard Süß:** Das war ein Projekt in Istrien. Die Ortschaft heißt Borozija; wie der Projektname lautet, das kann ich jetzt nicht sagen, das weiß ich nicht.

Das Zweite war ein Einkaufszentrum-Projekt in Zagreb.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wie hieß die Firma, an der die Consultants beteiligt war, die dieses Projekt ...?

**Mag. Gerhard Süß:** In Zagreb ... – Es gibt ja nur das ... – Ich denke, das könnte die Molteh gewesen sein. Ich weiß es nicht mehr genau, weil es so viele Firmen sind.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ah, dieses Projekt gibt es in der Form nicht mehr? Das haben Sie weiterverkauft? Oder was ist damit?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, das Projekt gibt es noch.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist in Ihrem Portefeuille noch drinnen?

**Mag. Gerhard Süß:** Ja. Wie Sie wissen, ist die Consultants verkauft worden. (*Obmann Dr. Graf: Ja!*) Ich bin mit 4. 4. vorigen Jahres ausgeschieden und habe seit diesem Zeitpunkt keine Informationen mehr, was mit den Projekten ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber bis zu diesem Zeitpunkt war das so?

**Mag. Gerhard Süß:** Bis zu diesem Zeitpunkt, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ist Ihnen ein Herr Roman Binder je untergekommen? (*Mag. Süß: Ja!*) – Wer ist das?

**Mag. Gerhard Süß:** Das ist ein Mitarbeiter von Herrn Zagorec.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Beschreiben Sie mir „Mitarbeiter“: Leibwächter? Prokurist? Kaufmännisch Verantwortlicher? – Ich habe jetzt nur ein paar Beispiele genannt. Was war Herr Binder?

**Mag. Gerhard Süß:** Er hat sich in diesen beiden genannten Projekten auch als Ansprechperson dargestellt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das heißt, er hat eher wie ein Geschäftsführer agiert?

**Mag. Gerhard Süß:** Er war zeichnungsberechtigt, soweit ich mich erinnern kann, und hat als Geschäftsführer auch entsprechende Handlungen unternommen. Ich nehme also an, er war Geschäftsführer. Ich kann das jetzt nicht genau sagen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie Herrn Harry Vladovic – oder wie immer man den Namen ausspricht? Vladowitsch? (*Mag. Süß: Nein, nie gehört!*) – Kennen Sie Herrn Hermann Gabriel? (*Mag. Süß: Ja!*) – Wer ist das?

**Mag. Gerhard Süß:** Hermann Gabriel ist Steuerberater in Klagenfurt. Ihn kenne ich persönlich.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Befreundet? Bekannt? (*Mag. Süß: Bekannt!*) – Welche Beziehung hat er zu Herrn Mag. Striedinger?

**Mag. Gerhard Süß:** Meines Wissens kennt er ihn auch.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was heißt „kennt“? Was ist Ihr Eindruck: Sind die befreundet? (*Mag. Süß: Nein ...!*) – Es gibt den Verdacht, dass sie irgendwie verschwägert sind.

**Mag. Gerhard Süß:** Meines Wissens sind sie nicht verwandt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Verwandt ist nicht verschwägert.

**Mag. Gerhard Süß:** Auch nicht verschwägert.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut, dann haben wir auch das abgeklopft. – Also auch den kennen Sie. In welcher Eigenschaft haben Sie Herrn Gabriel kennen gelernt?

**Mag. Gerhard Süß:** Den habe ich in der Eigenschaft als Steuerberater für die Hypo Alpe-Adria Bank kennen gelernt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Hat er auch Aufgaben für die Firma wahrgenommen, in der Sie Geschäftsführer waren?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, da hat er keine Aufgaben wahrgenommen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich werde Ihnen jetzt ein paar Firmen aufzählen und würde Sie bitten, mir zu sagen, ob Ihnen die geschäftlich untergekommen sind in der Zeit, als Sie Geschäftsführer waren. Die Firma SCORPION?

**Mag. Gerhard Süß:** Dem Namen nach, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wissen Sie, was diese Firma macht und wem sie gehört? (*Mag. Süß: Im Detail nicht!*) – Allgemein?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich möchte hier keine Vermutungen aussprechen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was ist Ihre Vermutung?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, das kann ich nicht sagen. (*Obmann Dr. Graf: Wieso?*) Weil ich nur über **Tatsachen** sprechen möchte.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie die Firma CAPITAL Investment GmbH?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein. Wo sitzt die? (*Obmann Dr. Graf: In Salzburg!*) – Nein, kenne ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** MT LOG Consult GmbH, Salzburg?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, kenne ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** ARISTO Liegenschaftsverwaltung GmbH, Wien? (*Mag. Süß: Nein!*) – TIMEHOUSE Project Development, Wien?

**Mag. Gerhard Süß:** Aus den Medien.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Inwiefern ist sie Ihnen in den Medien untergekommen?

**Mag. Gerhard Süß:** Mit dem Designer Joop war einmal irgendetwas.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** AKTOR Immobilienverwertung GmbH, Wien? (*Mag. Süß: Nein!*) – Hotel Investment GmbH, Salzburg? (*Mag. Süß: Nein!*) – 4 media Holding GmbH? – Kann auch Quattro oder Four media Holding GmbH sein, die Zahl 4 jedenfalls. (*Mag. Süß: Nein!*) – PZ Investment GmbH? (*Mag. Süß: Nein!*) – ProLoft Immobilienentwicklungs-GmbH? (*Mag. Süß: Nein!*) – Mercurius Immobilieninvest AG? (*Mag. Süß: Nein!*) – Auch nicht.

Kollege Klement, bitte.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Auch noch eine Detailfrage: Kennen Sie Herrn Štok aus Kroatien? (*Mag. Süß: Ja!*) Können Sie sagen, wer das ist?

**Mag. Gerhard Süß:** Das ist ein kroatischstämmiger Engländer, der große Hotel-Investments in Dubrovnik durchgeführt hat.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Gab es von diesem Herrn Štok auch geschäftliche Verbindungen zur Hypo Consultants?

**Mag. Gerhard Süß:** Ja. Also zu diesem Zeitpunkt damals. Ich muss immer vorausschicken: bis zum 4. 4. 2006.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Wann ungefähr war das Geschäft oder waren die Geschäfte, die Sie mit Herrn Štok abgewickelt haben?

**Mag. Gerhard Süß:** 2004, 2005.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Also noch in Ihrem Bereich der Verantwortung? (*Mag. Süß: Ja!*) – Es geht da um einen Kredit zum Bau eines „Adriatic Luxury“-Hotels in der Höhe von 20 Millionen €. Dieser Kredit wurde finanziert, obwohl Herr Štok über keinerlei Eigenmittel verfügte. – Stimmt das?

**Mag. Gerhard Süß:** Dazu kann ich nichts sagen, weil das Banksache ist.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Es geht darum, dass dieser Kredit nicht ordnungsgemäß bedient wurde, mehrfache Umschuldungen und Kreditrahmenerhöhungen erforderlich waren und schließlich der Kredit in eine Beteiligung der Hypo Consultants umgewandelt wurde. Das ist aktenbekannt.

Wie hoch war damals der Verlust für die Bank oder für Ihre Hypo Consultants?

**Mag. Gerhard Süß:** Da kann ich nichts sagen; das ist Bankgeheimnis. (*Abg. Mag. Kogler: Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender! Die Frage nach einem etwaigen Verlust ist noch nicht Bankgeheimnis!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wenn es aus einem Kreditgeschäft ist, schon.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Dann gehe ich weiter. – Das heißt, es gab ja nicht nur dieses Geschäft seitens der Hypo Consultants, es gab auch andere Geschäfte ähnlicher Art. Wir haben im Ausschuss schon gehört, dass diese Art der Geschäfte zu größeren Verlusten geführt hat und dass auch die ganze Hypo Consultants möglicherweise deswegen verkauft wurde.

**Mag. Gerhard Süß:** Mit Beginn 2006 ist der Verkaufsprozess der Consultants eingeleitet worden, und zu diesem Zwecke sind sämtliche Geschäfte und Beteiligungen der Consultants bewertet worden.

Ich habe das Unternehmen mit Anfang April auch aus diesem Grund des Verkaufsprozesses verlassen und habe jetzt den Medien entnommen, dass die gesamte Consultants-Gruppe mit einem Gewinn für die Bank – laut Medien – von 60 Millionen € verkauft worden ist. Auf Grund dieser Meldung und meines Wissens als Geschäftsführer kann ich nur sagen, dass es für mich nicht nachvollziehbar ist, dass diese Gruppe einen Verlust gemacht hat, nachdem sie um 60 Millionen € verkauft worden ist.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Noch eine konkrete Frage: Dieses Geschäft mit Herrn Štok über dieses „Adriatic Luxury“-Hotel, das offenbar negativ war, hat dann auch damit geendet, dass nach der Beteiligung der Hypo Consultants wieder ein Rückverkauf an Herrn Štok stattgefunden hat. Stimmt das?

Können Sie das bestätigen? – Dieser Rückverkauf erfolgte natürlich auch unter beträchtlichen Verlusten für die Hypo Consultants.

**Mag. Gerhard Süß:** Ich kann nur sagen, die Consultants hat in diesem Zeitraum, für den ich verantwortlich war, eine Beteiligung an der Štok-Hotelgruppe in Dubrovnik in der Größenordnung von 33 Prozent gehabt. Für diese Beteiligung hat die Consultants 1 € bezahlt und ein Mezzanin-Kapital, welches verzinst war und dessen Zinsen auch bezahlt worden sind, zu dem gesamten Projekt in geringer Höhe gegeben.

Laut jetziger Wahrnehmung hat Herr Štok diese Beteiligung der Consultants zurückgekauft, also abgekauft, und für die Beteiligung, für welche die Consultants 1 € bezahlt hat, hat Herr Štok meines Wissens einen zweistelligen Millionenbetrag gezahlt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Dem stehen ja auch Kredite gegenüber, die vorher gegeben worden sind.

**Mag. Gerhard Süß:** Über Kredite kann ich nichts sagen. Ich kann jetzt nur über das Geschäft der Consultants Auskunft geben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Welche Kredite waren das?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich kann dazu nichts sagen. Ich unterliege da dem Bankgeheimnis.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Eine allgemeine Frage zu dem Themenkomplex. Sie sagen, durch den Verkauf der Hypo Consultants und mit einem Erlös von 16 Millionen € sei das in Summe ein gutes Geschäft für die Gruppe gewesen. – Man müsste dem auch entgegenhalten, inwieweit wirklich Verluste da waren; das könnte ein eigenes Thema sein. Aber wir hörten heute auch, dass die Hypo Consultants nicht Kerngeschäfte der Hypo-Gruppe abdecke. Stimmt das?

**Mag. Gerhard Süß:** Aus diesem Grunde ist auch der Verkauf beschlossen worden.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Herr Mag. Süß, Sie haben gesagt, wenn Kredite risikobehaftet waren von der Mutter, ist unter Umständen eine Beteiligung der Consultants gefolgt. Nicht die Regel war das, aber es ist doch ab und zu geschehen. – Ist das korrekt?

**Mag. Gerhard Süß:** Eine Übernahme des Projekts ist erfolgt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Was hat die Consultants dann gemacht? – Ich gehe einmal davon aus, Risiko, dann ist das ja ein kranker Betrieb oder hat zumindest Probleme. Was haben Sie dann mit dieser Beteiligung gemacht? Sie werden ja nicht dagesessen sein und gewartet haben, bis der Schaden größer wird.

Haben Sie die Firma saniert? Waren Sie nicht aktiv bei der Sanierung dabei, haben Sie nur abgewartet? Oder hat es einen Partner gegeben, der die Sanierung betrieben hat? Und was haben Sie mit den Anteilen gemacht, wenn die Firma vielleicht einmal doch saniert war oder wenn sie noch negativer geworden ist? Was ist dann geschehen?

**Mag. Gerhard Süß:** Es sind entsprechende Maßnahmen im Unternehmen gesetzt worden, quasi die Firma saniert worden, damit sie wieder positiv arbeitet.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Wer hat die Schritte gesetzt? War das ein Geschäftsteil der Consultants oder war das eine Partnerfirma? Oder haben Sie das nur als Miteigentümer veranlasst?

**Mag. Gerhard Süß:** Das war unter Federführung der Consultants mit externen Beratern.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das heißt, Sie haben eigentlich ein Geschäft mit der Consultants gemacht, und wenn es gut gegangen ist, haben Sie nur mehr ein Geschäft mit der Beteiligung gemacht?

**Mag. Gerhard Süß:** Wir haben dafür nichts verrechnet.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das glaube ich ja doch nicht. Sie haben zumindest kostenlose Sanierprogramme veranlasst und durchgeführt? (*Mag. Süß: Ja!*) – Das ist ja fast samariterhaft.

**Mag. Gerhard Süß:** Der Gewinn war schon da, sodass kein Verlust eingetreten ist.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das war aber wahrscheinlich dann der Fall, wenn Sie vom Erfolg überzeugt waren, dass eigentlich dann über die Kurssteigerung letztendlich doch ... – Ist ja nichts Schlechtes.

**Mag. Gerhard Süß:** Es hätte genau so auch in die andere Richtung gehen können.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Ist trotzdem fast wie ein Robin Hood der modernen Zeit.

Was haben Sie gemacht, als die Sanierung vorbei war?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich muss nur sagen, dieses Modell, das hat es in meiner gesamten Zeit, also so, wie Sie das jetzt hinterfragen, in der gesamten Zeit vielleicht fünf Mal gegeben.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das war sicher ein Ausnahmefall.

**Mag. Gerhard Süß:** Das war nicht üblich, im Speziellen war das mit alten Beteiligungen, welche aus der Slavonska banka herrühren.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Und warum hat eigentlich die Mutter sonstige Beteiligungen, warum hat sie eigentlich die Tochter dafür hergenommen? Das war weder ein steuerlicher Aspekt noch ... (*Mag. Süß: Bitte?*) – Warum hat die Mutter für Beteiligungen in Südosteuropa – sage ich jetzt einmal sehr vorsichtig und sehr weitläufig – eigentlich die Consultants für diese Beteiligungen hergenommen? Das hätte sie ja direkt auch machen können. Was war da die Überlegung dabei?

**Mag. Gerhard Süß:** Es war nicht das Kerngeschäft der Bank. (*Abg. Haberzettl: Beteiligungen?*) – Ja. Zu diesem Zeitpunkt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Rendite zu vergeben; das ist ja an und für sich das Kerngeschäft einer Bank nicht?

**Mag. Gerhard Süß:** Aber Beteiligungen zu machen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Die normale Beteiligungsebene war sozusagen Ihr Kerngeschäft? (*Mag. Süß: Ja!*)

Haben Sie regelmäßig Beteiligungen in einem bestimmten Zeitraum gehalten oder war das etwas, was so war: Solange Gewinne kommen, behalten wir uns die Beteiligungen? Haben Sie eine bestimmte Systematik der Abwechslung?

**Mag. Gerhard Süß:** Der klare Auftrag des Aufsichtsrates war, Beteiligungen nicht längerfristig zu halten, sondern maximal auf den Zeitraum von rund fünf Jahren, also maximal, kann natürlich auch kürzer sein. Aber es war nicht das Ziel, hier ein Beteiligungsportfolio aufzubauen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Man kann eigentlich sagen, Sie waren sehr mit „Beteiligungen anlachen“ flink unterwegs – das meine ich nicht negativ –; Beteiligungen einzugehen und aus Beteiligungen wieder auszusteigen, das war eigentlich relativ kurzfristig zu betrachten. (*Mag. Süß: Ja!*) – Welche Überlegungen

waren da ausschlaggebend? – Langfristige Beteiligungen bei guten Unternehmungen sind ja eher erfolgreich als kurzfristige. Was waren die Überlegungen, dass man sie kurzfristig macht?

**Mag. Gerhard Süß:** Die Überlegungen waren dahin gehend, dass von der Strategie her gesehen ein Finanzinstitut kein guter Eigentümer ist.

**Abgeordneter Wilhelm Habertzettl (SPÖ):** Ja, aber dann kaufe ich mir gar keine Beteiligungen.

**Mag. Gerhard Süß:** Ja, man ist ja teilweise gezwungen gewesen, kleine Beteiligungen zu machen. Die anderen Beteiligungen ...

**Abgeordneter Wilhelm Habertzettl (SPÖ):** Das war ja nur fünf Mal in Ihrer Funktionsperiode, sage ich jetzt einmal.

**Mag. Gerhard Süß:** Es waren nicht so viele Beteiligungen – das wird etwas überbewertet – als richtige Unternehmensbeteiligungen. Ich spreche hier nicht über die Projektgesellschaftsbeteiligungen, wo Immobilien dahinterstehen, sondern ich spreche über die produzierenden Unternehmen. Und produzierende Unternehmen erfordern einen anderen Typus von Unternehmergeist und Unternehmer, der sich 100 Prozent um das Unternehmen kümmert und weiterentwickelt. Das war nicht Aufgabe der Consultants.

**Abgeordneter Wilhelm Habertzettl (SPÖ):** Trennen wir es einmal! Der Immobilienbereich ist mir klar. Gehen wir zurück in die Beteiligungen! Dann waren das eigentlich nur, wenn wir von den Beteiligungen reden, von dem Mengengerüst, jene wenigen Fälle, die sich eigentlich die Mutter mehr oder weniger bedungen hat einzugehen. – Ist das korrekt so? (*Mag. Süß: Ja!*)

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Eine Frage habe ich noch im Zusammenhang mit dem jüngsten Prüfbericht der OeNB zum Beteiligungsbereich. Da heißt es in der Randziffer 211 – ich zitiere –:

Das Risikomanagement für diese Unternehmensgruppe – gemeint ist die Hypo Consultants –

mit über hundert Projektgesellschaften war in der Vergangenheit absolut unzureichend, da die Kontrollstrukturen in der geschaffenen Komplexität nicht angepasst waren (zum Beispiel keine Feasibility Study oder fehlendes Bau- und Projekt-Controlling). Diese Kernaussage im OeNB-Bericht aus dem Jahre 2004 wurde durch die im Gutachten eines externen Unternehmensberaters aus dem Jahre 2006 dokumentierten Ergebnisse bestätigt. Im Zuge dieser Erhebungen kam es auch zu zahlreichen Kündigungen von leitenden Mitarbeitern der Consultants-Gruppe. – Zitatende.

Zwei Fragen in diesem Zusammenhang; noch einmal zurück zur Frage des Risikomanagements und den Vorwürfen, die hier erhoben wurden.

Dann die zweite Frage: Können Sie uns erläutern, was es mit diesen zahlreichen Kündigungen von leitenden Mitarbeitern auf sich hat?

**Mag. Gerhard Süß:** Also bis zum 4. 4. 2006 war ich der erste leitende Mitarbeiter, der sich einvernehmlich von der Hypo getrennt hat. Was nach diesem Zeitraum passiert ist, das weiß ich nicht.

Und bezüglich dieser ersten Frage von Ihnen bezüglich des Risikomanagements: Es hat 2004, wie Sie erwähnt haben, eine Prüfung durch die FMA gegeben, wo also auch Rücksicht genommen worden ist auf den Aufbau der Consultants-Gruppe, die dann

noch im Aufbau gewesen ist und wo auch entsprechende Risikomanagementsysteme sukzessive eingeführt worden sind.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Im Anschluss an diesen Bericht – oder wann war das?

**Mag. Gerhard Süß:** Das war ein laufender Prozess, weil der Bericht nur eine Bestandsaufnahme abbildet.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Demnach ist die OeNB neulich zu dem Ergebnis gekommen, dass das Risikomanagement in der Unternehmensgruppe mit über hundert Projektgesellschaften unzureichend ist.

Stimmt es, dass es keine Feasibility-Studien gegeben hat oder dass es kein Bau- und kein Projekt-Controlling gegeben hat?

**Mag. Gerhard Süß:** Also was in dem Zeitraum von meinem Ausscheiden bis jetzt und der OeNB-Prüfung passiert ist, darüber kann ich nichts sagen. Dass wir für einzelne Projekte, wo ich verantwortlich war – weil die Projekte sind ja ständig auch in den entsprechenden Gremien bewilligungspflichtig gewesen –, sehr wohl die Unterlagen immer vollständig vorgelegt haben.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber wie kann es dann sein, dass diese Kritik wiederholt wird, die sich sehr wohl auf einen Zeitraum bezieht, in dem Sie noch in der Hypo Consultants gewesen sind?

**Mag. Gerhard Süß:** Das kann ich leider nicht sagen.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das geht sozusagen aus dieser Passage, die ich Ihnen vorgelesen habe, zweifelsfrei hervor.

Zum zweiten Punkt, der Frage der Kündigungen von leitenden Mitarbeitern, müssten Sie sich auch äußern können, denn weiter hinten ist davon die Rede, durch welche Beratungsgesellschaft ... – Nein, das steht nicht da, es steht nur: eine Beratungsgesellschaft mit Sitz in Wien. Und der Bericht wurde mit Stichtag 25. 5. 2006 verfasst. Für den Zeitraum der Berichtslegung wird es wohl ein Weilchen gedauert haben. Sie haben gesagt, Sie sind am 4. 4. 2006 ausgestiegen, also etwa eineinhalb Monate, bevor dieser Bericht gelegt wurde.

Haben Sie zu dieser Kündigung von leitenden Mitarbeitern nichts Zusätzliches zu sagen?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich habe bereits gesagt, bis zum 4. 4. hat kein einziger leitender Mitarbeiter gekündigt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Das heißt, die Kündigungen müssen alle danach stattgefunden haben, zu einem Zeitpunkt, da Sie nicht mehr in der Hypo Consultants gewesen sind?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Vielleicht gibt es auch nur eine Diskrepanz im Verständnis „leitender Mitarbeiter“ zwischen dem Berichtsverfasser und Ihnen. Das sollten wir abklopfen.

Hat es Kündigungen von *nicht*leitenden Mitarbeitern gegeben?

**Mag. Gerhard Süß:** Also ich kann nur Folgendes sagen: Meines Wissens hat kein Geschäftsführer gekündigt. Unter „leitende Mitarbeiter“ verstehe ich Geschäftsführer in den einzelnen Consultants-Töchtern in den diversen Ländern. Und da ist es meines Wissens nicht um das gegangen. Dass natürlich jetzt – ich impliziere jetzt –, dass, wenn eine Gesellschaft verkauft wird, eine Bewertung der ganzen Beteiligungen erfolgt, dass der Verkauf der gesamten Gesellschaft absehbar ist, wie es im Jahr 2006

war, dass es da einzelnen Mitarbeitern freigestellt worden ist, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen, das wäre für mich eine logische Erklärung.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Aber es geht nicht um einzelne Mitarbeiter, es geht, wie es hier heißt, um **zahlreiche** Kündigungen. Das sind nicht einzelne, das sind zahlreiche! Wenn ich die Organisation der Hypo Consultants richtig verstehe, so muss es diese vielen kleinen Projektgesellschaften gegeben haben. Da steht: über hundert Projektgesellschaften. Da wird es ja auch leitende Angestellte gegeben haben. Oder nicht?

**Mag. Gerhard Süß:** Also für diese Zeit im letzten Jahr bin ich nicht die richtige Auskunftsperson.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich frage noch einmal, wie diese Consultants-Gruppe organisiert war. – Dafür sind Sie, glaube ich, sehr wohl die richtige Auskunftsperson.

**Mag. Gerhard Süß:** Die Consultants war als Holding-Gesellschaft organisiert mit hundertprozentigen Tochtergesellschaften in den einzelnen Ländern. Jede Tochtergesellschaft hat einen eigenen Geschäftsführer gehabt und auch eigene Büroräumlichkeiten und entsprechende personelle Ausstattung.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wie viele solcher Tochtergesellschaften hat es denn gegeben?

**Mag. Gerhard Süß:** In jedem Land, in welchem auch die Bank tätig war, also sieben zu dem Zeitpunkt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sieben. – Hier in dem Bericht ist von acht lokalen Consultants-Gesellschaften die Rede. (*Mag. Süß: Entschuldigung ...*) Und dann steht da weiter: Diese halten wiederum Beteiligungen an einzelne Projektgesellschaften. (*Mag. Süß: Richtig!*)

Und weiter unten heißt es dann, dass es über hundert solcher Projektgesellschaften gegeben hat.

Diese Projektgesellschaften werden ja auch Mitarbeiter gehabt haben, auch leitende Mitarbeiter. Kann es damit zusammenhängen, dass es so viele Kündigungen gegeben hat?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich kann die Aussage nicht nachvollziehen, weil ich erstens nicht die Gelegenheit habe, den Bericht zu lesen und zweitens mit dem entsprechenden Prüfer zu sprechen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich glaube, die Frage ist beantwortet. Es hat weder Kündigungen noch Selbstkündigungen gegeben, wie in dem Bericht angeführt, laut Ihrer Wahrnehmung in der Zeit, als Sie bei dieser Firma waren (*Mag. Süß: Richtig!*), und zwar im gesamten kleinen Konzern, wenn man das so nennen mag. (*Mag. Süß: Ja!*) – Damit ist die Frage beantwortet.

Ich habe eine Frage, weil wir die politische Verantwortung oder Verstrickung, oder wie man das auch immer nennen will, hier auch untersuchen. Daher der Ordnung halber, damit das nicht als Rest übrig bleibt: Bei diesen Projektgesellschaften, Beteiligungsgesellschaften – wie auch immer –, gab es da Ihres Wissens irgendwelche Politiker, die beteiligt waren, entweder direkt oder indirekt oder durch Verwandtschaftsverhältnisse und Ähnliches?

**Mag. Gerhard Süß:** Das gab es nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Können Sie das ausschließen?

**Mag. Gerhard Süß:** Von meinem Wissensstand kann ich das ausschließen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gab es Stiftungen (*Mag. Süß: Nein!*), die beteiligt waren?

**Mag. Gerhard Süß:** Wo? An Projekten?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** An Projektgesellschaften. Ich rede von den Projektgesellschaften. Auch die vorigen Fragen betrafen das.

**Mag. Gerhard Süß:** Wir waren nicht an Stiftungen beteiligt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Nein, nicht Sie beteiligt, sondern ...

**Mag. Gerhard Süß:** Ja, ja. Könnte vorgekommen sein, weiß ich jetzt nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist jetzt natürlich die Antwort, die ich mir nicht erwartet habe: „Könnte vorgekommen sein“.

Denken Sie halt einmal scharf nach! Gab es welche oder gab es keine?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich kann es nicht ausschließen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sie können es nicht ausschließen? (*Mag. Süß: Ja!*)

Hat es da irgendeine Beteiligung kroatischer, slowenischer Politiker und/oder auch Kärntner Politiker gegeben?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, hat es nicht gegeben.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Zunächst einmal zum Notenbankbericht. Da wird festgehalten: Exit-Strategie. – Es ist schon bemerkenswert, dass die Notenbank festhält, dass offensichtlich eine Exit-Strategie gefahren werden soll. Und das war mit Sicherheit in einer Zeit, als Sie noch zuständig waren und Wahrnehmungen haben könnten, sollten. Ich zitiere Ziffer 213:

Einem Papier des Konzernvorstands zur Beteiligungsstrategie ist –  
in verkürzter Form –

Folgendes zu entnehmen: Da das Wachstum der Bank und ihre Beteiligung eine strategische Neuausrichtung des Beteiligungsbereiches notwendig gemacht haben, aber auch auf Grund des Feedbacks der OeNB in ihrem Bericht aus dem Jahr 2004 und diversen Gesprächen mit den Wirtschaftsprüfern der Bank, haben sich die zuständigen Organe der HB International entschlossen, eine klare Entscheidung zu den einzelnen Beteiligungsbereichen zu entwickeln und in einer Klausur im Sommer 2005 zu diskutieren. – Zitatende.

Wissen Sie etwas von dieser Klausur des Hypo International-Vorstandes im Sommer 2005?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, im Detail nicht. Nur dass es eine Klausur gegeben hat.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das wissen Sie schon. Aber Sie waren offensichtlich nicht dabei.

**Mag. Gerhard Süß:** Ich war nicht dabei.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aha. Das ist ja interessant. Wie haben Sie von den Ergebnissen dieser Klausur Mitteilung bekommen?

**Mag. Gerhard Süß:** Über den Konzernvorstand.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das war der Herr Kulterer in diesem Fall.

**Mag. Gerhard Süss:** Der Gesamtvorstand.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Der Gesamtvorstand hat Ihnen was mitgeteilt?

**Mag. Gerhard Süss:** Also im Detail ... (*Abg. Mag. Kogler: Einmal grob, das hilft ja auch schon!*)

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Das weiß ich jetzt nicht mehr.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dazu müssen Sie die Vertrauensperson einschalten, damit Sie dann draufkommen, dass Sie es nicht wissen?

**Mag. Gerhard Süss:** Ich kann mich daran, was 2005 aus der Klausur – es ist ja nicht nur immer eine Klausur gewesen, sondern es waren ständig mehrere Gespräche über die verschiedene Ausrichtung, über diese spezielle Strategie, welche der Konzernvorstand beschlossen hat ... – Ich kann mich jetzt im Detail nicht erinnern, was zu diesem Zeitpunkt, welche Strategie da ausgegeben worden ist. Es war einmal nach rechts, und einmal war es nach links, sprich: einmal Geschäft zurücknehmen und das zweite Mal wieder ein Geschäft ausbauen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das ist alles noch nicht so lange her, und deshalb haben wir Hoffnung, dass man da schon Erinnerungen hervorholen könnte.

Jetzt ist hier die Rede, der kurzen Vorgeschichte nach, von einem Notenbank-Bericht im Jahr 2004. – Haben Sie mit Notenbank-Prüfern im Jahr 2003, 2004 Kontakt gehabt? Sind Sie befragt worden? Haben Sie Unterlagen? (*Mag. Süss: Ja!*) – Welchen Charakter hatte diese Prüfung? Welche Art von Prüfung war das? – Es war offensichtlich eine Vor-Ort-Prüfung.

**Mag. Gerhard Süss:** Das war eine sehr detaillierte Prüfung fast sämtlicher Geschäftsfälle, fast sämtlicher Beteiligungen und Projekte, und darüber gibt es auch einen entsprechenden Bericht.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ganz genau. Und das führt dazu, dass immerhin festgehalten wird, dass man nicht zuletzt auf Grund dieses Berichts diese Klausur abgehalten hat. Da muss es ja um gravierende Veränderungen gegangen sein. Es heißt nämlich im Folgenden, im Generellen fokussiere sich die Gruppe wieder auf ihre Kernkompetenz im Bank- und Leasingbereich. – Sie werden dem Ausschuss sehr schwer glaubhaft machen können, dass Sie keine Erinnerungen daran haben, wie diese Umgestaltung im Konzern vor sich gegangen sein soll beziehungsweise wie man Sie davon informiert hat. Irgendetwas müssen Sie sich davon ja gemerkt haben!? Das kann ja nicht sein.

**Mag. Gerhard Süss:** Also bis Ende des Jahres 2005 waren keine Veränderungen in der gesamten Geschäftstätigkeit der Consultants, auch nicht vom Konzernvorstand verordnet, und Ende 2005, Anfang 2006, als eine Evaluierung sämtlicher Projekte und Projektgesellschaften von Externen begonnen wurde, ist das Geschäft der Consultants komplett ruhend gestellt worden. Das heißt: keine Käufe und keine Verkäufe, bis eine vollständige Bewertung der gesamten Projekte vorliegt. (*Abg. Mag. Kogler: Das war sozusagen die Konsequenz!*) – Das war dann die Konsequenz.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das haben Sie offensichtlich noch mit umgesetzt?

**Mag. Gerhard Süss:** Als unmittelbar betroffener Geschäftsführer ist mir das von Aufsichtsrat und Konzernvorstand mitgeteilt worden, dass das so passieren wird.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aha, jetzt haben wir's! Jetzt ist genau die Antwort da, ergänzt durch: vom Aufsichtsrat und vom Konzernvorstand ist Ihnen das so mitgeteilt worden. – Und Sie haben das dann im Wesentlichen auch so ausgeführt, solange Sie noch im Unternehmen waren? (*Mag. Süß: Ja!*)

Dann heißt es: Immobilieninvestitionen für den Eigenbedarf werden künftig durch eigene Gesellschaften der Gruppe abgewickelt.

Gemeint ist wohl für die eigenen Lokalitäten und Filialen, oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Mag. Gerhard Süß:** Das ist immer schon so gewesen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja eben, das denke ich mir ja.

In diesem Zusammenhang möchte ich – wenn ich nur alles so schnell fände, wie ich wollte – auf einen Artikel der Hamburger Zeitung „Die Zeit“ zurückkommen. Jetzt habe ich zwar den Artikel gefunden, aber die Passage noch nicht, die sich intensiv mit den Geschäften in Kroatien und anderen südosteuropäischen Ländern beschäftigt.

Lassen wir die Geldwäschewürfe einmal weg! Da ist die Rede davon, dass viele der Hypo-Geschäftspartner im Realitäten- und Immobilienbereich mittlerweile – wie sich die da journalistisch-salopp ausdrücken – hinter Gittern säßen. Ich zitiere wörtlich – Zwischenüberschrift –: „Viele der Hypo-Geschäftspartner sitzen heute hinter Gittern“.

Ist Ihnen ein Geschäftspartner bekannt – und da kann ich Ihnen versichern, dass das kein Bankgeheimnis ist –, der mit den jeweiligen strafrechtlichen Bestimmungen der dortigen Länder in Konflikt geraten ist?

**Mag. Gerhard Süß:** Das ist mir nicht bekannt. (*Abg. Mag. Kogler: Ist Ihnen nicht bekannt?*) – Nein.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Seltsam, dieser Artikel ist nämlich sehr jung, und „Die Zeit“ ist nicht irgendetwas. Der Artikel ist vom 14. 6., unmittelbar aus der aktuellsten Ausgabe, aus der Österreich-Ausgabe. – Haben Sie Kenntnis von diesem Artikel erlangt?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich habe den Artikel gelesen, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben den Artikel gelesen. Es ist darin auch die Rede von einem Immobilienkauf. Lassen wir die Warlords weg und so weiter, aber vielleicht lese ich Ihnen die Passage vor, damit es auch im Protokoll steht:

„Noch als Provinzgouverneur ließ sich der Warlord aus dem Nordosten Kroatiens von einer Hypo-Tochter für damals 280000 Mark eine Wohnung abkaufen, die er zuvor für gut 3.000 Mark vom Staat erworben hatte.“

Jetzt meine Frage: Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, dass die Hypo, irgendeine Tochter aus der Hypo-Gruppe beziehungsweise die Consultants, um 280 000 Mark eine Wohnung angekauft hat? Ist Ihnen da etwas bekannt?

**Mag. Gerhard Süß:** Mark? Nein, das muss schon sehr lange her gewesen sein. (*Abg. Mag. Kogler: So steht es hier in dem Artikel!*) – Mir ist das nicht bekannt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben da keine Wahrnehmungen dazu?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, dazu habe ich keine.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Hat die Consultants Projekte, oder auch ihre Vor-Ort-Töchter – muss man ja wohl genauer fragen; könnte und sollte Ihnen aber

bekannt sein –, im Ankauf einzelner Wohnungen betreut? Was können Sie dem Ausschuss darüber berichten?

**Mag. Gerhard Süß:** Ankauf einzelner Wohnungen? – Also wirklich, einzelne Wohnungen sind meines Wissens eigentlich nicht angekauft worden, wobei ich anmerken muss, dass die Tochtergesellschaften eine eigene Kompetenz hatten und Kleinbeträge in Eigenverantwortung haben abwickeln können, ohne dass die Holding informiert beziehungsweise involviert war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, genau. Sie habe aber sicher Richtlinien draußen gehabt, was die Grenzen für Ihre Töchter sind. (*Mag. Süß: Selbstverständlich!*) Wie waren die Richtlinien? Die Betragsgrößen vielleicht?

**Mag. Gerhard Süß:** So an die 100 000 €.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Okay. Und hat das in Ihre Geschäftslinie gepasst, dass die Töchter auch einzelne Wohnungen ankaufen?

**Mag. Gerhard Süß:** Das war nicht die Geschäftslinie.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie können aber – das habe ich schon gefragt; jetzt könnte es ja wieder da sein – auch nicht sagen, wie oft das Ihrer Wahrnehmung nach vorgekommen sein könnte?

**Mag. Gerhard Süß:** Es könnte äußerst selten vorgekommen sein, im Ausnahmefall vielleicht ein-, zweimal im Jahr.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sagt Ihnen der Name Branimir Glavaš etwas?

**Mag. Gerhard Süß:** Ist das ein Politiker in Slawonien?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das könnte sich ausgehen. Er wird hier als „Pate von Osijek“ bezeichnet. – Ich wollte Sie aber nicht einschüchtern.

**Mag. Gerhard Süß:** Ja, vom Namen her kenne ich ihn, namentlich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie kennen ihn namentlich?

**Mag. Gerhard Süß:** Nur namentlich, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie kennen ihn aber nicht durch Geschäftsbeziehungen – oder doch?

**Mag. Gerhard Süß:** Nicht durch Geschäftsbeziehung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wie ist Ihnen der Name bekannt geworden?

**Mag. Gerhard Süß:** Da die Geschäftstätigkeit auch in Slawonien eine sehr bedeutende war, sprich in Osijek durch die Slavonska banka, kommt man über die Medien und die Kollegen naturgemäß mit Namen in Kontakt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann kennen Sie vielleicht auch Herrn Ivić Pašalić?

**Mag. Gerhard Süß:** Ja, kenne ich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wer ist das?

**Mag. Gerhard Süß:** Meines Wissens ist er Politiker in Kroatien, Abgeordneter einer Partei.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich darf Ihnen folgenden Satz aus diesem „Zeit“-Artikel zitieren:

„Ein anderer Hypo-Geschäftspartner ist der rechtsradikale frühere Tudjman-Berater Ivić Pašalić, genannt ‚der Doktor‘, der“ – und jetzt kommt es: – „ohne einschlägige Erfahrung aus Klagenfurt stolze 30 Millionen Euro für den Bau eines Einkaufszentrums bekam.“

Gibt es überhaupt eine derartige Geschäftsbeziehung?

**Mag. Gerhard Süß:** Das betrifft die Bank, und dazu kann ich nichts sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, da haben Sie mich wieder erwischt. Wie frage ich das?

Ich frage inzwischen einmal, ob Sie Geschäftskontakte mit Herrn Vladimir Zagorec abgewickelt haben.

**Mag. Gerhard Süß:** Das habe ich bereits erwähnt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ach so, Entschuldigung. Stimmt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Zwei Projekte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja. – Sagen Sie, mit dieser Frage nach den Politikern verbindet sich in Wirklichkeit auch – und das ist der noch gravierendere Vorwurf der Wertung des Ausschusses hier – der Vorwurf der Geldwäsche.

Was können Sie uns darüber sagen, was für Vorkehrungen in der Consultants gegen die Geldwäscherei unternommen wurden? – Und in Anlehnung daran: vor allem als Vorgabe für die Töchter, das ist wohl das Wichtigere.

**Mag. Gerhard Süß:** Zuerst einmal muss ich sagen, dass in der Consultants keine Mittel hereingenommen worden sind. (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) Wir haben keine Depots irgendwelcher Art von Kunden geführt.

Bei Immobilienprojekten war die Consultants zum größten Teil mit 100 Prozent Eigentümerin. Bei anderen Projekten, wo die Consultants Minderheitsanteile gehabt hat, hat sich die Consultants an der Bankbeurteilung und an der entsprechenden Kreditgewährung seitens der Bank orientiert.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Natürlich ist es bei Realitäten anders, da funktioniert die Geldwäsche nicht in die einschlägige Richtung. Da gebe ich Ihnen rein logisch schon Recht. Allerdings sind auch Fälle in Umlauf geraten und bekannt geworden, dass dann ausdrücklich überhöht angekauft worden ist. Das wäre vielleicht noch zum Nutzen einer ihrer Töchter gewesen. Sind Ihnen solche Fälle bekannt?

**Mag. Gerhard Süß:** Sind mir nicht bekannt, weil ... (*Abg. Mag. Kogler: Dann kommt ja Geld!*)

Ist mir nicht bekannt, dass überhöht angekauft worden ist, weil sämtliche Ankäufe auch in den entsprechenden Gremien der Bank bewilligungspflichtig waren, und da sind sehr kritische Beurteilungen und Fragen seitens der Ausschussmitglieder gekommen. Es war auch nicht in unserem Interesse.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Wenn Sie sich diesen „Zeit“-Artikel, den ich wieder aus der Hand gegeben habe, in Erinnerung rufen, nachdem Sie ihn gelesen haben: Können Sie Angaben darüber machen – wenn Sie dazu eine Erinnerung haben –, welche der beschriebenen Fälle Ihrer Wahrnehmung nach sicher nicht zutreffen?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich soll jetzt auswendig den Artikel rezitieren, den Sie hier vorgelesen haben, oder was?

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nein, es könnte ja sein, dass Sie ... Wir können es absatzweise durchgehen, der Kollege neben mir hat das ohnehin vor.

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, die hier genannten Fälle haben alle mit der Consultants überhaupt nichts zu tun und waren auch nie ein Thema.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie haben aber auch nicht aus eigenen Wahrnehmungen Hinweise darauf, dass das nicht zutreffend sein könnte, was da steht?

**Mag. Gerhard Süß:** Schauen Sie, ich habe den Artikel wertfrei gelesen. Ich bin seit einem Jahr aus der Hypo draußen, zwar noch interessiert, aber ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber so viel Erinnerung an den „Zeit“-Artikel werden wir ja gemeinsam aufbringen, dass dieser im Wesentlichen Vorgänge beschreibt, die teilweise jahrelang zurückliegen. Das hilft hier nicht weiter, wenn Sie auf die letzten Monate verweisen.

Aber es kann ja sein, und ich frage Sie nur: Haben Sie aus Umständen vermutlich Ihrer Geschäftstätigkeit, obwohl die Consultants an diesen Dingen, die hier beschrieben worden sind, Ihren Angaben nach nicht beteiligt war, Wahrnehmungen dazu? – Ihre Institute waren ja sehr umtriebig, da könnte man etwas beobachtet haben. Gibt es diese Beobachtungen?

**Mag. Gerhard Süß:** Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut, dann erübrigt sich ja weiter die Frage, ob Sie das bestätigen oder widerlegen können. – Danke.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Damit das auch abgeklärt ist, und nur, damit wir die vollständige Kette haben, sonst ranken sich darum immer Gerüchte: Die Consultants war an diesen Geschäften nicht beteiligt, das haben wir abgeklärt.

Eine der Projektgesellschaften, an denen die Consultants beteiligt war?

**Mag. Gerhard Süß:** Meines Wissens war die Consultants an diesen Projekten, die hier erwähnt worden sind, nicht beteiligt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und Projektgesellschaften, an denen die Consultants in Minderheitsbeteiligung oder Mehrheitsbeteiligung beteiligt war: Kann es sein, dass eine dieser Projektgesellschaften an diesen Geschäften beteiligt war?

**Mag. Gerhard Süß:** Meines Wissen nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Gut. – Dann habe ich noch eine Frage nach einem Namen: Kennen Sie Herrn Petrač Hrvoje?

**Mag. Gerhard Süß:** Kenne ich nicht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Jetzt habe ich auch keine Frage mehr. – Kollege Klement, bitte.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Auch wenn schon sehr viel über diesen Artikel aus „Die Zeit“ gesprochen worden ist, noch eine Nachfrage: Hat die Hypo Consultants irgendetwas mit Herrn Neudeck zu tun gehabt, der mit der Hypo in Istrien Projekte abgewickelt hat?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein, den Herrn Neudeck kenne ich nicht.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Sie kennen Herrn Neudeck überhaupt nicht?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Noch eine Frage dazu: Sagt Ihnen die Straßenbaufirma Kamen Ingrad etwas?

**Mag. Gerhard Süß:** Das ist eine große Firma in Kroatien. Namentlich sagt sie mir etwas.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Die ist ja insolvent geworden, oder?

**Mag. Gerhard Süß:** Weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Wissen Sie nicht. – Das heißt, Sie haben in der Hypo Consultants auch mit dieser Kamen Ingrad keine Geschäfte betrieben?

**Mag. Gerhard Süß:** Keine Geschäfte.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Dann ein anderer Bereich, der Wertpapiergeschäfte anlangt: Es gab ein Ansuchen um internationale Rechtshilfe durch Vernehmung von Beschuldigten – das hat Sie betroffen –, und zwar Übertretungsverfahren gegen Hypo Alpe-Adria Consultants GmbH und Gerhard Süß. Können Sie uns dazu etwas sagen?

**Mag. Gerhard Süß:** Von wann ist das?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Dieses Ersuchen stammt vom 16. 2. 2005. Hier ging auch ein Schreiben von der Republik Österreich zurück nach Kroatien, worin auf diese Strafsache gegen unbekannte Täter eingegangen worden ist. Es gibt auch ein Vernehmungsprotokoll, das darauf hinweist, dass Sie in Klagenfurt beim Bezirksgericht von Frau Richterin Mag. Kopf einvernommen worden sind. Können Sie sich daran erinnern?

**Mag. Gerhard Süß:** Dass ich eine Einvernahme gehabt habe, ja. Aber für Details über den Geschäftsfall müsste ich jetzt noch einmal die Unterlagen anschauen, damit die Erinnerung da ist.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ist diese Geschäftszahl noch aktuell? Ist dieses Verfahren noch aufrecht?

**Mag. Gerhard Süß:** Es war danach nie irgendetwas. Es hat die Einvernahme gegeben und sonst nichts mehr.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Können Sie uns sagen, worum es bei diesem angeblichen Vergehen überhaupt gegangen ist?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich müsste das jetzt sehen, damit ich das alles wirklich noch einmal visualisiere. Denn es war das in der Zeit für mich eine glasklare Sache, dass da überhaupt nichts ist. Deswegen die Einvernahme, und fertig!

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Wenn es Ihnen hilft, können Sie gerne einen Blick hineinwerfen. Es geht auch um die Frage ... (*Mag. Süß: Ja, ich muss zuerst nachsehen!*)

Es ging um Wertpapiergeschäfte, und es ist offenbar so, dass nach kroatischem Recht die Hypo Consultants gegen Auflagen seitens des kroatischen Staates verstoßen haben soll. (*Mag. Süß: Ach so!*) Ist Ihnen jetzt ungefähr klar, worum es geht?

**Mag. Gerhard Süß:** Das ist ein Verstoß gegen Meldepflichten. Wenn eine Gesellschaft in Kroatien die qualifizierte Mehrheit übernimmt, muss sie das sofort der Wertpapierkommission melden. Das war es.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Dieser Vorwurf ist jetzt entkräftet und nicht mehr Grund einer Untersuchung?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich denke, das war eine Verwaltungsstrafe – so wie bei einer verspäteten Abgabe einer Meldung –, und damit ist der Fall erledigt gewesen. Das war eine reine Verletzung der Meldepflicht.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das heißt also, nicht weiter relevant?

**Mag. Gerhard Süß:** Nein. Keine Wertpapiertransaktion.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Meine Frage geht ein bisschen weiter. Das ist nämlich der Punkt: dieser große Komplex Rechtshilfeersuchen der Republik Kroatien. Das ist nur ein Teil, der größere Teil betrifft Herrn Zagorec.

Sie sagten, Sie haben nur zwei Projekte mit ihm abgewickelt. Es geht hier aber um die Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte. Ist Ihnen irgendetwas zu diesem Bereich bekannt? Haben Sie eine Wahrnehmung über diesen Bereich Rechtshilfeansuchen?

**Mag. Gerhard Süß:** Der ist mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das heißt, auch der ganze Bereich Geldwäsche im Zusammenhang mit Geschäften Zagorec ist Ihnen kein Begriff?

**Mag. Gerhard Süß:** Da ist mir nichts bekannt.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ist es noch notwendig ...?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Ist nicht mehr notwendig, hat sich erübrigt. – Danke sehr.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kollege Kogler, bitte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Entschuldigung allenfalls für die Unklarheit bei der Reihenfolge der Wortmeldungen.

Können Sie die Geschäftsbeziehungen der Hypo Bank in Liechtenstein, ebenfalls einer 100-Prozent-Tochter, beschreiben? Wann und bei welchen Fällen ist die Tochter in Liechtenstein, also die dortige Bank, mit der Consultants besonders in Kontakt gekommen?

**Mag. Gerhard Süß:** Dass die Consultants Liechtenstein zusammen mit der Bank Liechtenstein irgendwelche Geschäfte abgewickelt hat, daran kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie Wahrnehmungen, dass die Tochter in Liechtenstein ihrerseits direkte Investitionsgeschäfte in Kroatien betrieben hat, also sozusagen auf eigene Operation hin? – Das müsste Ihnen ja aufgefallen sein.

**Mag. Gerhard Süß:** Sie hat eigene Beteiligungen gehabt, ja, das war die Aufgabe. Zum Beispiel auch diese angesprochene Beteiligung an der Strok-Gruppe war meines Wissens in Liechtenstein, nämlich zu dem Zweck, steuerschonend die Gewinne für die Gruppe lukrieren zu können.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aber Geschäftsfälle, in denen die Tochter in Liechtenstein und die Consultants seitens der Hypo Group gemeinsam aufgetreten sind, gibt es eigentlich nicht?

**Mag. Gerhard Süß:** Sind mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es ist vorhin schon einmal die Frage nach Stiftungen gestellt worden. Was ist Ihnen ganz allgemein über Geschäftsverbindungen aus der Hypo Group heraus zu Stiftungen, Anstalten – wie es dort heißt –, Gesellschaften in Liechtenstein bekannt? – Es könnte ja sein, dass Sie da einige Wahrnehmungen haben.

**Mag. Gerhard Süß:** Über die Gruppe kann ich nichts sagen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Was heißt, Sie können nicht?

**Mag. Gerhard Süß:** Über Geschäftsbeziehungen oder -verbindungen mit Stiftungen, also jetzt über die Bank.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Warum können Sie dazu nichts sagen?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die Frage ist: Berufen Sie sich aufs Bankgeheimnis, aufs Geschäftsgeheimnis, auf Ihr Entschlagungsrecht? Oder weil Sie es nicht wissen?

**Mag. Gerhard Süß:** Ich weiß es nicht. (*Obmann Dr. Graf: Gut!*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie wissen nichts davon. Was man nicht weiß – wie sagt der Herr Verfahrensanwalt immer? –, da brauchen wir uns dann über die Entschlagungsgründe nicht so schlau machen. – Na gut.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Mir liegen keine weiteren Fragen vor. – Dann beende ich die Befragung.

Ich danke für Ihr Erscheinen. Für heute sind Sie auf jeden Fall fertig. (*Mag. Süß: Danke!*)

(*Die Auskunftsperson Mag. Süß verlässt den Sitzungssaal.*)  
21.16

\*\*\*\*\*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn Mag. Heinz Truskaller als Auskunftsperson. Ich ersuche, ihn sowie seine Vertrauensperson in den Saal zu bitten. Dies gilt auch für die Medienvertreter.

Ich unterbreche die Sitzung, weil die Auskunftsperson unterwegs ist, und zwar bis 21.25 Uhr.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 21.17 Uhr **unterbrochen** und um 22.32 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

\*\*\*\*\*

22.32

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt** – um 22.32 Uhr – die unterbrochene Sitzung medienöffentlich **wieder auf** und begrüßt Herrn **Mag. Heinz Truskaller** als **Auskunftsperson**, der sich, ebenso wie dessen Vertrauensperson Dr. Franz Guggenberger, bereits im Sitzungssaal befindet.

Der Obmann dankt **Mag. Truskaller** für dessen Erscheinen, weist diesen auf die Wahrheitspflicht sowie auf die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

**Auskunftsperson Mag. Karl Heinz Truskaller:** Guten Abend! Mein Name: Karl Heinz Truskaller; Geburtsdatum 17. 4.1969; wohnhaft in Klagenfurt; Beruf: Angestellter.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Waren Sie im Untersuchungszeitraum 1994 bis dato allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Ich darf nun auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten ersuchen.

**Vertrauensperson Dr. Franz Guggenberger:** Dr. Franz Guggenberger; Rechtsanwalt in Wien; geboren 14. 1. 1961; Anschrift: 1010 Wien.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Franz Guggenberger als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze nun mit der Belehrung der Vertrauensperson fort. Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer allenfalls vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch so im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Truskaller, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ja, es liegt das Bankgeheimnis vor, dem ich nach wie vor unterliege. Es liegt auch das Geschäftsgeheimnis weiterhin vor, da ich einen Auflösungsvertrag mit meinem ehemaligen Arbeitgeber Hypo Alpe Adria Bank unterschrieben habe, wo ich auch jedermann und jederzeit gegenüber dem Geschäftsgeheimnis weiterhin unterliege.

Darüber hinaus liegt noch ein möglicher vermögensrechtlicher Schaden vor, wenn ich gewisse Aussagen tätige, die eventuell mir nachgesagt werden könnten, die negativ dem Arbeitgeber gegenüber wären, da ich auch in den nächsten Tagen noch eine Abfertigung vom ehemaligen Arbeitgeber bekommen sollte.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Danke. Wir nehmen Ihre diesbezügliche Stellungnahme zur Kenntnis.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Entschuldigung, Sie haben ausgesagt, dass Sie sich noch in Abfertigungsverhandlungen befinden?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein, ich habe noch Ansprüche.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ansprüche haben Sie – und deshalb ist es für Sie ein verstärkter Hinweis, dass mögliche Entschlagungsgründe auf Grund vermögensrechtlicher Benachteiligungen existieren könnten. (*Mag. Truskaller: So sehe ich das, ja!*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wir werden das dann im Einzelfall, je nach Stellungnahme zu den Fragen, die gestellt werden, entsprechend zu werten haben.

Trotz alledem haben Sie vor Eingang in die Befragung die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. – Wollen Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann erteilt als erster Fragestellerin Abg. Trunk das Wort.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Herr Truskaller, am Montag, den 23. Oktober 2006, haben Sie Ihre Tätigkeit als Vorstand beendet. – Könnten Sie uns eine Schilderung geben, warum Sie nicht mehr als Vorstand in der Hypo Alpe-Adria Zagreb tätig sind?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Die Tatsache ist eigentlich eine andere, und zwar offiziell habe ich das Vorstandsmandat mit Ende des Jahres 2006 beendet. Und ich kann eigentlich über die Gründe nicht reden, weil mir die Gründe selber nicht ganz klar sind beziehungsweise es eigentlich nichts zu begründen gibt.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das heißt, die Trennung von dieser Funktion erfolgte nicht über Ihr Betreiben, sondern durch einen Beschluss des Aufsichtsrates?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das war eine einvernehmliche Lösung. Der Aufsichtsrat hat das beschlossen, und da gibt es sicher auch ein Protokoll darüber, das den zuständigen Aufsichtsbehörden zugänglich ist.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das heißt, Ihrer Ansicht nach könnten Sie, selbst wenn Sie wollten, hier nicht präzise ausführen, warum Sie diese Funktion nicht mehr ausüben?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Kann man so sagen, ja.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das heißt: eine ungeklärte Situation?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Für mich bleibt es weiterhin ungeklärt. – Das wurde auch zumindest in kroatischen Medien dementsprechend berichtet; es gab auch eine

Fernsehsendung zu diesem ganzen Anlass. Und es wurde dann eben auch argumentiert, dass es verschiedene Auffassungen in Bezug auf die weitere strategische Entwicklung der Bank gibt und der Auflösungsgrund nicht wirklich dezidiert bekannt wurde.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Aber ich kann schon davon ausgehen, dass, wenn die Bank eine andere strategische Entwicklung plant, man das ja auch kommunizieren kann gegenüber ...

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Schauen Sie, ich kann dazu eigentlich nicht viel sagen. Faktum ist – das stand auch in den Medien so –: Wenn man einen Vertrag hat, wenn man eine Bestätigung der Nationalbank hat, die gerade im letzten Jahr für eine weitere Periode wieder erfolgt ist, und wenn gewisse andere Dinge auch immer sehr erfolgreich gelaufen sind, dann gibt es wahrscheinlich andere Gründe, die man nicht unbedingt argumentieren muss und kann. Aber man nimmt das zur Kenntnis, und ich habe das zur Kenntnis genommen. Darauf beruht auch das, was ich vorher gesagt habe, dass ich eben nach wie vor noch Ansprüche habe und auf Grund dessen besondere Vorsicht walten lassen möchte.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Entschuldigen Sie, Frau Kollegin! – Es gibt ja zwei Dinge: Das eine ist die Bestellung als Vorstand, das Bestellungsverhältnis, und das andere ist das Dienstverhältnis. Sie sind abberufen mit 31. 12. 2006. Das ist auch im Firmenbuch durchgeführt. – Ist das korrekt? (*Mag. Truskaller: Das ist korrekt!*) – Und darüber hinaus gibt es eine einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses (*Mag. Truskaller: Richtig!*), ebenfalls mit gleichem Datum, wo Sie aber sagen, Sie haben noch Ansprüche. (*Mag. Truskaller: Ja!*) Dann gibt es offensichtlich Dissens bei der einvernehmlichen Auflösung.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein. Die Ansprüche sind festgelegt, nur die Zahlung erfolgt eben erst jetzt mit Ende des Monats.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Aber auch einvernehmlich zu diesem Zeitpunkt? (*Mag. Truskaller: Auch einvernehmlich!*) Es gibt keinen Gerichtsstreit?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein, alles im Einvernehmen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das heißt, es gibt noch offene Beendigungsansprüche, aber die sind auch mit dem Termin einvernehmlich festgesetzt. (*Mag. Truskaller: Richtig!*)

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Vor dieser Ihnen und auch mir nicht ganz nachvollziehbaren Auflösung des Dienstverhältnisses und der Abberufung als Vorstand: Können Sie eine Schilderung Ihrer konkreten Tätigkeit geben?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich könnte Ihnen jetzt eine Schilderung geben, sodass wir wahrscheinlich noch sehr lange da sitzen würden, denn ich bin seit Anfang, seit Gründung der Bank in Kroatien tätig und war im Prinzip für alles zuständig. Ich habe 1996 mit der Tätigkeit in Kroatien begonnen: mit der Aufgabe Bankgründung, war dann Vorstandsmitglied, Vorstandskollege war Herr Striedinger, der heute auch schon hier war.

Ich habe dann seit, glaube ich, sechs oder sieben Jahren auch den Vorstandsvorsitz übernommen. Somit war ich zwar für alles verantwortlich nach dem Gesetz in Kroatien als Vorstandsvorsitzender und genau im Organigramm vorgesehen sozusagen für Corporate Retail und für die Markttagenden; darüber hinaus noch für gewisse Stabsstellen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Ein OeNB-Bericht, so quasi im Stadium eines Rohberichtes, hat bedauerlicherweise – die Bank hat ja dazu noch nicht Stellung

genommen – das Licht der Öffentlichkeit erlangt. – Haben Sie sich in den Medien informieren können, was es da an Vorhalten gibt? (*Mag. Truskaller: Nein!*)

Was war während Ihrer Tätigkeit Ihre Wahrnehmung im Bereich Risikomanagement, Sicherheiten, die eingebaut werden, Controlling? Hat es da Mängel gegeben, die Sie aktiv behoben haben? Hat es Prüfberichte gegeben, wo entsprechende Adaptierungen vorgenommen worden sind?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Verbesserungsmöglichkeiten gibt es, glaube ich, immer, überhaupt in einem dynamischen Institut, wie wir das waren und sind, glaube ich. Aber ich glaube, das ist ganz spezifisch auf die kroatischen Aufsichtsbehörden abzielen. Dort gibt es Berichte, dort gibt es auch die von Ihnen angesprochenen Verbesserungsvorschläge, die sind mit Terminfestsetzungen angegeben und demnach haben wir auch unsere Dinge erledigt. Und ich glaube, von den Wahrnehmungen her haben wir alles sehr, sehr gut erledigt. Dafür sprechen in der Regel auch die Ergebnisse. Darüber hinaus kann ich nur sagen: Die Nationalbank hätte mich nicht noch einmal im letzten Jahr bestätigt, wenn nicht die zuvor in den Berichten genannten Mängel behoben und Verbesserungsmöglichkeiten erfüllt worden wären.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Wie war der Umgang mit der kroatischen Finanzmarktaufsicht? Was waren da konkret die Divergenzen?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** In Kroatien ist es ein bisschen anders: Da gibt es nur die Nationalbank, und die Nationalbank erfüllt da auch die Aufgabe der Finanzmarktaufsicht. – Die österreichische Finanzmarktaufsicht war nur einmal zu Gast bei uns; da hatten wir ein Gespräch mit den Herrschaften von der Finanzmarktaufsicht.

Mit der Nationalbank in Kroatien ist man eben, wie bei einem regelmäßigen Gespräch mit den Revisoren, jedes Problem durchgegangen, hat das erörtert, hat sich die einzelnen Meinungen angeschaut, und zwar sowohl von der Nationalbank als auch von den Vertretern der Bank – und hat eben danach den Bericht bekommen, wonach wir unsere Aufgaben dann erfüllt haben. Also im Prinzip war das eine ganz normale Kommunikation.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Wie war denn die Qualität etwa im Bereich Identitätsprüfung Ihrer Kunden? Und wie war die Qualität der Überprüfung der wirtschaftlichen Bedingungen, Grundlagen zum Beispiel von Stiftungen und dergleichen?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich finde, das war sehr gut und sehr sorgfältig gemacht. Wenn man sich unsere Kunden anschaut: Es gibt natürlich immer Probleme bei einer Bank, das ist logisch. Ich bin ja nur für die Hypo Kroatien zuständig, aber das muss man vielleicht auch wissen: Da wird ja oft sehr viel zusammengelegt: egal, ob das Hypo-Consultants ist, Hypo-Leasing, Hypo-Bank Kroatien, Hypo-Bank Österreich, und andere Hypo-Anstalten, die auch am Markt tätig waren. In der Hypo-Bank Kroatien haben wir bis heute keinen größeren Ausfall zu verzeichnen, und deshalb glaube ich, dass die Beurteilung der Kunden sehr gut war. Darüber hinaus auch besonders die Beurteilung in Bezug auf Sicherheiten, sprich: wir sind natürlich vom „Risikoappetit“ in die Richtung gegangen, dass wir immer eher mehr auf die Sicherheit geschaut haben als auf vielleicht in Kroatien nicht so ganz nachvollziehbare Bilanzzahlen.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das ist allerdings nur eine Pressemitteilung, auf die ich mich da beziehe, daher hat das für mich nicht von Haus aus Wahrheitsgehalt. In dieser Pressemitteilung wird nach Ihrem Ausscheiden festgestellt, dass die Hypo-Vorstände meinen, eine künftige Zusammenarbeit mit der Hypo-Gruppe Alpe Adria im Rahmen einer Consultertätigkeit Ihrerseits in Zukunft ist wahrscheinlich.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das stimmt auch: Ich bin Konsulent der Hypo Alpe-Adria Nekretnine; das ist eine Spezialfirma der Hypo-Bank Kroatien, die sich speziell mit Schätzungen von Sicherheiten und mit Bewertungen beziehungsweise auch mit An- und Verkauf von Immobilien beschäftigt.

**Abgeordnete Mag. Melitta Trunk (SPÖ):** Das wäre es einmal für uns.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Von der Grundkonzeption der Geschäfte her: Wie oft ist es vorgekommen, dass Projekte, die kreditfinanziert waren von einer Gruppe oder einem Teil der Gruppe, zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Beteiligung seitens der Consultants letztlich geendet haben?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Im Verhältnis zu der Anzahl der gesamten Finanzierungen sehr, sehr selten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Können Sie sagen, wie oft pro Jahr das vorgekommen ist?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Schauen Sie, das war eine gewisse, sage ich einmal, für uns strategische Bearbeitung des Marktes, indem man oft bessere Konditionen bieten konnte, wenn man sich dafür auch am Erfolg des Unternehmens oder des Projektes beteiligen kann. Im steigenden Wettbewerb war es uns halt eher einleuchtend, zu sagen: Gehen wir weniger auf die Zinserträge, sondern beteiligen uns besser bei den Firmen! Wie Sie wahrscheinlich schon gehört haben, haben wir für solche Beteiligungen nie Geld ausgegeben, sondern uns lediglich für 1 Kuna, also einen symbolischen Wert, eine gewisse Beteiligung besorgt. Deswegen war das – noch einmal – sehr gering; dann, wenn im Prinzip auch Wettbewerbsbedingungen so waren, dass wir mit den Zinsen sehr weit hinunter mussten, haben wir gesagt: Okay, aber beim Profit wollen wir dann teilhaben!

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, ja. Aber die gleiche Konstruktion könnte ja auch gewählt werden, wenn man bei einem Kreditnehmer, der ein entsprechendes Projekt aufzieht oder halt nur in den Realitäten drinnen ist, wenn der Kredit als solcher mangels Entwicklung, mangels Geschäft, dann einmal wenig ausreichender Besicherung, dass man dann wenigstens auf das, was man sich noch erwartet oder was da ist, mit einer Beteiligung hineingeht. Die Vorgänge sind im Übrigen nicht unüblich; das passiert ja auch da oder dort.

Sie beschreiben das so, als ob das sozusagen eine besonders raffinierte Variante gewesen wäre, um an künftigen Gewinnen teilzuhaben. – Sind diese Konstruktionen nicht auch geschehen, um mögliche notleidende größere Kredite wenigstens im Ausmaß der Beteiligung besser zu besichern?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein. Es gibt eher Fälle, wo ich sagen würde – ich bin auch Vorsitzender des Kreditausschusses innerhalb der kroatischen Bank gewesen –, wir schauen, dass wir sämtliche möglichen Sicherheiten hereinnehmen, sprich: auch Geschäftsanteile. Die Verwertung einer Sicherheit, einer Hypothek, kann länger dauern als die Verwertung von Geschäftsanteilen. Wenn man selbst Eigentümer ist, kann man natürlich wesentlich schneller seine Sicherheiten verwerten. – Aber die Regel war das nicht.

Noch einmal: Wir haben im Prinzip sehr selten die Fälle, überhaupt die Hypo-Bank Kroatien, wo es auf Grund einer Verwertung überhaupt notwendig war, Beteiligungen zu übernehmen.

Ich kenne Ihre Stellungnahmen über Medien, was ja auch mir, ehrlich gesagt, unverständlich war, dass wir schlechte und faule Kredite in Kroatien hätten, also die

Hypo Kroatien. Ich weiß aber eigentlich bis heute noch nicht, wer damit gemeint sein sollte.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Haben Sie selber Kredite vergeben und dann, wenn der Fall im Zusammenhang oder in der Fortführung eines Geschäfts eingetreten ist, bei der Consultants Kontakt aufgenommen, dass da jetzt eine Beteiligung sinnvoll wäre?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das gab es nur zwei bis drei Mal, würde ich sagen, dass man dann mit der Consultants als eine Art Auffanggesellschaft gesprochen hat, dieses Unternehmen weiter zu führen und damit auch die Ausfälle sozusagen zu verringern beziehungsweise überhaupt auszuschalten.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Da Sie sich auf die Medien mit beziehen: In der jüngsten Ausgabe der Hamburger „Die Zeit“ ist unter dem Titel „Kaufen, verkaufen, verschwinden“ wenig Schmeichelhaftes über das Engagement der Hypo Alpe-Adria-Gruppe, speziell in Istrien, heißt es hier, zu lesen. Ich will Ihnen nicht den ganzen Artikel vorhalten.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich kenne den Artikel sowieso.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das habe ich mir eh gedacht. Wir brauchen das an sich nur, damit es im Protokoll schneller im Zusammenhang verstanden wird.

Frage: Kennen Sie Vladimir Zagorec?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ja klar, den kenne ich schon.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Aus Geschäftskontakten? (*Mag. Truskaller: Ja!*) – Kennen Sie auch Herrn Ivić Pašalić?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Den kenne ich auch. (*Abg. Mag. Kogler: Aus Geschäftskontakten?*) – Ich kenne fast alle Kroaten, die irgendwo in den Medien waren. Ich bin seit zehn Jahren in diesem Land, und das ist ein kleines Land.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Deshalb frage ich ja nach, ob Sie die bloß aus den kroatischen Zeitungen kennen oder ob Sie die persönlich kennen.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Die kenne ich alle. Es wurde ja bereits nachgewiesen – ohne dass ich das Bankgeheimnis verletze –, dass mit diesen Kunden Geschäftsverbindung gepflegt wurde. Das war ja auch bereits bekannt durch die Medien. Das heißt, ich kenne diese Personen; selbstverständlich.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sie meinen, Sie kennen alle Personen, die in diesem Artikel vorkommen, aus Geschäftskontakten heraus?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Was mich betrifft ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann greifen wir eines heraus, und zwar diese Sache mit der Wohnung. (*Mag. Truskaller: Welche Wohnung?*) – Die Sache mit der Wohnung. Ich zitiere:

„Noch als Provinzgouverneur ließ sich der Warlord aus dem Nordosten Kroatien“ – ich nehme an, dass Sie wissen, dass hiemit Branimir Glavaš gemeint ist ...

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Den kenne ich übrigens nicht; tut mir leid.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Sehen Sie, das ist immer gut, wenn man nachfragt. – In diesem Artikel wird ein Geschäft beschrieben, wo die Bank dann als Käufer auftritt. Das sehe ich gar nicht einmal im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis.

Also noch einmal von Anfang an – ich zitiere –:

„Noch als Provinzgouverneur ließ sich der Warlord aus dem Nordosten Kroatiens von einer Hypo-Tochter für damals 280000 Mark“ –

das ist schon so lange her –

„eine Wohnung abkaufen, die er zuvor für gut 3.000 Mark vom Staat erworben hatte.“

„Hätte“, müsste ich jetzt in der Wiedergabe sagen.

Meine Frage: Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, dass eine Hypo-Tochter, für die Sie verantwortlich waren, möglicherweise eine Wohnung in dieser Preislage 280 000 Mark gekauft hat?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Da steht jetzt in Beziehung zu einem Kunden, und zu Kunden kann ich natürlich wegen des Bankgeheimnisses keine Auskunft geben. Aber ich muss Ihnen ganz offen sagen, dass ich, selbst, wenn ich das wüsste, Ihnen nichts dazu sagen könnte, weil ich mir nicht vorstellen kann ... – Das müssen Sie verstehen: Das ist in Slawonien.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Nordostkroatien ist Slawonien, ja.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Und in Slawonien ist die Hypo vertreten über die Slavonska banka – und deren Vorstand war ich nie. Die Geschäftstätigkeiten in Slawonien werden von der Slavonska banka wahrgenommen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das haben wir jetzt übersehen. Gut, dass Sie das erwähnen. Trotzdem frage ich Sie nach Ihren Wahrnehmungen – und da könnten wir schon ins Streiten kommen, ob es dem Bankgeheimnis unterliegt, wenn die Bank eine Wohnung ankauft. Sorry!

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** So gut kenne ich mich jetzt auch nicht aus. Ich kann nur ganz ehrlich sagen: Das Geschäft kenne ich nicht. (*Abg. Mag. Kogler: Ah, jetzt kennen Sie es nicht!?*) – Das Geschäft kenne ich nicht; das kann ich ganz offen sagen.

Aber generell möchte ich dazu etwas sagen, auch zu den istrianischen Geschäften. Ich habe überhaupt kein Problem, über alle Geschäfte zu reden, solange ich nicht gegen das Bankgeheimnis verstoße. Und ich stehe auch nicht an, zu sagen, dass einige Geschäfte, worüber in diesem Artikel geschrieben wurde – „Kaufen, verkaufen, verschwinden“ –, dass nicht alle Dinge, die die Hypo in Kroatien gemacht hat, ob das jetzt die Hypo Kroatien war oder eine andere Einheit, nicht alle geschickt waren und optisch gut ausschauen. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Und das kann man immer beurteilen, wie man will.

Zu dem konkreten Geschäft habe ich aber keine Informationen. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Donnerbauer.*)

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es handelt sich um einen Zeitungsartikel mit der Überschrift „Kaufen, verkaufen, verschwinden“. – Ich bin aber sehr froh, wenn es jetzt noch aufmerksame Ausschussmitglieder gibt.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Es ist geschäftlich nichts Schlechtes, wenn man billig kauft und teuer verkauft ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Kommen wir wieder zum Ernst! – Der Vorhalt, den ich so weitergebe praktisch, ist, dass viele der Hypo-Geschäftspartner heute hinter Gittern säßen. So auch in diesem Fall, wo Sie keine Wahrnehmungen haben, weil dieser besagte Glavaš offensichtlich als Kriegsverbrecher einsitzt.

Frage: Bei Ihren Geschäftspartnern, hat es da welche gegeben, die mit strafrechtlichen Bestimmungen in Konflikt geraten sind?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, ist mir nicht bekannt. (*Abg. Mag. Kogler: Nicht bekannt?*) – Als Kunden? Ich habe die Frage gar nicht richtig verstanden.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ja, Geschäftspartner der Hypo.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Dass die ja später irgendwann ein strafrechtliches Problem gehabt haben? Das kann ich nicht ausschließen.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Genau. – Und das habe ich kombiniert mit dem Vorhalt, dass dieser besagte Artikel in der „Zeit“, bei dem ja doch einiges sonst zu stimmen scheint ... – Dass Sie mir nicht wieder vorhalten, dass ich ungeprüft etwas wiedergeben würde: Das scheint mir – unter Bewertung anderer Behauptungen, die hier sind und sich sehr wohl als richtig herausgestellt haben – auch noch der Frage wert, dass hier ein Zwischentitel herausgehoben wird, den ich zitiere:

„Viele der Hypo-Geschäftspartner sitzen heute hinter Gittern.“

Unter Hypo-Geschäftspartner hätte ich natürlich, weil Sie mich zurückgefragt haben, Kunden verstanden. Ich brauche es nur so weiterzugeben: „Viele der Hypo-Geschäftspartner sitzen heute hinter Gittern.“

Sie haben dazu eine Wahrnehmung – oder nicht?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Also zu Kunden prinzipiell keine Erklärung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Entschuldigung: Ob jemand, auch wenn es ein Kunde der Bank ist, mit dem Strafrecht in Konflikt gerät und das hier in einem Untersuchungsausschuss gefragt wird, der diese weitreichenden Zusammenhänge per Prüfauftrag ausleuchten soll, das kann kein Bankgeheimnis sein! Die Kundenbeziehung kann sich ja wohl nicht darauf beziehen, ob jemand mit dem Strafrecht in Konflikt kommt.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Aber ich darf ja normalerweise nicht einmal sagen, wer Kunde der Bank war.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Ich frage, ob Sie solche Fälle kennen.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Und wenn ich sie kennen würde, dürfte ich es Ihnen nicht sagen. (*Abg. Mag. Kogler: Wieso? Das ist falsch!*)

(*Die Auskunftsperson spricht mit der Vertrauensperson.*)

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich weiß auch nicht mehr, was ich darf. Aber auf alle Fälle ...

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Es kann kein Bankgeheimnis sein, ob Sie eine Wahrnehmung haben, dass ein Geschäftspartner Ihrerseits mit dem Strafrecht in Konflikt gekommen ist. Wäre das ein Bankgeheimnis, wäre das mit involvierte Bankgeschäft womöglich selber noch mit belangt bei der strafrechtlichen Verfolgung. Das wäre etwas anderes. Dann würde ich Ihnen überhaupt gleich empfehlen, Sie entschlagen sich deshalb, weil Sie selbst mit strafrechtlicher Verfolgung zu rechnen hätten. (*Mag. Truskaller: Nein, dann probieren wir es anders!*) Das wäre wenigstens flott.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Herr Kogler, probieren wir es so: Mir war sicher niemals bewusst – und ich hätte das auch niemals gemacht, wenn ich das zum Zeitpunkt der Entscheidung über eine Geschäftsaktivität mit einem Kunden gewusst hätte –, dass es

ein strafrechtliches Problem gäbe, denn dann hätte ich selbstverständlich keine Geschäftsbeziehung gepflogen.

Im Nachhinein könnte jeder einmal irgendwo eine Straftätigkeit gehabt haben, aber das kann ich heute konkret nicht bestätigen. – Und auf die spezielle Person aus Slawonien angesprochen: Mit der hatte ich keine Geschäftsbeziehung.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Dann lautet die Aussage – damit wir das irgendwie gerade auf Boden bekommen –, dass von den Geschäftspartnern, die dann bei Ihnen als Kunden firmiert haben, Ihnen kein Fall bekannt ist, dass einer mit dem Gesetz in Konflikt geraten wäre. – Das war Ihr damaliger Erkenntnisstand?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das war mein damaliger Erkenntnisstand, stimmt, ja.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Das wollten Sie doch sagen – oder?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ja, so wollte ich es sagen. Aber es gibt natürlich Beispiele – das ist auch aus den Medien bekannt –, wo eben Kunden, die mit uns zu tun hatten, später strafrechtliche Probleme hatten. Das gibt's.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne):** Gut. Dann hätten wir das aber jetzt herausgearbeitet: Zum Zeitpunkt der geschäftlichen Kontaktaufnahme, der Anbahnung und dem Beginn des Geschäftes hat es das Ihrer Wahrnehmung nach nicht gegeben; sehr wohl aber haben Sie später – vermutlich aus Medienberichten – von solchen Vorgängen erfahren. (*Mag. Truskaller: Ja, aus Medien!*)

Gut, da ist einmal eine seriöse Aussage bei Protokoll – und wir werden Sie auch sonst zu nichts zwingen können. Das hat auch für mich eine gewisse Plausibilität. – Das war's auch schon für diese Runde.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Herr Mag. Truskaller, Sie sprachen davon, dass Sie zum damaligen Wissensstand keine Kunden kannten, die mit dem Strafrecht in Konflikt kamen.

Frage: Kennen Sie den Herrn Habič? (*Mag. Truskaller: Nein – vielleicht: in welchem Zusammenhang?*) – Kennen Sie den Herrn Hojan? (*Mag. Truskaller: Ja!*) – Dann kennen Sie auch den Herrn Habič.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich müsste diese Leute kennen, denn da gibt es irgendetwas, was man, glaube ich, nachvollziehen kann. Da gibt es, glaube ich, sogar ein Strafverfahren auch mir gegenüber als Verantwortlicher der Bank, und deswegen müsste ich diese Leute schon kennen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Auf das will ich hinkommen. Es liegt die Übersetzung aus der Zeitschrift „Arena“ vor. – Sagt Ihnen die Zeitschrift „Arena“ etwas? (*Mag. Truskaller: Jawohl!*) – Und wissen auch noch etwas über diesen Artikel in der Zeitschrift „Arena“? Wann war ungefähr dieser Artikel?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Schauen Sie, ich weiß das nicht genau. Aber es gab viele Artikel – und ich kann vielleicht die Geschichte kurz machen. Herr Habič klagt, glaube ich, die Hypo – ich glaube, die Klage besteht immer noch –, dass die Hypo gemeinsam mit Herrn Hojan irgendwie etwas gemacht hätte, um ihn damit wirtschaftlich zu schädigen. – Habe ich das aus den Medien richtig vernommen? Ist Ihnen das auch so bekannt?

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Es geht jetzt nicht um die Medien, sondern: Gab es diesen Prozess?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein. Ich war in meiner ganzen Karriere *nie* vor Gericht und nie bei einem Prozess. Auch wenn ich irgendwo beschuldigt wurde: Zu einem

Prozess ist es nie gekommen. Ich war ein einziges Mal in Kroatien, und zwar vor kurzer Zeit, als **Zeuge** bei Gericht. – Sonst kann ich dazu leider nichts sagen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Da steht, dass eine Klage gegen Sie eingebracht wurde am 16. 10.; leider Gottes steht keine Jahreszahl dabei.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das ist bestimmt fünf, sechs Jahre her – und da ist nichts passiert.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Deswegen habe ich gefragt. Die Klage wurde am 16. 10. eingebracht. Der Anwalt war ein gewisser Herr Igor Jovanović. – Kennen Sie den?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Den kenne ich auch. Aber nur vom Namen her – und wahrscheinlich einmal gesehen. – Solche Sachen erledigt bei uns die Rechtsabteilung; mit dem Fall selber habe ich nichts zu tun gehabt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** In diesem Artikel wurde weiterhin ausgeführt, dass neben Habič auch der „Zagreber Jet-Set-Teilnehmer Heinz Truskaller“ angeklagt wäre. Sie werden da als „Jet-Set-Teilnehmer“ bezeichnet.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das ist ja eine schöne Auszeichnung.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das heißt, Sie wurden nicht angeklagt?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich glaube, ich wurde schon angeklagt, aber das Verfahren ist entweder eingestellt oder bis heute nicht vorangetrieben worden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Auf Grund der ganzen Geschichten, die jetzt passiert sind – auch was man über Zagorec und so weiter gehört hat –, habe ich erst einmal bei der Bank nachgefragt: Gibt es noch irgendwelche Verfahren, wo ich auch involviert bin, und zwar automatisch als Vorstand der Bank? Und da wurde mir eben auch dieses Verfahren noch einmal genannt.

Es gibt aber, was ich weiß, sonst nichts mehr – und deswegen ist mir auch der aktuelle Stand dieses Verfahrens nicht bekannt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Können Sie etwas sagen über die Vorwürfe, die auch gegen Sie erhoben worden sind? Es ging ja da um einen Kredit in Höhe von 3,5 Millionen € auf der einen Seite und dann in Summe um ein Geschäft in Höhe von 10 Millionen €. – Um was ging es da genau?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Also ganz genau kann ich mich nicht mehr erinnern, und ich weiß auch nicht wirklich – ganz ehrlich –, ob Ihnen im Ausschuss das auch nur irgendwie weiterhilft, wenn ich jetzt zu rekapitulieren versuche, was da eigentlich war, denn das ist eigentlich so etwas Unbedeutendes. Wenn Sie dazu weitere Informationen bräuchten: Erstens einmal müsste ich erst recherchieren; und die genauen Vorwürfe mir gegenüber kenne ich nicht einmal.

Ich sage noch einmal: Es war mir nur irgendwie bekannt, dass wir den Herrn Habič benachteiligt haben sollten, weil wir eine Verwertung gemacht haben ohne langes Konkursverfahren – oder so in die Richtung. Das ist mir noch bekannt, aber, wie gesagt, ich bin mir keiner Schuld bewusst, auch keiner wirklichen Pflichtverletzung – und ich glaube auch nicht, dass irgendetwas bei so einem Verfahren herauskommt.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Das ist auch nicht unsere Aufgabe, das hier festzustellen, ob es da eine strafrechtliche Relevanz gibt. Die Frage ist aber schon, wie so etwas vom Stil her abläuft.

Sie geben dem keine allzu große Relevanz. Für mich stellt sich aber schon die Frage, ob ein 10 Millionen €-Geschäft für Sie nicht relevant ist. Bei 10 Millionen €: Waren Sie da als Vorstand nicht direkt involviert?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Schauen S', normalerweise soll ich über das konkrete Geschäft gar nicht sprechen, denn was soll ich da konkret aussagen. Aber ich mache eine allgemeine Aussage: Für mich ist dann keine Relevanz gegeben, darüber zu sprechen, wenn ich nicht irgendetwas durch ein Fehlverhalten verursacht habe. Das habe ich gemeint mit **keiner Relevanz**.

Ganz ehrlich sage ich Ihnen trotzdem zu gewissen Fällen – ohne jetzt einen konkreten Fall anzusprechen –: Als Bank war es mir immer am wichtigsten, wenn ich eine Besicherung habe; in Kroatien gibt es Gott sei Dank so etwas wie einen Eigentumsvorbehalt; das ist eine bessere Besicherung als die Hypothek. Das heißt, ich kann sofort innerhalb von wenigen Tagen Eigentümer der Immobilie werden – und dann kann die Bank entscheiden, wann immer sie will, das weiterzuverkaufen. Und dort wird die Bank dann eben so entscheiden: verkaufen, wo ich am schnellsten und am meisten etwas bekomme. Das wird wahrscheinlich in diesem Fall auch passiert sein.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Kann dieses System mit den Eigentumsvorbehalten auch bewusst als Strategie der Hypo betrachtet werden? (*Mag. Truskaller: Sicher nicht!*) – In diesem Fall hat es aber den Eindruck erweckt.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Natürlich haben wir das gemacht, dass wir bewusst die bestmögliche Besicherung haben. Aber es ist **keine Strategie**, dass wir als Bank großer Immobilieneigentümer werden, sondern die Strategie ist eben die, dass wir eine möglichst große Besicherung haben.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** War Ihnen auch bekannt, dass Herr Hojan in einen Drogenprozess verwickelt ist? (*Mag. Truskaller: Aus den Medien!*) – Und das war kein Kriterium für die Beurteilung des Kunden Hojan?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Wie gesagt – das habe ich früher schon beantwortet –: Das war mir, auch wenn es vielleicht hätte bekannt sein können, nicht bekannt, als die Geschäftsverbindung angebahnt beziehungsweise abgewickelt wurde. Ich glaube, wenn Sie genau informiert sind, werden Sie sehen, dass die ganzen Daten – Sie haben ja alle Unterlagen –, dass die ganzen Beschlüsse und Kreditvergaben, wenn irgendetwas war, viel früher hätten gewesen sein müssen, als dann irgendwann in den Medien dieser Vorwurf in Bezug auf Drogen, haben Sie, glaube ich, gesagt, herauskam. Ich weiß gar nicht, ob es da eine Verurteilung gegeben hat oder was. Heute weiß ich nur, dass Herr Hojan wieder ein sehr tüchtiger Geschäftsmann in Kroatien ist. Mir ist also nicht bekannt, dass da etwas herausgekommen wäre.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Karlheinz Klement (FPÖ):** Die Optik, die das ganze Geschäft umgibt, empfinden Sie also als nicht besonders kritisch?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich habe Ihnen vorher schon gesagt, über die Optik kann man immer reden. Aber wenn man viel arbeitet, kann man – von der Optik her – auch einmal was schlecht machen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Noch die eine oder andere ergänzende Frage, damit wir den Fall abschließend durchspielen können. – Um wie viel wurde der Betrieb letztlich an Herrn Hojan verkauft?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Keine Ahnung. Ich kann mich heute wirklich nicht mehr konkret erinnern – und außerdem darf ich das, glaube ich, ohnehin nicht sagen.

(*Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In welchem Zeitraum hat sich das abgespielt?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich werde jetzt beraten, ich soll keine konkreten Aussagen zum konkreten Geschäft machen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Entschuldigung, das habe ich jetzt akustisch nicht verstanden.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich möchte keine konkreten Aussagen zu diesem konkreten Geschäft machen, weil das der Kern des Bankgeheimnisses ist. **Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wenn das ein Eigengeschäft ist, die Bank einen Betrieb besitzt und den verkauft oder auch eine Liegenschaft besitzt und diese verkauft, ist das kein **Bankgeschäft**; das ist ein Eigengeschäft. (*Mag. Truskaller: Mit einem Kunden?*)

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Worauf berufen Sie sich da, bitte? Auf das Bankgeheimnis?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ja, sicher. Dass sich der Kunde darauf verlassen kann, dass, wenn er ein Geschäft mit der Bank macht, ich dieses Geschäft nicht hier im Untersuchungsausschuss offenlege.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Da muss ich Sie aber darauf hinweisen – notfalls kann auch der Verfahrensanwalt diesbezüglich etwas sagen –: Wenn es ein Eigengeschäft der Bank ist, Sie den Betrieb besessen haben und diesen veräußern, dann ist da kein Bankgeheimnis gegeben. – Was sagen Sie, Herr Verfahrensanwalt?

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Bei Selbstkontrahierung fällt es natürlich nicht darunter, aber nach seiner Schilderung ist ja hier ein Mensch genannt, der betroffen ist, also ein Kunde – und da wahrt er schlicht und einfach Geheimnisse, die sich auf Grund der Geschäftsverbindung mit dem Kunden ergeben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann möchte ich das erklärt haben, denn ich habe das anders verstanden. Wenn zufälligerweise der Käufer eines Betriebes auch Kunde ist, anderwärtig, dann ist der Kaufvertrag kein Bankgeschäft. Das ist doch **kein Fall** des Bankgeheimnisses. Herr Hojan ist Käufer und die Hypo Alpe-Adria Kroatien ist Verkäuferin eines Betriebes.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Vereinfachen wir vielleicht das Ganze. Es ist ja wirklich bei diesem Fall, wie gesagt, die Optik nicht gerade schön, aber es war im konkreten Fall eine Verwertung von einer Besicherung. Dass diese Verwertung über den technischen und juristischen „Trick“ eines Eigentumsvorbehalts geschieht, heißt ja nicht, dass ich Eigengeschäfte mache, sondern lediglich diese Immobilie zum bestmöglichen Preis verwerte. – Mehr kann ich darüber nicht sagen, denn das wäre dann wieder eine Information über den Kunden selbst.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich will ja nichts über die Beziehung des Kreditnehmers Habič ...

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Den Habič kenne ich gar nicht; das ist kein Kunde der Hypo.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Von wem ist dann die Liegenschaft?

*(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)*

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das darf ich nicht sagen, aber offensichtlich wissen Sie das ohnehin schon, glaube ich, aus irgendwelchen Unterlagen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das wird jetzt immer verwirrender: Jetzt gibt es das tolle Instrument, dass man in Kroatien rascher zum Eigentumserwerb kommt

(*Mag. Truskaller: Richtig!*) – aus welchen Gründen auch immer – als zum Beispiel in Österreich.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Gott sei Dank gibt es einen guten Gläubigerschutz.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Jetzt sind Sie Eigentümer einer Liegenschaft (*Mag. Truskaller: Richtig*), zumindest eine Zeit lang. – Wie lang waren Sie denn das?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das weiß ich nicht, aber vergessen wir den konkreten Fall. (*Obmann Dr. Graf: Was schätzen Sie: einen Tag?*) – Tut mir Leid, das kann ich nicht mehr sagen, kann ich wirklich nicht sagen; das ist einige Jahre her. Das wurde auch nicht von mir persönlich abgewickelt, sondern auch in dem Fall ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Von der Qualität des Eigentums: Eigentum ist Eigentum, und es ist es auch völlig unerheblich, ob das jetzt drei Jahre, zwei Jahre, drei Wochen in Ihrem Eigentum ist. Sie sind jeden falls Eigentümer einer Liegenschaft und veräußern diese (*Mag. Truskaller: So, wie Sie sagen, genau!*) an einen Interessenten. (*Mag. Truskaller: Richtig!*) Und wo ist jetzt das Bankgeschäft zu erblicken? Dieser Vorgang, Veräußerung einer Liegenschaft ...

(*Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.*)

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Was ist denn da jetzt überhaupt der Vorwurf? – Ich komm' da nicht mehr mit.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich will keinen Vorwurf herausarbeiten, sondern ich will jetzt eigentlich nur mehr wissen, was das war: War das ein Bankgeschäft, oder war es ein bloßes Immobiliengeschäft?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Wie das tituiert wird, ob als Bankgeschäft oder als Immobiliengeschäft, das ist mir, ehrlich gesagt, relativ egal. Als Bank war es mir wichtig, ein Geschäft so gut wie möglich zu besichern und bei der Verwertung natürlich zu versuchen – wer sagt denn, dass das die beste Lösung war –, den größten Ertrag zu erzielen, damit die gesamte Schuld abgedeckt werden kann.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist halt der Nachteil an dieser Konstruktion – bei aller Vorteilhaftigkeit –, dass das halt schneller geht und dass das plötzlich zu einem ganz schlichten Immobiliengeschäft wird – und nicht mehr zu einem Bankgeschäft. Und daher unterliegt das **nicht** dem Bankgeheimnis, würde ich in meiner bescheidenen Rechtsauffassung meinen.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Was ist jetzt noch offen, was ich nicht ohnehin gesagt habe? Was gibt es noch?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist verkauft worden an Herrn Hojan. Und ich wollte eigentlich nur wissen, ...

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Herr Hojan ist wahrscheinlich ein Kunde, sonst dürfte ich ja über ihn reden – aber deswegen darf ich darüber nichts sagen. – Glauben S' mir, ich habe überhaupt kein Problem, ich könnte Ihnen viele Sachen erzählen, aber in diesem Fall gibt es erstens nichts – und zweitens darf ich nichts darüber sagen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dass der zufälligerweise vielleicht eine Kontoverbindung bei Ihnen hat, macht dieses Immobiliengeschäft noch immer nicht zu einem Bankgeschäft. – Was sagen Sie, Herr Verfahrensanwalt?

**Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer:** Im § 38 steht nicht Bankgeschäft, sondern: Geheimnisse, die ausschließlich auf Grund der Geschäftsverbindung zu Kunden .... – Welcher Art diese Geschäftsverbindung immer ist: Es muss eine Geschäftsverbindung sein.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Da bin ich schon vollkommen d'accord, aber ich nehme einmal an – vielleicht habe ich da eine Wissenslücke –, es gibt ein Grundbuch in Kroatien. (*Mag. Truskaller: Ja!*) Ich nehme einmal an, dieses Grundbuch ist öffentlich.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das ist – wie zu Maria Theresias Zeiten – ganz das Gleiche wie in Österreich.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Die alte Monarchie hatte diese Grundbuchsordnung mit den Foliensystemen oder wie man das nennt. Und in diesem Grundbuch ist bei einem Eigentumsübergang der Kaufvertrag zu hinterlegen und einzuverleiben. Und damit wird der Kaufvertrag öffentlich. – Und ich weiß nicht, ob jetzt dadurch dieser Kaufvertrag ein Fall des Bankgeheimnisses wird.

*(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)*

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Aber wenn es ohnehin so öffentlich ist, dann kann sich das ohnehin jeder selber anschauen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Man kann natürlich auch hinfahren, Einsicht nehmen, die Urkunde abholen, und Ähnliches mehr.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Entschuldigung, verstehen Sie mich nicht falsch: Ich will Ihnen irgendwas nicht sagen, was man sagen müsste.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Meine einzige Frage war: Wissen Sie, um wie viel diese Liegenschaft von der Hypo Alpe-Adria Kroatien verkauft wurde?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Konkret weiß ich es nicht mehr. Ich denke einmal, dass das genau mindestens den Betrag erreicht haben sollte, um den Kredit abzudecken.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Es ist veräußert worden, das ist einmal Faktum. Und meine Frage, die sich anschließt: Wie viel war die Liegenschaft wert?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Da gibt es Schätzungen, aber das habe ich jetzt nicht mehr im Kopf.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** War sie mehr wert, als Sie veräußert haben?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Die Liegenschaft mehr wert, als wir veräußert haben? – Das kann mir eigentlich als Bank dann wieder egal sein, denn wenn der Kunde mir den Kredit abdeckt, dann ist mir damit genug gedient. Und damit ist mir egal, ob die Liegenschaft weniger, gleich oder mehr wert ist. Wenn Sie mich verstehen: Mich als Bank interessiert nur ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wenn ich eine Liegenschaft, die 10 Millionen wert ist, um 3,5 Millionen als Bank verkaufe, dann sagen Sie, es kann Ihnen wurscht sein, Hauptsache, es ist der Ursprungskredit damit abgedeckt worden, der von dritter Seite ...

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Wenn man die ganze Geschichte verfolgt – und das habe ich Ihnen früher gesagt, dass das ein Besicherungsinstrument ist –, dann dürfte ich auch die Mehrerträge als Bank gar nicht einmal lukrieren, sondern die gehören dann wieder dem alten Schuldner. Das heißt, wir reden da jetzt ein bisschen im Kreis herum.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Genau so ist es. Und daher ist es schon interessant, um wie viel diese Liegenschaft verkauft wird.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, wieso? Wenn der alte Schuldner dann das Geld bekommen würde, dann wäre es die gleiche Person, die das Grundstück ohnehin gekauft hat.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das war ja bezeichnend: Sie haben gesagt, es kann Ihnen vollkommen egal sein ...

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Muss mir ja egal sein, weil es der Bank nicht zusteht.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann haben Sie ja noch etwas gesagt: Den Mehrerlös hätten Sie ohnehin an den Altschuldner auszahlen müssen. (*Mag. Truskaller: Richtig!*) Ja, und daher kann es Ihnen Wurst sein, die Bank macht das Geschäft ...

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das ist das Instrument einer Besicherung.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das ist die Frage, genau darum geht es ja. Wir brauchen ja nicht um den heißen Brei herumzureden beim Fragen. Da stimme ich mit Ihnen überein: Der Kreditnehmer ist Kunde, und es gibt auch Schutz- und Sorgfaltspflichten gegenüber einem Kunden von Seiten einer Bank. Man darf oder soll nicht zum Nachteil eines Kunden Geschäfte machen. Können wir uns da einigen? (*Mag. Truskaller: Jawohl!*)

Jetzt abstrahieren wir, machen wir einen abstrakten Fall, nicht den konkreten: Eine Liegenschaft, das Dreifache wert, wird verkauft zu dem, was als Kreditobligo aushaftend war. Man hat das ganz kurzerhand mit dem Eigentumsvorbehalt über die Bühne gezogen und Ähnliches mehr. – Würden Sie meinen, dass das geeignet ist, zumindest einmal die Vermutung anzustellen, dass das zum Nachteil des alten Kreditnehmers war? Könnte das der Fall sein?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Im Allgemeinen kann alles der Fall sein, aber im Konkreten war der Fall, dass das Grundstück wahrscheinlich nicht viel mehr wert war, weil wir es natürlich zum **Bestpreis** verkaufen. Und der Bestpreis war eben derjenige, der erzielt worden ist.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** War die Liegenschaft jetzt mehr wert?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Was ist der Wert einer Liegenschaft? – Der Wert einer Liegenschaft, habe ich halt leider gelernt, ist nur das, was einer zu zahlen bereit ist. Und wenn ich eine Liegenschaft habe mit 10 Millionen €, und es sagt zahlt mir keiner mehr ...

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Was haben Sie bei dem konkreten Geschäft in Bezug auf Käufersuche unternommen?

*(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)*

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Keine Ahnung mehr; an das kann ich mich nicht mehr erinnern.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Das kommt ja immer auf die Umstände an.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, schauen S': Sie können ja nachschauen – das haben wir gerade vorhin angesprochen –, wer heute noch Eigentümer der Liegenschaft ist. Sie können nachschauen, ob es Schätzungen gibt, und Sie werden sehen, dass es dort im Prinzip von den Werten her kein Problem gibt. Wenn irgendjemand ein Problem sieht in diesem Fall, so ist das eher ein herbeigezogenes Problem, denn: Den Herrn Habič habe ich nie kennen gelernt, und ich weiß gar nicht, warum und worauf er sich beruft. Da gibt es in Wirklichkeit nichts zum Erläutern.

Ich muss sagen, für mich ist noch immer nicht klar, was wir da überhaupt reden, worum geht es da überhaupt hier beim Untersuchungsausschuss geht. Was hat das damit zu tun?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe Ihnen eine konkrete Möglichkeit aufgezeigt, wo man durchaus vermuten kann, dass das vielleicht nicht zum Vorteil des Kunden war, sondern zu dessen Nachteil.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Wieso sollte das zum Nachteil des Kunden sein?

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich behaupte nicht, dass das im konkreten Fall so war, behaupte aber, dass es so etwas geben kann. Und wenn es so ist, dann ist die Optik nicht nur betroffen, sondern auch andere Bestimmungen unter Umständen.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Schauen S': Es war der bestmögliche Verkauf. Sollte es irgendjemand so sehen, dass er in diesem Fall benachteiligt worden wäre, dann wird es wahrscheinlich Konsequenzen geben, denn wenn sich jemand benachteiligt fühlt, dann gibt es auch in Kroatien das Recht, zu klagen und dann seine Ansprüche durchzusetzen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Faktum ist, Herr Hojan war Käufer. – Hat sich die Hypo Alpe-Adria Kroatien immer versichert über die Herkunft der Gelder ihrer – in diesem Fall – Geschäftspartner? (*Mag. Truskaller: Selbstverständlich!*) – Waren die Gelder, mit denen Herr Hojan gezahlt hat, überprüft und unbedenklich?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** So wie alle Transaktionen wurden sicherlich auch diese Transaktionen von Geldwäschebeauftragten untersucht – und für in Ordnung befunden.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wer war der Geldwäschebeauftragte?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das weiß ich heute nicht genau. Tut mir Leid.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wie viele Mitarbeiter hat denn die Bank gehabt?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Die Bank wird 500, 600 Mitarbeiter gehabt haben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Und Sie wissen heute nicht mehr, wer zu Ihrer Zeit Geldwäschebeauftragter war?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, das weiß ich nicht genau, aber es muss normalerweise eine Person von der Privatkundenabteilung beziehungsweise von der Rechtsabteilung sein. Aber es gibt da Prozeduren, und die sind von der Nationalbank geprüft worden – und es wurden, was das betrifft, bis heute keine Beanstandungen gemeldet.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich habe ja nicht gefragt, ob es Beanstandungen gibt, sondern ich habe gefragt, wer der Geldwäschebeauftragte in Ihrer Zeit war.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Tut mir Leid, das weiß ich jetzt nicht mehr.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie das noch irgendwo aufgezeichnet? Könnten Sie uns das diese Information nachreichen?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das kann man immer nachreichen, selbstverständlich. Wenn ich das in der Bank recherchiere, kriege ich bestimmt heraus, wer damals der Geldwäschebeauftragte war.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann würde ich Sie bitten, dass Sie uns das vielleicht schriftlich mitteilen, wenn Sie es recherchiert haben.

*(Die Vertrauensperson spricht mit der Auskunftsperson.)*

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich habe keinen Zugang mehr zur Bank; ich kann dort nicht mehr die Unterlagen einsehen.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Dann können Sie es nicht machen. Ich habe Sie ja gefragt. Da haben wir aneinander vorbeigeredet.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Fragen kann man immer, nur: Ich kann das nicht gewährleisten.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Herr Mag. Truskaller, haben Sie sich bei Ihren Geschäften in Kroatien einer Dienstleistung aus Österreich, sprich einer Hypo-Tochter, nämlich der Consultant-Gruppe bedient, die ja letztendlich, nach Aussage von Herrn Mag. Süss, in Einzelfällen immer wieder eingesprungen ist, wenn es Probleme mit der Finanzierung gegeben hat, und zwar quasi als Anteilnehmer am Unternehmen selbst. – Ist es richtig, dass diese Firma, dass die Consultant-Gruppe, auch in Kroatien mit Ihnen kooperiert hat?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ja, das ist richtig; sicher.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Die Consultant-Gruppe hat – und es ist völlig egal, ob das 80 oder 100 Töchter im Immobilienbereich waren ... – Ich stelle mir jetzt vor, wie das gelaufen ist. Die Consultant-Gruppe hat sich beteiligt an einem Immobilienprojekt, und Ihre Bank ist dann letztendlich als Financier, in der Regel wahrscheinlich, mit aufgetreten, was auch noch völlig normal ist. Die Frage ist für mich jetzt, da braucht man ja in Kroatien kroatische Partner, denn sonst ist man ja praktisch „blank“; so würde ich es einmal bezeichnen. Ohne kroatischen Partner wird es in der Regel nicht gehen.

Meine Frage: Welche kroatischen Partner hatten Sie bei solchen Geschäften? Haben Sie da bevorzugte Partner gehabt? Waren das regionale Partner – oder waren das immer wieder wechselnde? Oder waren es nur Sie zwei allein?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Partner für was konkret?

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Für diese Immobiliengeschäfte. Diese Immobilienprojekte sind ja liegenschaftsbezogen auf die Beine gestellt worden. Ich sage jetzt einmal, wenn es zumindest 80 Projekte waren, gehe ich davon aus, dass pro Liegenschaftsentwicklung ein eigenes Projekt, eine eigene Gesellschaft auf die Beine gestellt wurde. Dann brauchen Sie für diese Projektentwicklung ja auch ortsansässige Partner, insbesondere in Kroatien, um das Risiko zu minimieren; ich drücke das einmal so aus. – Haben Sie da einen bevorzugten Partner in Kroatien gehabt, oder waren das immer wieder verschiedene Partner bei jedem Projekt?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich kann mich nicht erinnern, dass es so viele Partner waren, und auch nicht so viele Geschäfte. Ich wiederhole das, was ich früher schon einmal gesagt habe: Generell war es bei uns in ganz, ganz seltenen Fällen der Fall, dass die Consultants von Anfang an schon beteiligt ist. Das war nur der Fall dann, wenn wir eben aus Wettbewerbsgründen gesagt haben: Beim Zinssatz müssen wir so weit heruntergehen, dass wir uns am Profit beteiligen wollen. Diese Fälle sind ja nachvollziehbar.

Die anderen Fälle, dass die Consultants, wie Sie gesagt haben, eingesprungen ist oder auch Partner war, um dann bei schlechteren Finanzierungen bei der Verwertung behilflich zu sein, das – das kann ich Ihnen ganz offen sagen – war noch weniger der Fall, ja, da gibt es wahrscheinlich überhaupt nur ein, zwei Fälle. Ich spreche jetzt ausschließlich nur für die Bank, für die ich verantwortlich war, eben für die Hypo Kroatien. Für andere Institute wie Leasing oder Hypo Österreich kann ich nichts sagen, weil ich das nicht weiß und nicht verantwortlich war.

Nochmals: Das sind Ausnahmefälle; da gibt es ein, zwei Fälle davon. Als Bank haben wir ja überhaupt keine Partner gebraucht. Im Gegenteil: Auf meine Initiative haben wir

eine eigene Tochter der Bank selber gemacht; die so genannte Hypo Nekretnine ist eine Immobilienfirma. Diese hat die Aufgabe, bei Verwertungen so schnell und gut wie möglich Immobilien zu verwerten. Aber auch diese Firma hatte bisher relativ wenig zu tun.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Ich müsste Sie jetzt eigentlich fragen, wie viele solche Immobilienprojekte Ihre Bank hat. Wenn Sie unabhängig von der Consultant-Gruppe unterwegs waren, ist ja die Zahl 80 mit Ihnen nicht in Verbindung zu bringen, sage ich jetzt einmal. (*Mag. Truskaller: Auf keinen Fall!*) – Das heißt, Sie sind da eine völlig eigene Geschäftsschiene gefahren, und nur manchmal haben Sie halt kooperiert. – Ist das korrekt?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Richtig. Wir haben eine Parallelstruktur gehabt von Leasing Bank und Consultant, wo ich nur für die Bank verantwortlich und in der Leasing noch im Aufsichtsrat tätig war.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Haben Sie ebenfalls die Geschäftspraktik gepflogen, wie die Consultant-Gruppe liegenschaftsbezogene Projekt auf die Beine zu stellen: in Form einer GmbH (*Mag. Truskaller: Nein!*) oder nur in Form einer Projektgruppe?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Wir haben selbst keine Immobiliengeschäfte betrieben und auch keine Projekte entwickelt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das heißt, Sie sind ausschließlich als Financier aufgetreten?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Wir waren nur der Financier, auch wenn es in den Medien immer wieder anders behauptet wurde; aber in Kroatien hat man das alles ein bisschen personifiziert: auf eine Person, auf eine Institution, und egal, welcher Rechtskörper, welche Tochter das gemacht hat, hieß es immer: die Bank. Faktum ist aber, die Hypo Kroatien hat mit diesen Fällen nichts zu tun.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Hat es da bevorzugte Absicherungsmethoden gegeben?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Immer Hypotheken. Mehr oder minder 80 Prozent unserer Kreditfälle sind mit Hypotheken besichert.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Sie haben gesagt, Sie haben mit der kroatischen Bankenaufsicht überhaupt keine Probleme. – Für mich stellt sich das ein bisschen anders dar. Einer Ihrer Geschäftspartner dürfte ja Herr Vladimir Zagorec gewesen sein; in irgendeinem Projekt, sage ich jetzt einmal.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Jetzt kommen wir zu einem Thema, was man sagen darf, aber da muss ich Ihnen gleich von Anfang an sagen, damit wir da nicht einen falschen Weg gehen: Herr Zagorec war bei der Hypo Kroatien eigentlich kein Kunde.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Sie schließen eine Zusammenarbeit aus?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Es gab einen Fall, und das kann ich ruhig sagen, und das ist mir auch Wurscht, denn das stand ja auch in den Medien: Bei der Entführung seines Sohnes ging es darum, so schnell wie möglich Lösegeld aufzutreiben. Und das haben wir für ganz kurze Zeit zur Verfügung gestellt. Den Betrag weiß ich nicht mehr ganz genau, aber das war in den Medien ganz genau beschrieben. – Das war das einzige Geschäft, das wir mit dem Herrn Ex-General Zagorec getätigt haben.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Herr Truskaller, wie erklären Sie sich dann ein kroatisches Rechtshilfeansuchen an die Justiz in Österreich zum Thema Geldwäsche?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Schauen Sie, ich verstehe Ihre Fragen, ich verstehe vielleicht auch Ihre Überlegungen. Aber ich kann Ihnen leider nur sagen, wahrscheinlich haben Sie heute den falschen Mann eingeladen. Ich kann zu den Sachen nichts sagen, weil mit uns hat das nichts zu tun gehabt.

Und was Herrn Zagorec und seine Geschäfte mit der Hypo betrifft, würde ich sogar sagen, alles, was Geldwäsche betrifft, kann ich ausschließen – nicht natürlich jetzt für Österreich –, aber ich gehe auch so weit, dass ich das auch in Österreich ausschließen würde, weil ich weiß, dass wir solche Gelder nicht entgegengenommen hätten und auch nicht entgegengenommen haben.

Was Finanzierungen von Herrn Zagorec betrifft, die auch nicht wir getätigt haben, die in den Medien waren auch von anderen Hypo-Einheiten, komme ich zur alten Stellungnahme, ob es gescheit und optisch gescheit ist, mit solchen Kunden Geschäfte zu machen; da stellt sich hier die Frage. Aber wir als HBC haben es ohnehin, wie ich es gesagt habe, eigentlich nicht gemacht – bis auf diesen einzigen Fall.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Eines würde mich noch interessieren. Jetzt sind Sie eigentlich in einem Krisengebiet auf den Markt gegangen. (*Mag. Truskaller: Ja!*) Das ist ja ein mutiger Schritt, wahrscheinlich auch mit viel Erfolg gekrönt. Aber eines ist auch sicher, dass dort mit Sicherheit zwielichtige Gestalten in der Geschäftswelt unterwegs sind. Das ist logisch in so einem Land, wie es in dieser Situation war.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das sieht man nicht immer gleich beim ersten Meeting.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das ist klar. Die haben kein Zeichen.

Der Herr Vorsitzende hat Sie gefragt, wer der Geldwäschebeauftragte war. In so einem Land zu arbeiten, da wäre ich extrem vorsichtig. Da kann man auch viel verlieren. Und Sie sagen, Sie wissen nicht, wer das war. Ich denke, der muss ja in der ersten Führungsebene oder in der zweiten Führungsebene angesiedelt sein. Das kann ja nicht der Portier sein! Und Sie sagen, Sie können sich nicht erinnern – das kommt mir schon irgendwie komisch vor, wenn Sie sich mit dem Thema ernsthaft befassen.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Mit dem Thema habe ich mich schon ernsthaft befasst, aber nicht ich persönlich, sondern eher die Rechtsabteilung. Und für die Rechtsabteilung war ich wirklich nie zuständig.

Darüber hinaus muss man vielleicht auch eines klarstellen: Die Hypo Kroatien war in den ersten Jahren so ein kleines Institut. Wir haben, wenn man die Spareinlagen anschaut – das kann man sich auch statistisch herausholen –, wir sind ja ein mickriges Institut im Vergleich zu allen anderen Banken gewesen. Und unsere Spareinlagen sind eigentlich erst in den letzten fünf Jahren gestiegen. Und da haben wir fast keine großen Sparer, sondern hauptsächlich Massensparer. Und deswegen kann ich es ausschließen und weiß ich es, dass wir zum Beispiel keine Einlagen von solchen Kunden haben, wo es heute Probleme geben könnte.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Ich glaube auch nicht, dass Sie das große Geschäft mit Spareinlagen gemacht haben, sondern in Wirklichkeit mit den Krediten.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ja, die Kredite, aber die ...

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das denke ich mir ja.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Darf ich noch eines sagen? – Das Lustige ist ja das: Die Hypo war wahrscheinlich zu blöd, das Geld zu bekommen. Aber andere Banken, die haben das Geld gerne genommen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Denke ich mir, ja.

Herr Truskaller! Sie kennen wahrscheinlich die Geldwäschebestimmungen der FMA für Österreich?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Sollte ich kennen, ja.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Noch besser werden Sie wahrscheinlich die Geldwäschebestimmungen für Kroatien kennen?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Richtig. Dort geht es ganz strikt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Sind die ähnlich, sind die strenger oder sind die gleich?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein, genau kennen tue ich sie heute nicht mehr. Aber es ist so, dass man einfach in Kroatien auf einen geringen Betrag schon, der eben bei den berühmten 200 000 S ungefähr war – ist auch in Kuna Gegenwert –, jede Herkunft der Gelder hinterfragen muss und dann statistisch eben verwalten und auch die ganzen Auskünfte an die Nationalbank weiterleiten muss. Und das ist immer erfolgt und genau diese Dinge wurden dann auch bei Nationalbankprüfungen speziell überprüft.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das muss ja in den letzten fünf Jahren, wenn die Spareinlagen so gestiegen sind, ein immenser Verwaltungsaufwand gewesen sein?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Entschuldigung! Jetzt habe ich nicht ganz aufgepasst.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Nach Ihrer Aussage sind dort die Spareinlagen gestiegen. Das muss ja eigentlich in den letzten fünf Jahren ein irrer Verwaltungsaufwand gewesen sein.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ja, haben wir wohl über 1 000 Leute.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Und da wissen Sie nicht, wer dafür verantwortlich war?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein, weiß ich nicht mehr. Wenn Sie mich noch zehnmal fragen, werde ich das heute nicht mehr wissen.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Das erscheint mir schlichtweg unlogisch.

Aber gehen wir abschließend zu einem anderen Thema! Es hat eine Untersuchung der kroatischen Bankenaufsicht über dubiose Immobiliengeschäfte in Istrien gegeben. Wurden Sie in dieser Angelegenheit auch befragt?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein, ich wurde nie befragt.

**Abgeordneter Wilhelm Haberzettl (SPÖ):** Dann werde ich Sie auch nicht fragen, was Sie darüber wissen.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Danke. Sehr nett.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Ich würde gerne noch einmal zu dem zurückkommen, was auch der Gegenstand dieses Ausschusses ist. Da geht es um die Kontrolle der und um die Aufsicht über Banken.

In welcher Form ist denn die Hypo Alpe-Adria Bank Kroatien, die Sie betrifft, organisiert in Kroatien? Welche Rechtsform ist das?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Aktiengesellschaft.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** War die Hypo Kärnten oder die österreichische Hypo Alpe-Adria 100 Prozent-Inhaber dieser Aktien? Wie waren die Besitzverhältnisse?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Die Gründung erfolgte mit der Hypo Kärnten und danach wurde die EBRD als 20-prozentiger Aktionär hereingenommen bereits einige Monate nach der ...

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Wer?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die EBRD hereingenommen mit 20 Prozent. Und nach einigen Jahren wurden die dann wieder rausgekauft.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Das heißt, in den letzten Jahren war die ...

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** ... Hypo Alpe-Adria Bank aus Klagenfurt die hundertprozentige Eigentümerin.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Inwiefern und wie ist die Aufsicht über die Hypo in Kroatien erfolgt? Einerseits durch die kroatische Aufsicht, nehme ich an? Gibt es da irgendeine Bankenaufsicht? Ist die dort unabhängig organisiert wie in Österreich?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Die ist absolut unabhängig. Ich weiß nicht, wie es in Österreich organisiert ist, wie unabhängig. Aber in Kroatien äußerst unabhängig.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Also weisungsfrei?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Absolut weisungsfrei.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Ich nehme an, dass das auch in Ihr Betätigungsfeld fällt: Inwieweit hat es auch Prüfungen in Österreich gegeben, die die Tochter, die von Ihnen geleitete Tochter betroffen haben?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Also es geht eigentlich in die Richtung, dass, wenn es Prüfungen gab, dann kann ich mir vorstellen – und das wurde auch so kommuniziert –, dass natürlich gewisse Kunden gleichzeitig Kunden der Hypo Kroatien und der Hypo Österreich waren. Und in dem Zusammenhang wurde natürlich innerhalb der Bank eine gewisse Rechenschaftspflicht vorgelegt und man hat gewisse Berichte geschrieben. Man hat gewisse Auskünfte gegeben. Man muss ja ein Kundenobligo zusammenfassen. Und in dem Rahmen gab es natürlich eine indirekte Überprüfung auch der österreichischen Bankenaufsicht von Kunden und von der Arbeit der kroatischen Tochterbank.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Sind Sie in dem Zusammenhang direkt in Kontakt mit der Finanzmarktaufsicht – oder früher mit der Bankenaufsicht – gestanden?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Bin ich zweimal direkt in Kontakt gestanden.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Betreffend Bankgeschäfte der Hypo Kroatien?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Einmal nur betreffend allgemeine Geschäftsentwicklung, auch mit den Vorständen der FMA, ein zweites Mal eher in die Richtung welche Kreditpolitik. Wir haben speziell Schweizer Franken, Privatkredite und dass das eben für die FMA als nicht so günstig angesehen wird und gefährlich beziehungsweise dort ein gewisses Risiko besteht. Also in die Richtung – und dann auch vor allem, wie unsere Prozeduren aufgebaut sind, unser Risikomanagement, unsere Marktfolge, die ganzen ...

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Das hat die Finanzmarktaufsicht schon interessiert, wie das Risikomanagement und ähnliche Dinge sind?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ja, hat sie sicher interessiert. Da gibt es auch einen Bericht darüber, den wir aber als Vorstand der Tochterbank niemals offiziell gesehen haben, der aber, ich glaube, dem österreichischen Vorstand hätte präsentiert werden sollen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Haben Sie ihn inoffiziell gesehen, weil Sie gesagt haben, nicht offiziell?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Nein, eigentlich gesehen habe ich gar nichts. Gehört habe ich.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Gehört haben Sie davon?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ja.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Und was haben Sie davon gehört?

Uns geht es darum, es sind Mängel enthalten, die ...

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Dass im Prinzip bei uns die Sachen passen, und das ist ja auch nach wie vor der Fall. Wir hatten ja nie irgendeine Affäre – weder im Treasury noch im Kreditbereich. Und ich habe sogar den Satz vernommen, dass der Herr Truskaller als sehr fähiger Manager beurteilt wurde.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Na bitte, sehen Sie.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ist ja auch schön, oder?

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Weil die Frage der Eigenmittelausstattung bei der Hypo Alpe-Adria in Kärnten schon Thema war: Sie haben ja selber gesagt, die Hypo Kroatien hat eine doch sehr – sagen wir einmal – rasante, sehr dynamische Entwicklung genommen. Wie war die Eigenmittelausstattung aus Ihrer Sicht: ausreichend, an der Grenze oder nur den gesetzlichen Forderungen entsprechend?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Die Eigenmittelausstattung war – das ist ja auch ersichtlich gewesen im Geschäftsbericht – eigentlich immer mehr als ausreichend. Aber es gab natürlich Phasen, wo schon kommuniziert wurde, mit dem Wachstum ein bisschen haushalten und nicht so dynamisch, weil wir könnten an unsere Grenzen der Eigenmittel kommen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Hat es in dem Zusammenhang Gespräche oder Planungen betreffend eine Erhöhung der Eigenmittel gegeben? – Das wäre ja nur durch die Hypo Alpe-Adria in Kärnten denkbar gewesen, da sie ja 100 Prozent Eigentümer war.

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Das Thema hat es immer wieder gegeben. Es gab auch spezielle Fachberatungen über dieses Thema. Aber unsere Bank, soweit ich verantwortlich war ... Ich sage ganz offen, ich habe immer gesagt, die Eigenmittel sind euer Problem. Die müsst ihr aufreiben. Mein Thema ist das Geschäftmachen und natürlich mit den gegebenen Eigenmitteln – auch wir als Tochterbank hatten maximale Eigenmittelverbrauchsgrenzen – hauszuhalten und diese niemals zu überschreiten.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Das heißt, das Notwendige haben Sie eingehalten, eine wünschenswerte Ausdehnung ist diskutiert, aber nicht wirklich umgesetzt worden, oder doch?

**Mag. Karl Heinz Truskaller:** Ich glaube schon. Es gab ja eine Eigenmittelausdehnung über die ...

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Wir können uns das deswegen nicht ganz vorstellen, weil wir ja heute schon gehört haben, dass auch in der österreichischen Hypo Alpe-Adria eine Ausweitung der Eigenkapitalausstattung durchaus immer wieder angedacht war, aber letztlich durch das rasante Wachstum nicht im entsprechenden Ausmaß Schritt halten konnte. Daher wird wohl kaum das Kapital dafür verwendet worden sein, dass die kroatische Hypo über das Notwendige hinaus auszustatten ist – nehme ich fast an.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich glaube, das Gescheiteste in einem Konzern ist es, dort die Kapitalien zur Verfügung zu stellen, wo die höchsten Renditen erzielt werden. Und natürlich habe ich im Konzern dafür gekämpft, dass nach Kroatien genügend Mittel kommen, weil wir sie dann dementsprechend auch vermehrt haben. Und die daraus entstehenden Gewinne waren dann eben wieder Eigenmittel. Und mit einem gewissen Hybridkapital hast du genug Möglichkeit zum Wachsen gehabt. Soweit ich informiert bin, entspricht das ungefähr der Situation, dass wir natürlich immer auf die Eigenmittel geachtet haben, aber auf Grund der Eigengeneration von Eigenmitteln auch sehr viel wieder wachsen konnten.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Vielleicht haben Sie das schon beantwortet, aber abschließend: Sie haben ja selber gesagt, es hat andere Unternehmungen der Hypo-Gruppe in Kroatien gegeben. – War jetzt Ihre, die Hypo Bank Kroatien, die Mutter dieser anderen oder sozusagen Schwester?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, das waren Schwestern. In der Regel waren es Schwestern. Die Hypo Kroatien selber hat nur zwei, drei Töchter: eine reine Investmentbank, also Aktivität für Investmentbanking, und eben diese Immobilienfirma, die aber eigentlich nur gegründet wurde, um professionelle Schätzungen von Sicherheiten zu machen.

**Abgeordneter Mag. Heribert Donnerbauer (ÖVP):** Dort sind keine besonderen Risiken entstanden oder zu erwarten gewesen?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, sicher nicht.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich beziehe mich hier auf den Prüfbericht der Oesterreichischen Nationalbank, der kürzlich als Rohbericht fertig gestellt, uns vergangenen Freitag zur Verfügung gestellt wurde und der zu Beginn dieser Woche in den Medien war. Darin gibt es auch einen Abschnitt über ausländische Tochterbanken, ohne dass dann explizit sehr viel über die Hypo Kroatien im Speziellen berichtet wird. Aber es gibt auch einige erhebliche Vorwürfe vis-à-vis diesen ausländischen Tochterbanken. Ich versuche, Ihnen einmal nahezubringen, was diese Vorwürfe sind.

Diese Vorwürfe wurden von den lokalen Aufsichtsbehörden festgestellt, die da mit der Oesterreichischen Nationalbank kooperiert haben, um diesen Prüfbericht zu erstellen. Und diese lokalen Aufsichtsbehörden haben eben zum Teil massive Mängel in der Kreditadministration, im Kontrollablauf, aber auch im Risikomanagement festgestellt. Ganz allgemein sprechen sie von einer sich tendenziell verschlechternden Qualität des Kreditportfolios.

Da heißt es weiter – ich zitiere –:

Dies führte daher auf Grund der Umklassifizierung von Kreditnehmern in den diversen Tochterbanken teilweise zu erheblichen zusätzlichen Wertberichtigungen in Höhe von 60 Millionen €. Vereinzelt wurden von den mitwirkenden Aufsichtsbehörden Risikotransfers zwischen den regionalen Tochtergesellschaften gemeldet. – Dann wird eine Einschränkung gemacht. – Ein systematischer Risikotransfer zwecks Vermeidung von Wertberichtigungen war nicht ersichtlich. – Zitatende.

Können Sie uns ein bisschen erhellen, was hier mit diesen „zusätzlichen Wertberichtigungen“ gemeint sein kann? Fühlen Sie sich mit Ihrer Bank, der Sie vorgestanden sind, angesprochen oder nicht?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich fühle mich zuerst einmal nicht angesprochen.

Noch eine kurze Information an den Kollegen von der ÖVP von vorher. Jetzt, wo Sie sagen, es gab auch eine gemeinsame Prüfung sogar von der österreichischen Behörde mit der kroatischen Nationalbank, wobei die eher einen Monitoring-Status hatten, die waren präsent vor Ort einige Wochen und haben sich sogar gemeinsam mit der kroatischen Nationalbank die Prüfung angeschaut.

Zurück zu dieser Frage. Ich fühle mich nicht angesprochen, weil die Bewertung der kroatischen Bank immer auch von der Nationalbank jedes Jahr überprüft wurde und vom Wirtschaftsprüfer überprüft wurde und wir in keinem Jahr extrem viele höhere Vorsorgen machen mussten. Also, wir haben keine größeren Vorsorgen machen müssen und wir sind jedes Jahr geprüft worden – sowohl vom Wirtschaftsprüfer als auch von der Nationalbank. Und natürlich gab es nach jeder Prüfung der Nationalbank Vorschläge, gewisse Kunden anders zu klassifizieren. Der Saldo von Verbesserungen und Verschlechterungen war in der Regel eine geringere zusätzliche Vorsorge, die natürlich auch dann in der Bilanz umgesetzt wurde.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Sie würden also sagen, dass all diese Vorwürfe, die hier erhoben worden sind, nicht zutreffen, dass Sie sozusagen ein ausreichendes Risikomanagement in dieser Tochtergesellschaft, also in der Hypo Kroatien hatten?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Die Vorwürfe – ganz genau kenne ich sie eben nicht, aber noch einmal zurück: Die Hypo Kroatien hat natürlich Vorsorge getroffen und ausreichend Vorsorge getroffen. Wenn das nicht ausreichend der Fall war, wurde das immer sofort auch in der Bilanz ersichtlich gemacht. Und das war auch im letzten Jahr so.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wertberichtigungen hat es auch keine gegeben?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Doch, doch, Wertberichtigungen, also Vorsorgen – richtige endgültige Abschreibungen unter dem Prozentbereich, also da reden wir von Promille.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Da reden wir vom Promillebereich. Okay.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ein Beispiel vielleicht, damit Sie meine ehemalige Bank verstehen: Wir haben eine Retail-Abteilung mit 800 Millionen € aushaftend, alles hauptsächlich mit Hypotheken besichert, und eine Rückstandsstatistik – und in Kroatien sind die Rückstände eher höher als in Österreich – mit 0,4 Prozent; das heißt, ein äußerst sauberes Retail-Geschäft. Im Corporate-Geschäft gab es höhere Rückstände, bis zu 4 Prozent kann man sagen, aber die Wertberichtigungen, sprich: Vorsorgen, wurden im entsprechenden Ausmaß vorgesehen und auch in der Bilanz dargestellt.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Ich habe noch eine abschließende Frage – vielleicht haben Sie es ohnehin am Anfang gesagt und es ist bei mir akustisch nicht richtig angekommen –: Was war eigentlich der Auflösungsgrund für Ihren Vertrag, den Sie hatten?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Das haben wir schon diskutiert; das weiß ich nicht genau.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Es gab keine Begründung. – Eben, das habe ich akustisch schon mitbekommen, habe mich aber gewundert, warum es überhaupt keine Begründung dafür gegeben hat.

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Doch. Man hat sich darauf geeinigt, dass eine gemeinsame Zusammenarbeit nicht mehr zielführend ist.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wer hat sich da mit wem geeinigt?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ja, eine Seite war natürlich ich und die andere Seite war natürlich der Aufsichtsratsvorsitzende.

**Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne):** Wer war das?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Dr. Kulterer.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ich werde meine üblichen Leute abfragen. Zagorec – haben Sie schon gesagt – kennen Sie? (*Mag. Truskaller: Ja!*) – Außer dem einen Fall, den Sie uns schon geschildert haben, noch aus anderen Gegebenheiten?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Also, ich kenne über ihn alles, was in den Medien war. Aber im Zusammenhang mit einer Geschäftsverbindung kann ich nichts dazu mehr informieren.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie Mag. Hermann Gabriel?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Kenne ich auch.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Wer ist das?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Der ist mir indirekt eher bekannt als Steuerberater der Kanzlei Pöschl und damals, glaube ich, offizieller Steuerberater der Hypo. – Ja, das ist alles.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Privat kennen Sie ihn auch?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich habe ihn auch privat kennengelernt, ja.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Haben Sie mit ihm immer noch Kontakt? (*Mag. Truskaller: Kaum!*) – Was heißt „kaum“?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Ich sehe ihn zufällig vielleicht einmal in zwei bis drei Monaten ohne konkrete Punkte.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Sehen Sie Herrn Striedinger noch?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Auch hin und wieder. Wenn man so lange gemeinsam gearbeitet hat und auch am gleichen Markt tätig ist, sieht man sich natürlich wieder. Und heute haben wir vier Stunden Zeit gehabt, in der Cafeteria zu diskutieren.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie die Firma Sambuca Establishment mit Sitz in Vaduz?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Nein, also in Liechtenstein kenne ich gar nichts. Ich war nur einmal in Liechtenstein und das war eigentlich privat.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Ja schon, aber die Firma Sambuca Establishment?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Kenne ich nicht. Ich habe mit all diesen Dingen, wenn es da irgendetwas geben sollte in Liechtenstein, weder Informationen, noch damit zu tun. Ich habe Ihnen heute schon versucht zu erklären, dass Sie wahrscheinlich den falschen Mann da haben.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Kennen Sie Herrn Roman Binder?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Auch nur aus den Medien.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** In welcher Eigenschaft kennen Sie ihn aus den Medien?

**Mag. Karl-Heinz Truskaller:** Als Vertreter des Herrn Zagorec in geschäftlichen Angelegenheiten in Kroatien.

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf:** Persönlich kennen Sie ihn nicht? (*Mag. Truskaller: Nein!*) – Kennen Sie Herrn Harry Vladovic? (*Mag. Truskaller: Nein!*) – Dann habe ich meine üblichen Verdächtigen abgefragt.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, erklärt der Obmann die Befragung für beendet.

*(Die Auskunftsperson **Mag. Truskaller** verlässt den Sitzungssaal.)*

23.51

\*\*\*\*\*

**Obmann Mag. Dr. Martin Graf** leitet nun zur Sitzung unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit über.

\*\*\*\*\*

*(Fortsetzung: 23.52 Uhr bis 0.21 Uhr – und somit bis Sitzungsunterbrechung – unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.**)*

\*\*\*\*\*